

# Von der Kunst der Nestbeschmutzung



Brigitte Lehmann,  
Doron Rabinovici,  
Sibylle Summer (Hg.)

## Von der Kunst der Nestbeschmutzung

Dokumente gegen Ressentiment und Rassismus seit 1986

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMWF) sowie der Kulturabteilung der Stadt Wien (MA7), Wissenschafts- und Forschungsförderung.

# Inhalt

- 9 Einleitung
- 12 Doron Rabinovici  
Aktion und Artikulation.  
Das Bestehen des Republikanischen Clubs
- 28 Kuno Knöbl  
Die Geschichte des Waldheim-Holzpferdes
- 32 Hagen Fleischer  
Erinnerungen an die »Causa W.«
- 41 Sibylle Summer und Kuno Knöbel  
Gespräch über einen Namen
- 45 Alexander Emanuely  
Die gedichtete Revolution des Franz Hebenstreit
- 54 Sibylle Summer und Mary Steinhauser  
Gespräch über Waldheim und die Folgen
- 59 Heidemarie Uhl  
Abschied von der Opferthese
- 63 Brigitte Bailer-Galanda  
Die Thematisierung des Widerstandes gegen das NS-Regime in  
Zeitgeschichte und Publizistik seit der Waldheimdebatte
- 70 Robert Knight  
»Waldheim revisited«: Historisierung, Hysterie und Schulterchluss
- 85 Andreas Wabl  
Das Unfassbare fassbar machen

- 88 Sophie Lillie  
Rückblick auf zwanzig Jahre Kunstrestitution
- 95 Peter Kreisky  
»Neues Österreich« – Ein Einblick
- 137 Kurt Rothschild  
Geht's den (Super-)Reichen gut, geht's den Armen schlecht
- 144 Heide Schmidt  
Verachtet mir die Politik nicht
- 150 Udo Jesionek  
Justizpolitik im politischen Kontext
- 161 Isolde Charim  
Hellers Mantel
- 165 Di-Tutu Bukasa  
Antirassismus und Antifaschismus
- 167 Eva Dité  
Die Wächterin vor dem Burgtheater
- 171 Elfriede Jelinek  
»Wir gehen jetzt hier herum ...«
- 173 Martin Wassermair  
Das Ohr an den Glasfasern der Geschichte ...
- 181 Renata Schmidtkunz  
Der Republikanische Club – eine Herausforderung
- 185 Ferdinand Lacina  
Eine Laudatio für Rudolf Gelbard

## Reden

- 191    Elfriede Jelinek  
      »Die Schranken fallen«
- 193    Doron Rabinovici  
      Keine Koalition mit dem Rassismus
- 195    Ariel Muzicant  
      Wachsamkeit und Entschlossenheit
- 197    Johanna Dohnal  
      Ein Jahr danach ...
- 203    Dokumente
- 233    Fotos
- 261    Biografien



## Einleitung

Die Auseinandersetzung rund um Kurt Waldheim markierte einen Wendepunkt in Österreich. Was vor über zwanzig Jahren das Land umtrieb, wirkt bis heute weiter. Über den damaligen Wahlkampf, über die antisemitischen Töne, über die verschiedenen Anschuldigungen, über den einstigen Bundespräsidenten mag immer noch kein Konsens erzielt worden sein, aber unstrittig ist die Bedeutung jenes Jahres 1986 als Zäsur. Der Mythos, Österreich sei nichts als das erste Opfer Hitlers gewesen, wurde obsolet. Die österreichische Beteiligung am Nationalsozialismus und seinen Verbrechen wurde erörtert. Mit Jörg Haider trat ein neuer chauvinistischer Populismus zutage. Die entzweite Republik wurde zum Ursprung zivilgesellschaftlicher Bewegung. Der Sammelband zeichnet jene Kämpfe nach, die immer noch nicht ausgefochten sind. Dabei kommen neue, teils unbekannte Aspekte zum Vorschein. So beschreibt etwa der international renommierte Historiker Hagen Fleischer den politischen Druck, der auf die damalige, offiziell eingesetzte »Waldheim - Historikerkommission«, der er selbst angehörte, ausgeübt wurde.

Die Historikerinnen Brigitte Bailer-Galanda, Heidemarie Uhl und Sophie Lillie thematisieren die Veränderungen in den zeitgeschichtlichen Debatten über Widerstand und Formen der Erinnerung, sowie über die nach wie vor bestehenden Defizite bei der Restitution.

Robert Knight und Doron Rabinovici berichten als Historiker, die zu Zeitzeugen und Akteuren wurden, über die abwehrenden Reaktionen der politischen und medialen Öffentlichkeit. Ins Zentrum des Blicks gerät hierbei der Republikanische Club – Neues Österreich, der damals entstanden ist und zu einem Fokus für neue zivilgesellschaftliche Bewegungen wurde.

Die ersten Aktivitäten des Republikanischen Clubs – Neues Österreich wurden von einem hölzernen trojanischen Pferd, dessen Entwurf von Alfred Hrdlicka stammt, begleitet. Kuno Knöbl, der die Idee zum Waldheim-Holzpfers hatte, beschreibt in seinem Essay die Entstehungsgeschichte dieses sichtbaren Zeichens des Verdrängens und Vergessens.

Alexander Emanuely stellt die Namensgebung des Cafe-Restaurants »Hebenstreit«, das dem Republikanischen Club räumlich angeschlossen ist, in die Tradition der Anfänge der republikanischen Ideen im 18. Jahrhunderts, im Zuge der Aufklärung in Österreich.

Wie Peter Kreiskys Beitrag kompakt darlegt, reicht das Spektrum des Engagements und der in den Clubräumlichkeiten diskutierten Themen weit über die Betrachtung und Einschätzung der aktuellen zeithistorischen Geschehnisse hinaus.

Udo Jesionek zeichnet die gesellschaftspolitischen Implikationen von Justizpolitik in unterschiedlichen politischen Kontexten nach. Kurt Rothschilds Essay zeigt ökonomische Zusammenhänge auf, die wieder an Aktualität gewinnen. Heide Schmidt und Renata Schmidtkunz beschäftigen sich mit dem Spannungsfeld von Politik und Zivilgesellschaft.

Isolde Charim beschreibt den Republikanischen Club als Ort, der in bestimmten Momenten des zivilgesellschaftlichen Unbehagens zum Kristallisationspunkt von politischen Aktionen wird. Als konkretes Beispiel einer der Aktionen rund um die schwarz-blaue Regierungsbildung im Jahre 2000 beschreibt Eva Dité die Aufstellung der »Wächterin« vor dem Burgtheater. Elfriede Jelinek hielt bei dieser Veranstaltung eine Rede, die hier erstmals veröffentlicht wird.

Andreas Wabl erinnert sich in einem persönlich gehaltenen Beitrag an eine politische Aktion gegen das Vergessen im Parlament.

Ferdinand Lacinas Laudatio anlässlich der ersten Verleihung des vom Republikanischen Club gestifteten Rudolf Gelbard-Preises »für Aufklärung gegen Antisemitismus und Faschismus« im Juli 2008 ist ebenfalls im Buch enthalten.

Martin Wassermair diskutiert neue Formen von Aktion und Widerstand durch das Medium Internet.

So ist in diesem Buch aufgezeichnet, wie die Debatte rund um die nazistische Vergangenheit, wie rechtsextremer Populismus, Antisemitismus und Rassismus die Politik in Österreich bis heute prägt und wohl noch einige Zeit bestimmen wird. Hier wird aber ebenso geschildert, wie im Kampf gegen die Praxis des Totschweigens, gegen das Leugnen geschichtlicher Verwicklungen und gegen den Fortbestand des Unrechts neue Bewegungen entstanden sind. So ist der Band zu einem Logbuch zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzung geworden.

Das Vorhaben, ein Buch herauszubringen, entstand 2006, anlässlich des Festes zum 20-jährigen Bestehen des Republikanischen Clubs – Neues Österreich. Kuno Knöbl und Sibylle Summer trafen sich in Folge in diversen Wiener Cafehäusern mit AktivistInnen, FreundInnen und WegbegleiterInnen des Republikanischen Clubs (Jacqueline Csuss, Gerti Worel, Silvio Lehmann, Peter Kreisky, Alexander Emanuely, Edith Saurer, Andrea Kuntzl), führten zahlreiche Gespräche (u.a. mit Barbara Prammer, Mary Steinhauser, Friedrun Huemer, Rudolf Scholten, Georg Hoffmann-Ostenhof, Ruth Wodak, und Ruth Beckermann) und erstellten zu-

nächst ein Konzept, das eine mehrbändige Enzyklopädie über das Zeitgeschehen Österreichs der letzten Jahrzehnte zur Folge gehabt hätte. In einem zweiten Anlauf reduzierte das Redaktionsteam das Konzept auf das Ausmaß eines Taschenbuches. Brigitte Lehmann und Sibylle Summer sammelten beharrlich die Beiträge, erwartungsgemäß zog sich die Abgabe der Texte in die Länge.

Neben dem Dank an die Autorinnen und Autoren dieses Sammelbandes, gilt unser besonderer Dank auch Isabell Bickel, Jacqueline Csuss, Gerti Worel, Peter Bettelheim, Andrea Mautz, Michael Kollmer und Alexander Lellek, die durch ihren Einsatz zum Entstehen dieses Buches beigetragen haben.

Das Redaktionsteam:

Brigitte Lehmann, Doron Rabinovici und Sibylle Summer

## Aktion und Artikulation

### Das Bestehen des Republikanischen Clubs

Doron Rabinovici

Unversehens war einer zum Symptom geworden. Plötzlich wurde der Kandidat zum Kainsmal eines Landes, das der Papst eben noch als Insel der Seligen beweihräuchert hatte, das aber nun zur Quarantänestation für grassierende Selbstvergessenheit und für epidemischen Gedächtnisschwund zu verkommen schien. Anderswo hatten die Nachkommen im Jahr achtundsechzig den Eltern unangenehme Fragen gestellt, hatten wissen wollen, weshalb sie zu den Verbrechen geschwiegen und dem Regime nicht widerstanden hatten, doch hierzulande war jede Kritik der Jungen ungehört verhallt. Die Alten erklärten, sie hätten nichts getan, und während diese Aussage, nichts getan zu haben, andernorts bereits als Selbstbezeichnung verstanden worden wäre, als Bekenntnis eigener Unterlassungsschuld, als Geständnis, gegenüber den Morden untätig geblieben zu sein, ging sie hierzulande als Rechtfertigung und Freispruch durch, ja, als Beleg für die These, nichts gewesen zu sein als das erste Opfer Hitlers. Jahrzehntelang hatten Ruhe und ein Kirchhofsfriede geherrscht, doch Mitte der Achtziger änderte sich dies. Es war nun, als wäre jeder Lüge ein unsichtbares Ablaufdatum eingezeichnet, und was vorgestern noch bekömmlich schien und bloß ein Problem von Gusto und Geschmack, wurde plötzlich ranzig und verdorben.

Nicht nur in Österreich, in der ganzen Welt war in Bewegung geraten, was bisher bleiern und ehern gewirkt hatte. Bereits Ende der Siebziger war von einer Krise des Stahls gesprochen worden. Die britischen Gewerkschaften verloren ihre Macht, nach der Niederlage im Bergarbeiterstreik. Während riesige Minen und Metallfabriken geschlossen wurden, erzielten winzige Mikrochips die kolossalsten Gewinne. Am 1. Jänner 1986 richteten der amerikanische Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteichef Mikhail Gorbatschow ihre Neujahrsansprachen an die Bevölkerung des jeweils anderen Staates, während in Deutschland das staatliche Fernsehen irrtümlich die Rede des Kanzlers aus dem Vorjahr ausstrahlte. Unumstößliche Dogmen waren austauschbar geworden. In Moskau fand am 25. Februar der 27. Parteitag der KPDSU statt und Gorbatschow sprach von Reformen, verwendete dabei ein russisches Wort, das in allen Ländern und Kontinenten widerhallte: Glasnost. Es gehe, hieß es, um Transparenz, um Wahrheit und um Offenheit.

In dieser Zeit geriet Kurt Waldheim zum Wahrzeichen der Lüge, die weit über die Grenzen des Landes hinaus als Lebenslüge Österreichs bezeichnet wurde; für die Opfer und für die Überlebenden war sie nichts als eine Mordlüge. Nicht so sehr Waldheims Vergangenheit stand zur Debatte, als sein Umgang damit. Seine Ausreden und Verfälschungen stellten das eigentliche Vergehen dar, denn mit einem Mal wurde klar, dass der Kandidat und ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen bestenfalls ein Lebenslügner und ein Makler des Populismus war.

Waldheim war nicht das Problem. Im Jänner 1986 flog ich als einer von Hunderten offiziellen Delegierten der Jüdischen Gemeinden aus der ganzen Welt – mit vierundzwanzig Jahren übrigens der jüngste unter ihnen – zum World Jewish Congress in Jerusalem. Den Namen Kurt Waldheim hörte ich in diesen Tagen nicht. Womöglich war in irgendwelchen Hinterzimmern über den ehemaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen die Rede, aber im Plenum ging es um Frieden im Nahen Osten, um einen Kompromiss mit den Palästinensern, um den Kampf gegen Antisemitismus. Carl Sagan hielt einen Vortrag gegen die atomare Bedrohung. Einige Stunden vorher war die Challenger kurz nach dem Start vor aller Welt explodiert. Was sich in den Himmel erheben hätte sollen, war in die Luft gegangen. Der Astrophysiker Sagan rief zur Trauerminute für die Besatzung auf. Er schwärmte von der friedlichen Nutzung der Raumfahrt. Er geißelte den nuklearen Overkill und das Wettrüsten zwischen den einstigen Alliierten als Triumph Hitlers. Im Zentrum standen die Themen der frühen achtziger Jahre. Es herrschte die Logik des Kalten Krieges.

Auch in Österreich beschäftigte Kurt Waldheim damals nicht jene, die traditionell gegen Vergangenheitsverleugnung und Geschichtsverklärung auftraten. Unterschriften wurden gegen die Präsidentschaftskandidatur des rechtsextremen Politikers Otto Scrinzi gesammelt. »Ich war schon immer rechts, auch innerhalb der NSDAP«, hatte Scrinzi am 27. Juni 1980 den Salzburger Nachrichten offenbart. Er symbolisierte den Feind, der vom konventionellen Antifaschismus aufrecht und hilflos bekämpft wurde. Dieser Gegner strebte gar nicht an, ein »echter«, ein »anständiger« Österreicher zu sein, denn er war ein Deutschnationaler.

Bei Scrinzi gab es keine Unklarheiten. Der Protest gegen seine Kandidatur richtete sich nicht an seine potentiellen Wähler, sondern konfrontierte den österreichischen Staat mit dem eigenen Gesetzestext und mit der offenkundigen Duldung nationalsozialistischer Wiederbetätigung. Die Initiative gegen Scrinzi mobilisierte allerdings nicht viele. Niemand befürchtete, dass er demnächst in die Hofburg einziehen würde, um Österreich zu repräsentieren. Seine Kandidatur wurde nicht einmal von der Freiheitlichen Partei unter Norbert Steger unterstützt und von kaum jemandem bekämpft.

Eine der vorherrschenden Thesen der Nachkriegszeit lautete, dass es besser wäre, nicht von den österreichischen Verstrickungen in die großdeutsche Vergangenheit zu reden, sondern die alten Zeiten ruhen zu lassen. Auf keinen Fall, wurde mir damals von manchen Älteren bedeutet, dürfe behauptet werden, die Österreicher seien in nennenswerter Zahl antisemitisch, denn sonst würden sie noch beweisen, wie sehr sie es seien. Die Doktrin, Österreich, ganz Österreich, sei nichts als das erste Opfer Hitlers gewesen, während des Zweiten Weltkrieges erdacht, erst als trotziges Bekenntnis zum Patriotismus gegen das so genannte Dritte Reich, dann genutzt, um vielen innerhalb der heimischen Bevölkerung die Abkehr vom Nazismus zu erleichtern, wirkte im Laufe der Zeit als kollektive Unschuldsthese, die eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu vermeiden half.

Die Großparteien hatten sich seit dem Ende der vierziger Jahre um die Stimmen der Hunderttausenden Parteigänger der NSDAP bemüht. Was vor der Zweiten Republik geschehen war, hatte ausgeblendet zu werden. Die nazistische Klientelgesellschaft war sozialpartnerschaftlich aufgeteilt worden. Von den ideologischen Kämpfen, ob von jenen zwischen Austrofaschisten und Sozialdemokraten oder ob von jenen gegen die heimischen Nationalsozialisten, sollte kaum mehr die Rede sein. Der antinazistische Widerstand wurde weithin mit österreichischem Patriotismus gleichgesetzt, ohne eingehend von den politischen Grundlagen zu reden, ohne etwa den kommunistischen oder den Kärntner slowenischen Widerstand zu ehren.

Anders als in der Bundesrepublik Deutschland, die als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches galt, hatten die Alliierten hierzulande keine Politik der »reeducation«, sondern bloß eine der »reorientation« betrieben. Die Entnazifizierung war spätestens nach 1948, nach dem Ausbruch des Kalten Krieges, nicht fortgesetzt worden. In der Konfrontation zwischen Ost und West war kaum mehr en vogue gewesen, nazistische Verbrecher aufzuspüren, sondern sie eher im Kampf gegen die neuen Feinde zu nutzen. In Österreich wurde die Koalition der Lagerstraße beschworen, aber die Stimmen des Widerstands gerieten bald in den Hintergrund. Die Opfer waren vertrieben und ermordet worden. Wer Wahlen gewinnen wollte, musste einen Konsens mit ehemaligen Mitläufern und Tätern anpeilen.

Im Schatten des Kalten Krieges war ein Gleichgewicht des Schweigens entstanden, in dem Sozialdemokratie und Volkspartei die Ehemaligen der jeweils anderen Seite nicht antasteten. Auch der Bundeskanzler, Bruno Kreisky, überblendete viele Jahre die Widersprüchlichkeit des österreichischen Geschichtsbildes, denn wer hätte besser als er vermocht, vor aller Welt den Österreicher darzustellen, der das erste Opfer Hitlers gewesen war und gleichwohl keineswegs als Jude gelten

wollte. Manche, die ihn wählten, konnten auf diese Art ihre Schuldgefühle gegenüber den ermordeten Juden besänftigen, ohne sich mit der eigenen Schuld und mit den ureigensten Ressentiments auseinandersetzen zu müssen. Mehr noch: Wenn Kreisky etwa über Simon Wiesenthal herzog, befriedigte er und legitimierte er auf merkwürdige Weise die Ressentiments vieler seiner Landsleute, denn was er sagte, konnte quasi kraft der antisemitischen Nürnberger Rassegesetze nicht jüdenfeindlich sein.

Sich mit der heimischen Verantwortung an der Vergangenheit auseinanderzusetzen, galt als politisch unklug. Die Großparteien hielten während der sozialistischen Alleinregierung daran fest, da damit keine Stimmen zu gewinnen waren. Vier ehemalige Nationalsozialisten saßen in Kreiskys erstem Regierungskabinett. Zu Beginn der Siebziger stellte der damalige Justizminister Christian Broda die Strafverfolgung von nationalsozialistischen Verbrechen faktisch ein. Schließlich wurde 1975 jene Abteilung des Innenministeriums, die für die Untersuchung von NS-Verbrechen zuständig war, aufgelöst und der Staatspolizei zugeteilt.

Erst während der achtziger Jahre geriet das vielgepriesene System der Sozialpartnerschaft in Misskredit, es wurde als Windstille beklagt.<sup>1</sup> Österreich erschien nun vielen als Skandalrepublik. Waldheim war nur ein Symptom unter anderen. Jahrelang wurden der Staat und seine Spitzen vom Schiffbruch der Lucona und den Machenschaften des Udo Proksch bewegt. 1985 entlarvte der Journalist Alfred Worm die Waffenschiebereien der Firma Noricum und des neutralen Österreich an den Irak. Zugleich wurde, als ein Winzer auffällig große Mengen von Frostschutzmittel steuerlich geltend machen wollte, ruchbar, dass nicht wenige der heimischen Bauern ihrem Wein den Geschmacksverstärker Glykol beigemischt hatten. Das ganze Land wirkte mit einem Mal, als wären alle Parteien, die Institutionen und Behörden mit diesem Süßungsmittel durchsetzt und verseucht.

Ich erinnere mich, dass 1986 im anglo-sächsischen Raum schlechtere und bessere Witze über Waldheim gemacht wurden. Kolumnisten schrieben und Kabarettisten sprachen von der »Waldheimer's disease«, in diesen Jahren rückten allgemein Leiden der Erinnerung und die Krankheit Alzheimer ins öffentliche Bewusstsein. Aber Waldheim litt eben nicht an einer pathologischen Deformierung; er war auch nicht das politische Syndrom, das in den nächsten Jahren ausführlich behandelt werden sollte, er war nur ein Symptom dessen. Die Aufregung um seinen Fall wäre nicht zu verstehen, ohne den Empfang des Kriegsverbrechers Walter Reder durch den Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager mitzudenken. Bereits 1985 war der World Jewish Congress in eine österreichische Affäre involviert gewesen, da der Kongress in eben diesen Wochen in Wien getagt hatte. Frischenschlager, der

Reder am Flugfeld begrüßt hatte, verstand die Empörung überhaupt nicht. Hatten sich nicht der Papst, der ehemalige Bundeskanzler Kreisky und alle Parteien um die Rückkehr des alten Wehrmachtssoldaten bemüht?

Der Zorn über den Handschlag zwischen dem Verteidigungsminister der Zweiten Republik und dem österreichischen Massenmörder aus dem Deutschen Reich stürzte die kleine Koalition zwischen Sozialdemokratie und Freiheitlichen in eine schwere Krise und einte gleichzeitig Gruppen, die in früheren Zeiten kaum miteinander in Berührung gekommen wären. Diese Allianzen quer zum österreichischen Parteiendenken zogen sich von den Politikern der Volkspartei über die jüdischen Funktionäre bis hin zu den pubertären Aktivisten der Sozialistischen Jugend.

Diese neue Form von zivilgesellschaftlicher Aktion jenseits fraktioneller Beschränktheit wurde ein Jahr später zum Nukleus einer neuen Bewegung gegen die Wahlkampagne von Kurt Waldheim. Konservative Bürgerliche, die sich von den signalgelben Plakaten der Volkspartei abgestoßen fühlten, trafen sich in ihrem Zorn mit kritischen Wählern der Sozialdemokratie, die es anwiderte, wenn die SPÖ öffentlich so tat, als ginge sie die Diskussion um die nazistische Geschichte gar nichts an. Manche radikalen Linken beteiligten sich an dem Protest. Mit einem Mal stritten diese revolutionären Gruppen weniger um den einzig richtigen Weg in die Utopie, und mehr gegen die Leugnung von Vergangenheit, die noch sehr gegenwärtig und keineswegs überwunden schien.

Es ging allen, ob Gerhard Bronner oder Gustav Glaser, Karl Schwarzenberg oder Peter Kreisky, Georg Hoffmann-Ostenhof oder Ruth Beckermann, Charlotte Teuber oder Johanna Nittenberg, John Bunzl oder Karl Pfeifer, Gerhard Roth, Elfriede Jelinek oder Robert Menasse, Robert Jungk, Peter Turrini, André Heller, Alfred Hrdlicka, Oswald Oberhuber, Adolf Frohner oder Georg Chaimowicz – um bloß einige Einzelne zu nennen – in dieser Auseinandersetzung um nicht weniger als die Zukunft.

Was damals in Österreich geschah, war das Aufbrechen einer neuen Geschichtsauseinandersetzung, die bald auf dem ganzen Kontinent und auch in den USA toben sollte. Dabei interessierten nicht mehr die offenkundigen Täter allein, die nationalsozialistischen Spitzen, die Ideologen und Henker des Massenmordes, sondern eher die stillen Teilhaber und Nutznießer des Verbrechens. Jene, die im Kalten Krieg vor unangenehmen Fragen verschont worden waren, sollten nun Rede und Antwort stehen. Die Causa Waldheim war das erste Anzeichen für die Globalisierung der Erinnerung.<sup>2</sup> Wenige Jahre später würde die Kollaboration mit den nazistischen Besatzern innerhalb der niederländischen, der dänischen oder der französischen Gesellschaft, würde der Umgang der Resistance mit jüdischen Mitstreitern,

würde die Politik gegenüber Juden innerhalb verschiedener Fraktionen des deutschen Widerstandes, würde auch die Flüchtlingspolitik der Schweiz neu diskutiert werden. Im Laufe der nächsten zehn Jahre sollte gegen Banken der Eidgenossenschaft, gegen deutsche und österreichische Unternehmen Forderungen erhoben werden, die kurz vorher noch gegen solche Ansprüche immun gewesen waren. In den Neunzigern vertiefte die elektronische Revolution mit Internet, Satellitenfernsehen und Mobiltelefonen die internationalen Verquickungen der Finanzwelt und knüpfte ein erdumspannendes Netz öffentlichen Bewusstseins. Amerikanische Sammelklagen richteten sich gegen europäische Firmen, die gemeinsam mit der SS von Zwangsarbeit profitiert hatten. Auch die Beteiligung an nazistischen Verbrechen in den ehemals kommunistischen Staaten konnte nun beleuchtet werden. Zugleich wurde endlich offen über die stalinistischen Verbrechen geredet.

In dieser Situation taten sich Abgründe auf, die längst als überwunden gegolten hatten. Wer hätte noch wenige Jahre zuvor gedacht, die konservativen Christlich-Sozialen, die eben noch treuesten Freunde Washingtons, könnten im Zuge eines Wahlkampfes an antiamerikanische Ressentiments appellieren, könnten offen gegen die sogenannte Ostküste hetzen? Zwar war mit dem Begriff Ostküste das jüdische, um nicht zu sagen, das in der antisemitischen Vorstellung verjudete Amerika gemeint, aber immerhin hielt die Volkspartei an einem Präsidentschaftskandidaten fest, der in den USA in Misskredit geraten war. Jene, die vor kurzem noch in ihrer Antipathie gegen den Osten geeint gewesen waren, wehrten nun ein Geschichtsbewusstsein ab, das sich in westlich demokratischen Staaten, vor allem in den Vereinigten Staaten, längst durchgesetzt hatte.

Nun entstand ein Nukleus intellektueller Auseinandersetzung, der für Österreich ein antinazistisches Denken einmahnte, das sich in London, Paris oder New York längst durchgesetzt hatte. Diese neue Gruppe passte nicht in die heimische Parteienlandschaft. Die Sozialdemokratie beteuerte, an der Biographie des Gegenkandidaten gar nicht interessiert zu sein. Sie bestritt gar, an seiner Biographie je interessiert gewesen zu sein. Sie hätte, so wollte sie glauben machen, von den Dokumenten über seine Kriegszeit keine Ahnung gehabt. Die Grünen mit ihrer Kandidatin Freda Meissner-Blau dachten nicht daran, bei der Stichwahl eine Empfehlung gegen Waldheim abzugeben. Noch waren einige Klärungen innerhalb der ökologischen Fraktion nicht vollzogen. Manch rechter Naturbewahrer hätte durch eine klare Sicht auf den Nazismus verprellt werden können. Zudem waren seit dem Kampf gegen das Kraftwerk Hainburg zarte Bande zur Krone geknüpft worden, auf die Rücksicht genommen werden musste. Es sollte einige Monate dauern, bis die Grünen zu einer entschlossenen Linie gegenüber Waldheim fanden. Auch die

so genannte marxistische Linke hatte noch zu keinem eindeutigen Standpunkt gefunden. Bei den Kommunisten war im Frühjahr 1986 noch zu hören und zu lesen, dass hinter der Kritik an Waldheim zionistische Interessen steckten.

Ich erinnere mich. Jahrelang war ich als jüdischer Paranoiker abgetan worden, wenn ich unter linken nichtjüdischen Freunden von der Kontinuität des Antisemitismus gesprochen hatte. Es gäbe dafür doch gar keine ökonomischen und sozialen Gründe mehr, wurde mir entgegengehalten. Von einem linken Judenhass gar, von manchen Motiven der Kritik gegen Israel zu reden, galt unter meinen fortschrittlichen österreichischen Altersgenossen als obszön. Das existiere gar nicht und sei im Übrigen nur »ein jüdischer Dreh«, beschied mir einer.

Nun konnte das Fortwirken der heimischen Ressentiments nicht mehr gelehnet werden. Im Gegenteil; es wurde der Antisemitismus ohne Juden als neues Phänomen besprochen, ein Antisemitismus, der gar nicht die realen Objekte seines Hasses brauchte, ein Antisemitismus, der kein geschlossenes Weltbild mehr abgab, ein Antisemitismus ohne Antisemiten gleichsam. Im Zuge der Kampagne rund um Waldheim wurde klar, dass es antijüdische Ressentiments nicht trotz, sondern wegen Auschwitz gab.

Vor jenem Jahr 1986 engagierte ich mich vor allem für die Friedensbewegung in Israel. Erst durch den Präsidentschaftswahlkampf, jene österreichische Causa Prima, verstrickte ich mich in die heimischen Diskussionen. So lässt sich sagen, Kurt Waldheim hat mich zum Österreicher gemacht.

Eines der ersten Treffen fand in einem Hinterzimmer des Café Landtmann statt. Hierher hatten die Proponenten des Neuen Österreich geladen. Ich stieß auf Intellektuelle, Dichter und Künstler, die ich, ein junger Student, aus Funk und Fernsehen kannte. War es Mary Steinhauser gewesen, die Organisatorin der Aktion kritischer Wähler, die mich als Erste verständigt hatte?

Bald danach die Nachmittage im Grünen Anker. Die Sitzungen waren überlaufen. Hier wurden Neuigkeiten referiert und diskutiert. Das Neue Österreich war ein Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung, ein Forum der Aktion und Artikulation. Für mich bedeuteten diese Gespräche eine Initiation. Mit einem Mal galt es nicht mehr als Hypersensibilität oder Paranoia, wenn von den Gespenstern der Vergangenheit, von der Persistenz der Ressentiments, von den autoritären Tendenzen im Lande die Rede war. Hier wurde Disput und Auseinandersetzung nicht mehr als geistige Selbstbefriedigung abgetan, sondern gemeinsam eine Kultur des Streites und der Widerrede gepflegt.

Hinzu kam, dass eine kleine Gruppe, durch kreative Interventionen, die Debatte im ganzen Land beeinflussen konnte. Nicht nur das. Die internationalen Me-

dien, die großen Zeitungen aus New York, Paris, London, Frankfurt und Madrid; sie schrieben über die geistreichen Einfälle dieser Guerilla der Aufklärung. Es genügte, mit einigen Transparenten eine Veranstaltung des ehemaligen Generalsekretärs zu besuchen. Seine leidenschaftlichen Anhänger, diese Kurtisanen von Waldheim, suchten sogleich den Körperkontakt, wurden handgreiflich, schlugen mit Stöcken gar auf uns ein. Als wir bei einer Versammlung des Kandidaten Waldheim ein paar Flugblätter verteilen wollten, wurde einer unserer Mitstreiterinnen das Schlüsselbein gebrochen. Immerhin blieb das nicht unbemerkt. Ausländische Korrespondenten berichteten von den Übergriffen.

Ich erinnere mich an eine Pressekonferenz vor den internationalen Medien. Um seine Unschuld zu verbürgen, waren Kriegskameraden des Soldaten Waldheim geladen. Ruth Beckermann und andere traten mit einem Transparent hinter das Podium. Auf dem entrollten Banner war zu lesen: »Holt Hitler als Zeitzeugen«. Der Effekt war groß.

Unsere Anstrengungen wurden mannigfach belohnt und weltweit dokumentiert. Dieser Erfolg gründete nicht allein auf dem Interesse der globalen Öffentlichkeit, sondern resultierte aus der vollkommen überzogenen und verklemmten Reaktion unserer Gegner, die nicht bereit waren, kritische Fragen ernst zu nehmen und Argumente zu diskutieren. Stattdessen wurden wir als sogenannte Nestbeschmutzer diffamiert. Kaum zogen wir mit dem Holzpferd ein, trieben wir Kurt Waldheim in die Flucht. Keiner der konservativen Politiker ging auf uns zu, diskutierte über unsere Sprüche oder schmunzelte über das Ross mit der SA-Kappe. Sie rannten vor uns davon.

Heute ist kaum mehr vorstellbar, mit welchen Verdrehungen und Flunkereien unserem Protest bei Demonstrationen, Präsentationen oder der Mahnwache für den Widerstand geantwortet wurde. Wir erzählten einander, welche verrückten Äußerungen wir in den Debatten zu hören bekommen hätten. Ich erinnere mich, wie mir eine Dame mit Spitzenhandschuhen sagte: »Wieso nennen Sie mich antisemitisch. Ich bin doch keine Antisemitin. Antisemiten stinken, die kann man doch riechen«. – Daraufhin ich: »Juden wohl auch«. – »Ja«, gab sie ungerührt von sich: »Juden auch«. Und als diese ihre Worte im allgemeinen Gelächter untergingen, versuchte einer ihrer Mitstreiter die Situation zu retten, indem er vermeintlich begütigend hinzufügte: »Nein, Juden stinken nicht. Nur die polnischen«. – Da versetzte ich: »Ach, ja? Meine Mutter ist eine polnische Jüdin«. Er griff sich meine Hand und beteuerte mir: »Das tut mir aber leid«, und es wurde dabei nicht ganz klar, was ihm mehr leid tat, mich beleidigt zu haben oder zu hören, dass ich der Sohn einer polnischen Jüdin war.

Das Neue Österreich entwickelte in all diesen Zeiten eine eigene Dynamik. Wir kamen nun im Amerlingbeisl zusammen, schalteten Inserate im *profil* und im *Falter*. Rubina Möhring und Walter Manoschek veröffentlichten die Broschüre »Die Pflichterfüllung« mit einem Text von Peter Handke, Aufsätzen von Anton Pelinka und einem dokumentarischen Fragment von Jean Améry. Pressekonferenzen wurden veranstaltet, Plakate entworfen. Kuno Knöbl brachte das Stück »Der Herr Dr. Kurt« zur Aufführung. Toni Spira inszenierte »Der große und der kleine Horizont«. Im Volkstheater fand eine Matinee statt. Tausende demonstrierten vor der ÖVP-Zentrale. Die Kundgebung an einem Nachmittag im Frühling des Jahres 1986 sollte zum Auftakt einer neuen Bewegung gegen Vergangenheitsverleugnung, Antisemitismus und Rassismus werden. Silvio Lehmann moderierte die Kundgebung. Damals wurde ich Zeuge jener Metamorphose, die ich noch öfter erleben sollte, wenn eine Rede von Elfriede Jelinek erklang. Sie war da, doch Elfriede Jelinek trat nicht auf, hielt sich im Hintergrund und wollte den Text nicht selbst vortragen. Allein ihre Worte und Sätze genügten allerdings, um den ganzen Platz zu verzaubern.

Im Herbst hielten wir ein Selbsterfahrungsseminar über Antisemitismus ab, in dem auch linke Ressentiments debattiert wurden. Im November dann das erste Symposium zum »Zustand Österreichs. Fragen zur Identität«. Zum Jahrestag des Novemberpogroms eine multimediale Dokumentation vor der Oper.

Alle, die geglaubt hatten, die Affäre wäre mit dem Wahlsieg Waldheims abgehakt, hatten sich gründlich verrechnet. Eines unserer ersten Flugblätter schockierte die Anhänger Waldheims, da sie nicht begreifen konnten, dass wir nach der Niederlage nicht sogleich geistig kapitulieren wollten. Der Titel lautete: »Waldheim ist nicht unser Bundespräsident.« Wir waren bereit, sein Amt anzuerkennen, aber nicht seine Autorität. Er mochte staatsrechtlich der Bundespräsident sein, aber uns und unser Verständnis von Geschichte und Gesellschaft würde er nicht repräsentieren. Diese radikaldemokratische Unterscheidung wurde als Skandal empfunden, weil hier offenkundig gegen den Geist des Untertanen rebelliert wurde.

Zudem zeigte sich, dass die Fragen, die wir aufgeworfen hatten, keineswegs nur an den Lebensläufer Waldheim gebunden waren. Im Herbst wurde Norbert Steger als Obmann der Freiheitlichen gestürzt. »Wer Waldheim sät, wird Haider ernten«, war eine unserer Parolen. Bald hatten wir erkannt, dass Waldheim das Auslaufmodell war, aber Haider der Prototyp eines rassistischen Populismus, der in mehreren Staaten der Europäischen Union Furore machen sollte. Haider profitierte von dem chauvinistischen Trotz, mit dem im Präsidentschaftswahlkampf das Ansehen der Wehrmachtsgeneration verteidigt worden war, aber paradoxerweise nutzte ihm

ebenso die kritische Demontage des offiziösen Opfermythos. Die Freiheitlichen hatten nie um Österreich als erstes Opfer Hitlers getrauert. Für sie schien nun bestätigt, dass die österreichische Nation schlechthin nichts als eine Lüge war. Bald würden sie den neuen Chauvinismus für sich zu nutzen wissen und im Zuge ihrer rassistischen Hetze »Österreich zuerst« rufen.

Die Entwicklung der Debatte gab uns Recht. Es ging nicht nur um Waldheim. Wir hatten auf das richtige Holzpferd gesetzt. Was aber war es, das uns an Waldheim so empörte? War er, wie manche heute noch meinen, die falsche Person für unsere Aufregung? Keineswegs. Er war der Richtige, und zwar nicht deshalb, weil Waldheim unter General Loehr, einem Kriegsverbrecher eingesetzt war, eingegliedert in eine Heeresgruppe, die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich war, die etwa verstrickt waren in die Deportationen von Juden aus Saloniki und hier mit der SS eng zusammenarbeitete. Auch nicht, weil Waldheim als niedriger Informationsoffizier auch im Bereich der so genannten Partisanenbekämpfung mitarbeitete, worunter letztlich kriminelle Vergeltungsaktionen und massenmörderische Kollektivstrafen fielen. Nein, eine persönliche juristische Schuld traf Waldheim nicht. Er war kein Eichmann, kein Mengele, auch nicht ein Friedrich Peter und sogar kein Otto Scrinzi. Aber eben deshalb konnte er mit jenen Fragen konfrontiert werden, um die es damals ging. Dass er Stipendiat und Absolvent der Konsularakademie gewesen war, die Diplomaten für das so genannte Dritte Reich ausgebildet hatte, dass er Mitglied der SA-Reiterstandarte 5/90 und des NS-Studentenbundes gewesen war, und was er im Balkan getan hatte, hätte ihn für eine politische Karriere nicht von vorneherein disqualifiziert. Erbärmlich und unannehmbar war hingegen, wie er jetzt, seit 1945, mit dieser Vergangenheit umging. Er verkörperte, wogegen wir antraten. Waldheims Lügen interessierten uns nicht als persönliches Charakterproblem, sondern weil dahinter eine politische Strategie erkennbar wurde. Wir kannten unsere Waldheimer. Sie spekulierten mit dem Antisemitismus. In der Stadt lohten feuergelb Plakate, auf denen mit brandroter Handschrift gedruckt war: »Wir Österreicher wählen wen wir wollen!« Der Slogan zielte gegen Juden, obgleich nicht nur jüdische Funktionäre sich wunderten, dass Kurt Waldheim behauptete, als Informationsoffizier der Wehrmacht in Saloniki keine Deportationen bemerkt zu haben. 1986 wurden die jüdischen Funktionäre des World Jewish Congress von Michael Graff, Alois Mock, Marga Hubinek, Walter Schwimmer und Franz Sauerzopf, als »ehrlose Gesellen«, »unseriös, unehrenhaft und haßerfüllt«, als »Mafia der Verleumder«, der Generalsekretär des World Jewish Congress als »gewohnheitsmäßiger Lügner« bezeichnet. In einer Parteisen- dung stellte Graff fest, dass »das von Haß und Geltungsbedürfnis motivierte Ge-

schrei der Handlanger des jüdischen Weltkongresses« für die Österreicher nicht maßgebend sei. Zugehörigkeit zum Judentum, fühlte er sich bemüßigt, festzustellen, wäre »kein Freibrief für Lüge, Täuschung, Wortbruch, Unbildung und undifferenzierten und unbegründeten Haß«. Waldheim selbst antwortete auf die Frage, wie er sich erkläre, dass die internationale Presse gegen ihn schreiben würde: »Die ist doch vom Jüdischen Weltkongreß dominiert. Das ist wohlbekannt«.

Übrigens genoss der World Jewish Congress bei uns heimischen Kritikern Waldheims kein viel höheres Ansehen als in der Volkspartei. Wer sich hierzulande gegen Waldheim aussprach, vergaß zumeist nicht, einige distanzierende Äußerungen in Richtung des jüdischen Kongresses abzusondern. Solche Erklärungen sollten der argumentativen Frontbegradigung dienen, sollten sowohl Rückzugsbereitschaft aus unhaltbaren Positionen als auch Objektivität signalisieren.

Gewisse Themen blieben ausgespart: Die innerösterreichischen Kritiker an Waldheim blendeten aus taktischen Gründen jegliche Auseinandersetzung mit dem World Jewish Congress aus. Anhänger und Gegner von Waldheim nahmen und nehmen bis heute weitgehend nicht zur Kenntnis, dass der World Jewish Congress zwar outriert agierte, unsensibel vorging und Vorwürfe erhob, die sich im Nachhinein als übertrieben erwiesen, aber im Frühjahr 1986 noch nicht dezidiert und explizit behauptet hatte, Waldheim sei ein Kriegsverbrecher. Zwar wurde Waldheim als Nazi bezeichnet, was sich allenfalls auf seine Mitgliedschaften in nationalsozialistischen Organisationen und nicht auf seine etwaigen ideologischen Präferenzen bezogen haben kann, gewiss wurde ihm von den Funktionären des WJC vorgeworfen, im Umfeld von Kriegsverbrechen eingesetzt gewesen zu sein, ja, der World Jewish Congress sprach, nachdem er Waldheims Namen auf einer UN-Liste gesuchter Kriegsverbrecher gefunden hatte, sogar von Waldheim als *accused war criminal*, drückte damit aber nur die reine Tatsache aus, dass er des Kriegsverbrechens beschuldigt worden war, hütete sich jedoch im Frühjahr 1986 ausdrücklich davor, ihn selbst als Kriegsverbrecher zu bezeichnen.<sup>3</sup> Im Gegenteil: In einem *profil*-Interview am 25. März 1986, viele Wochen vor dem ersten Wahlgang, stellte Elan Steinberg fest, dass Waldheim ihres Wissens nach kein Kriegsverbrecher gewesen war. Israel Singer sekundierte, Waldheim wäre vielleicht bloß eine harmlose Figur gewesen. Am 1. April wiederholte Singer in der ZIB 2, es ginge um keinen Kriegsverbrecherprozess, sondern um das Verhalten des Politikers. Die österreichische Öffentlichkeit schien diese Aussagen gar nicht wahrzunehmen. Es wurde ohne Beweis behauptet, dass der World Jewish Congress Waldheim mit Massenmörder gleichgesetzt hatte.

Der Republikanische Club vertrat eine Position unter anderen im österreichischen Diskurs. Mit unseren kritischen Fragen kämpften wir zwar gegen die Enge

der Diskussion an, aber wir waren allenfalls Grenzgänger, die dennoch auf den Konsens eingehen mussten, um irgendeinen Erfolg zu haben. Der Name selbst, das Neue Österreich, verweist auf unsere Reverenz an den Patriotismus. Nur mit dieser Anrufung eines Neuen Österreich war es möglich, die Republik mit ihrem eigenen antinazistischen Selbstverständnis zu konfrontieren. Anderes, etwa die internationale Kritik an Waldheim, wurde auf diese Weise ausgeblendet. Eine ähnliche Taktik sollte in den neunziger Jahren, als wir uns gegen den Rassismus aussprachen, dazu führen, dass wir lange dem inländischen Sprechen über die Migranten verhaftet blieben. Wir waren Fürsprecher, die statt jener redeten, für die wir das Wort ergriffen, anstatt mit ihnen eine die Stimme zu erheben. Es dauerte, bis wir unseren Fehler begriffen.

Natürlich nutzte es wenig, dass wir uns dem Diskurs und seinen Regeln fügten. In der Wahrnehmung der Anhänger Waldheims blieben wir die Nestbeschmutzer, die sich mit ihrem Holzpferd vergaloppiert hatten, die zu Unrecht den Präsidentschaftskandidaten angeschwärzt hätten. Die wirklichen Vorwürfe gegen den Spitzenpolitiker Waldheim wurden überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen wurde er, der immerhin die Wahl gewonnen hatte, zum Opfer stilisiert.

Waldheims Lügen wären kaum relevant gewesen, wenn er nicht als Generalsekretär der Vereinten Nationen und Präsident der Republik gewirkt hätte. Es war uns nie darum gegangen, ob er vor Gericht müsste, sondern ob er in die Hofburg einziehen sollte. Wir waren kaum an kriminalistischen Fragen, sondern an politischen interessiert. Er hatte nicht trotz, vielmehr aufgrund seines Sagers von der Pflichterfüllung die Wahlen gewonnen. Der Satz war nicht nebenher gefallen, sondern wurde zur Wahlparole. Immer wieder sprach er von der Pflichterfüllung in der Wehrmacht, sprach er davon, nichts anderes als Hunderttausende andere Österreicher getan zu haben, die doch, auch diese Wendung wurde zum Slogan, anständig geblieben waren. Waldheims Haltung war die Verweigerung jeglicher Selbstkritik, die Leugnung von Geschichtsverantwortung, und mit dieser trotzig Unverdorrenheit fand er Anklang. Antisemitismus hatte sich ausgezahlt. Die Relativierung der Vergangenheit wurde belohnt. Dieses Vorgehen veränderte das Klima im Land und wirkte bis zur Koalition zwischen Volkspartei und Freiheitlichen im Jahr 2000 durch. Hier – im schwarzblauen Bündnis – fanden sich jene, die sich, wenn auch auf unterschiedliche Weise, der kritischen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Geschichte des Landes verweigerten.

Wer heute auf den Republikanischen Club – Neues Österreich seit 1986 zurückblickt, kann verschiedene Phasen unterscheiden. Zunächst ist da jene Zeit zu erkennen, in der die Auseinandersetzung mit Waldheim im Vordergrund stand. Es

ging damals um den Bruch mit dem Opfermythos und den Verrenkungen einer Historiographie, die der Paradoxie anhing, Vergangenheit ausblenden, aber Geschichte zelebrieren zu wollen. Diese verlogene Strategie konnte leicht verhöhnt werden, weil sie offenkundig über die eigenen Widersprüche stolperte. Den Ungeheuerlichkeiten der Gegenseite mit Witz zu antworten, war neu. Diesem Vorgehen blieben wir treu, lange nachdem das Holzpferd schon zu unserem Maskottchen geworden war. Als etwa Waldheim auf die Watchlist gesetzt wurde, machten wir uns darüber lustig, wie konsterniert das ganze Land reagierte, indem wir die amerikanische Entscheidung freudig begrüßten. In einem Falterinserat schrieben wir: *»Herr Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim! Wir wollen uns nicht weiter über bekannte Tatsachen auslassen: Ihre Vergeßlichkeit, Ihr sogenanntes Pflichtgefühl und die antisemitische Kampagne, die zu Ihrer Wahl geführt hat. Wir waren gegen Ihre Kandidatur. Jetzt hat Sie das amerikanische Justizministerium auf die Watchlist gesetzt. Heute geht es nicht mehr darum, wo Sie wann gewesen sind. Jetzt geht es darum, wo Sie nicht mehr sein können. In der Hofburg. Wir fordern Sie auf, abzutreten. Herr Präsident, erfüllen Sie Ihre Pflicht. Treten Sie zurück.«*

Als Salman Rushdie der Mord angedroht wurde, veranstaltete der Republikanische Club die erste öffentliche Lesung der »satanischen Verse« in Österreich. Als Zita Bourbon-Parma, die letzte Kaiserin von Österreich-Ungarn 1989 starb und ihr im Jubiläumsjahr der Französischen Revolution in Österreich ein offizielles Begräbnis bereitet wurde, lud der Club zum republikanischen Leichenschmaus. Serviert wurden Parmaschinken und Kaiserschmarrn, dazu wurde Bourbon kredenzt.

Nach der Veröffentlichung des Historikerberichts fand am 12. März 1988 eine Großkundgebung statt. Damals wurde der Republikanische Club zum Symbol für ein sogenanntes anderes Österreich. Im Gedenkjahr 1988 wurden die Fragen, die wir zunächst in kleinem Rahmen diskutiert hatten, öffentlich debattiert. Gleichzeitig wurde klar, dass der historischen Geschehen gedacht werden sollte, ohne an ihr Weiterwirken in der Gegenwart zu erinnern. Dem galt es entgegenzuwirken, indem das Trennende, wie Silvio Lehmann meinte, über das Gemeinsame gestellt werden sollte. Im Gegensatz zu allen Veranstaltungen für Toleranz plädierten wir für Unduldsamkeit gegenüber Antisemitismus.

Noch hielt das offizielle Österreich an dem Opfermythos fest, aber dennoch waren jene, die ein Jahr vorher noch Nestbeschmutzer gewesen waren, nun zu Stichwortgeber der öffentlichen Veranstaltungen geworden.<sup>4</sup> Sogar der Vizekanzler und Außenminister Alois Mock erklärte am 28. Februar 1988: »Dieser ›Neue‹ Republikanische Club ist noch nicht ganz Österreich«, womit er indirekt zugab, wie groß der Einfluss des Clubs geworden war. 1989 eröffneten wir ein Vereinslokal und

das Restaurant Hebenstreit. Der Club wurde zur Institution. Anfang der Neunziger war es nicht so sehr Waldheim als vielmehr Jörg Haider, mit dem wir uns zu beschäftigen hatten. Die Auseinandersetzung wurde härter. Mit Humor, der die frühen Aktionen geprägt hatte, konnte gegen den rassistischen Populismus nicht angekämpft werden. In der Rockhgasse wurden Sitzungen für das Lichtermeer abgehalten, das gegen das Volksbegehren der Freiheitlichen Hunderttausende mobilisierte, aber ebenso zu einem großkoalitionären Spektakel geriet. Im Zuge dieser Auseinandersetzung entstand jedoch auch SOS-Mitmensch. Der Club wurde zu einem Nukleus neuer Gruppen und Bewegungen.

1992 sprach Franz Vranitzky endlich von der Mitverantwortung Österreichs an der nationalsozialistischen Vergangenheit. Zudem lehnte der Kanzler jede Koalition mit den Freiheitlichen ab. Allerdings fügte sich das Kabinett in der Zuwanderungspolitik und im Asylrecht den Forderungen des Populismus und des Boulevards. Die Sozialdemokratie hetzte mit den Hunden und rannte mit den Hasen. Der Republikanische Club forderte den Rücktritt der Innenminister Franz Löschnak und Karl Schlögl. Proponenten eines multikulturellen Österreichs wurden von Briefbomben heimgesucht. Mit kleinen spaßigen Aktionen konnte darauf nicht mehr reagiert werden, wenn etwa vier Roma in Oberwart ermordet worden waren – und die Polizei zuallererst die Verwandten verdächtigte. In den neunziger Jahren wurden deshalb Trauerkundgebungen zu einer eigenen Form des Protests. Etwa nachdem der Schubhäftling Marcus Omofuma erstickt worden war und der Innenminister Karl Schlögl jede politische Verantwortung für das Vorgehen seiner Beamten abwies.

Mit der Wende im Jahr 2000 begann eine neue Periode im Republikanischen Club. Der zivilgesellschaftliche Protest gegen das schwarzblaue Regierungsbündnis ist nicht ohne die Bewegung von 1986 denkbar. Es ist kein Zufall, wenn die Demokratische Offensive, jene Gruppe, die zur Massendemonstration vom 19. Februar 2000 aufrief, im Republikanischen Club gegründet wurde. Hier fanden die Sitzungen statt, die zur Kundgebung der 300.000 auf dem Heldenplatz führten.

Es war just die Regierung unter Schüssel, die mit den jüdischen Organisationen eine Einigung erzielen, wie zumindest die materiellen Schäden restituiert werden könnten. Waldheim ist gestorben. Haider ist tot. Manche meinen, die Auseinandersetzung um die Geschichtspolitik sei abgeschlossen. Letztlich spielten die alten Fragen keine Rolle mehr, denn auch mit antifaschistischen Lippenbekenntnissen ließen sich mittlerweile gegenwärtige Ungerechtigkeiten legitimieren.

Was im Jahre 1986 den Republikanischen Club – Neues Österreich einte, tritt heute vollkommen anders zutage. Der Mythos von Österreich als erstes Opfer Hitlers ist längst kein Konsens mehr. Wenn aber entblößt wird, dass der freiheitliche

Obmann H. C. Strache an rechtsextremen Wehrsportübungen beteiligt war, dann handelt es sich dabei nicht um Überholtes und schon gar nicht lassen sich diese Geländespiele als Jugendsünde abtun. Es ist nicht ohne Bedeutung, dass die Mitarbeiter des Dritten Nationalpräsidenten sich für neonazistische Devotionalien und Fanartikel interessieren.

Die Abwehr gegen Rechtsextremismus ist kein Geschichtsseminar und kein Anachronismus. Gegen Rassismus, gegen Hass und Übergriffe aufzutreten, ist kein antifaschistischer Karneval. Sich für Säuglinge einzusetzen, die kaum in Österreich geboren, abgeschoben werden, und für Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft bei Polizeieinsätzen um ihr Leben fürchten, ist kein Gschnasspaß. Im Gegenteil. Eine Maskerade betreiben jene, die aus Mitläufern Widerständler, aus Naziverbrechern honorige Bürger, aus den Mordskerlen der SS österreichische Parteifunktionäre, aus rechten Wehrsportübungen eine Jugendtorheit machen. Diese Kostümierungen dauern seit 1945 an und sind noch immer nicht vorbei.

Im Zeitalter von Globalisierung, von Multikulturalität und kontinentaler Integration, kann die Auseinandersetzung für eine republikanische Streitkultur, für eine demokratische Öffentlichkeit und für den Rechtsstaat nicht nur eine rein österreichische sein. Der Aufstieg des rechten Populismus und des Rassismus kann in mehreren Ländern dieses Erdteils seit den achtziger Jahren verzeichnet werden. Es geht um europäische Fragen, die europäische Antworten verlangen. Die zukünftigen Kämpfe werden einen intellektuellen Ausritt über die Begrenztheit des Alpenlandes hinaus erfordern.

Der Republikanische Club – Neues Österreich wurde gegründet, um zu agieren und zu aktivieren, wenn kritische Auseinandersetzung durch Hetze und Kampagnen eingeschränkt werden soll. Das Bestehen des Clubs seit mehr als zwei Jahrzehnten folgt einer Notwendigkeit. Es ist ein Bestehen *als* Standort und Bewegung, aber ebenso ein Bestehen *auf* Aktion und Artikulation, denn der Republikanische Club ist eine Plattform, die Raum zu Diskussion und Analyse bietet, aber ebenso zum Brennpunkt des Protests wird, wenn es gilt, demokratischen Widerstand zu demonstrieren. Es wäre vermessen, so zu tun, als wäre der Club alleine für die Öffnungen und Klärungen der letzten zwei Jahrzehnte verantwortlich, aber er war ein Produkt und ein Faktor jener Entwicklung, die gemeinhin als Aufarbeitung bezeichnet wird, und sein Beitrag war ohne Zweifel höher, als in der österreichischen Öffentlichkeit anerkannt wird. Zwar waren wir wie Kurt Waldheim wohl vor allem ein Symptom, das Symptom eines Prozesses, aber immerhin scheinen wir nicht ein Symbol des Problems gewesen zu sein, sondern eher ein Symbol für den Versuch seiner Bewältigung und für das Bemühen um Lösungen.

## Anmerkungen

- 1 Pelinka, Anton: Windstille. Klagen über Österreich; (Wien – 1985)
- 2 Daniel Levy/Natan Sznaider: Erinnerung im globalen Zeitalter. Der Holocaust; (Frankfurt a.M. – 2001)
- 3 vgl. vor allem: Mitten, Richard: The Politics of Antisemitic Prejudice. The Waldheim Phenomenon in Austria; (Boulder, San Francisco, Oxford – 1992) – siehe auch: Mitten, Richard: Der kurze Schatten der Vergangenheit; in: Toth, Barbara und Hubertus Czernin (Hg.) 1986. Das Jahr, das Österreich veränderte; (Wien – 2006) – Wodak, Ruth, Nowak, Peter, Pelikan, Johanna u.a.: Wir sind alle unschuldige Täter Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus (Frankfurt a. M. – 1990) – Heindl, Bernhard: »Wir Österreicher sind ein anständiges Volk« Kurt Waldheim; (Wien, Linz, – 1991)
- 4 zur österreichischen Geschichtsdarstellung vgl. etwa: Uhl, Heidemarie: Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem Anschluß; (Wien, Köln, Weimar-1992) – Botz, Gerhard: Eine deutsche Geschichte 1938 bis 1945? Österreichische Geschichte zwischen Exil, Widerstand und Verstrickung, in: Zeitgeschichte, 14 (1) (Wien-1986) 19.–38. – Heidemarie Uhl, Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese. Transformationen des »österreichischen Gedächtnisses«, in: Monika Flacke (Hg.), Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen (Katalog zur gleichnamigen Ausstellung des Deutschen Historischen Museums Berlin 2004/05); (Mainz –2004) 481-508. – Joskowicz, Alexander: Identität, Macht, Erzählung. Der Nationalsozialismus in österreichischen Erinnerungsdiskursen der fünfziger und sechziger Jahre; (Wien, Dipl.-2000)

# Die Geschichte des Waldheim-Holzpferdes\*

Kuno Knöbl

Fred Sinowatz, Bundeskanzler der Republik Österreich, musste im Frühling 1986 feststellen, dass eine Debatte über Kurt Waldheims verfälschte Biografie abgelehnt wurde. Jede Nachfrage galt als Nestbeschmutzung. In einer Pressekonferenz erklärte Sinowatz deshalb: »Ich stelle fest, dass Kurt Waldheim nie bei der SA war, sondern nur sein Pferd«. In den Wochen zuvor hatte die Öffentlichkeit, teils durch das Magazin *profil*, teils durch den World Jewish Congress, Dokumente und Fotos über den Präsidentschaftskandidaten der Volkspartei, Kurt Waldheim erhalten: Waldheim in aristokratischer Manier hoch zu Ross, ein Herrenreiter, ein anderes: Waldheim, hoch gewachsen, aber dezent im Hintergrund mit dem österreichischen General Pflögl und dem italienischen Kommandeur der »Putsevia«-Division, den Pustertalern in Jugoslawien.

... und dann der »provisorische« – Lebenslauf des Lebensläufers Waldheim für seine Bewerbung zum höchsten Amt im Staate.

1943 stand da zu lesen – war er verwundet in Wien und schrieb seine Dissertation, 1944 promovierte er zum Doktor der Rechte – ? – Da war er doch in Arsalci, oberhalb von Saloniki, 3c der Heeresgruppe E – Löhr, die den Balkan, Griechenland, besetzt hatte, Nachrichtenoffizier, direkt unterstellt dem Geheimdienstchef der Heeresgruppe E, Oberst Warnsdorf. Und: 1944 waren doch mehr als 75 000 Juden aus Saloniki direkt in die Todeslager verfrachtet worden.

Arsalci liegt über Saloniki, mit herrlichem Blick auf die Stadt ...

Die Paragraphen Waldheim: »Für die Richtigkeit« und sein flinkes »W«. Ein flottes »W«, ein glattes »W«, ein geübtes, vielfach gebrauchtes. All die »W«s unter den Berichten des Nachrichtendienstes ... und ein »W«, der Bericht über den Abtransport von »Partisanen« und ein »W« der Säuberung einer Insel und ein »W«. Ein diensteifriges »W«. Immer wieder und immer wieder: »W« wie Waldheim ... für die Richtigkeit ... man sah den Offizier, den Oberleutnant Waldheim hinter seinem Schreibtisch sitzen ... konnte sich vorstellen, dass er nicht einmal seine Mütze abnahm (es sei denn, die Dienstvorschrift hätte es geboten) mit schlanken, blassen, dünnen, langen Findern, die »W« unter die Geheimberichte setzen ... und nun, 1985 hatte er davon nichts gewusst? Wovon wusste er überhaupt, der »W« – dem »Die Welt vertraut«, wie auf seinen Wahlplakaten zu lesen stand. Immerhin war er UN-Generalsekretär gewesen, man machte schließlich Karriere, wusste

es sich zu richten ... die Zeit heilt doch alle Wunden ... oder nicht? Nur jene mit dem »W« nicht.

Der »Republikanische Club – Neues Österreich« wurde gegründet. Sein erstes Ziel: Wir – in Österreich hätten die Aufgabe, die Vergangenheit aufzuhellen, wir selbst, wir in Österreich, unsere Vergangenheit, von der wir kaum mehr zu wissen hatten, als dass es einen gewissen Hitler (auch Österreicher) und eine Befreiung gegeben hatte, 1945 durch die Alliierten, 1955 durch die Alliierten ... Nazi? KZ? Pogrom? Vernichtung? Eichmann? Kaltenbrunner? (beide auch Österreicher) ... na ja ...

Friedrich Peter? SS? ... und der Dr. Höchtl, rechte Hand Kaltenbrunners in der »Alpenfestung«, hatte er nicht die erste private Mittelschule in Österreich?

Die Sammlung der Dokumente über Waldheim war nicht leicht. Das »National Archive« in Washington hatte zwar viele Dokumente, aber sie waren schwer zugänglich. Der jüdische Weltkongress sammelte selbst und publizierte die ersten Papiere.

Kurt Waldheim korrigierte zum 1. Mal seinen »provisorischen« Lebenslauf.

Man suchte in unendlichen Debatten Möglichkeiten der Publikation, der Aufklärung ...

Kurt Waldheim korrigierte zum 2. Mal seinen »provisorischen« Lebenslauf.

Im März 1986 schrieb ich das Stück: »Der Herr Kurt«, eine Paraphrase auf den »Herrn Karl«. Es sollte im kleinen Volkstheater, im Konzerthaus, aufgeführt werden. Mit Paul Blaha, dem Direktor des Volkstheaters hatte ich einen Termin. Im Direktionszimmer saßen zur Besprechung eines anderen Stückes Peter Turrini und Alfred Hrdlicka. Wir sprachen über das Stück, dann über den Herrenreiter. Ich sprach davon, dem Herrenreiter ein Pferd zu geben. Alfred Hrdlicka saß da und skizzierte mit rotem Stift ein Holzpferd, ein trojanisches, ausseinem Bauch sollten die Gespenster der Vergangenheit kriechen ...

Man einigte sich, das Holzpferd nach der Skizze Hrdlickas bauen zu lassen. Auf dem Holzpferd ist zu lesen: produziert von der Gruppe »Neues Österreich«. Paul Blaha nannte eine Bühnenwerkstatt, die dabei behilflich war.

Nach vierzehn Tagen, Waldheim hatte seinen 3. korrigierten Lebenslauf der Öffentlichkeit vorgelegt, auf seinen Plakaten prangte ein gelbes Dreieck »jetzt erst recht« ... war das Pferd fertig. Mein Sohn, einige Freunde und ich holten es mit meinem LKW ab. Für vierzehn Uhr hatte die Gruppe Neues Österreich eine Demonstration am Stephansplatz angemeldet. Über die Seilerstätte, die Singerstraße erreichten wir den Platz, das Pferd war verhüllt mit Leintüchern. Um vierzehn Uhr dreißig stand es enthüllt, groß, neu, frisch auf der Ladefläche des LKW, ca sechs

Meter hoch über den Passanten – auf dem Kopf eine SA-Kappe, die Manfred Deix gemalt hatte, um dem Zitat von Fred Sinowatz zu folgen. Mikrophone, Ordner, Freunde, Menschen ... Rosa Jochmann war eine der ersten Rednerinnen ... vor 5000 Menschen. Eine Stunde später waren es 10 000 und als »Ö3« über das wundersame Geschehen berichtete, war der Graben, die Kärntner Straße voll mit Zuschauern und Zuhörern.

Wenig später: Das Holzpferd stand bei der Staatsoper, vis á vis der VP-Zentrale. Texte von Peter Handke, Elfriede Jelinek wurden verlesen. Doron Rabinovici, Peter Kreisky, Silvio Lehmann sprachen. Grußadressen von Turrini, Erich Fried ... der damalige Generalsekretär der VP winkte lachend aus der VP-Zentrale ... wenig später musste er zurücktreten. Wegen Waldheim, den er mit blutiger Juristenlogik (»Erst, wenn man ihm nachweisen kann, dass er sieben Juden eigenhändig erwürgt hat, ist er ein Kriegsverbrecher.«) in der Sicherheit seines Advokatenfells verteidigt hatte, ohne zu ahnen, welche schaurige Wahrheit, welche grausige Wirklichkeit sich hinter seinen Worten verbarg.

Waldheim wurde gewählt. Mit Vorsprung zu seinem Gegenkandidaten. Österreich hatte genau jenen Präsidenten, den es verdiente. Das Ausland – also alles, was Österreich nichts anging, nichts kümmerte, nichts scherte, reagierte nicht sehr amüsiert – auch nach dem 8. Lebenslauf, den der Herr Dr. Kurt veröffentlicht hatte und der alle Fehler der anderen Fassungen als »Vergesslichkeit« oder »Flüchtigkeit« oder »Opfer der Zeit« erklärte.

Von »einem Mann, dem die Welt vertraut« war keine Rede.

Elfriede Jelinek war da und ließ ihren Text von einer Freundin verlesen.

Die großen internationalen Kontakte des Herrn Kurt lösten sich auf, wie Wolken, wie Urin im Rosenbeet. Aber man blieb sich treu und Waldheims erster Staatsbesuch galt einem der kleinsten, ja dem kleinsten Staat der Welt, dem Vatikan. Mit dem Papst himself würde er sich treffen und sprechen. Die Matura-Klasse meines Sohnes beschloss, als Matura-Reise Waldheim gemeinsam mit Aktivisten der Gruppe »Neues Österreich« nach Rom zu begleiten – mit dem Holzpferd. Man fuhr vorbei an erstaunlich freundlichen Zollbeamten nach Rom. Der Vatikan verbot das Errichten des Pferdes auf seinem souveränen Boden. Er hatte genug andere Standbilder. Das Pferd wurde auf der Piazza Navona aufgebaut. Die Weltpresse berichtete mehr über diese Aktion als den Besuch des Präsidenten beim Papst.

Zweite Reise von Dr. Kurt: Salzburg, Festspiele, Kultur, »Jedermann«. Das Pferd reiste mit, stand am Domplatz und statt »Mozartkugeln« wurden »Waldheimäpfel« von seinem Pferd verteilt. Nette, runde Dinger, mit dem grinsenden Abbild des Herrn Präsidenten ...

Der Republikanische Club – Neues Österreich hatte geplant, Waldheim in alle Welt, zu jedem Besuch zu begleiten. So lag nahe, dass er auch in die USA reisen wollte. Die Reise erübrigte sich. Waldheim kam auf die »watchlist«, erhielt Einreiseverbot in die USA, weil er falsche Personaldaten auf seinen Papieren – auch als UN-Generalsekretär – angegeben hatte.

Dafür flimmerte das Pferd über die Bildschirme von ABC, BBC, CNN. Das Stück »Der Herr Dr. Kurt« wurde von diesen TV-Stationen angekauft. Helmuth Schmidt, der Darsteller Waldheims, las es stilgerecht in »broken english« und Helfer trugen das Pferd immer wieder vorbei – in der (damals) denkmalgeschützten ältesten Biedermeierfabrik »Fischapark«.

Der Herr Kurt blieb in den Verliesen der Hofburg – als sein eigener Gefangener. Er forderte eine »Objektivierung« seiner Geschichte. Eine internationale Historikerkommission wurde eingesetzt, um ein »Weißbuch« zu verfassen. Nach einem Jahr war es soweit, Waldheim war aber nicht zufrieden und verlangte drohend entsprechende Korrekturen ... fast eine Staatskrise um den dürren Mann mit der Seele aus Papier.

Tatsächlich übernahm der Nachfolger von Sinowatz, Franz Vranitzky neben seinen Aufgaben als Kanzler auch den Job des Bundespräsidenten. Er reiste nach Israel und verkündete vor der Knesset die Schuld von Österreichern an den Gräueltaten des Nazi-Regimes. Es war die erste offizielle Entschuldigung nach Jahrzehnten.

Das Pferd erlebte dies – zerlegt, als ständiges Objekt, Kunstwerk in den Räumen des »Republikanischen Clubs – Neues Österreich« in Wien, in der Rockhgasse 1. Es war der zivilen, demokratischen, republikanischen Gesellschaft, die damals begann, vorangetrabt. Spät genug, aber doch. Immerhin.

## Anmerkung

- \* Anlässlich der Ausstellung »Jetzt ist er böse, der Tannenbaum« im Jüdischen Museum 2005.

## Erinnerungen an die »Causa W.«

Hagen Fleischer

Mit gemischten Gefühlen las ich die Nachricht von W's Ableben, nachdem mich dreieinhalb Jahrzehnte eine sui generis Beziehung dem Verstorbenen verbunden hatte. Bereits 1971/72, bei Quellenstudien im Freiburger Militärarchiv zu Griechenland unter deutscher Besatzung im 2. Weltkrieg, begegnete ich auf zahlreichen Aktenstücken dem ominösen Kürzel »W« – oft auch ausgeschrieben. Der Name Waldheim war damals schlagzeilenträchtig – infolge W's Aktivitäten bzw. Ambitionen auf österreichischem und internationalem Parkett. Bei supplementären Befragungen von Zeitzeugen (mit seitenlangen Fragenkatalogen) bestätigten mir 1972 zwei hohe Staboffiziere (B. Willers, G. v. Lenthe) *en passant* W's Identität. Von Willers erhielt ich dann auch das Foto vom Athener Nobelhotel *Grande Bretagne*, auf dem W. 1943 mit dem deutschen Verbindungsstab zum italienischen Oberkommando posiert. Bis heute ist es das einzig bekannte von W. in Griechenland.

Ich erwog, einen Hintergrundartikel über die Balkanvergangenheit des neuen UN-Generalsekretärs zu schreiben, doch mein Doktorvater (an der FU Berlin) H. D. Looock »riet« mir, mich auf meine Dissertation zu konzentrieren und nicht mit »nebensächlichem Zeug« zu verzetteln ... Lebhaft erinnere ich mich an mein Widerstreben, das aber wohl weniger intuitiv bedingt war, sondern eher den Ärger über die entgangene *erste* Publikation reflektierte. Grummelnd gab ich nach, zumal der »Fall« nicht wirklich sensationell schien. Zwar war W. in Griechenland stets in unmittelbarer Nähe der jeweiligen Kommandozentrale – er verfasste bzw. unterzeichnete »für die Richtigkeit« Hunderte Lageberichte, in Saloniki informierte er sogar den Oberbefehlshaber (und Mit-Österreicher) Loehr über die »Feindlage«, d.h. *ex officio* hatte er besser informiert zu sein als der OB – doch besaß er keine exekutiven Vollmachten. Damals wusste ich noch nicht, dass W. in allen autobiographischen Stellungnahmen – Lebensläufen sowie publizierten Erinnerungen – seinen Kriegsdienst wahrheitswidrig mit der Verwundung an der Ostfront 1941 enden ließ, die Balkanjahre also systematisch verschwieg.

Dieses Verschweigen war der fatale Fehler, mit dem der bis dahin stets reüssierende »stromlinienförmige«<sup>1</sup> Opportunist sich selbst ein Bein stellte. Kaum angreifbar wäre folgende Erklärung gewesen: »*Ich war frontuntauglich, arbeitete an meiner Dissertation, so halste man mir im Hauptquartier die Schreibtischarbeit auf. Über diese erfuhr ich vom Besatzungsterror gegen die Zivilbevölkerung der Balkanlän-*

*der und erschüttert beschloss ich, nach Kriegsende meinen Teil zur Völkerverständigung beizutragen: daher auch meine Kandidatur als UN-Generalsekretär.*« Wenige hätten etwas auszusetzen gehabt: Von Diplomaten und Politikern (zumal in spe) erwartet man kaum, dass sie aktiven Widerstand gegen mörderische Regime wie das der Nazis leisten.

Anderthalb Jahrzehnte später, als in Wien die Gerüchte um W. zu wuchern begannen, machte mich der Athener Reuters-Korrespondent an meinem neuen Wohnsitz in Griechenland ausfindig.<sup>2</sup> Auf seine Fragen stellte ich zunächst zwei Dinge klar: Mangels Befehlsgewalt habe W., »selbst wenn er gewollt hätte«, die ihm zugeschriebenen Kriegsverbrechen nicht anordnen können; dennoch war er »einer der bestinformierten deutschen Offiziere auf dem Balkan«. Sein penetrant behauptetes Nicht-Wissen spreche somit dem gesunden Menschenverstand Hohn. Auf der gleichen Linie, obschon mit weiteren Details, argumentierte bald darauf (13.4.1986) mein Artikel in der Sonntagsausgabe der renommierten *To Vima*, der über alle Agenturen lief, da er erstmals (zumal mit Foto) W's Einsatz in Athen dokumentierte.<sup>3</sup> Beide Lager zitierten aus meinen Feststellungen zumeist nur die (ihnen) passende Hälfte, den Vogel schoss W's Wahlbroschüre ab: »Der bekannte Militärhistoriker Prof. Fleischer von der Universität Kreta sagt, Waldheim sei unschuldig.«<sup>4</sup>

Wieder riefen zahlreiche Journalisten an, wenige nur brachten *in extenso* meine Richtigstellung, jener Satz enthalte trotz seiner Kürze drei Unwahrheiten: »Ich war nie *Militär*-Historiker; außerhalb Griechenlands *bekannt* bin ich nur den wenigen Griechenlandspezialisten; und *unschuldig* würde ich – unter Personen der Geschichte – nicht einmal die Jungfrau von Orleans nennen.« Ein bekanntes Magazin verkürzte deftig: »Fleischer zum SPIEGEL: *Das ist eine Schweinerei*« – und ich zog mir unverdient die Kritik meiner (griechischen) Frau und unserer Tochter zu, ich solle mich trotz berechtigten Ärgers gewählter ausdrücken.

Das Wahlergebnis vom 8.6.1986 betrubte mich doppelt – als Neu-Griechen und als gebürtigen Wiener – zumal es klar war, dass W. nicht *trotz*, sondern *wegen* seiner Vergangenheit gewählt wurde: »Jetzt erst recht!« Hier sei rekapituliert, dass sich die meisten Nachkriegsvertreter der Alpenrepublik in Athen im Sinne W's verhalten hatten, zumal sie sich bei Bedarf auf die Moskauer Deklaration von 1943 berufen konnten, die Österreich den Status des *ersten Opfers der Nazi-Aggression* gewährte<sup>5</sup>. Nach ersten Kontakten 1946 wurde im Juni '47 eine Vertretung in Athen eingerichtet – vier Jahre, bevor die West-Deutschen folgen können. Der Gesandte C. Wildner protestierte mit Erfolg gegen die Benachteiligung Österreichs als ehemaliger Feindstaat, setzte sogar die Meistbegünstigungsklausel und bald auch die Rückgabe beschlagnahmten österreichischen Vermögens durch. Als Außenminis-

ter Tsaldaris »auch das Problem der griechischen Reparationsforderungen gegenüber Österreich streifte«, entgegnet Wildner kategorisch, »ohne auf diese Frage weiter einzugehen, dass Griechenland von uns nicht einen Pfennig [sic] bekommen« würde.

Mehr Zivilcourage als seine Vorgesetzten bewies »ein junger Referent im Außenamt«, der es wagte, Wildner daran zu erinnern, »Österreich sei am Kriege mitverantwortlich, österreichische Truppen hätten in Griechenland gekämpft und Schaden verursacht und Österreich müsse auch die Folgen tragen«. (Er hätte weiter erwähnen können, dass im Besatzungsapparat etwa der Oberbefehlshaber Südost, Alexander Loehr, sowie der »Höhere SS- und Polizei-Führer Griechenland«, Walter Schimana, Österreicher waren und die beiden Wehrmachtsdivisionen mit der blutigsten Besatzungsbilanz einen überdurchschnittlich hohen Anteil an gebirgs-erprobten »Ostmärkern« aufwiesen.) So aber berichtet der Gesandte stolz nach Wien: »Was ich dem jungen Herren sagte, war von guten Eltern, so dass er wie ein begossener Pudel abzog.« Zudem beschwerte sich Wildner beim griechischen Premier und beim Außenminister wegen besagter »Taktlosigkeiten« – mit Erfolg, dass dem Denunzierten »ganz gewaltig der Kopf gewaschen« wurde. Zugleich erhielt der Gesandte von seinen hellenischen Gesprächspartnern die (auf Pressionen der unter Bürgerkriegsbedingungen allmächtigen Amerikaner zurückgehende) Zusicherung, die »These vom Feindstaat Österreich« sei erledigt! Dank dieser Formel blieb es *Felix Austria* erspart, die Kriegsvorgangeneit als Faktor der eigenen Griechenlandpolitik berücksichtigen zu müssen.

Hilfreich waren auch Initiativen, wie jene des Bundes griechischer Veteranen, die auf einer Wien-Exkursion 1962 das heile Stereotyp vom »menschlichen und zivilisierten Benehmen des österreichischen Soldaten« auffrischen wollten. Als 1968 der Jüdische Zentralrat von Griechenland zur Gedenkfeier für die 25 Jahre zuvor vernichtete Gemeinde von Saloniki einlud, schickte Botschafter Steiner, nach Rückfrage in Wien, lediglich einen »zugeteilten Diplomaten« – wie die meisten anderen geladenen Staaten. Von den Missionschefs hatte nur der deutsche seine Teilnahme zugesagt und die »politische Problematik« eines gemeinsamen Auftretens mit jenem sollte vermieden werden, um keine österreichische Mitschuld am Holocaust zu implizieren!<sup>16</sup> Erst im Gefolge der Causa W. wird vielen Österreichern dieser negierte Teil ihrer Geschichte bewusst werden.

Dann aber eskalierte die Diskussion. Auf den von W. geäußerten Wunsch nach einer »unabhängigen« Untersuchung beschloss der Ministerrat am 18.5.1987, eine Kommission zur »neuerlichen Prüfung und Evaluierung des gesamten Materials im Lichte der gegen den Herrn Bundespräsidenten erhobenen Vorwürfe« zu bil-

den. Die Finanzierung übernahm das AA (Mock), das am 4.7. nicht zufällig obiges Mandat enger formulierte: Zu prüfen sei lediglich, »ob ein persönliches schuldhaftes Verhalten von Dr. Kurt Waldheim während seiner Kriegsdienstzeit vorliegt«. Auf diese amputierte Version stützten sich spätere Vorwürfe der W-Fraktion, die Kommission habe »ihr Mandat überschritten«. Eine noch engere Definition gab ÖVP-Generalsekretär Graff: Schuldhaftes Verhalten von W. läge nicht vor, »solange nicht erwiesen ist, dass er eigenhändig [!] sechs [!] Juden erwürgt [!] hat« ...

Als Präsidenten der sechsköpfigen Kommission einigte man sich auf den Schweizer Pensionär Prof. H.R. Kurz, in Bern jahrzehntelang Berater diverser Verteidigungsminister. Vertraut mit der gestellten Thematik war allein Prof. Manfred Messerschmidt, als Leitender Historiker des Freiburger Militärischen Forschungsamtes bester Kenner des riesigen Fundus der in der gleichen Stadt gelagerten Wehrmachtsakten. Die anderen Mitglieder – mit einer Ausnahme ebenfalls Militärhistoriker – wurden primär nach Proporzabwägungen gewählt.<sup>7</sup> Wohl deswegen beschloss die Kommission, bei ihrer konstituierenden Sitzung (1.-3.9.1987) im Allgemeinen Verwaltungsarchiv in der Wallnerstraße, zwei Experten aus den am stärksten betroffenen Ländern hinzuzuziehen. Die Belgrader Regierung reagierte – aus nur zu vermutenden Gründen – nie auf die Anfrage, in Griechenland wurde keine offizielle Stelle kontaktiert, sondern unmittelbar der Schreiber dieser Zeilen. Jener akzeptierte zögernd, da zunächst der Eindruck bestand, ein »Peterschein-Gremium« sei geplant.<sup>8</sup> Den Ausschlag gab, dass die angebotene Position des (schließlich einzigen) *permanent special expert* Unabhängigkeit sicherte und im Fall von Pressionen den Rücktritt erleichterte.

Ab der 2. Sitzungsperiode, im Oktober, begann unsere eigentliche Arbeit, nachdem thematische Zuständigkeiten endgültig abgegrenzt wurden. Der Belagerungsring der Medienvertreter wurde dichter, jene waren kaum an Zwischentönen interessiert, sondern jagten schlagzeilenträchtige *smoking guns*. Solche erwartete man sich vergebens vom vierstündigen *hearing* der Kommission mit W. am 28.1.1988. Dem Präsidenten sekundierten sein Sohn und zwei Diplomaten, einer (Botschafter H. Türk<sup>9</sup>) protokollierte, nachdem Fleischers Vorschlag einer Tonbandaufzeichnung W's Missfallen fand und von Kurz nicht unterstützt wurde. Dann hätten sich nämlich W's sprichwörtliche »Teflon-Psyche« und die Hohlheit seiner Antworten noch deutlicher gezeigt – (selbst in dieser entschärften Form wollten der Betroffene und sein Famulus Mock die von uns geforderte Offenlegung der Türkischen Notizen nicht gestatten). Einmal nur verlor W. die Fassung und wurde laut. Von Wallach befragt, hatte er erneut behauptet, erst Jahrzehnte nach Kriegsende vom Schicksal der 50.000 Juden Salonikis erfahren zu haben, woraufhin ihm Flei-

scher einen großen Stadtplan von 1943 unter die Nase hielt – im Zentrum der riesige 450 Jahre alte Jüdische Friedhof, der die Stadt in zwei Hälften teilte. Nach W's Rückkehr aus Athen war die Nekropole eingeebnet, was unmöglich unbemerkt bleiben konnte, da die nunmehrige Trümmerstätte zwischen dem Hauptquartier der auf dem Balkan führenden Heeresgruppe E im Nobelvorort Arsakli (heute: Panorama) und den übrigen deutschen Dienststellen lag.

Der Zeitdruck auf die Kommission verschärfte sich, da ihre schwarz-roten Auftraggeber die *Geschichte* so oder so abschließen wollten, bevor anlässlich des im März anstehenden 50-jährigen »Anschluss-Jubiläums« die geballte Aufmerksamkeit der Welt sich erneut auf Österreich richten würde. Bitten um Fristverlängerung wurden daher namentlich von Vizekanzler Mock abgeschmettert. Unter den Mitgliedern der Kommission gab es indessen zwei Strömungen. Die »Falken«, Wallach und Fleming, geführt von Messerschmidt (Verfasser der meisten Kapitel!), sowie die wenig aktiven »Tauben«, Vanvelkenhuyzen und Collins. Präsident Kurz stand letzteren näher, zumal er bei aller persönlichen Liebenswürdigkeit nicht frei war von Eifersucht gegenüber dem redegewandten und kompetenteren Messerschmidt, den er in Interviews als *Primadonna* »fotografierte«, obschon nicht benannte. Hinzu kamen, wie bei General Collins, latente Sympathien des Offiziers (Kurz war Oberst) für den Kampf der *regulären* Truppe (Wehrmacht!) gegen *irreguläre* Partisanen. Der präsidiale Beitrag zum Report bestand namentlich im Vorentwurf des Kapitels IX: »Zusammenfassende Schlussbetrachtungen«. Ich besitze das Original, da ich als weitaus Jüngster volontiert hatte, es am »freien« Wiener Wochenende auf sachliche und sprachliche Probleme abzuklopfen und eine neue Reinschrift anzufertigen.

Mein Eifer war nicht ganz selbstlos. Wiederholt nutzte ich die Gelegenheit mein internes »Mandat« zu überschreiten, indem ich diverse Passagen wegstrich,<sup>10</sup> andere zufügte, und manche von Kurz (als zu gewagt) gestrichene »restituierte«, wie die von W's »moralischer Mitschuld«. In fast allen Fällen konnte ich nicht nur die *Falken*, sondern auch Kurz überzeugen. Das gelang mir auch mit dem von mir geprägten (und vom W-Lager später wütend attackierten) Begriff »konsultative Unterstützung«, womit ich die Grauzone im Fall W. zu definieren suchte: W. war kein Kriegsverbrecher, aber auch nicht »bloß ein Lügner«, indem er sein privilegiertes Wissen ableugnete. Wenn er etwa nach Auswertung der auf seinem Schreibtisch zusammenlaufenden Quellen im »Feindlagebericht« das *knowhow* für Repressalien gegen »Bandenzentren« und die dortige Zivilbevölkerung lieferte, so war das m.E. ein Fall *konsultativer* Mitwirkung und *Mitverantwortung*. Zudem solidarisierte er sich mit den Konsequenzen, wenn er etwa allzu sorglose »Erfolgsmeldungen« nachgeordneter Einheiten politisch korrekt nachbesserte, indem er vor deren Weiterlei-

tung die darin erwähnten massakrierten (»bandenverdächtigen«) Zivilisten posthum zu *Banditen* ernannte und die Tat somit juristisch absicherte ...

Latente Differenzen brachen am letzten Tag durch – ausgelöst durch exogene Faktoren. Ausgerechnet am Morgen des 8. Februar, als die Kommission letzte Hand an ihren Report anlegen wollte, hatte Generalsekretär Thomas Klestil – der spätere Bundespräsident – Kurz zu sich zitiert und ihm nahegelegt, (was er später leugnete), die unser »Mandat überschreitende« Feststellung »moralischer Mitschuld« zu streichen und stattdessen die Mocksche Floskel vom Fehlen persönlicher Schuld zu interpolieren. Auf die erstaunte Frage von Kurz, woher er unseren Text kenne – die uns vom AA zugeordnete sympathische Sekretärin Frau A.K. schloss allabendlich die Diskette mit dem Ertrag unserer Diskussionen in einen Safe – erklärte Klestil, das AA habe aus Sicherheitsgründen eine (uns verheimlichte) Kopie gefertigt! Als uns der fast immer konziliante Kurz mit (aktenkundig gewordenem) »hochrotem Kopf« von dieser Intervention in Kenntnis setzte, hatten wir bereits aus *absolut* sicherer Quelle erfahren, dass tags zuvor ein noch massiverer Versuch erfolgt war.

W. hatte Vranitzky aufgesucht und ihn gewarnt: Eine Entgegennahme des Reports werde eine Verfassungskrise und wohl auch den Bruch der Koalition auslösen. Einziger Ausweg sei die Verweigerung der Annahme wegen Überschreitung unseres Mandats; ohnehin sei der Report parteiisch, da sich Österreich eine Kommission mit »drei Juden« habe aufdrängen lassen.<sup>11</sup> Der Kanzler zeigte sich unbeeindruckt, und so versuchte Klestil in letzter Stunde, den »moderaten« Schweizer für die ÖVP-Linie zu gewinnen. Ungeklärt ist, ob es andere Versuche gab. Fest steht lediglich, dass in der Abwesenheit von Kurz der belgische sowie der amerikanische Kollege – die der zumeist auf deutsch geführten Kommissionsarbeit nur summarisch folgen konnten – erklärten, sie hätten in der Nacht zuvor die umstrittenen Konklusionen mit Lexikon studiert und seien nicht mehr zur Unterschrift bereit, da wir den Aufgabenbereich des Historikers überschritten hätten.

Eine Kampfabstimmung schien unvermeidlich, wobei die Haltung von Kurz unklar war. Zwar besaßen die 3+1 »Falken« mit oder ohne ihn die Überzahl, doch würde die Stimme des ständigen Experten wohl von der W-Fraktion angezweifelt werden, obschon die Kommission intern seine »Gleichstellung in jeder Hinsicht« beschlossen hatte. Aber auch mit seiner Stimme würde der Report als bloßes Mehrheitsvotum (4:3 oder 5:2) an Überzeugungskraft einbüßen. So verfasste Messerschmidt, mit einem Zusatz von Fleischer, eine Neuformulierung des letzten Absatzes: Ebenfalls W-kritisch, jedoch ohne die beanstandete Formel von der moralischen Mitschuld.<sup>12</sup> Damit war sichergestellt, dass am Abend der 200-Seiten-Report mit allen sieben Unterschriften dem Kanzler übergeben werden konnte.

Schlagartig wurde die latente Polemik des W-Lagers schrill und schreckte im Zuge der Eskalierung auch nicht vor grell antisemitischen Dissonanzen zurück. So kolportierte die »Krone« dümmlich-infam, unsere Kommission hätte für ihr Abschiedessen ein *koscheres* Restaurant gesucht – in Wahrheit waren »unsere beiden Juden« auch in punkto Gastronomie liberal-progressiv. Ex-Außenminister Karl Gruber, Hauptautor einer pro-W-Dokumentation, sekundierte, als er der Kommissionsmehrheit Voreingenommenheit als Geburtsfehler ankreidete: Als »Beweis« diene wieder die rassistisch motivierte Lüge von der Juden-Troika ... Der vierte *Falke* (Messerschmidt) wurde *lediglich* als Sozialist abqualifiziert. (Wallach als jüdischer Sozialist hätte demnach doppelt zählen müssen!) Gruber zufolge richtete sich unser Verdikt in der Causa W. im Grunde gegen die Republik Österreich. (Nach Athen zurückgekehrt erhielt ich das längste Telegramm meines Lebens: Vranitzkys Kollektiv-Entschuldigung, die ich bis heute im Reliquienschrank meiner Ego-Historie aufbewahre ...) Doch die böse Saat hatte bereits böse Früchte gezeugt. Vor meinem Heimflug hatte mich Johannes Fischer in seinen Inlandsreport geladen – während der Sendezeit wurden etwa tausend Anrufe verzeichnet; viele der negativen drückten ihr Bedauern aus, dass »man« vergessen habe, mich zu vergasen ... Die These jüdischer Fernsteuerung war umso absurder, da der Jüdische Weltkongress uns monatelang attackiert hatte – mit Attributen wie *Weißwusch-Kommission* und *Alibi-Instrument*. Als sich diese Vorwürfe als unhaltbar erwiesen, schwenkte der WJC auf eine Linie abwartender Neutralität um, und übermittelte uns sogar zahlreiche Dokumentenkopien aus dem Militärarchiv Freiburg, die uns aber – soweit relevant – bereits bekannt waren.

Glücklicherweise fehlte es jedoch nicht an dezidiert positiven Reaktionen. Wiederholt, insbesondere nach meinem »Fernseh-Auftritt«, wurde ich beim Bummeln im 1. Bezirk oder im Café, beim Verzehr köstlicher Mehlspeisen, angesprochen (gelegentlich auch schief angeschaut oder betuschelt, aber nie offen angepöbelt). Einmal wurde ich sogar gefragt, ob ich »den W. nicht auf den ihm so wohlbekannten Balkan mitnehmen« könnte ... Auch mit Botschafter Strasser, dem österreichischen Vertreter in Athen, blieb die Beziehung freundschaftlich.

Zwiespältig blieb Vranitzkys Haltung. Der Kanzler hatte mit Annahme des Reports den Koalitionsbruch riskiert, steckte dann aber zurück. Damit brach die Regierung ihr Publikationsversprechen – unter dem Vorwand, die versprochene Verteilung (auf Anfrage) schlecht kopierter und falsch gehefteter Exemplare ohne Anhang sei gleichwertig mit der zugesicherten *Öffentlichmachung* des Reports. Angesichts dieser Konstellation war die unautorisierte Publizierung seitens des Magazins *profil* nützlich, minderte jedoch zugleich das Interesse deutschsprachiger

Verlage, zumal die Urheberrechte strittig schienen. Anfragen wegen einer Edition (seitens des Wiener Europa-Verlags und der Mehrheit der Kommission – einschließlich des Präsidenten) wurden von der schwarz-roten Regierung ausweichend oder gar nicht beantwortet.

Die Edition des Originaltextes dieses Schlüsseldokuments österreichischer Zeitgeschichte bleibt somit auch nach zwanzig Jahren ein Desiderat<sup>13</sup>.

## Anmerkungen

- 1 So bezeichnete ihn ein Stabskamerad aus Saloniki bei der Befragung durch die Historikerkommission.
- 2 Seit 1979 lehrt der Schreiber dieser Zeilen an den Universitäten Athen bzw. Kreta. Einer pikanten Kapriole der Geschichte zufolge war er es, der die (als Folge des Bürgerkriegs 1946-49) tabuisierten Themen *Zweiter Weltkrieg* und *Okkupation* in den Lehrplan griechischer Hochschulen einführte – Jahre bevor er durch Doppelstaatsbürgerschaft *auch* zum Neu-Griechen wurde ...
- 3 Eli M. Rosenbaum / W. Hoffer, *Betrayal. The untold story of the Kurt Waldheim investigation and the cover-up*. New York 1993, 209ff.: »Fleischer had identified yet another phase of the cover-up«.
- 4 *Extra-Ausgabe: Die Verleumdungskampagne: So wollten sie Kurt Waldheim fertigmachen!*, S. 5.
- 5 Mit der *vergessenen* Einschränkung, Österreich trage »wegen der Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung, der es sich nicht entziehen kann«. – »Bei der endgültigen Regelung [sollte] sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung unweigerlich in Betracht gezogen werden.«
- 6 H. Fleischer, ».. *noch nicht ganz vergessen*«: Die Okkupation Griechenlands und ihre diplomatische Bewältigung durch die Nachfolgestaaten des (Groß-)Deutschen Reichs, in: Maria M. Stassinopoulou / Ioannis Zelepos (Hg.), *Griechische Kultur in Südosteuropa in der Neuzeit*, Wien 2008, S. 305-318.
- 7 Brigadegeneral James L. Collins (USA), Dr. Jean Vanwelkenhuyzen (Belgien), Prof. Dr. Jehuda Wallach (Israel), Emeritus Reader Gerald Fleming (UK). Letzterer, ein Philologe, hatte sich insbesondere nach seiner Pensionierung einen Namen als Holocaust-Forscher gemacht.
- 8 So meine zweite Antwort an H.R. Kurz, 8.10.1987. Doch hatten internationale Proteste die von der ÖVP geforderte paritätische Zusammensetzung aus Österreichern und »Fremden« verhindert, ebenso Wallachs Veto die Teilnahme eines be-

- kannten österreichischen Militärhistorikers, der bereits an pro-W-Stellungnahmen mitgewirkt hatte.
- 9 Im Dezember 1998 würde ich den Botschafter wieder sehen: im Plenarsaal des State Departments als Leiter der österreichischen Delegation bei der *Washington Conference on Holocaust-era assets* (d.h. auch Entschädigungsansprüche über das »Nazi-Gold« hinaus: Kunstschatze, Versicherungspolice etc.). Ich war als beratender Historiker Mitglied der griechischen Delegation.
- 10 Ersatzlos strich ich etwa folgende Passage, die Musik in den Ohren des W-Lagers gewesen wäre: »*Die unmenschliche Härte dieser Kriegsführung der Partisanen, die, solange sie nicht militärisch organisiert waren, von außerhalb des Kriegsrechts stehenden Banden geführt wurde, musste sich auch auf die Abwehrmethoden der erobernden Mächte auswirken. Diese waren nicht bereit, sich mit den vom Gegner angewendeten brutalen Kampfmethoden abzufinden, und versuchten mit hartem Zugreifen mit dem Gegner Schritt zu halten und ihn zu einer gewissen Mäßigung zu veranlassen*« [sic]!
- 11 Zwei jüdische Mitglieder waren bekannt (Wallach, Fleming), den dritten glaubte man im Balkan-Experten ausfindig gemacht zu haben ... Sogleich nach meiner Rückkehr nach Griechenland riefen – jeweils nach Mitternacht Ortszeit – zwei Vertreter großer amerikanischer Zeitungen an, die nahezu gleichlautend sofort zur Sache gingen: »*Prof. Fleischer? ... Just a question, are you Jewish?*« Meine Verneinung, der eine von mir als überflüssig zurückgewiesene »Entschuldigung« folgte, ergänzte ich mit dem Hinweis, der Familienname könne tatsächlich einen jüdischen Träger anzeigen. Mich störe also nicht der »Verdacht«, sondern die dahinter steckende Mentalität, die abermals eine »jüdische Verschwörung« witterte und daher der Forderung nach W's Rücktritt neuen Nachdruck verleihe!
- 12 »Waldheims Darstellung seiner militärischen Vergangenheit steht in vielen Punkten nicht in Einklang mit den Ergebnissen der Kommissionsarbeit. Er war bemüht, seine militärische Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen *und, sobald das nicht mehr möglich war, zu verharmlosen*. Dieses Vergessen ist nach Auffassung der Kommission so grundsätzlich, dass sie keine klärenden Hinweise für ihre Arbeit von Waldheim erhalten konnte.« – Original im Besitz H.F. (dessen Einschub kursiv).
- 13 Dank persönlicher Verbindungen Fleischers zur Universität Kopenhagen (!) und deren Verlagshaus liegt zumindest eine englischsprachige Buchausgabe vor – mit einer wichtigen Einführung von Manfred Messerschmidt, an Stelle des 1990 verstorbenen Kurz. (International Commission of Historians, *The Waldheim Report*. Museum Tusulanum Press, Copenhagen 1993.

## »Neues Österreich« – die Geschichte eines Namens\*

Sibylle Summer und Kuno Knöbl

Summer: Du bist ein Gründungsmitglied des Republikanischen Clubs – Neues Österreich. Was war der Entstehungsimpetus für den RC? Wie war das gesellschaftspolitische Umfeld damals?

Knöbl: Es gab damals, im Herbst 1984, eine Reihe von *Club 2* – Diskussionen, die sehr staatskritisch waren. So gab es etwa große Auseinandersetzungen rund um die »Hainburger Au«.

Summer: Es war eine Zeit, in der neue Bewegungen entstanden sind, in der sich kritisches Bewusstsein entwickelte.

Knöbl: Diese Entwicklung wurde teils auch vom ORF (im *Club 2*) befördert. Zum Teil sogar verursacht. Der *Club 2* war 1976 die erste Talkshow im kontinental-europäischen Raum, die live gesendet wurde, zwei mal pro Woche. Kollegen aus ganz Europa kamen zu mir, wir erhielten viele Preise für diese Sendung. Die Idee für den *Club 2* war, eben nicht eine disziplinierte Runde, die fachspezifisch zu einem Tagesthema spricht, einzuladen. Eingeladen wurden »normale Bürger«, d.h. Personen mit bestimmten Interessen, die nicht unbedingt bezogen auf ihre Fachgebiete diskutierten. Wenn etwa Rechtsfragen das Thema waren, haben wir bestenfalls einen Rechtsanwalt geholt, damit er uns Rechtsauskünfte gibt. Der Moderator im *Club 2* war mehr Gastgeber, Gastgeberin als Diskussionsleiter. Und die Gesprächsteilnehmer waren Gäste. Es waren keine fachspezifischen Debatten, sondern Gespräche mit Open End.

Summer: Du warst Chefredakteur, Intendant, Unterhaltungschef im ORF und Erfinder und viele Jahre Leiter des legendären *Club 2*.

Knöbl: Ja, aber zurück zur Geschichte. Es gab einen *Club 2*, den Freda Meissner-Blau geleitet hat. Es ging um die »Hainburger Au«. Der Niederösterreichische Umweltlandesrat Ernest Brezovsky war eingeladen und wurde von Freda Meissner-Blau während der Sendung heftig persönlich angegriffen. Ich war am Regietisch, als uns das Telefonat vom damaligen Generalintendanten Gerd Bacher erreichte: »Die Freda hat Hausverbot«. Ich war ziemlich schockiert. Gemeinsam mit Sigrid Löffler hatten wir die Idee, Freda Meissner-Blau zu fragen, ob sie sich vorstellen könnte, für die nächste Bundespräsidentenwahl zu kandidieren. Warum sind wir auf diese Idee gekommen? Es war fühlbar, dass sich bestimmte Strukturen in diesem Land – nach Kreisky – verändern. Damals war klar: Es

wird sich etwas ändern, es ändern sich gesellschaftliche Verhältnisse. Und mit diesem Gefühl, natürlich auch mit der entsprechenden Analyse, sind wir dann zu Freda und haben gesagt: »Freda, du musst für die Präsidentschaft kandidieren.« Da ging es darum, überhaupt einmal zu prüfen, ob es eine Chance gibt.

Summer: Eine Chance für neue alternative Ansätze?

Knöbl: Wir waren der Meinung: wenn fünf Prozent erreicht werden, dann ist es hervorragend.

Summer: Wie ging es dann weiter?

Knöbl: 1985 hatten wir bereits das Wahlbüro für Freda Meissner-Blau im Keller von Gexi Tostmann. Die Ernennung Waldheims zum Bundespräsidentschaftskandidaten der ÖVP wurde – meiner Erinnerung nach – im August 1985 von Alois Mock angekündigt. Es kam zu ersten Debatten über Waldheim und seinen Umgang mit der Vergangenheit. Im Herbst 1985 hatte ich mit Freda Meissner-Blau einen heftigen Krach. Ich war der Meinung, wir müssen uns mit Waldheim offensiv auseinandersetzen. Freda sagte: »Das machen wir nicht.« In der Folge bin ich aus der Wahlbewegung für Freda Meissner-Blau ausgeschieden.

Summer: Das *profil* und insbesondere der leider allzu früh verstorbene Hubertus Czernin haben sich damals couragiert der Causa Waldheim angenommen.

Knöbl: Gemeinsam mit anderen haben wir beschlossen, eine neue Bewegung, das »Neue Österreich«, zu gründen. Proponenten waren u. a. Gaby Lansky, Erhard Löcker, Daniel und Miriam Charim, Rubina Möhring, Peter Kreisky, Doron Rabinovici, Gustav Glaser und Peter Pelinka. Wir haben den Verein »Neues Österreich« angemeldet.

Summer: Wie kam es zu diesem Namen?

Knöbl: Das »Neue Österreich« war die erste Zeitung der zweiten Republik. Ich wurde 1963 vom »Neuen Österreich« engagiert, zunächst als Textbereiniger. Später war ich gemeinsam mit Barbara Coudenhove-Kalergi für Außenpolitik zuständig.

1966 wurde uns mitgeteilt, die Tageszeitung »Neue Österreich« hat kein Geld mehr, sie wird eingestellt. Wir fanden: Unmöglich, das geht nicht, das Organ der Demokratischen Einigung, die erste Zeitung der zweiten Republik einzustellen. Barbara Coudenhove-Kalergi und ich haben zu je 50 Groschen, also zu einem Schilling in Summe, den Titel von Fred Ungart, dem damaligen Besitzer der Zeitung, erworben.

Die Auflage der Zeitung schrumpfte weiter, sie musste als Tageszeitung eingestellt werden. Wir sagten, okay wir machen eine Wochenzeitung, Anton Fellner war Chefredakteur.

Im Jänner 1967 hatten wir erneut kein Geld mehr. Angeblich hat Kurt Jürgens die Finanzierung eines Filmprojekts gerettet, indem er ins Casino gegangen ist und viel Geld gewonnen hat. In einer Redakteurssitzung kam uns die Idee: Jeder der Redakteure zahlt 1.000 Schilling, das war 1967 viel Geld. Wir, ungefähr 15 oder 20 Redakteure beschlossen, mit dem Geld nach Baden ins Casino zu gehen, um das Geld aufzustocken. Wir sind tatsächlich nach Baden gefahren. Anton Fellner, der brave Katholik, hat gebetet und sich gar nicht getraut, das Casino zu betreten. Ich bin hineingegangen und habe im Casino die Wahl gehabt, schwarz, rot, Nummern, usw. Ich habe auf rot gesetzt. Schwarz ist gekommen und alles war weg – mit einem Spiel.

Summer: Aber Ihr hattet noch das Recht auf den Namen. Den Namen habt Ihr, Barbara Coudenhove-Kalergi und Du, dann in den Verein »Neues Österreich« eingebracht. Wann kam der Name »Republikanische Club« dazu?

Knöbl: »Republikanischer Club« kam erst später zum Namen dazu. Der Verein wurde als »Neues Österreich« angemeldet. Zunächst gab es eine Art von Voranmeldung. Wir haben eine quasi konstituierende Versammlung im Cafe Landtmann einberufen, um zu sehen, wie viele Leute kommen. Und das Landtmann war voll.

Summer: Du giltst auch als Erfinder des Waldheim-Holzpferdes.

Knöbl: Ja, ich saß mit Paul Blaha in seinem damaligen Direktionsbüro im Wiener Volkstheater, Peter Turrini und Alfred Hrdlicka waren ebenfalls da. Wir haben über Waldheim geredet und geplaudert. Alfred Hrdlicka saß daneben und skizzierte mit einem roten Stift das Pferd. Das war eine Sache von fünf Minuten. Ich nahm die Skizze und bin damit zu einer Bühnenwerkstatt. Das Waldheim-Holzpferd der Gruppe »Neues Österreich« wurde zum Symbol. Es war bei jeder größeren Demonstration dabei, in der Zwischenzeit war es bei mir in der »Art Factory Fischapark« untergebracht. Es war geplant, dass das Pferd Waldheim bei jeder seiner Auslandsreisen begleiten würde. Allerdings wurde Waldheim nirgendwohin eingeladen. Nie, außer in den Vatikan. Also fuhr das Pferd nach Rom, gemeinsam mit der Maturaklasse meines Sohnes, Johannes. Das Pferd wurde auf der Piazza Navona aufgestellt. Eigentlich sollte es am Eingang zum Vatikan stehen, dies wurde jedoch untersagt.

Summer: Die Wahrnehmung in den Medien war damals sehr stark. Die Reise des Pferdes wurde ebenso beachtet wie der Waldheimbesuch. Das Pferd war dann auch in Salzburg, bei der Eröffnung der Salzburger Festspiele. Initiativen vor Ort haben den Besuch des Pferdes vorbereitet, samt eigenen »Waldheimkugeln« statt Mozartkugeln.

Knöbl: Wir hatten sogar von einem Politiker im amerikanischen Repräsentantenhaus die Zusage, dass das Pferd eine Einreiseerlaubnis in die Vereinigten Staaten erhalten würde. Einzig, Waldheim erhielt keine Einreiseerlaubnis. Der US-Justizminister Edward Meese setzte Waldheim 1987 auf die »Watchlist«.

Summer: Interessant ist, dass Waldheim erst 1987, d.h. nach der Wahl auf die Watchlist gesetzt wurde.

Knöbl: »Jetzt erst recht«, ein Wahlkampfmotto von Waldheim, wurde natürlich in den USA wahrgenommen. Offenbar wollte man sich nicht den Vorwurf aussetzen, man habe die Wahl in Österreich durch eine vorherige Watchlist-Entscheidung beeinflusst. Man wollte offenbar erst einmal schauen, ob Waldheim überhaupt gewählt wird. Als er dann gewählt wurde, und vor allem, als er Präsident war und sich nicht von diesem Wahlkampf distanziert hat, wurde er auf die Watchlist gesetzt.

1986 war das Jahr der Debatte über die österreichische Kriegsschuld. Wie hat sich Österreich im Zweiten Weltkrieg verhalten? Zum ersten Mal ist man draufgekommen, dass »La Pusteria« eine Südtiroler Division am Balkan war. 1986 war das Jahr des Beginns der Aufarbeitung dieses Teils der österreichischen Geschichte.

1986 war auch das Jahr, in dem die Grünen erstmals ins Parlament kamen. Damit hatte sich die österreichische politische Landschaft nachhaltig verändert.

1986 stürzte Jörg Haider den damaligen FPÖ-Parteiboss Norbert Steger und rückte die Ausländerfeindlichkeit in den Fokus der österreichischen Innenpolitik, auch das hat die politische Landschaft bis heute verändert.

1986 war ein Jahr, das in Österreich tiefgreifende Veränderungen ausgelöst hat.

## Anmerkung

- \* Auszüge aus einem Gespräch von Sibylle Summer mit Kuno Knöbl, im Frühjahr 2009

# Die gedichtete Revolution des Franz Hebenstreit

Alexander Emanuely

Was geschah am 8. Januar 1795, was heute noch von Belangen sein könnte? Eine Hinrichtung in einem Land, in dem die Todesstrafe an sich seit rund 10 Jahren aufgehoben war. Das Land war Österreich und 100.000 schaulustige Wiener strömten an diesem eiskalten Tag vor ihre Stadt, um am Schottentor den schönen Galgen zu sehen. Also ein juristischer Sondertag samt Strangulation, dieser 8. Januar 1795. Wahrscheinlich sehen das die Kuratoren des Wiener Kriminalmuseums so, denn sie stellen den Totenkopf – der schon ganz schwarz ist – des damals Hingerichteten als Schaustück auf rotem Samt und hinter Vitrine aus. Der Hingerichtete war der Platzoberleutnant Franz Hebenstreit von Streitenfeld. Dieser soll an einer revolutionären Konspiration gegen den Kaiser beteiligt gewesen sein, zumindest hieß und heißt es so. Dafür musste er schlussendlich auch hängen. Und obwohl das Leben des Franz Hebenstreit und das seiner Freunde, welche alle samt in Kerkern landeten, einiges über die sonderbare Geschichte Österreichs erzählt, erinnert sich seiner niemand, fast niemand.

Zumindest jene Menschen, die Ende der 80er Jahre des XX. Jahrhunderts einen passenden Namen für das Caféhaus des Republikanischen Clubs – Neues Österreich in der Rockgasse gesucht haben, dürften mit dem Ermordeten des 8. Januar 1795 etwas anzufangen gewusst haben. Denn auch bei Hebenstreit und seinen Freunden war es um einen Klub gegangen, zumindest wurden sie in der damaligen Presse als »Klubisten«, bzw. als »Klubistenbandl« bezeichnet. Auch sie hatten was mit republikanischen Ideen am Hut, und auch sie traten für ein neues, ein anderes Österreich ein. Und Hebenstreit? Seine politische Rolle hätte ihm in Paris ein Ehrengrab im Panthéon oder in Washington eine Büste im Kapitol eingebracht. Die Chancen, dass er in einer der beiden Städte seinen Lebensabend hätte verbringen können, standen gar nicht so schlecht. Doch ist das Leben des 47 Jahre alt gewordenen Hebenstreit viel spannender und viel interessanter als diese Spekulationen.

Franz Hebenstreit kommt in Prag zur Welt, am 26. November 1747. Sein Vater ist seit einem Jahr Professor an der Karlsuniversität. Hebenstreit hat neun Geschwister, von denen die überlebenden Buben Wissenschaftler und die überlebenden Mädchen Nonnen werden. Wohl mangelt es an Mitgift, wird das ganze Geld scheinbar alleine für die Studien der Söhne ausgegeben. Mit 16 studiert Hebenstreit in Prag »die Humaniores (Geistes- und Sprachwissenschaften, AE), die Phi-

losophie, das Natur-, bürgerliche und kanonische Recht«. Danach geht er nach Wien, wo er die »Vorlesungen des Herrn von Sonnenfels« und solche der Medizin besucht. Dann reitet ihn plötzlich – im wahrsten Sinne des Wortes – ein Pferd und er wird kein Gelehrter, sondern 1768 ein Ulan. In fünf Jahren schafft er es gerade einmal zum Korporal, was ihn – eigenen Aussagen zufolge – ziemlich frustriert. Mit seinen Sprachkenntnissen, seinen Studien, seinem interdisziplinären Wissen soll er gerade einmal etwas mehr wert sein in der Militärhierarchie als ein einfacher Soldat? Und der hohe Adel? Je besser der Name klingt, umso höher ist die Charge, aber von Können nicht unbedingt eine Spur. Ist damals seine »antiaristokratische« Gesinnung entstanden? Hebenstreit beschließt jedenfalls mit 26 Jahren zu desertieren und nach Amerika auszuwandern, wo es diversen Berichten zufolge brodelte, wo es keinen Adel, wo es eine neue Welt gibt.

Doch kaum verlässt er die Grenze, wird er trotz gefälschter Pässe von den Preußen zwangsrekrutiert und muss fünf Jahre im Fouquéschen Regiment ausharren, bevor er wieder desertiert, nach Österreich zurückkehrt – inzwischen ist Krieg zwischen Österreich und Preußen – und zu den Dragonern kommt. Bei soviel Desertionen fühlt man sich jedenfalls leicht an Barry Lyndon erinnert.

Doch Franz Hebenstreit will keinen rasanten Aufstieg zu Ruhm und Reichtum, wie Thackerays Romanheld. Wann bei Hebenstreit der Sozialutopist, der radikale Demokrat und Aufklärer zu Tage tritt, bleibt etwas unklar. Doch kursieren zu seinen Studienzeiten schon genug Schriften an den Universitäten, wie jene von Rousseau, Voltaire, Morelly, Mably, Meslier, die von einer neuen Gesellschaft ohne Gott und Adel, ohne Besitz und Neid sprechen. Und nicht zu vergessen, einer seiner Professoren ist eine Koryphäe der österreichischen Aufklärung: Joseph von Sonnenfels.

1782 verlässt Hebenstreit die Armee, um wieder zu studieren, diesmal bei Professor Wolstein, Gründer und Direktor der Veterinärhochschule in Wien. Trotz Empfehlung des Direktors wird er jedoch nicht als ordentlicher Student aufgenommen. Vier Jahre wird Hebenstreit nun in Wien Studien betreiben, Gesellschaft pflegen, Nachhilfelehrer sein. Es war der Beginn der Glanzzeit des Josephinismus, der Beginn des Tauwetters, wie es Leslie Brodi nennt. Es gab eine bis dato undenkbar freie Pressefreiheit, welche Publikationsfluten zur Folge hatte. Man bekam in Wien an jeder Straßenecke Schriften, die sonst in fast ganz Europa verboten waren.

Vielleicht ist es zu dieser Zeit, in der Franz Hebenstreit Freimaurer wird und zwar in der Loge »Zu den drey Adlern«. Vielleicht bringt ihn Wolstein dazu oder gar schon Sonnenfels oder vielleicht ein Studienkollege oder ein Militär, der von diesem gebildeten und sich weiterbildenden Mann angetan ist. Auf jeden Fall gehörte

im josephinischen Wien die Mitgliedschaft zum Bund zum guten Ton unter sich als modern empfindenden Menschen. Manchen Gerüchten zu Folge gehört Hebenstreit jenem Flügel der Freimaurerei um Sonnenfels und Ignaz von Born an, der die radikalste Auffassung der Aufklärung vertritt, den Illuminaten. Doch dazu gibt es kaum haltbare Dokumente, erfanden doch die Peiniger der Aufklärung, jene Polizeispitzel, die Hebenstreit knapp zehn Jahre später an den Galgen bringen sollten, solche Mitgliedschaften, um die Gefährlichkeit ihrer Opfer zu betonen.

Im Sommer 1786 geht Hebenstreit wieder zurück zur Armee und macht schnell eine bescheidene Karriere als Stabsunteroffizier, bis er schließlich 1791 als Platzoberleutnant nach Wien kommt. Nun beginnt die wohl nachhaltigste Zeit im politischen Leben des immer rebellischer werdenden Offiziers. Seit seinem letzten Aufenthalt hatte sich in Wien viel verändert. Die Freimaurerlogen waren nicht, wie es sich Born gewünscht hatte, Akademien der Wissenschaft geworden, sondern nach dessen Abgang vor allem eine Spielwiese für Polizeispitzel und Mystiker. Hebenstreit fühlt sich dort, wie viele seiner Brüder, nicht mehr wohl und sucht nach neuen Möglichkeiten, auf Gleichgesinnte zu stoßen. Auch war inzwischen Kaiser Joseph gestorben und sein Bruder Leopold verfolgte eine Politik, die wohl niemand so richtig verstand. Leopold war zuvor über 10 Jahre Großherzog der Toskana gewesen und hatte dort Reformen verwirklicht, die selbst dem französischen Revolutionsführer Mirabeau Respekt abverlangt hatten, wie die Abschaffung der Armee, die Abschaffung der Gilden, die Abschaffung vieler Adelsprivilegien und mehr. Auch war die Toskana das erste Land der bekannten Welt gewesen, in dem es keine Todesstrafe mehr gab. Aber in Wien angekommen, verfolgte Leopold eine zweischneidige Politik, führte einerseits die Zensur wieder ein, gestand dem Klerus und dem Adel wieder einige Privilegien zu, perfektionierte den Polizeistaat und hatte andererseits, als engsten Berater und Freund einen radikalen Demokraten wie Andreas Riedel an seiner Seite, den er anhielt, ihm gemeinsam mit Sonnenfels eine Verfassung für eine konstitutionelle Monarchie zu schreiben. Dieser Andreas Riedel spielt in Hebenstreits Leben ab sofort eine besonders wichtige Rolle, denn in Riedel findet Hebenstreit endlich einen Gleichgesinnten. Andreas Riedels Wohnung in der Schwertgasse 3 ist ein politischer Salon, ein »Demokratenzirkel«, ein Klub, von dem aus bis 1792 auch ein wenig in die Tagespolitik eingegriffen werden kann. Über Kajetan Gilowsky, den er von der Armee kennt, bekommt Hebenstreit Zutritt zu diesem Kreis.

Doch dann starb Leopold und dessen Sohn, Kaiser Franz verfolgte eine Politik, welche den Dichter Johann Alxinger in einem Brief an den Philosophen Wieland schreiben ließ: »Hier erlauben sie mir zur Beantwortung der Frage überzugehen,

was sich die Wissenschaft zu versprechen habe. Hass und Verfolgung.« Politische Gestaltungsmöglichkeiten gibt es keine mehr, der neue Kaiser will nichts von einem Riedel wissen. Dafür ist nun Platz für politische »Schwärmereien« und Hebenstreit ist mit seinen Ideen und seiner »Donnerstimme« der wohl radikalste und lauteste Schwärmer. Er macht zuerst einmal mit dem 542 Zeilen langen, politischen Lehrgedicht auf Latein *Homo Hominibus – Der Mensch unter den Menschen* auf sich aufmerksam, welches folgendermaßen beginnt:

»Religio, leges, iudices ... Religion, Gesetz und Richter, Belohnung und Strafe, – all das besteht, / aber das Böse nimmt zu; wo also liegt der Ursprung des Lasters?« Noch in der wohl schlimmsten Phase seines Lebens, im Gefängnis, zweieinhalb Jahre nachdem er seine 542 Zeilen geschrieben hat, wird Hebenstreit folgende Worte zur Aussage bringen: »In meinen öfteren Betrachtungen fand ich, dass der Neid in seinem ausgedehnten Verstande die Hauptquelle aller Laster sei, auf der anderen Seite, dass von dem Krieg zum Prozesse, vom Prozesse zum Raub und zur Plünderung keinen anderen Grund als das Mein und Dein habe. [...] Dagegen in einer Gesellschaft, worinnen all Natur- und Kunstprodukte nach jedem Bedürfnis gemeinnützig sind, folglich der Erwerb sowie der Genuss gemeinschaftlich, in einer solchen Gesellschaft ist jedes Laster unmöglich.« Hebenstreits zentrale These ist, dass der Grund allen Übels, allen Lasters das Eigentum sei. Andreas Riedel ist von Hebenstreits Arbeit begeistert und vergleicht ihn mit den griechischen Philosophen, mit William Penn und spricht euphorisch von »Hebenstreitismus oder Kommunismus«. Riedel lässt Hebenstreit sogar vom Hofmaler Johann Georg Weikert porträtieren und hängt das Bild in seinen Salon. Endlich einer, der so wie er selbst zu den *Sansculottes*, zur großen Masse der Armen und Ausgebeuteten, um deren Glück sich doch alles drehen sollte, hält! Doch nicht alle in Riedels Gruppe sind so von Hebenstreit begeistert. Für den Dichter und Magistratsbeamten Martin Prandstätter ist Hebenstreit ein »brutaler Mann«, für den Offizier Billeck ein »hitziger Kopf und großer Lärmer«. Wohl mögen diese beiden Anhänger des Josephinismus den antimonarchistischen Republikaner Hebenstreit und seine allzu umstürzlerischen Ideen nicht.

Vielleicht kann man sich die Zeit zwischen dem Sommer 1792, als Hebenstreit seine 500 Zeilen auf Latein verfasst und dem Sommer 1794, als die Verhaftungswelle gegen die »Verschwörer« um Riedel beginnt, so vorstellen: Rund 5 bis 10 Leute treffen sich in einer Wohnung, diskutieren die politischen Ereignisse ihrer Zeit, ärgern sich vor allem darüber, dass der neue Staatskanzler Thugut im Gegensatz zu seinem Vorgänger, dem alten Kaunitz, den Krieg mit dem revolutionären Frankreich forciert und überlegen sich, was sie dagegen tun können. Riedel

nützt seine letzten Kontakte bei Hof aus, in der Hoffnung wenigstens irgendetwas bewegen zu können. Doch bewegt er nichts. Inzwischen brechen Hungersnöte aus, nicht wenige österreichische Soldaten laufen zu den Franzosen über und französische Kriegsgefangene werden in Wien mit großer Neugierde und Sympathie von der Bevölkerung empfangen. Man kauft ihnen sogar die Knöpfe der Uniformen ab, weil auf ihnen der Leitspruch der Revolution steht: Liberté, Égalité, Fraternité. Der Kreis um Riedel wird größer, man zählt rund 30 Sympathisanten aus allen Ständen, bis hin in die Steiermark, nach Innsbruck und nach Klagenfurt. Auch in Ungarn bilden sich ähnlich Gruppen. Man hegt Hoffnung, dass die innenpolitischen Verhältnisse, vor allem die massive Unzufriedenheit den Hof dazu bringen, vom Krieg abzukommen. Und hilft ein wenig nach, indem man das Gerücht von einer ganz Deutschland und Ungarn erfassenden, revolutionären Verschwörung in die Welt setzt, die nur durch die allgemeine Kriegsmüdigkeit genährt wird. Da in dieser Welt überall Polizeispitzel herum schwirren, liegt es nahe, dass jenes Gerücht bald die Politik beeinflussen wird. Man kann auch von Manipulation sprechen, denn bis auf jene, die das Gerücht einer Revolution in den österreichischen Landen in die Welt setzen, weiß niemand davon.

Und weiter noch soll diese Inszenierung, diese Manipulation reichen, damit die Staatsmacht nicht nur aus politischen Salons beängstigende Nachrichten bekommt. So dichten Gilowsky und Hebenstreit aufrührerische Gedichte in Wiener Mundart und bringen sie vertont unter die Leute. Und gerne werden diese etwas rabiaten Lieder in den Wirtshäusern aufgenommen. Hebenstreits Eipeldauerlied ist wohl das berühmteste, den »Trager, Schifflaut, Hauer, Den, der's Holz hackt, der D'Kohlen brennt, den Handwerksgeßellen« gewidmet, denen ganz revolutionär geraten wird: »Drum schlagt's d'Hundleut alle todt, Nit langsam wie'd Franzosen Sonst machen's enk no tausend Noth S'ist nimmer auf sie z'losen«

Riedel und ein weiterer Mitschreiber Ruzsitska – Beamter in der ungarischen Hofkanzlei – verfassen Gebete revolutionären, antiaristokratischen und antikirchlichen Inhalts, die man dann genauso abdruckt wie echte Gebetszettel und auf die Bänke im Stephansdom legt. Natürlich sind seit 1792/93 solche Schriften oder Lieder strengsten verboten. Unter Joseph waren sie noch geduldet, unter Leopold sogar gefördert. Natürlich hinterlassen diese Aktionen den Eindruck bei der Polizei, den sie hinterlassen sollen: Man nimmt an, dass das Volk mit den Aufrührern, die man noch nicht wirklich ausfindig machen kann, sympathisiert, und dass immer mehr Menschen so richtig aufgestachelt, revolutionsbereit sind. Auch außenpolitisch gelingt Riedel und Hebenstreit ein Coup. Hebenstreit erfindet einen Streitwagen à la Ben Hur, dessen Pläne den Franzosen überbracht werden sollen. Zuvor wird in

der Schwertgasse noch ein Modell der Kriegsmaschine aus einem Kinderwagen gebaut. Zwei Emissäre – und nicht Hebenstreit selbst, wie es sich Riedel gewünscht hat – bringen die Pläne schließlich nach Paris. Die Polizeispitzel bekommen nur mit, dass ein gefährliches Kriegsgerät nach Frankreich gebracht worden sei, jedoch nicht, dass die Franzosen das Spielzeug dankend in eine Schublade gesteckt haben. Auf jeden Fall kommen die Spitzel und ihre Auftraggeber immer mehr ins Schwitzen. Die Inszenierung ist ja nicht schlecht und wirkt sehr dramatisch: Aufstände sind überall zu befürchten ... die Franzosen werden mit schrecklichen Kriegsgeräten ausgerüstet ... und in etlichen Wirtshäusern dröhnt es, dass den Kaiser in Wien das gleiche Schicksal ereilen wird, wie Louis XVI ... Vielleicht sollte man doch mit dem unsäglichen Krieg mit Frankreich aufhören, wieder das Land reformieren, die Menschen glücklich machen, damit sie nicht revoltieren. Schon urgieren einige, wenige Minister in diese Richtung.

Und die Revolution? Sie ist erdichtet, schwirrt in Hebenstreits Kopf als Phantasie herum und beeinflusst als kollektives Gedicht die Politik Österreichs. Doch diese Politik reagiert anders als von Riedel, Hebenstreit und den anderen erwartet. Der Polizeichef Saurau und der Publizist Hoffmann hatten gute Vorarbeit geleistet, um des Kaisers Wunsch, mit den Aufwieglern »ein Exempel zu statuieren«, zu erfüllen. Saurau hat so viele Spitzel ausschwärmen lassen, dass schlussendlich auch einer in Riedels Kreis Einlass findet, er heißt Degen und ist Buchhändler. Auch Hoffmann hat in seiner Wiener Zeitschrift schon seit Jahren von einer Freimaurerverschwörung gegen den Kaiser fabuliert. Doch da es so gut wie keine Logen mehr gibt, müssen eben neue Feindbilder geschaffen werden. Und weil in Frankreich gerade die Jakobiner zum Schrecken vieler Anhänger und aller Gegner der Revolution ihr Regime errichtet haben, muss es sich bei den Aufwieglern in Wien ebenfalls um Jakobiner handeln. Jakobiner als Schrecken gegen Gott, Kaiser, Ordnung und Vaterland, heißt es nun überall. Und: Nicht der Kaiser Franz ist an allem schuld, sondern der Citoyen Franzos! Viel effektiver als alle Eipeldauerlieder, Traktate und revolutionären Gebete ist die staatliche Angstmacherei in diese Richtung, die weit besser im Volk ankommt, als die Polizei es sich träumen lässt. Denn als im Juli 1794 in Wien und Ofen Beamte in die Wohnungen der Verdächtigen eindringen, meist zu zweit oder zu dritt, wie in Kafkas Prozess, und den erstaunten Riedel, sowie Hebenstreit und noch 50 weitere Menschen verhaften, rührt sich im zu befreienden Volk kein Finger. Und als Riedel und Prandstätter am Pranger durch Wien geführt werden, kommt es sogar zum Volksfest, genauso, wie bei der Hinrichtung Hebenstreits.

Die einzigen, die auf den kaiserlichen Wunsch »ein Exempel zu statuieren« nicht ganz eingehen, sind die Obersten Richter, die damals – dank Kaiser Joseph –

eine eigene Gewalt im Staate bildeten. Zu des Kaisers Franz Wunsch gehört nämlich, in geheimen Schauprozessen schnelle Urteile über die Angeklagten zu fällen und aus ihrer vorgetäuschten Verschwörung eine reale zu machen, um sie besser aburteilen, heißt hinrichten zu können. Sondergerichte? Schauprozesse? Geheim? Hinrichten? Das sind Begriffe, die dem Zweiten Präsidenten der Obersten Justizstelle Karl Anton Freiherr von Martini gar nicht gefallen. Er schreibt in seinem Gutachten: »Der Wunsch eines jeden gutdenkenden Staatsbürgers ist, dass der Inquisit eher für unschuldig als für schuldig erkannt werde. Aus einer Gerichtsprozedur, welche nicht nach den Vorschriften des Gesetzes vor sich gehet, pflüget aber Grübeleien und Tadelsucht zu entstehen.« Und Zivilpersonen hinzurichten, kommt schon gar nicht in Frage.

Fast alle Angeklagten werden somit von regulären Gerichten abgeurteilt, nur Hebenstreit und Gilowsky als Militärangehörige nicht. Noch bevor das Todesurteil über Hebenstreit und Gilowsky ausgesprochen werden kann, bringt sich zweiterer in seiner Zelle um. Trotzdem wird in Folge das Urteil vollstreckt und Gilowskys Leichnam an einem Galgen am Stubentor aufgehängt. In Ungarn werden ebenfalls sieben Verhaftete, alle Militärs, geköpft. Riedel wird zu 60 Jahren (...) erschwerter Kerkerhaft, zum Montecristo-Dasein quasi verurteilt, die meisten anderen zu 30, 15, 5 Jahren. Viele sterben an den Haftfolgen, wie Prandstätter. 1802 soll eine Amnestie erfolgen, von der nur Riedel ausgenommen ist. Erst die Grande Armée wird ihn 1806 befreien. Er stirbt im Kreis seiner französischen Anhänger 1837 in Paris. Die Anklage lautet in allen Fällen auf Staats- und Landesverrat und auf Beihilfe zu oder zumindest auf Nichtmeldung von staatsfeindlichen Aktivitäten. Es kann jedoch bei den meisten keine Straftat im damaligen juristischen Sinne festgestellt werden. Denn denken und reden – und was anderes hatten die meisten der 50 Verurteilten schließlich auch nicht gemacht – war ja noch nicht verboten, was sich jedoch bald ändern sollte. Fazit der Prozesse: Trotz aller Ungereimtheiten hat Kaiser Franz sein Ziel erreicht, das Exempel ist statuiert, 50 Menschen sind im Kerker und neun ermordet. Metternich lässt schon *avant la lettre* grüßen. In den nächsten Jahren folgen weitere Prozesse und Hinrichtungen, wie 1796 jene des Offiziers und Kartographen Siegfried von Tauferer. Kein Mensch traut sich mehr, in Wien öffentlich zu politisieren. Und selbst französisch sprechen kann zum Verhängnis werden, wird man doch gleich verdächtigt, ein Spion oder Revolutionär zu sein.

Die letzten Augenblicke von Franz Hebenstreit beschreibt der Mainzer Gesandte von Aland folgendermaßen: »Übrigens hat sich Hebenstreit bei der Exekution ungewöhnlich standhaft gezeigt. Die frevelhaften Äußerungen, die er soll getan haben, als ihm das Urteil abgelesen worden, sind sicher falsch. Im Hinausgehen zum Richt-

platz hatte er, weil es sehr kalt war, einen sauberen Offiziersmantel à la venetiano umgeschlagen, und auf dem Kopf hatte er seinen noch ganz neuen Offiziershut mit Quasten stark in das linke Auge gedrückt ...« Wien ist in eine Festung verwandelt worden, denn immer noch befürchten die Verantwortlichen einen Aufstand, eine Befreiungsaktion. 1500 Soldaten bewachen das traurige Spektakel und 50 Trommler umringen Hebenstreit für den Fall, er könne aufrührerische Reden halten. Aufstand? Aufruhr? Doch wie schreibt Beethoven schon im Sommer 1794 aus Wien, kurz nach der Verhaftungswelle, an seinen Verleger in Bonn: »Ich glaube, solange der österreichischer noch Braun's Bier und würstel hat, revoltirt er nicht.«

1848 sollte tatsächlich eine Revolution in Wien ausbrechen – nicht ganz ohne Einfluss von dem, was in den 1790er Jahren passiert ist. Und auch 1848 wird es in Wien zu Hinrichtungen kommen, wie jene von Wenzel Messenhauser und Robert Blum, beide standrechtlich erschossen. Erst als 1918 die Republik ausgerufen wird, bekommt man Einsicht in die Prozessakten rund um die so genannte Jakobinerverschwörung. Die Akten waren bis dahin nirgendwo anders unter Verschluss gewesen, als in den Privatgemächern der Kaiser ... Doch wer sah sie ein? Ab den 1960er Jahren einige WissenschaftlerInnen wie Walter Grab, Alfred Körner, Ernst Wangermann, Edith Rosenstrauch-Königsberg. Und? 1979 hat Conny Hannes Meyer *Des Kaisers treue Jakobiner – eine historische Montage* für die Wiener Festwochen inszeniert. Das ist nun gut 30 Jahre her – angeblich wurde davon ein Film gedreht. Und seitdem? Manchmal ein Artikel, der außerhalb der Fachwelt erscheint, manchmal verirrt sich jemand ins Wiener Kriminalmuseum und erblickt in der gruselig aufgearbeiteten Verbrecherschau den schwarzen Kopf des Franz Hebenstreit, des ersten Republikaners des inzwischen zur Republik gewordenen Österreichs. Und einmal ist politisch gebildeten Menschen eingefallen, dass man ein Café nach dem wegen »Staats- und Landesverräterei« hingerichteten Hebenstreit benennen könnte, in dem nicht nur viel erdacht und debattiert, sondern auch gut gegessen werden kann.

Apropos Essen. Das erinnert an ein anderes, trauriges Schicksal aus der Zeit des Hebenstreit. An jenes von Johann Hackel, einem reichen Lotteriebhaber, in dessen Haus Dichter wie Aloys Blumauer oder Mozart selbst und sicher auch Hebenstreit großzügig durchgefüttert wurden. Hackel hat ebenfalls als »Jakl«, als Jakobiner an den Pranger und in den Kerker müssen. Über ihn kann man bei dem gleich nach dem Tod Kaiser Leopolds nach Deutschland und dann nach Frankreich emigrierten Wiener Schriftsteller Franz Xaver Huber nachlesen: »Ich bin überzeugt, dass er sich unter dem Worte ›Revolution‹ nie etwas anderes als ein französisches Ragout gedacht hat.« Soviel zur Härte und Willkür unter Kaiser Franz und zum revoluti-

onären Umtrieb mancher Verurteilten, die schon deshalb im Kerker gelandet sind, weil sie andere Verurteilte kannten.

Hebenstreit ist vergessen und nicht einmal begraben, keine Gedenktafel erinnert an ihn. Im Geschichtsunterricht sucht man vergeblich in Fußnoten nach seinem Namen. Im kollektiven Bewusstsein ist er nicht einmal Bewohner einer Hirnzelle. Jedoch – mit etwas Glück – findet man manchmal antiquarisch Alfreds Körners »Wiener Jakobiner«, wo Hebenstreits lateinisches Revolutionsgedicht *Homo hominibus* abgedruckt ist. Ebenso seine Verteidigungsrede vor der Untersuchungskommission, in der er sagt, ganz aktuell: »Diesen gemeinschaftlichen Genuss verstehe ich dahin, dass jeder Mensch sicher sei, mit mäßiger Anstrengung seiner Kräfte für alle Not geborgen sei. So ich zum Beispiel bei allen von der täglichen Arbeit lebenden Menschen nicht finde, da sie im Erkrankungsfall oder wenn sie alt und gebrechlich werden, nichts haben.«

## Literatur

- Bodi, Leslie. *Tauwetter in Wien*. Wien, 1995.
- Körner, Alfred. *Die Wiener Jakobiner*. Stuttgart, 1972.
- Reinalter, Helmut (Hg.). *Jakobiner in Mitteleuropa*. Innsbruck, 1977.
- Rosenstrauch-Königsberg, Edith. *Zirkel und Zentren. Aufsätze zur Aufklärung in Österreich am Ende des 18. Jahrhunderts*. Wien, 1991.
- Wangermann, Ernst. *Von Joseph II. zu den Jakobinerprozessen*. Wien, 1966.

## Waldheim und die Folgen\*

Sibylle Summer und Mary Steinhauser

Summer: Kannst Du Dich noch an die Anfänge des Republikanischen Clubs – Neues Österreich erinnern?

Steinhauser: Im Jänner 1986 rief mich Kuno Knöbl erstmals an, zu einem Zeitpunkt als ich noch eher desinteressiert an der Bundespräsidentenwahl war.

Im März 1986 ging dann Waldheim ins Fernsehen und hat – in der uns später so geläufigen Art – erklärt, dass er erst jetzt vom Schicksal der Juden am Balkan erfahren hat. Er wusste vorher nichts.

Das hat mich zur Explosion gebracht. Waldheim hat das Andenken an die deportierten Juden geschändet. Als ich mit Kuno Knöbl im März 1986 wieder zusammen kam, ging es darum, zu aktivieren, konkret, dass ich die Plattform der »Kritischen Wähler« aktiviere.

Wir hatten ja damals doch einen direkten Kontakt mit ca. 2500 engagierten Menschen, hauptsächlich in Ostösterreich, in Wien, aber auch im Burgenland, die motivierbar waren.

Summer: Wer waren die »Kritischen Wähler«?

Steinhauser: Die »Kritischen Wähler« sind u. a. von Peter Dusek, Werner Vogt und Reinhold Knoll, als Wahlplattform unter dem Motto »ein Stück des gemeinsamen Weges mit Bruno Kreisky« zu gehen, gegründet worden. Es waren ganz verschiedene Leute, zum Teil ehemalige CV'ler, die von der Persönlichkeit Kreiskys eingenommen waren.

1979 habe ich im Rahmen einer Veranstaltung zum Gedenken an die Bücherverbrennung 1933 eine Ausstellung gemacht. Die Ausstellungseröffnung fand im Herbst 1979 statt. Ein Jahr zuvor habe ich mit der Arbeit an der Ausstellung angefangen und dabei Reinhold Knoll und Peter Dusek kennen gelernt. Sie sind nach diesem Jahr mit dem Vorschlag zu mir gekommen, dass ich Obfrau der »Kritischen Wähler« werde, um diese Plattform wieder zu beleben und so haben wir wieder mit den »Kritischen Wählern« angefangen.

Wegen der Kreisky – Wiesenthal Affäre kamen viele in Schwierigkeiten, Kreisky weiterhin zu unterstützen. Die Aktivitäten sind dadurch eingeschlafen.

Summer: Die »Kritischen Wähler« konnten rund um die Wahl Waldheims zum Teil wieder aktiviert werden.

Steinhauser: Kuno Knöbl hatte damals den Namen »Neues Österreich« geschützt und war bereit, diesen in die Namensgebung des damals gegründeten Vereins »Republikanischer Club – Neues Österreich« einzubringen. Zu den Besprechungen habe ich engagierte Leute der »Kritischen Wähler« miteinbezogen, beispielsweise Edith Saurer und Michel Cullin, die dann in den Vorstand des Republikanischen Clubs – Neues Österreich gewählt wurden.

Summer: Die Art wie Waldheim mit der Vergangenheit umgegangen ist, war das Empörende ...

Steinhauser: Nicht nur das. Es war die Weigerung, die Opfer anzuerkennen. Immer diese Abwehrhaltung. Die Kriegsteilnehmer wurden besonders bedauert, nicht die Opfer. Die Opfer wurden immer verdrängt.

Summer: Eine in Österreich weit verbreitete Haltung ...

Steinhauser: Vielleicht hat es auch mit Waldheims schlechtem Gewissen zu tun gehabt. Etwa, was mir der spätere französische Botschafter in Wien, André Levin, seinerzeit Presseattaché von Waldheim bei der UNO, erzählt hat. André Levin und seine Lebensgefährtin, die Schriftstellerin Catherine Clement, waren gute Bekannte von mir. André Levin war bei dieser, damals in den Medien beschriebenen Reise von Waldheim nach Israel dabei. Er hat mir die Geschichte, die allgemein bekannt war, nochmals bestätigt.

Summer: Aus der Zeit, als Waldheim UNO-Generalsekretär war.

Steinhauser: Waldheim besuchte als UNO-Generalsekretär im Rahmen eines Besuchs in Israel die Gedenkstätte »Yad Vashem«. »Yad Vashem« ist auch eine religiöse Gedenkstätte, es wird von Männern erwartet, dass sie eine Kopfbedeckung tragen. Waldheim verweigerte dies zunächst mit aller Vehemenz.

Fast schon absurd: Als Bundespräsident lud er eine Gruppe ehemaliger Emigranten, die sich auf Einladung des »Jewish Welcome Service« von Leon Zelman gerade in Wien befanden, zum Abendessen ein. Da trat dieses irreführende Verhältnis zu den Juden zu Tage, oder war er schlicht miserabel beraten? Es klingt fast wie erfunden, aber es ist wirklich so passiert: Er hat diese Einladung am Vorabend des Jüdischen Totengedenktages, Jom Kippur, dem absoluten Fastentag im Judentum, ausgesprochen. Soweit ich weiss, ging nur ein Einziger zu diesem Abendessen.

Summer: Wie war die Stimmung damals?

Steinhauser: Die Stimmung war angeheizt. In meinem privaten Freundeskreis, zurückgehend noch auf meine Schulzeit, ich war immer die einzige Jüdin, kam es dann auch zu heftigen Konfrontationen. Die Juden wurden zu Vaterlandsverrättern, die keine »richtigen« Österreicher waren. Diese ständigen Ausein-

andersetzungen auch im privaten Kreis waren kaum zu ertragen. Dem Jüdischen Weltkongress wurde alles Mögliche unterstellt. Es wurde so getan, als wäre die Stimmung gegen Waldheim nur erfunden, als ob er überhaupt nie gelogen hätte. Er, Waldheim, war kein Lügner, er war ja dann der Herr Bundespräsident, eine Respektperson. Alles nur eine verlogene Hetze des Jüdischen Weltkongresses. Ich war damals ziemlich verzweifelt und dachte auch daran, von Österreich wegzugehen. Ich kann mich noch gut erinnern, ein sehr guter nicht-jüdischer Freund von mir, ein Historiker, ein hoch angesehener Antifaschist, sagte am Anfang des Waldheim-Wahlkampfes zu mir: »Der neue Antisemitismus, der durch die Waldheim-Affäre entsteht, wird den Juden schaden. Und wir sollen uns das doch sehr überlegen, ob uns das nicht schaden wird«. Tatsächlich sah es anfänglich so aus. Es war schon eine Situation, nach der Wahl Waldheims, in der auch ich nicht mehr geglaubt habe, hier bleiben zu können.

Diskussionen brachen auf, die quer durch Familien gingen. Ich kenne Beispiele, Beziehungen von Nicht-Juden mit Jüdinnen, wo es durch diese Waldheim-Debatten tatsächlich zu Scheidungen gekommen ist.

Summer: Gab es damals auch positive Reaktionen?

Steinhauser: Ja, sehr verdienstvoll war etwa die Berichterstattung im *profil*, auch schon vor der Waldheim-Debatte. Etwa die Artikel von Hubertus Czernin gegen den Versuch, eine Kaserne in Wien nach Alexander Löhr zu benennen. Löhr war wegen seiner Gräueltaten in der NS-Zeit am Balkan als Kriegsverbrecher verurteilt worden.

Es war wirklich schwer, mit der Situation nach der Wahl von Waldheim fertig zu werden. Aber ich habe dann eine Art Ventil gefunden. Ich habe die erweiterte Neuauflage des Totenbuches von Theresienstadt gemacht. Auf Basis der Namensliste der 14 500 österreichischen Juden, die über Theresienstadt in die Gaskammern deportiert wurden, habe ich diese Namensliste mit einer erweiterten Erklärung als Buch herauszugeben.

Summer: Wo ist das Buch erschienen?

Steinhauser: Das Buch ist 1987 im Junius Verlag, Wien erschienen.<sup>1</sup> Wir hatten eine bescheidene Auflage von einigen tausend Stück, die jedoch innerhalb von kürzester Zeit vergriffen war.

Das Interessante am Totenbuch von Theresienstadt war: Jeder, der das Totenbuch von Theresienstadt in die Hand nahm, hat zuerst einmal unter seinem eigenen Familiennamen nachgeschaut. Ich weiss von Familien, wo mich junge Leute angerufen haben und den Namen ihrer Großeltern entdeckt haben und erst dadurch erfahren haben, dass sie jüdischer Abstammung waren. In den Fa-

milien ist nicht darüber gesprochen worden. Das war das Eine. Das Andere war, dass sich verschiedene Wissenschaftler mehr mit Theresienstadt beschäftigt haben, und dass man auf einmal gewusst hat, dass Theresienstadt nicht das »Elite-lager« aus dem Propagandafilm vom Hitler war. Es war ein Todeslager.

Die *profil*-Journalistin Erika Wantoch hat die Namen der Schwestern von Sigmund Freud in der Todesliste vom Totenbuch gefunden.

Summer: Das war vorher nicht bekannt?

Steinhauser: Man hat ja nicht darüber geredet. Erika Wantoch hat den Weg der Schwestern Freuds bis zu ihrer Deportation in einem hervorragenden *profil*-Bericht dokumentiert. Und es wäre sehr begrüßenswert, wenn junge Historiker sich mit diesem Artikel auseinandersetzen würden, ihn gegebenenfalls auch in andere Sprachen übersetzen, um Sigmund Freud nicht nur als Fremdenverkehrs-Attraktion zu sehen, sondern auch zu belegen, dass seine Schwestern ermordet wurden.

Summer: Was haben diese Auseinandersetzungen, diese Konfrontationen »on the long run« bewirkt?

Steinhauser: Die Waldheim-Affäre war ein Katalysator. Es gab eigentlich zum ersten Mal eine breitere, öffentliche Debatte über Antisemitismus.

Summer: Eine längst überfällige Debatte.

Steinhauser: Sicherlich längst überfällig und – wie ich vorher schon angerissen habe – es war auch eine neue Generation von Juden da. Die sich nicht mehr geduckt haben, die ganz einfach die Konfrontation aufgenommen haben. Und die sich nicht geschämt haben, sich als Juden zu bekennen.

In der Waldheim-Zeit entstand sogar eine Plattform im zweiten Wiener Gemeindebezirk für Juden, die vorher keine jüdische Identität hatten. Zum Großteil waren es Juden, nach dem Krieg geboren und oftmals in kommunistischen Familien aufgewachsen, die keine bewusste jüdische Identität hatten. Sie wussten, dass sie Emigranten waren. Sie wussten, dass sie jüdischer Abstammung waren. Sie hatten aber keinen Religionsunterricht besucht. Sie sind nie in den Tempel gekommen. In dieser Gruppe im zweiten Bezirk wurde darüber debattiert, Juden mit den Juden, die sich ihrer jüdischen Identität erst durch die Waldheim-Affäre bewusst wurden. Die auf einmal auch als Juden gebrandmarkt waren, und sich in der Debatte auch auf die Seite der Juden gestellt haben.

Summer: Es wurde Bewusstsein geschaffen.

Steinhauser: Ja, es wurde Bewusstsein geschaffen über eigene Identitäten. Einerseits war der Antisemitismus derartig unverfroren, andererseits hat man sich getraut, sich öffentlich dagegen zu wehren.

Summer: Welche Veränderungen hat dieses öffentlich sich zur Wehr setzen gegen Antisemitismus bewirkt?

Steinhauser: Dieses Wehren hat dann auch dazu geführt, dass sich Leute über antisemitische Bemerkungen aufgeregt haben. Es hat seinerzeit in der Kreisky-Ära, in Zusammenhang mit dem Bau der UNO-City, antisemitische Attacken gegen Kreisky im Parlament gegeben. Damals gab es kein großes Aufbegehren dagegen, auch nicht von der Sozialistischen Partei. Nach der Waldheim-Geschichte hat man sich derartiges nicht mehr öffentlich leisten können – ohne Widerspruch hervorzurufen. Als Haider seine antisemitischen Bemerkungen machte, gab es bereits einen allgemeinen Aufschrei dagegen. So war es vor der Waldheim-Zeit nicht.

Dass Antisemitismus ganz einfach nicht mehr unwidersprochen blieb, das war eines der Resultate der Waldheim-Debatte.

## Anmerkung

- \* Auszüge einem Gespräch, das Sibylle Summer mit Mary Steinhauser geführt hat, Sommer 2008
- 1 Mary Steinhauser (Hg), Totenbuch Theresienstadt. Damit sie nicht vergessen werden. Wien, 1987.

## »Anschluss«- Gedenken 2008: Abschied von der Opferthese Heidemarie Uhl

»Es ist ein gutes Land«, proklamierte am 11. März die Titelseite einer österreichischen Boulevardzeitung und zitierte – durchaus ungewöhnlich für einen Aufmacher – 28 Zeilen aus Franz Grillparzers »König Ottokars Glück und Ende« unter dem Motto »der Österreicher denkt sich sein Teil und lässt die anderen reden«. Eine führende Tageszeitung forderte anlässlich des Märzgedenkens durchaus provokant »Österreichs Anschluss an Europas Zukunft« und warnte vor der »Volksverhetzung« durch »Vergangenheitsbewältiger« – »Wahrheitsjünger, Hassprediger und Moralapostel«.

Diese Zitate stammen nicht aus dem Gedenkjahr 2008, sondern vom März 1988, als der Kampf um die Erinnerung seinen Höhepunkt erreichte. Österreich war gespalten in zwei geschichtspolitische Lager – Verteidiger der Opferthese auf der einen, das »andere Österreich« mit seiner Forderung nach Auseinandersetzung mit der verdrängten NS-Vergangenheit auf der anderen Seite.

### Ein Nachkriegsmythos

2008 ist die Berufung auf die Opferthese nur noch eine Minderheitenposition, ein Argument aus dem Museum der Nachkriegsmythen, das in den relevanten gesellschaftlichen Deutungsinstanzen, vor allem auch in der Geschichtswissenschaft, praktisch keinen Rückhalt hat.

Umso bemerkenswerter ist es, wenn Otto Habsburg bei einer aktuellen Gedenkveranstaltung sagt: »Es gibt keinen Staat in Europa, der mehr Recht hat sich als Opfer zu bezeichnen, als es Österreich gewesen ist« – und dabei von den Zuhörern mit standing ovations bedacht wird.

### Verweis auf die Moskauer Deklaration

Dass der Abschied von der Opferthese von heftigen Konflikten begleitet wird, ist nicht verwunderlich. Die Berufung auf den Status als »erstes Opfer«, mit Verweis auf die Moskauer Deklaration in der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April

1945, berührt das zentrale Narrativ des nationalen Selbstverständnisses der Zweiten Republik.

Immerhin hatte das offizielle Österreich von 1945 bis 1988 – und darüber hinaus – das Argument von Österreich als »erstem Opfer« Hitlerdeutschlands vertreten: 1938 von deutschen Truppen überfallen und besetzt, sieben Jahre unter der Fremdherrschaft der braunen Barbaren schmachtend.

Dass die Jahre 1938-1945 nicht zu »unserer« Geschichte gehören, darüber gab bereits die Kapitel-Einteilung der Schul-Geschichtsbücher klar Auskunft: Die österreichische Geschichte endete im März 1938 und begann wieder im April 1945. Was dazwischen lag – der Nationalsozialismus und seine Verbrechen – zählte zur deutschen Geschichte.

### »Anschluss« innen und außen

2008 lassen allein die vielfach reproduzierten Bilder der Begeisterung der österreichischen Bevölkerung für den »Anschluss« an Nazi-Deutschland keinen Zweifel daran, dass die Opferthese unhaltbar ist.

Angesichts der medialen Präsenz des »Anschluss«-Jubels erscheint es nahezu notwendig, in Erinnerung zu rufen, dass es nicht die Begeisterung der ÖsterreicherInnen war, die den »Anschluss« herbeigeführt hat. Der »Anschluss« von innen war nur möglich durch den »Anschluss« von außen, wie Gerhard Botz bereits 1988 formulierte.

### Im europäischen Trend

Dass die NS-Vergangenheit einer grundlegenden Neubewertung unterzogen wird, ist allerdings kein auf Österreich beschränktes Phänomen. Der New Yorker Historiker Tony Judt hat den Zerfall der Nachkriegsmythen und die Neuverhandlungen des Geschichtsbildes seit den 1980er Jahren als transnationales Phänomen in Europa – und darüber hinaus – charakterisiert.

Der Abschied von der Opferthese ist insofern die österreichische Variante einer gesamteuropäischen Transformation des Geschichtsbewusstseins.

## Neue Erinnerungskultur

Die dabei entstehende Erinnerungskultur ist etwas durchaus Neues in der Geschichte des nationalen Gedächtnisses, das seit dem 19. Jahrhundert den Stolz auf die Geschichte der Nation und/oder den eigenen Opferstatus beschworen hat.

Mit der Erinnerung an die Involvierung der eigenen Gesellschaft in die NS-Verbrechen hat sich seit den 1980er Jahren das neue Format des »negativen Gedenken« entwickelt, in dessen Zentrum die historische Schuld von Nationen steht. Dabei geht es nicht mehr darum, zu erinnern, was »uns« von den »anderen« angetan wurde, sondern was »wir« den »anderen« angetan haben.

Mit diesem Schuldgedächtnis verbindet sich ein neuer Maßstab der politischen Kultur. Die Reaktionen auf die Konfrontation mit schuldhaften Ereignissen der Vergangenheit – etwa jüngst auf das Buch von Jan Gross über Nachkriegspogrome in Polen – wurden in den letzten Jahren zu einem Indikator für die zivilgesellschaftliche Verfasstheit von Gesellschaften.

## Mittäterschaft ist unbestritten

Österreich, das zeigen die bisherigen Aktivitäten zum »Anschluss«-Gedenken, ist 2008 in diesem europäischen Mainstream angekommen. Seit der Waldheim-Debatte 1986 und der Bildung einer Koalitionsregierung mit der FPÖ 2000 hat sich Österreichs Image als »Land der Verdrängung«, als »Nazi-Land« und »brauner Fleck« auf der Landkarte des europäischen Gedächtnisses verfestigt.

2008 wird mit einer Vielzahl von Medienberichten, Veranstaltungen, Ausstellungen – von der Oper in der NS-Zeit bis zu den Bibliotheken während des Nationalsozialismus – deutlich, dass die kritische Auseinandersetzung mit einer verdrängten NS-Vergangenheit weitgehend zu einer Maxime der politischen Kultur geworden ist.

Dass die österreichische Gesellschaft 1938-1945 integraler Teil des NS-Herrschaftssystems war und Mitverantwortung an den Verbrechen des NS-Regimes trägt, ist nun weitgehend unbestritten. Was in den 80er Jahren noch zu politisch und emotional aufgeladenen Konflikten führte, ist heute geschichtspolitischer Konsens, der im öffentlichen Diskurs kaum noch Widerspruch hervorruft.

## Offizielle Position noch ausständig

Das offizielle Österreich hat sich allerdings öffentlich noch kaum positioniert. Mit einiger Spannung können daher die Erklärungen der führenden RepräsentantInnen der Republik bei der »Anschluss«-Gedenkfeier im Parlament am 12. März erwartet werden.

Ob dabei die Re-Inszenierung der traditionellen Konfliktlinien um den März 1938 im Vordergrund steht oder ob sich Österreich im Rahmen einer transnationalen europäischen Erinnerungskultur positionieren kann, wird auch in der internationalen Öffentlichkeit mit Aufmerksamkeit verfolgt.

Mit Schuschniggs Motto »Gott schütze Österreich« (Schnuschniggs Aussage, kein deutsches Blut vergießen zu wollen, wird dabei geflissentlich übersehen) die Opferthese zu reaktivieren, erscheint angesichts der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte als provinzielles Festhalten an den Positionen der Nachkriegszeit.

2008 lässt sich mit der Berufung auf die Opferthese kein patriotisches Geschichtsbild begründen – sie zeugt vielmehr von der Ignoranz all demgegenüber, was gegenwärtige europäische Erinnerungskultur ausmacht.

# Die Thematisierung des Widerstandes gegen das NS-Regime in Zeitgeschichte und Publizistik seit der Waldheim-Debatte

Brigitte Bailer-Galanda

1978 konnte das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes im Alten Rathaus eine neue, große Ausstellung mit dem Titel »Der österreichische Freiheitskampf« eröffnen. Auf eine vergleichsweise ausführliche Darstellung der Ersten Republik und des Widerstandes der illegalen Arbeiterbewegung gegen das Regime Dollfuß-Schuschnigg folgten Hinweise auf die Verfolgung der Jüdinnen und Juden mit Schwerpunkt Exil, auf das KZ Mauthausen, sogar schon auf die NS-Medizinverbrechen und die Folgen des Zweiten Weltkriegs. Den meisten Raum nahm die Erörterung des österreichischen Widerstandes ein, der auch in den Kontext der Moskauer Deklaration – der Widerstand als ein von den Alliierten geforderter Beitrag Österreichs zur Befreiung vom Nationalsozialismus – gestellt wurde. Österreichische Täter, Bereicherungen aus der Verfolgung und ähnliches kamen nicht zur Sprache. Damit entsprach die Ausstellung durchaus der Sichtweise der späten Siebzigerjahre; sie leistete bis zu ihrem Abbau 2005 wertvolle Unterstützung beim Zeitgeschichtsunterricht zigtausender SchülerInnen. Viele heute Erwachsene sprechen die MitarbeiterInnen des DÖW auf diese alte Ausstellung an und erinnern sich noch viele Jahre später an ihren Besuch darin.

Ein Jahrzehnt nach der Eröffnung, im Gedenkjahr 1988, hatten sich der Blickwinkel auf die NS-Zeit und die Schwerpunkte in der Forschung über die Jahre 1938-1945 grundlegend zu ändern begonnen. 1986 thematisierte der deutsche Historikerstreit die Sicht auf und den Umgang mit der NS-Zeit, so die Frage, ob eine Historisierung dieser Epoche möglich bzw. wünschenswert sei.<sup>1</sup> In Österreich rüttelten die Diskussion um die Kriegsvergangenheit des Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim sowie die Ergebnisse der davon ausgelösten wissenschaftlichen und journalistischen Recherchen in internationalen Archiven an dem bis dahin scheinbar unverrückbaren Bild Österreichs in der NS-Zeit. Vor allem die so genannte Opfertheorie von Österreich als dem ersten und unschuldigen Opfer der Hitlerschen Aggressionspolitik, die ausschließlich diesen Passus der Moskauer Deklaration 1943 in den Blick nahm, die Abschnitte über Österreichs Mitverantwortung am Krieg aber außer acht ließ, geriet angesichts der Dokumente über die Mitbeteiligung von Österreichern an NS-Verbrechen am Kriegsschauplatz Balkan ins Wanken.

Die Opfertheorie hatte bis dahin aber auch die Folie für die Aufarbeitung der NS-Zeit durch die historische Forschung abgegeben, sofern diese sich mit den Jahren 1938-1945 überhaupt eingehender befasste. Im Vordergrund war dabei die Befassung mit Widerstand gegen das NS-Regime gestanden. Dabei ging es, wie Helmut Konrad formuliert, »um die politisch wenig kontroversielle Aufarbeitung der Geschichte des ›anderen Österreich‹, die auch ihre außenpolitische Relevanz« hatte.<sup>2</sup> Persönlichkeiten wie Erika Weinzierl, Karl R. Stadler, Herbert Steiner übten großen Einfluss auf die Generation der nachkommenden HistorikerInnen aus. Zahlreiche der heute namhaften HistorikerInnen Österreichs gingen auch durch die Schule des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, wo sie – so wie die Verfasserin selbst – auf die Überlebenden von Widerstand und Verfolgung trafen, die dort als ehrenamtliche MitarbeiterInnen wirkten. Diese Männer und Frauen repräsentierten für diese damals junge HistorikerInnengeneration das »andere Österreich«, das sie oftmals in ihrem eigenen Herkunftsumfeld nicht hatten kennen lernen können und das sie umso mehr beeindruckte.<sup>3</sup> In einer angepassten Mitläufergesellschaft schienen die Widerstandskämpfer im Rückblick als herausragende Helden, dies beeinflusste die Widerstandsforschung ebenso wie die für das heutige Gefühl stark heroisierende Darstellung des Widerstands in der Publizistik. Wenn auch aus dem Kreis der MitarbeiterInnen und Freunde des DÖW die ersten in Österreich überhaupt veröffentlichten Arbeiten zur Verfolgung von Jüdinnen und Juden sowie Roma und Sinti stammten<sup>4</sup> und diese Bereiche in den seit Mitte der siebziger Jahre erscheinenden Dokumenteneditionen des DÖW<sup>5</sup> stets thematisiert wurden, blieb die Geschichte der Verfolgung dem gegenüber lange Zeit im Hintergrund. Die überlebenden Verfolgten selbst sprachen nur ungern darüber, sie sahen sich im österreichischen Nachkriegskonsens nach wie vor an den Rand gedrängt und mit Vorurteilen konfrontiert. Berechtigte Forderungen nach Entschädigungsmaßnahmen prallten zumeist auf Unverständnis und konnten nur mit Hilfe internationalen Drucks realisiert werden.<sup>6</sup> Und jene, die zwar nach den Nürnberger Gesetzen als Juden gegolten hatten, sich selbst jedoch in erster Linie als politische Widerstandskämpfer begriffen, wie der Gründer des DÖW, Herbert Steiner, und zahlreiche, leider auch schon verstorbene ehrenamtliche MitarbeiterInnen der Gründergeneration des DÖW, sprachen über politisches Exil und Widerstand, nicht aber die Shoa.

Die Waldheim-Debatte sowie eine Fülle historischer Arbeiten, die im Vor- und Umfeld des Gedenkjahres 1988 entstanden sind, rüttelten nun erstmals an diesem bis dahin vorherrschenden Geschichtsbild, wenn auch der Bundespressdienst in

einer 1988 veröffentlichten Broschüre unverrückbar an der Theorie von Österreich als Opfer festhielt.<sup>7</sup> Mit den österreichischen Tätern rückten die Opfer dieser Täter nun stärker ins Blickfeld, erste Arbeiten zu »Arisierungen« wurden veröffentlicht<sup>8</sup> und seitens Überlebender, wie des kürzlich verstorbenen Albert Sternfeld, wurde die unzureichende Entschädigung der NS-Opfer, insbesondere der 1938 und danach aus Österreich Vertriebenen öffentlich thematisiert<sup>9</sup>.

Im westlichen Ausland hatten die Wahl Waldheims zum Bundespräsidenten und die Reaktionen des offiziellen Österreich zu einer Beschädigung des Österreichbildes geführt, die Republik hatte bekanntlich ein »Image-Problem«.

In der Widerstandsforschung sahen manche kritisch Denkende nunmehr Versuche einer Imagepflege für Österreich, die der Legitimierung der Opfertheorie dienen sollte. Hatte doch Außenminister Karl Gruber, zur Untermauerung der österreichischen Position als erstem Opfer bei den Staatsvertragshandlungen Ende Jänner 1947 in London, die österreichische Widerstandsbereitschaft gegen das NS-Regime extrem überbetont, worauf seitens kritischer Historiker als Nachweis der Legitimitätsfunktion des Widerstandes nun auch verwiesen wurde. In diese Kritik der Instrumentalisierung des Widerstandes wurde auch das DÖW mit einbezogen, Österreich brauche kein Dokumentationsarchiv des Widerstandes, sondern eines der Mittäterschaft und des Nationalsozialismus, wurde behauptet.<sup>10</sup> In Verneinung der Zeitumstände bei der Gründung des DÖW 1963 wurde angenommen, diese Gründung sei seitens der Republik als Alibi zur Untermauerung der Opfertheorie angeregt worden. Tatsächlich war diese ausschließlich der Initiative von Vertretern der Opferverbände und engagierter Wissenschaftler zu danken, die die damals um sich greifende Leugnung bzw. Verniedlichung des österreichischen Widerstandes und der NS-Verbrechen nicht tatenlos hinzunehmen bereit waren.<sup>11</sup> In einer Überreaktion auf die Täterdiskussion sahen manche nunmehr alle ÖsterreicherInnen der NS-Zeit als Mittäter und drängten gleichzeitig die Erinnerung an den, dem gegenüber nicht ins Gewicht fallenden, Widerstand aus dem Blickfeld. Hatten bis dahin Publizisten wie »Staberl« in der »Kronen-Zeitung« (»Dokumentationsarchiv eines in Wirklichkeit doch niemals existent gewesenem österreichischen Widerstandes«<sup>12</sup>), Rechtsextreme und so manche Stammtischrunde den Widerstand angezweifelt oder bagatellisiert, geschah dasselbe nun von Seiten einer neuen, sich als kritisch verstehenden, parteilich ungebundenen Linken, bzw. einer neuen Historikergeneration.<sup>13</sup> Historiker, die die Begeisterung eines Teiles der österreichischen Bevölkerung für den »Anschluss« sowie die Tatsache unterstrichen, dass dieser nicht nur das Ergebnis des Einmarsches der Deutschen Wehrmacht, sondern auch einer nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich

selbst war, erhielten plötzlich Beifall aus der rechtsextremen und deutschnationalen Ecke. Hatten deren Publizisten doch schon immer den freudigen Zusammenschluss Österreichs mit dem Deutschen Reich betont.

In internationaler Hinsicht haben im letzten Jahrzehnt auch in anderen europäischen Staaten HistorikerInnen und PublizistInnen die Kollaboration mit den deutschen Besatzern zu hinterfragen begonnen, erwähnt seien Frankreich, die Niederlande oder auch Dänemark. Auch dort nimmt man notwendigerweise vom Bild der allumfassend widerständigen Nation Abschied.

Die laut eingeforderte Täterforschung steckt – von Ausnahmen abgesehen<sup>14</sup> – in Österreich noch immer in ihren Anfängen, hier bleibt noch viel zu tun. Einen deutlichen Aufschwung erlebte nach 1986/88 hingegen die Opferforschung, nicht nur in Österreich. Zur Erforschung des Widerstands schien schon so viel geleistet, während es im Bereich der verschiedenen Opfergruppen, allen voran Jüdinnen und Juden, aber auch Roma und Sinti, Behinderte, Homosexuelle, noch zahlreiche Forschungslücken zu füllen galt. Im DÖW entstanden in der Folge – aufgrund einer Anregung von Yad Vashem, knapp, aber doch finanziert vorwiegend von der Republik – die großen Datensammlungen zu den mehr als 62.000 mittlerweile erfassten österreichischen Holocaust-Opfern und wichtige Forschungsarbeiten zur Geschichte der NS-Euthanasie; sowie im Umfeld des DÖW zum Umgang der Republik Österreich mit der NS-Vergangenheit, einerseits mit der justiziellen Ahndung von NS-Verbrechen, andererseits zu Entschädigungs- und Restitutionsmaßnahmen.

1998 fand dieser Wandel – neben der Wirkung anderer relevanter, vor allem auch internationaler Faktoren, wie der Diskussion um NS-Opferkonten in der Schweiz, Entschädigung für ZwangsarbeiterInnen oder »arisierte« Kunstwerke<sup>15</sup> – seinen Ausdruck in der Konstituierung der Österreichischen Historikerkommission zur Erforschung von Vermögensentzug in der NS-Zeit. In den von ihr beauftragten wissenschaftlichen Arbeiten spielte die Frage nach der Partizipation von ÖsterreicherInnen an diesem erzwungenen Vermögenstransfer ebenso eine wesentliche Rolle wie die rechtliche Situation und Verantwortung der Republik Österreich nach 1945 für Entschädigung und Restitution. Widerstand wurde nur im Zusammenhang mit der Frage des Vermögensentzugs aus politischen Gründen behandelt.

Mittlerweile bahnt sich aber eine neue differenzierte und ausgewogene Sichtweise ihren Weg, die ihren Ausdruck unter anderem – um beim Einleitungsbeispiel des DÖW zu bleiben – in der 2005 eröffneten neuen Dauerausstellung findet, die mit gutem Grund keinen Titel hat: Der historische Bogen ist zu weit gespannt,

die behandelten Themen sind zu vielfältig, um sie in einen kurzen Titel zwingen zu können. Die räumliche Anordnung der thematischen Bereiche trägt geänderten Sichtweisen Rechnung: Das Kapitel Widerstand wurde sozusagen »eingezwängt« zwischen Judenverfolgung und Verfolgung der Roma und Sinti platziert. Widerstand wird in realistischer Einschätzung als wesentliche Tat einer vergleichsweisen Minderheit gesehen, die inmitten eines repressiven Regimes und gefährdet durch eine feindliche oder gleichgültige Mehrheit große Entschlossenheit, Überzeugung und Mut erforderte.

Das DÖW selbst widmet sein derzeit größtes Forschungsprojekt – die namentliche Erfassung der Opfer politischer Verfolgung – der Widerstandsforschung. Das Projekt soll unter anderem auch die stets nachgefragten, aber auf seriöser Grundlage nicht verfügbaren Zahlen zu den Opfern des Widerstandes erarbeiten. Nur zur Beteiligung von ÖsterreicherInnen am spanischen Bürgerkrieg liegen dank der unermüdlichen Recherchen von Hans Landauer vergleichsweise genaue Angaben vor.<sup>16</sup>

Im Vergleich zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Widerstand, wie sie deutsche KollegInnen vorgelegt haben, ergeben sich für Österreich noch durchaus Forschungsdesiderata, die auch einen kritischen Blick auf den Widerstand miteinschließen. Für welche gesellschaftlich-politischen Konzepte sind die Männer und Frauen des Widerstands eigentlich eingetreten? Welche Stellung bezogen sie zum Mord an Behinderten bzw. zur Shoa? Die Heraushebung der WiderstandskämpferInnen als HeldInnen, d. h. die Betonung ihres ganz besonders mutigen Charakters, dient genau besehen abermals dazu, die Mehrheit, die nicht Widerstand leistete, pauschal zu entschuldigen – sie hatte halt nicht den ganz besonderen Mut. Damit wird ein ähnlicher Mechanismus in Gang gesetzt wie bei der Dämonisierung der NS-Verbrecher – pathologische Gestalten, mit denen der Durchschnittsbürger nichts gemein hatte. Beide Argumentationen leisten der Nicht-Aufarbeitung von Partizipation und Teilhabe Vorschub. WiderstandskämpferInnen sind bewundernswert, gerade aber deswegen, weil sie Frauen und Männer wie andere auch waren. Und Täter waren keine Teufel, sondern »ganz normale Männer« (Christopher Browning).

Das DÖW hat sich seit seiner Gründung vor beinahe 45 Jahren stets mit Widerstands- und Opferforschung befasst, es wird dies auch weiterhin tun, da der von manchen Kritikern konstruierte Gegensatz zwischen diesen beiden Arbeitsbereichen<sup>17</sup> nicht nachvollzogen werden kann.

## Anmerkungen

- 1 »Historikerstreit«: die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987.
- 2 Helmut Konrad, Zeitgeschichtsforschung und Geschichtsbewusstsein, in: Gerhard Botz, Gerald Sprengnagel (Hg.), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, Frankfurt-New York 1994, S. 171.
- 3 Helmut Konrad, Festvortrag anlässlich der Jahresversammlung des DÖW im Alten Rathaus, Wien 11. März 1997, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Jahrbuch 1998, Wien 1998, S. 6.
- 4 Selma Steinmetz, Österreichs Zigeuner im NS-Staat, Wien-Frankfurt-Zürich 1966; Jonny Moser, Die Judenverfolgung in Österreich 1938/1945, Wien-Frankfurt-Zürich 1966, beides in der Reihe »Monographien zur Zeitgeschichte«, Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes.
- 5 Die Dokumenteneditionen der vom DÖW herausgegebenen Reihe »Widerstand und Verfolgung in österreichischen Bundesländern 1934-1945«, erschienen sind die Bände Wien (3 Bände, 1975), Burgenland (1 Band, 1979), Oberösterreich (2 Bände, 1982), Tirol (2 Bände, 1984), Niederösterreich (3 Bände, 1987), Salzburg (2 Bände, 1991). Steiermark ist in Vorbereitung.
- 6 Brigitte Bailer-Galanda, Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus, Wien 1993; dies., Die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung. Die Republik Österreich und das in der NS-Zeit entzogene Vermögen, Wien 2003, (=Veröffentlichungen der österreichischen Historikerkommission Bd. 3).
- 7 Maßnahmen der Republik Österreich zugunsten bestimmter politisch, religiös oder abstammungsmäßig Verfolgter seit 1945, hg. v. Bundespressedienst, Wien 1988.
- 8 Z. B. Hans Safrian, Hans Witek, Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938, Wien 1988.
- 9 Albert Sternfeld, Betrifft: Österreich. Von Österreich betroffen, Wien 1990.
- 10 Zitiert nach: Wolfgang Neugebauer, Im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik: DÖW, Widerstandsforschung und Antifaschismus, in: Botz, Sprengnagel, a. a. O., S. 561.
- 11 Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), 40 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1963-2003, S. 28 f.

- 12 Kronen-Zeitung, 21. 3. 1971, zitiert nach Neugebauer, a. a. O., S. 557.
- 13 So meint auch Robert Knight, man solle den Widerstand nicht überbewerten, Robert Knight, Der Waldheim-Kontext: Österreich und der Nationalsozialismus, in: Botz, Sprengnagel, a. a. O., S. 80.
- 14 Walter Manoschek, Serbien ist judenfrei: Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993; Hans Safrian, Die Eichmann-Männer, Wien-Zürich 1993; Forschungsarbeiten zu Österreichern bei der »Aktion Reinhard« werden derzeit von Bertrand Perz durchgeführt; weiters sind die Arbeiten von Wolfgang Neugebauer, Peter Schwarz und Herwig Czech zur NS-Medizin in Österreich zu erwähnen.
- 15 Clemens Jabloner et al., Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Wien-München 2003, S. 17 ff.
- 16 Hans Landauer in Zusammenarbeit mit Erich Hackl, Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936-1939, Wien 2003. Dieses nennt rund 1400 ÖsterreicherInnen, die an der Seite der spanischen Republik gekämpft haben.
- 17 Erich Hackl, Im einen und im andern Land, Die Presse, Spectrum, 18. 3. 2006. Hackl führt einige Kritikpunkte, auch an der neuen Ausstellung des DÖW an, in der den Spanienkämpfern zu wenig Platz eingeräumt wird, und setzt dann hinzu: »Oder dass die Forschung Aufruhr und Widerstand zurückgestellt hat, zugunsten der Beschäftigung mit denen, die sie als die reinen Opfer und die klaren Täter ansieht.«

## »Waldheim revisited« Historisierung, Hysterie und Schulterchluss<sup>1</sup>

Robert Knight

*Gewidmet der Erinnerung an Michael Weinzierl*

Um meine Karten auf den Tisch zu legen: Ich bin jemand, der 1986 der Meinung war, Waldheim sei nicht würdig, österreichischer Bundespräsident zu werden, und dieser Meinung bin ich auch heute noch. Ich sehe rückblickend die Mobilisierung gegen Waldheims Kandidatur nicht als Heldenepos, aber ich glaube, sie war zu einem Großteil gerechtfertigt (was natürlich nicht heißt, dass jeder Vorwurf oder Verdacht wohlbegründet war). Trotzdem werde ich mich bemühen, so etwas wie Selbstreflexion im Sinne von Selbstkritik in meine Beobachtungen der Ereignisse von vor zwanzig Jahren einfließen zu lassen. Ich tue das als ausländischer Beobachter *und* als Teilzeitakteur in diesem Drama – nicht mit irgendeiner (bewussten) narzisstischen Absicht, sondern weil ich meine, damit eventuell Einsichten zur Beziehung zwischen Politik, Macht und Geschichte sein bieten zu können.

Aber ist die Waldheim-Affäre tatsächlich Geschichte? Oder ist sie wenigstens auf dem Weg dazu, Geschichte zu werden? Es gibt darauf wohl keine eindeutige Antwort, aber die Frage verlangt nach einer kurzen Analyse des Begriffs »Historisierung«.

Es ist dies ein in vielfältiger Weise aufgeladener Begriff. Seine Definition war immer schwammig und hing immer von den jeweiligen Zielen und Voreingenommenheiten der oder des Definierenden ab. Besonders deutlich wurde das im westdeutschen Historikerstreit. Diese Kontroverse, die fast zeitgleich mit der Waldheim-Affäre stattfand, ist in der Beurteilung der letzteren, aber auch für die aktuelle österreichische Diskussion um das »Haus der Geschichte« ein wichtiger Referenzpunkt: Auch damals wurde das Projekt eines Nationalmuseums diskutiert, auch damals war eine revisionistische Historiographie einer kritischen Überprüfung unterzogen. Auch damals wurde der historiographische Disput von vielen Beteiligten als Kampf um die Erlangung einer hegemonialen »Deutungshoheit« gesehen. Dementsprechend verbittert wurde mit viel Pathos, aber natürlich auch einem gehörigen Maß an Selbstüberschätzung um Positionen gerungen. Symptomatisch dafür ein Satz, den Michael Stürmer, damals Berater von Helmut Kohl, prägte: »[...] daß in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.«<sup>2</sup>

Der Begriff »Historisierung« wurde von Ernst Nolte in das Gewand einer aufgeblasenen Geschichtsphilosophie gekleidet, die dazu dienen sollte, den Holocaust in einem breiteren historischen und geographischen Rahmen zu platzieren. Bei diesem seinem Unterfangen ging Nolte in der Geschichte zurück bis zur Oktoberrevolution und in den fernen Osten zu den Massenmorden Pol Pots. Trotz seiner Dementis war die revisionistische Absicht seines Tun offensichtlich. Sie wurde klarer, als er, abstrus argumentierend, die Frage aufwarf, ob der Holocaust nicht eine präventive Reaktion auf die »asiatischen« Verbrechen der Bolschewiki gewesen sein könnte. Auf seriösere Art und Weise wurde der Begriff von Martin Broszat in seinem Appell behandelt, den Nationalsozialismus zu »historisieren«. Broszats Verständnis des Begriffs Historisierung stand stärker in der Tradition des Historismus, der immer unterstrichen hatte, dass jede Epoche für sich, frei von wertenden Urteilen späterer Generationen, gesehen werden solle.

In Bezug auf Nazideutschland hieß das für Broszat, diese Ära sowohl »gewöhnlicher«, gleichzeitig aber auch komplexer zu sehen, als in jenen schroffen schwarz weiß -Tönen (die etwa im Dualismus »Anhänger des Regimes« vs. »Widerstandskämpfer« zum Ausdruck kommen), von denen er annahm, dass sie die zeitgenössische Sicht auf die Nazi-Diktatur bestimmten. Nach Broszat hat »das lehrerhafte Bedürfnis, gerade in Bezug auf diese Thematik eindeutige Bilder und Maßstäbe zu schaffen, [...] vielfach zur unhistorischen Monumentalisierung wie zur Ausklammerung von Tabu-Zonen besonders beigetragen«. Ich bin der Auffassung, dass Broszats Appell ernst genommen werden sollte. Er entsprang einem »pädagogischen« Anliegen, das Dritte Reich für Generationen verständlicher zu machen, die es selbst nicht durchlebt hatten.<sup>3</sup>

Das kleine Buch von Andreas Hillgruber, »Zweierlei Untergang«, das Habermas' Polemik in der *Zeit* auslöste, warf, wiewohl es sich weder mit Theorie noch mit Methodologie befasste, die Frage auf, was das »Objekt« des Historisierens denn sein sollte. Hillgruber stellte das seiner Meinung nach verzweifelte Dilemma deutscher Entscheidungsträger an der Ostfront am Ende des Zweiten Weltkrieges dar, die versuchten, so viele (deutsche) Zivilisten wie möglich vor der heranrückenden Roten Armee zu retten. Er zog eine für nachkommende Historiker verblüffende Schlussfolgerung: »Schaut der Historiker auf die Winter-Katastrophe 1944/45, so bleibt ihm nur eine Position, auch wenn sie im Einzelfall oft schwer einzulösen ist: er muss sich mit dem konkreten Schicksal der deutschen Bevölkerung im Osten und mit den verzweifelten und opferreichen Anstrengungen des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine im Ostseebereich identifizieren [...]«.<sup>4</sup>

Warum, fragten Kritiker, »muss« sich der Historiker mit diesen Personen identifizieren, und nur mit diesen allein? Die Antwort scheint in einer vorrationalen Loyalität zu einer deutschen (Volks)Gemeinschaft zu liegen.

In Summe ging der Begriff »Historisierung« aus dem Historikerstreit als äußerst schlecht definierter Terminus mit apologetischem Potential hervor. In den Worten von Charles Maier: Historisierung »must risk apology, but need not lead to it«.<sup>5</sup> Wenn die »Historisierung« irgendeine rationale Begründung hatte, dann jene von Broszats pädagogischem Anliegen, eine postnationalsozialistische Generation über ein übles Regime aufzuklären.

In jüngeren Debatten sind die problematischen Implikationen der »Historisierung« nicht weniger stark hervorgetreten. Es gibt die wachsende Tendenz, sie von NS- auf PostNS-Themen auszuweiten, das heißt auf die Ausflüchte, Verdrängungen und Fehler der Nachkriegsgesellschaften. Diese Ausweitung ist signifikant, obwohl ihre Bedeutung oft übersehen wird.<sup>6</sup> Erstens heißt das, dass Broszats pädagogische Begründung für die Historisierung größtenteils verschwunden ist. Die profane politische und gesellschaftliche Landschaft der Nachkriegszeit, der Wiederaufbau, der Kompromiss können je nach Standpunkt als schäbig oder schwer zu fassen, als notwendig oder als Teil einer Erfolgsgeschichte gesehen werden, aber es ist sicher keine Ära, die droht, sich dem Verständnis einer späteren Generation völlig zu entziehen. Mit dem Aufweichen der pädagogischen Begründung tritt das apologetische Potential der »Historisierung« schärfer hervor. Auch in der Diskussion über Nachkriegsösterreich zeigt sich, dass trotz aller Veränderungen der apologetische Zweck stets der gleiche bleibt.

So werden die österreichischen Versäumnisse bei Restitution oder Entnazifizierung öfter mit einem oder mehreren Faktoren begründet: Dem ökonomischen Elend, in dem ein Gutteil der Bevölkerung lebte, dem engen budgetären Spielraum, der Bedeutung der ehemaligen NSDAP-Mitglieder und Sympathisanten als Wähler, der rechtlichen Auswirkungen der Okkupationstheorie, der »Moskauer Deklaration« von 1943. In fast allen diesen Fällen ist die Argumentation ähnlich: Im gegebenen »historischen Kontext« hätten Akteure nicht anders handeln können, als sie es dann ohnehin taten.

Diese rhetorisch apologetische Funktion der »Historisierung« wird noch klarer durch ihre Gegenworte deutlich. Wenn nicht »Moralismus«<sup>7</sup>, ist es »Emotion« oder wie im Falle Waldheim »Hysterie«. Hier wird eine implizierte Deklination deutlich: »Ich historisiere, du moralisierst, er/sie/es hysterisiert«.

Dieser Punkt kann kurz anhand von Michael Gehlers Diskussion der Waldheim-Affäre veranschaulicht werden. Historisierung erscheint hier als Versuch, eine

durch und durch einseitige Version der Ereignisse als scheinbar ausgeglichen und unparteiisch wirken zu lassen. In ihrem Sammelband über österreichische Skandale verstehen er und sein Mitherausgeber Hubert Sickinger »Historisierung« als ein Gegenmittel zum medial verbreiteten Bild, dass die Skandale der Achtziger ein neues Phänomen gewesen wären. Diese Motivation erscheint zu einem großen Teil gegenwartsbezogen – und ist somit das direkte Gegenteil des konventionellen Verständnisses der Prämissen von Historisierung.<sup>8</sup>

Die apologetische Stoßrichtung wird klarer in Gehlers Darstellung der Waldheim-Affäre, die ebenso tendenziös wie reichlich mit Fußnoten versehen ist. Einige wenige Beispiele werden genügen, um das zu verdeutlichen. Ein scheinbar »objektiver« Verweis auf Waldheims »verhängnisvolle und wenig überzeugende Rechtfertigung, er habe damals nur seine ›Pflicht‹ getan« wird hier sofort durch die Überschrift »Waldheim trotz ›Campaign‹ gewählt«, unterminiert. Sollte es nicht eher heißen: ›Waldheim wird trotz seiner wenig überzeugenden Rechtfertigung gewählt? Im Zusammenhang mit dem Jüdischen Weltkongress stellt sich das Hillgruber-Problem selektiver Identifikation. »Historisierung« wird nur auf die Personen angewandt, mit deren Standpunkten der Autor sympathisiert, zuvorderst die Entscheidungsträger des Ballhausplatzes. Die Entscheidungsträger des jüdischen Weltkongresses werden nicht historisiert. Gehler bemerkt lediglich, sie seien eine Lobby und bedauert, sie seien weniger an »seriöse[r] historische[r]-wissenschaftliche[r] Aufarbeitung« interessiert sind als daran, »die Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit zur Delegitimierung des ›Gegners‹ und zur eigenen politischen Vorteilsverschaffung« zu nutzen.<sup>9</sup>

Was ist mit dem historischen Kontext der Kritik an Waldheim? Hier übernimmt Gehler die Perspektive von Waldheims prominentem Unterstützer und früheren Arbeitgeber, des ehemaligen Außenministers Karl Gruber. Grubers Hauptargument in einer Radiodiskussion mit Peter Huemer und mir war, dass der WJC (und Jehuda Wallach, das israelische Mitglied der Historikerkommission, die eingerichtet worden war, um Waldheims Aktivitäten während des Zweiten Weltkrieges zu durchleuchten) Waldheim feindlich gesonnen gewesen seien, da sie über die österreichische Restitutions- und Kompensationspolitik verärgert waren und nun auf künftige materielle Konzessionen hofften. Für Gehler ist Grubers kaum verhüllter antisemitischer Diskurs bloß »direkt und spontan« und basierte auf der Realität, da das Committee for Jewish Claims tatsächlich kurz davor eine Anfrage um verstärkte österreichische »Wiedergutmachung« vorbereitet hatte.<sup>10</sup> An anderer Stelle wird Grubers »Historisierung« von Österreichs Nachkriegsschwierigkeiten als eine Erklärung und sogar Rechtfertigung für Defizite in der Restitutionspolitik akzeptiert.

Wenn Michael Gehler selbst, wie jüngst in einer ausführlicheren Diskussion, versucht, eine historische Darstellung dieser Zusammenhänge zu geben, verstrickt er sich immer tiefer in Widersprüche. Er beginnt mit einer scheinbar »realistischen« Rechtfertigung der »Opferthese«, indem er behauptet, dass deren Urheber, die österreichischen politischen Eliten, einfach ihre Arbeit gemacht und die Interessen des Landes vertreten hätten. Ihr Abgehen von wissenschaftlicher Korrektheit ist, anders als das des WJC, zu entschuldigen, ja, es verstünde sich in diesem Zusammenhang von selbst. Gehler ähnelt Stürmer, wenn er meint, »die politische Deutungshoheit über die Geschichte eines Landes war und ist außerdem eine Machtfrage«. Aber, vielleicht ein wenig beunruhigt von der Logik seiner Position, fügt er hinzu: »Die ›Instrumentalisierung‹ der Opferthese des Staates Österreich entbehrte ... weder historischer Berechtigung noch politischer Sinnhaftigkeit«.

Folgerichtig erscheint Historisierung als nicht mehr denn eine »ausgewogene Interpretation« und Gehler sieht die Hindernisse zu solcher Ausgewogenheit nicht bloß in der Kritik an Österreichs »Opfermythos«, sondern auch in der Kritik dieser Kritik. Das überrascht, denn sein angebliches Gleichmaß widerspricht seiner eigenen Kritik am WJC. So verwirrend Gehlers Darstellung auch ist, so klar ist die Stoßrichtung seiner Schlussfolgerungen: Waldheims Kritiker missbrauchten die Geschichte, verglichen mit ihren Vergehen scheinen Waldheims Fehler harmlos.

Im Gegensatz zu all dem gebe ich nicht vor, dass meine Kommentare objektiv sind oder eine »Historisierung« der Affäre Waldheim bringen. Sie sind ohne Zweifel parteiisch. Es liegt an anderen zu beurteilen, ob ich in Hysterie abgleite.

## II.

Mein Waldheim-Jahr begann, als ich im März 1986 auf dem Weg nach Wien für einen Forschungsaufenthalt in der *Süddeutschen Zeitung* einen Artikel las. Bei meiner Ankunft traf ich bei meinen Freunden und Bekannten auf Unglauben, als Stück für Stück Details über Waldheims Aktivitäten während des Krieges auftauchten. Der Kontrast zwischen dem, was man in seiner Autobiographie lesen konnte und dem, was nun herauskam, vor allem die Auslassung jeglichen Hinweises auf seine Tätigkeit im Generalstab von General Loehr in Jugoslawien, war bemerkenswert.

Die Tatsache, dass die SPÖ die Veröffentlichung dieser Informationen betrieben haben könnte, um Waldheim zu diskreditieren, ist sehr bedeutsam. Die offensichtliche Heuchelei der SPÖ verursachte und verursacht auch heute noch besondere Wut bei Waldheims Befürwortern, auch angesichts des Verhaltens der SPÖ in

der Nachkriegszeit in Bezug auf das NS-Erbe. Im Kontext weitgehend großkoalitionärer Politik schien die SPÖ einen impliziten »Nichtangriffspakt« in der »Nazifrage« gebrochen zu haben. Dieser »Pakt« war vielleicht kein eindeutiger »Schulterabschluss«, aber er beinhaltete eine unausgesprochene Vereinbarung, dass die »braunen Flecken« der jeweils anderen Seite nicht ausgenutzt werden sollten.<sup>11</sup> Der Bruch dieses ungeschriebenen Paktes durch die SPÖ im Jahr 1986 könnte als Antwort auf das Erstarken der Grünen zulasten der Sozialdemokratie gesehen werden. Auf jeden Fall verstärkte die Waldheim-Affäre diese Schwächung der SPÖ, was sich auch daran zeigte, dass die Führung der Partei nicht in der Lage war, die historisch-politische Debatte zu kontrollieren, die zu beginnen sie geholfen hatte. Wenn, wie die Waldheim-Anhänger behaupteten, die Enthüllungen über Waldheim Teil einer »campaign« waren, dann entglitten die Ereignisse fast sofort der Kontrolle des Generalstabes dieses Feldzuges.

Jedenfalls war die Rolle der SPÖ und ihre (wahre, zugeschriebene oder stark übertriebene) »campaign« nur ein Nebenthema, verglichen mit Waldheims Unaufrichtigkeit. Sein ständiges Ausweichen betraf immerhin das Thema seiner Aktivität in der deutschen Wehrmacht und ihrem Wüten auf einem der blutigsten und grausamsten Kriegsschauplätze. Waldheims Lavieren und seine Ausweichmanöver hätten schon zu diesem Zeitpunkt seinen Rückzug aus dem Präsidentschaftswahlkampf zur Folge haben sollen. In diesem Sinn war eine möglicherweise strafrechtlich relevante Schuld Waldheims nie ein Thema, sie war ein gigantisches Ablenkungsmanöver. Seitens seiner Gegner war es nicht zuletzt angesichts seiner Reaktionen sicherlich eine vernünftige Arbeitshypothese, anzunehmen, dass Waldheim etwas zu verstecken hatte.

Nichtsdestotrotz muss ich, im Geiste der Selbstkritik, einräumen, dass viele wahrscheinlich einem positivistisch-moralistischen Fehlschluss insofern erlegen sind, als sie annahmen, Archivrecherche könne empirische Beweise für das moralisch Erwünschte erbringen, nämlich einen unwürdigen Politiker daran zu hindern, zum Präsidenten gewählt zu werden. Wie andere auch, versuchte ich in britischen Archiven Informationen über Waldheim zu finden. Ich muss zugeben, dass ich enttäuscht war, als ich den »rauchenden Colt« nicht fand, obwohl ich sicher auch enttäuscht gewesen wäre, wenn später ein belastendes Dokument aufgetaucht wäre, das ich womöglich übersehen hätte.

Jemand, der »belastendes Material« selber schrieb, war der serbische Archivar Dušan Plenca. Er verkaufte dem *Spiegel* ein gefälschtes Dokument, von dem er behauptete, es beweise Waldheims kriminelle Verwicklung in die Deportation von Zivilisten. Aber Plencas Fälschung war nicht Teil einer »campaign« der Wahrheits-

verdrehung, um Waldheims Rücktritt zu erzwingen. Ich erinnere mich, den viel zu früh verstorbenen Hubertus Czernin, damals Journalist bei *profil*, gefragt zu haben, ob er denn sicher wäre, dass die Plenca-Dokumente gefälscht wären. Er sagte mir, dass die Beweislast erdrückend sei und alles für eine Fälschung spreche. Herausragender Journalist, der er war, erklärte er das auch den Lesern des *profil*.

Waldheims Wahl brachte Österreich ins internationale Scheinwerferlicht, in dem es auf diese Art seit Jahrzehnten nicht mehr war. Viele Kommentatoren bemerkten die Ironie, die in der Tatsache lag, dass Waldheim von der ÖVP als jemand gepriesen worden war, der international anerkannt wäre und der nun Zentrum eines internationalen Skandals geworden war. Das herausfordernde »Wir wählen wen wir wollen« ist oft als Ausdruck eines trotzig-provinzlerischen oder engstirnigen Patriotismus interpretiert worden. Es ist auch öfter hervorgestrichen worden, dass dieser Reflex und die Taktik des Schulterschlusses nichts spezifisch Österreichisches wären. Doch von ebenso großer Bedeutung war die Mobilisierung *gegen* Waldheim, wie Mahnwachen und andere Aktivitäten, die offenbarten, wie polarisiert die österreichische Gesellschaft war. Österreichischer Groll über Einmischung von außen muss im Zusammenhang mit der Anerkennung gesehen werden, die die österreichischen Außenpolitik-Eliten international gesucht und in der Regel auch gefunden hatten. In den Achtzigern hatte sich das internationale Klima aus unterschiedlichsten Gründen gewandelt. Eine neue Sensibilität hinsichtlich des Holocausts, aber auch eine Politik der Sensibilisierung hatten sich entwickelt. Österreich wurde nicht, wie manche behaupteten, herausgepickt und dem prüfenden Blick der Welt ausgesetzt – es war eben einfach nicht mehr so immun gegen einen solchen prüfenden Blick wie in der Vergangenheit.<sup>12</sup>

Das könnte den kleinen Furor erklären, den die Veröffentlichung eines Artikels von mir im *Times Literary Supplement* im Oktober 1986 verursachte. Ich versuchte darin, die Waldheim-Affäre in den Kontext einer krisengeschüttelten österreichischen Geschichte als einer Geschichte von Ausflüchten in der Nachkriegszeit zu stellen. Ich warf in weiterer Folge die Frage auf, ob diese Ausflüchte in irgendeiner Weise der österreichischen Erfolgsstory abträglich gewesen wären, und kam zum Schluss, dass dies nicht der Fall gewesen sei, es vielmehr ganz so aussehe, als ob Bruno Kreisky's Diktum durchaus zutreffe, der gemeint hatte, »Vergangenheitsbewältigung« sei »nichts als Gerede.« Diese Tatsache bezeichnete ich als deprimierend.<sup>13</sup>

Mein Artikel rief den damaligen österreichischen Außenminister Peter Jankowitsch auf den Plan, der an die österreichischen Historiker appellierte, meinen Artikel einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Es war, wie Charles Maier es ausdrückte, eine »ungewöhnliche« Aktion für einen Außenminister.<sup>14</sup> Es ist kaum zu

glauben, dass sein Ärger allein durch den Inhalt des Artikels hervorgerufen worden war, der inhaltlich kaum über den (zugegebenermaßen linksliberalen) Mainstream der österreichischen Historiographie hinausging, wie Gerhard Botz bemerkt hat.<sup>15</sup> Das außergewöhnliche war also das publizistische Forum, in dem dieser Inhalt veröffentlicht worden war: dieses war international und prominent.

Außerdem hatte Jankowitsch, der im Juni 1986 von Franz Vranitzky zum österreichischen Außenminister bestellt worden war, viel Energie auf eine Gegenaktion zur Förderung des österreichischen Images im Ausland verwendet.<sup>16</sup> Mein Artikel war genau der Strom, gegen den er anschwamm. Anfang November, etwa einen Monat nach der Veröffentlichung meines skandalisierten Artikels, traf ich Jankowitsch in privatem Rahmen in Wien. Er versuchte, mir zu erklären, dass ich mehreren Irrtümern und Missverständnissen aufgesessen sei, dass mein Artikel Teil einer größeren Bedrohung Österreichs sei. Ich erinnere mich, seinen Monolog nach ungefähr einer Stunde mit den Worten »Ich hätte auch etwas zu sagen« unterbrochen zu haben, um dann meinen Standpunkt darzulegen. Jankowitsch schloss unsere Diskussion mit der Bemerkung, ich sei einer von mehreren Historikern, »die unterstellen wollen, dass wir alle verkappte Nazis sind und alles umsonst war.« Es sei dies »der Versuch, uns zu marginalisieren.« Bevor wir uns verabschiedeten fragte er mich, ob ich bereit sei, meine Ansichten zu diskutieren, beispielsweise bei einem Vortrag im Renner-Institut.

In dem Brief, den Jankowitsch wenige Wochen später an mehrere österreichische Historiker richtete, beschrieb er meinen Artikel als Zeichen dafür, dass die »Medienkampagne« gegen Österreich nun auch ins akademische Milieu überschwappe: *»Ich halte persönlich die Art, in der sich Herr Knight mit der Vergangenheit Österreichs, besonders mit der Rolle von Nationalsozialismus und Antisemitismus im öffentlichen Leben Österreichs auseinandersetzt, für überaus bedenklich, da in dieser Form der Darstellung ganz offenbar der Nukleus eines neuen Österreich-Bildes enthalten ist, das zu einer radikalen Neueinschätzung der Zweiten Republik führen könnte.*

*Welche Folgen die allgemeine Übernahme einer solchen Sicht durch die Zeitgeschichtsschreibung über Österreich haben könnte, bedarf keiner großen Phantasie. Viele der Werte, mit denen in der Vergangenheit Österreich, insbesondere aber die zweite Republik identifiziert wurden, würden in ihr Gegenteil umgekehrt. Im Nachhinein würde ein »Anschluss« Österreichs an eine Vergangenheit vollzogen, von der sich unser Land und seine Menschen längst befreit wähnten.«*

Jankowitsch schickte meinen Artikel an die Historiker *»mit der Bitte um eingehende Prüfung der darin enthaltenen Thesen [...] scheinen mir vor allem die österreichischen Zeitgeschichtler aufgerufen, sich mit den oft haarsträubenden Thesen auseinander*

*zu setzen, von denen der Artikel Herrn Knights geradezu wimmelt. Selbstverständlich muss ich es Ihnen überlassen, ob und in welcher Form sie sich als österreichischer Historiker mit Herrn Knight und vielleicht anderen Historikern auseinandersetzen wollen [...] kann ich ihnen dabei natürlich die Hilfestellung der österreichischen Kulturinstitute im Ausland anbieten – etwa dann, falls Sie bereit wären, über die Frage der österreichischen Vergangenheit Vorträge im Ausland zu halten. Nicht weniger wichtig wären allerdings auch Artikel für Zeitschriften wie das ›Times Literary Supplement.‹*

Jankowitschs Aussagen beinhalten eine offensichtliche Verwechslung zweier unterschiedlicher Dinge: Einerseits die Identifikation Österreichs mit antifaschistischen Werten durch das Ausland, andererseits die Internalisierung dieser Werte durch die österreichische Gesellschaft. Ersteres basierte auf der internationalen Akzeptanz der empirischen Gültigkeit des »Opfermythos«, wonach Österreich das kollektive, nationale Opfer der Naziherrschaft gewesen ist. Zweiteres bedeutete eine Akzeptanz ihrer normativen Implikationen, nämlich dass die Opfer des Nationalsozialismus besonderen Respekt verdienten, weil das »Dritte Reich« moralisch abstoßend war. Diese zwei Aspekte des Mythos müssen klarer voneinander getrennt werden, als sie es oft sind. Zum Zeitpunkt der Waldheim-Affäre wurde die empirische Behauptung von Historikern weitgehend in Frage gestellt, während für ein bedeutsames Segment der österreichischen Gesellschaft die Ethik des Opfermythos hieß, dass für viele der Nationalsozialismus in den Worten von Rainer M. Lepsius ein zentrales »Bezugsereignis für die politische Moral« war.<sup>17</sup> Dies traf sicherlich für viele Waldheim-Kritiker zu, besonders jene, welche die Mahnwachen am Stephansplatz abhielten.

Jankowitschs Intervention sagt auch einiges über die Beziehung zwischen dem österreichischem Staat und Historikern Mitte der Achtziger aus. Der Staat hatte, besonders seit den Sechzigern, Historiker ermutigt, den Opfermythos zu unterstützen. Vielleicht noch wichtiger, war es den beiden Großparteien gelungen, Diskussion und Debatte sowohl auf der Universität als auch in den Medien in bestimmte Richtungen zu lenken, aber auch, sie einzudämmen, sobald sie als bedrohlich empfunden wurden. Zweifellos wäre es falsch, den staatlichen Einfluss auf das politisch-historische Feld vor der Waldheim-Affäre zu überschätzen, aber so eingeschränkt er auch existiert haben mochte: jetzt, im Herbst 1986, drohte dem Staat die Kontrolle des historiographischen Terrains vollkommen zu entgleiten. Aus der Perspektive von Jankowitsch war eine Kampagne, die von der Presse – nicht der SPÖ! – ausgelöst worden war, nun drauf und dran, sich auf die Universitäten und im akademischen Milieu auszubreiten. Er war zwar der Meinung, dass Historiker hier vor allem den federführenden Journalisten folgten, dass Darstellungen von Historikern

aber schwerer zu korrigieren wären, schließlich »schreibt da dann einer vom anderen ab«. <sup>18</sup> Er wies weit von sich, die Absicht zu haben, Historikern Anweisungen zu geben, aber es fällt schwer, dies für bare Münze zu nehmen. Der österreichische Außenminister sah in Historikern die »Mägde der Politik«, dafür angestellt, zu tun, was von ihnen verlangt würde. Folgerichtig offerierte er jenen, die meine »haarsträubenden Thesen« widerlegen würden, die Unterstützung des Staates (Kulturinstitute). In derselben Weise sah er die Funktion von Institutionen wie dem Renner-Institut und dem DÖW (das zu besuchen er mich aufforderte) darin, flankierende Unterstützung für die »Opferthese« zu geben.

Seine eigenen Ansichten deuteten auf einige Spannungen in (der SPÖ-Version) der These hin. So sind seine Unterstellung, dass eine Kollektivschuldthese nun auf Österreich angewandt würde, oder seine Gleichsetzung von Entnazifizierung mit der anti-jüdischen Verfolgung <sup>19</sup> Standard-Topoi im österreichischen Nachkriegsdiskurs der Integration von, respektive der »Aussöhnung« mit ehemaligen Nazianhängern.

Insgesamt kann man aus all dem schließen, dass Jankowitschs Reaktion wenig bedacht war und wohl am ehesten dem Stress geschuldet war, unter dem der Minister, wie viele andere auch, stand. Im Rückblick scheint es sich weniger um einen Versuch gehandelt zu haben, die »Deutungshoheit« zu erlangen, als vielmehr um den panischen Versuch, auf dem bröckelnden Fels wieder Tritt zu fassen.

Die Reaktionen von Historikern auf seinen Brief machen deutlich, dass Jankowitsch den Zustand der österreichischen Historiographie falsch eingeschätzt hatte und ihm nicht bewusst war, dass seine Sicht der Geschichte schon seit Jahren einer Revision unterzogen worden war. In ihren Antworten (zumindest den beiden einzigen, von denen ich Kenntnis habe) gaben sowohl Gerhard Botz als auch Karl Stuhlpfarrer ihrer Empörung über die Intervention des Ministers Ausdruck. Botz erachtete es als unerhört, dass er von Jankowitsch aufgefordert worden war, eine bestimmte, einseitige Meinung zu übernehmen und darüber hinaus an ihn appelliert wurde, einen ausländischen Kollegen anzugreifen, dies auch angesichts der in Österreich weit verbreiteten Obrigkeitshörigkeit. <sup>20</sup>

Karl Stuhlpfarrer antwortete auf ähnliche Art. Er war »bestürzt and enttäuscht« von dem, was er als »Aufforderung [...] mich an einer Kampagne gegen einen Historikerkollegen zu beteiligen« sah. Der Schaden für das Ansehen Österreichs sei vor allem im Fehlen von Vergangenheitsbewältigung und der Aktivität von Holocaustleugnern zu sehen. Daher »halte ich es für ein besseres Österreich-Bild im Ausland für sehr viel wichtiger, alle diese Tatsachen offen, ehrlich und ohne Umschweife öffentlich zu diskutieren« und für eine demokratische Politik der Umsetzung von Minderheitenrechten etc. zu sorgen. <sup>21</sup>

Es war wirklich nur der spätere Chefredakteur der *Presse* und heutige Chefredakteur des Amtsblattes der Republik, Andreas Unterberger, dem es vorbehalten blieb, der offiziellen Aufforderung des Herrn Ministers Folge zu leisten. In einer Serie von Artikeln in der *Presse* Ende 1986 (»Geschichtsverständnis made in USA«), attackierte mich Unterberger als Wegbereiter einer größeren Kampagne: »Auf mehr wissenschaftlicher Ebene hat auch der derzeit in Wien heftig diskutierte britische Historiker Robert Knight [...] ebenfalls die gängige Theorie, wonach Österreich das erste territoriale Opfer Hitlers gewesen sei [...] zu zertrümmern versucht. Knight behauptet da, dass Österreichs Regierungen ständig eher bereit waren, Nazi für Verluste zu entschädigen, die sie während der Entnazifizierung erlitten haben, als deren jüdische Opfer.«

»Dass in der perversen Optik Knights die Entnazifizierung offenbar überwiegend von ehemaligen nationalsozialistischen Richtern durchgeführt worden ist, dass bei ihm zwar der Februar 1934 nicht aber der Juli des gleichen Jahres vorkommt [...]. Auch wenn dies mit Wissenschaft nichts mehr zu tun hat. Gegen solche Einstellungen hilft es wenig, die Fakten zu präsentieren, wie sie etwa ›Österreich II‹ [...] so eindrucksvoll zusammenstellt [...]. Wenn man aber nun erfährt, dass der nach österreichischen ›Flecken‹ suchende Robert Knight in den Nachkriegs-Ministerrats-Protokollen antisemitische Äußerungen Figls und Renners gefunden hat, so kann man nur bangen, welche neuen Attacken Österreich bevorstehen, wenn diese Funde ins passende Bild gefügt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen wäre es – trotz Peter Jankowitschs Appellen an die heimischen Historiker zur Gegenoffensive – durchaus denkbar, dass bei dem skizzierten Geschichtsverständnis mit einigen solchen Zitaten auch aus Renner und Figl Nationalsozialisten würden.

*Zerstrümmert so in Bälde das Ende der 30 jährigen Archivsperrre den alpenrepublikanischen Grundkonsens?«<sup>22</sup>*

Wenn wir auf der Suche nach Hysterie sind – hier ist sie sicherlich zu finden: Die manichäische Weltsicht, das Heraufbeschwören von bevorstehendem Grauen, die Kriegsmetaphorik, die Annahme, der Feind sei unerbittlich, ständig auf der Suche nach belastenden Dokumenten und bei deren Fehlen bereit, harmlose Dokumente entsprechend zu manipulieren. Hysterie oder zumindest eine hochgradig entwickelte Belagerungsmentalität können vielleicht auch die Tatsache erklären, dass die *Presse* sich weigerte, meine Antwort auf Unterberger zu publizieren. Zu diesem Zeitpunkt empfand ich das als Defizit der österreichischen Form der Auseinandersetzung. Möglicherweise handelte es sich aber auch nur um den einmaligen Fehltritt eines gleichfalls gestressten Chefredakteurs.

Abseits von Unterberger fand der gelehrte Schulterschluss, auf den Jankowitsch gehofft hatte, nicht statt. Die österreichischen Historiker waren unabhängiger als

er geglaubt hatte. Auch politisch verfehlte seine Intervention wohl ihren Zweck. Der Minister versuchte offenbar, den Geist des Antinazismus, den die SPÖ-Führung einige Monate zuvor aus der Flasche gelassen hatte, zu bannen, um auf diesem Wege wieder Brücken zur ÖVP aufzubauen und (vielleicht) seine eigene Position als Außenminister zu halten. Letzteres sollte nicht gelingen – Jankowitsch wurde das Privileg zuteil, der Außenminister mit der kürzesten Amtszeit der Zweiten Republik zu werden.

## Schlussfolgerung

1986 beschrieb Jankowitsch den kommenden 50. Jahrestag des »Anschluss« als »unsere große Chance«. Mit Hilfe des DÖW und einer Ausstellung in New York hoffte er offensichtlich, die im Gefolge der Waldheim-Affäre aufgetauchten »Irrtümer« über die österreichische Geschichte ausräumen zu können.<sup>23</sup> Im Gegensatz zu dieser Haltung schrieb Gerhard Botz, dass echte Historisierung nur möglich wäre, nachdem die Realität der österreichischen Involvierung in den Nationalsozialismus konfrontiert worden ist. Nur dann wäre es möglich zu verstehen, wie schwierig es war, »Täuschungen und Verlockungen« zu widerstehen, ohne in Apologetik zu verfallen. In den letzten zwanzig Jahren ist die Debatte weder der einen noch der anderen Richtung gänzlich gefolgt, aber sie hat sicher eher Botz' als Jankowitsch' Hoffnungen entsprochen. Das »Umschreiben« der österreichischen Geschichte, das Jankowitsch so gefürchtet hatte, geht weiter – zugegeben nicht in einer linearen oder unwidersprochenen Weise, aber soweit, dass meine These von 1986 heute nicht einmal mehr auch nur ein Haar eines Politikers sträuben würde. Die Veränderungen zum Besseren sind durch Kontroverse, Kritik und Gegenkritik zustande gekommen, nicht durch eine harmonisierende, verführte »Historisierung«. Meiner Frage von 1986 wurde durch die folgenden Kontroversen eine nicht-funktionalistische Antwort gegeben. Es war nicht notwendigerweise »funktional« nützlich oder gar vorteilhaft, der Realität der österreichischen Beteiligung am Nationalsozialismus ausgewichen zu sein.

Außerhalb Österreichs hat Haider's Wahlerfolg zu gut in die neue negative Wahrnehmung Österreichs als ein Land mit unbewältigter Nazivergangenheit gepasst. Manche dieser Eindrücke haben sich zu Stereotypen verhärtet, die schwierig zu revidieren sind. Wie Peter Huemer sagte: »Jenes Klischee, dass sich seit Waldheim international durchgesetzt hat: Österreich als Land des Verschweigens und des Vergessens, stimmt eben seit Waldheim nicht mehr wirklich.«<sup>24</sup>

Die Verschiebung in der österreichischen Kultur zeigt sich unter anderem darin, dass die schwarz-blaue Koalition nicht die Macht hatte, sogar wenn sie den Wunsch gehabt hätte, ein vollständiges »roll-back« in der österreichischen Geschichtsschreibung durchzusetzen. Das scheint mir auch, wenn auch nur basierend auf sehr partieller Beobachtung, auf das Gedankenjahr 2005 zuzutreffen. Natürlich gab es viel selbstzufriedene Selbstbeweihräucherung für Österreichs »Erfolgsstory« und auch einige erfolglose Versuche, den Nachkriegs-Opfermythos wiederzubeleben: Österreich als »Quasiopfer« der Sowjetunion, mit nur dürftigem Bezug auf das, was vor dem April 1945 passiert war. Aber das war nur ein Teil einer reichhaltigen und oft auch kritischen Historiographie. Soweit ich sehen kann, gab es nur wenig Zeichen für einen an Stürmer gemahnenden Versuch, die nationale Deutungshoheit zu erobern oder Indizien für ein Noltianisches Bestreben, die Dimensionen der Naziverbrechen zu leugnen. Auffallender in der Erzählung von Österreichs Nachkriegsgeschichte war die Mischung von Konzeptlosigkeit und bloßer Sentimentalisierung.<sup>25</sup>

## Anmerkungen

**Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Braumüller Verlages.**

- 1 Dieser Beitrag ist bereits erschienen, in: Florian Wenninger, Katharina Kuffner, Paul Dvorak (Hg.), *Geschichte macht Herrschaft. Zur Politik mit dem Vergangenen*. Braumüller 2007.
- 2 Stürmer, Michael (1987): *Geschichte in geschichtslosem Land*. In: *Historikerstreit!* München, 36-38
- 3 Vgl. Broszat, Martin (1986): *Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus*, in: Graml, Hermann/ Henke, Klaus-Dietmar (Hg.): *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit der Vergangenheit*, Beiträge von Martin Broszat, München 159-173, hier S. 169
- 4 Hillgruber, Andreas (1986): *Zweierlei Untergang*, Berlin, 24-5
- 5 Maier, Charles (1988): *The Unmasterable Past, History, Holocaust and German National Identity*, Cambridge, MA, 93
- 6 So zum Beispiel Fellner, Fritz (2002): *Geschichtsschreibung und nationale Identität, Probleme und Leistungen der österreichischen Geschichtswissenschaft*, Wien-Köln-Weimar, 88-9
- 7 Diner, Dan (Hg.) (1987): *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt am Main, 10

- 8 Gehler, Michael/Sickinger, Hubert (Hg.) 1995: Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien-Thaur-München
- 9 »... eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes ...« Die Waldheim-Affäre 1986-1992, in: Gehler/Sickinger, Politische Affären und Skandale in Österreich, S. 614-665 : 624
- 10 Gehler, Michael (2005): Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Innsbruck-Wien-Bozen, Band II, S. 558. Eine Diskursanalyse von Grubers Kommentaren findet sich in Wodak, Ruth et al. (1990): Wir sind alle unschuldige Täter: Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt am Main, 218-226.
- 11 Pelinka, Anton: (1998): Austria. Out of the Shadow of the Past (=Nations of the modern World) Boulder, 192-4
- 12 Siehe Rathkolb, Oliver (2005): Die paradoxe Republik, Wien
- 13 Knight, Robert (1986): Waldheim in Context: Austria and Nazism, in: Times Literary Supplement, 3 October 1986; Deutsche Übersetzung in Botz, Gerhard/ Sprengnagel, Gerald (Hrsg.) (1994): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte: Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, Frankfurt am Main, 78-88
- 14 Maier, 163, 215, n. 8
- 15 Botz, Gerhard (1987): Österreich und die NS-Vergangenheit: Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung, in:Diner (Hrsg.): 141-152
- 16 Die Weltwoche, 4. September 1986
- 17 Lepsius, Rainer M. (1993): Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des ›Großdeutschen Reiches‹, in: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen, 229-245
- 18 Czernin, Hubertus, in:Profil, 12. Jänner 1987.
- 19 Die Presse, 5. Dezember 1998; Robert Knight, unpublizierte Notizen über ein Gespräch mit Peter Jankowitsch, 21. November 1986.
- 20 Botz, Gerhard: Österreich und die NS-Vergangenheit: Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung, in: Diner, 141-152
- 21 Karl Stuhlpfarrer: Brief an Peter Jankowitsch, 12. Dezember 1986
- 22 Unterberger, Andreas: Die Vergangenheit als Seifenoper: Frontalangriff eines britischen Historikers, in: Die Presse, 30. Dezember 1986.
- 23 Czernin, Hubertus: Die verschämte Republik, in: Profil, 12 Jänner 1987.
- 24 Huemer, Peter: Erinnern und vergessen (Teil I), in: Die Presse, 10. Dezember 2005.
- 25 Siehe zum Beispiel die Internetseiten der Schallaburg-Ausstellung, »Österreich ist frei« <http://www.oesterreichistfrei.at/ausstellung0.htm> [1. November 2006].

## Literatur

- Botz, Gerhard (1987): Österreich und die NS-Vergangenheit: Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung, in: Dan Diner (Hg): Ist der Nationalsozialismus Geschichte?, Frankfurt am Main
- Broszat, Martin (1986): Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Graml, Hermann/Henke, Klaus-Dietmar (Hg): Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Vergangenheit. Beiträge von Martin Broszat, München
- Diner, Dan (Hrsg.) (1987): Ist der Nationalsozialismus Geschichte?, Frankfurt am Main
- Fellner, Fritz (2002): Geschichtsschreibung und nationale Identität, Probleme und Leistungen der österreichischen Geschichtswissenschaft, Wien-Köln-Weimar
- Gehler, Michael/Sickinger, Hubert (Hg) 1995: Politische Affären und Skandale in Österreich.  
Von Mayerling bis Waldheim, Wien-Thaur-München
- Gehler, Michael (2005): Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Innsbruck-Wien-Bozen
- Hillgruber, Andreas (1986): Zweierlei Untergang, Berlin, 1986
- Knight, Robert (1994): Waldheim in Context: Austria and Nazism. In: The Times Literary Supplement, 3 October 1986 (Deutsch in Botz, Gerhard/Sprengnagel, Gerald 1994: Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte: Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, Frankfurt am Main
- Maier, Charles (1988): The Unmasterable Past, History, Holocaust and German National Identity, Cambridge MA
- Mitten, Richard (1992): The Politics of Antisemitic Prejudice, The Waldheim Phenomenon in Austria, Boulder, 1992
- Pelinka, Anton (1998): Austria. Out of the Shadow of the Past, (=Nations of the modern World) Boulder
- Rathkolb, Oliver (2005): Die paradoxe Republik, Wien
- Wodak, Ruth et al. (1990): »Wir sind alle unschuldige Täter«: Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt am Main

# Das Unfassbare fassbar machen

Andreas Wabl

Der Herrenmensch (früher) war Bürgermeister. Der Mitläufer (früher) war bei der SS. Der Minderwertige (früher) wurde kastriert. Nach dem 2. Weltkrieg wurde der frühere Herrenmensch der Reichste im Ort. Der Mitläufer wurde Polizist. Der Mensch mit besonderen Bedürfnissen wurde Hilfsarbeiter bei der Gemeinde. Heute sind bereits alle drei tot. Zwei Bewohner waren auf verschiedenen Seiten im spanischen Bürgerkrieg, Legionär und Freiheitskämpfer. Am Nationalfeiertag schwenkten wir unsere selbst gefertigten rotweißroten Fähnchen. Auch der Bundespräsident war einmal in der Pflichtschule als Gast. Oft ging es im Klassenzimmer nach »Darstellung« der Lehrerin zu »wie in einer Judenschule«. Im Gymnasium sagte man über die Musiklehrerin, sie sei ein »fester Nazi«. Nie sagte sie etwas, nur vor der Matura warb sie sehr diskret manche Schüler für eine rechtsextreme Zeitung in München an. Die Deutschlehrerin konfrontierte die Schülerinnen mit kritischer Literatur über das Jahr 1938 und folgende. Der Geografielehrer war ein alter Nazi. Weil die Israelis so toll im Blitzkrieg gegen die Ägypter kämpften, war er voller Begeisterung. Dies veranlasste ihn zur Äußerung: »Die haben ja wohl bewiesen, dass sie vollwertige Menschen sind, aber die Hottentotten ... bitte das kann man sicher nicht sagen«. Der Mathematiklehrer und Klassenvorstand litt darunter, dass er als Junge Flakhelfer geworden ist. Er gestand, dass er immer noch bei Aufzeichnungen von Hitlerreden ganz aufgewühlt sei. Er ließ das Thema immer wieder anklingen, da er nicht fertig wurde mit seiner Geschichte. Er wurde frühzeitig in Pension geschickt. Die Schwester meiner Mutter war mit dem Polizeichef von Zagreb verheiratet. Er war hochrangiger SS-Mann aus München, bewohnte mit seiner Familie in Zagreb ein arisiertes Haus und war für die Selektion der Zagreber Juden nach ihrer »Verwendungsfähigkeit« zuständig. Rechtzeitig vor Kriegsende schleppte die Schwester Teile der geraubten Güter in großen Holzkisten auf den Dachboden unseres Schulhauses. »Er« wurde 1946 in Belgrad hingerichtet. Die Schwester meiner Mutter wurde in Wien im Innenministerium verhört. »Sie hatte keine Ahnung« stand im Protokoll.

Kritische Literatur brachte Licht in das finsterste Kapitel österreichischer Geschichte, unserer Geschichte, die Geschichte der Eltern, der Verwandten, der Großeltern, der Lehrer, der Nachbarn, der Menschen in Österreich. Der Vater, sozialdemokratisch sozialisiert, prügelte sich als Student mit den Nazis. In die Wehr-

macht rückte er dennoch ein. Mit großem Bedauern sprach er von all den Verbrechen im Krieg. Er verlor ein Auge, sah dennoch ausgezeichnet und war in der Folge ein Verächter des Krieges und gab dies an seine Kinder weiter. Die Mutter wusste leider »wenig« zu berichten. Sie war während des Krieges Erzieherin und Lehrerin. Das Ausmaß des Holocaust wurde immer mehr und mehr sichtbar und spürbar. Das Elend hatte mit 1945 kein Ende gefunden. Die Lüge, das Verschweigen, das Tabu nahm den Ermordeten und den überlebenden Opfern nochmals die Würde. Enthielt ihnen ihr Eigentum vor, erniedrigte sie immer, immer wieder. Während den Verwandten von Kriegsverbrechern selbstverständlich eine Rente zugesprochen wurde – wie auch meiner Tante – mussten viele Opfer des Nationalsozialismus, Widerstandskämpfer, Deserteure oft bis vor kurzem um ihre Rechte kämpfen. Ob es sich um rechtmäßige Rückforderungen von Wohnungen, Häusern, Bildern oder anderen Werten handelte, meist war und ist bis zum heutigen Tag die Reaktion der Behörden und der damit befassten Menschen beschämend. Es gab auch ein anderes Österreich, die Deutschlehrerin war eine davon. Unaufhörlich versuchte sie uns das Geschehene fassbar zu machen. Das Unfassbare begreifbar zu machen.

In allen gesellschaftlichen Schichten entwickelte sich ein neues Österreich. Nach Jahren großer Begeisterung für meinen Beruf als Lehrer gewann meine Leidenschaft für die politische Auseinandersetzung. Als einer der Gründer der Alternativen Liste Österreichs und später der Grünen zog ich mit den ersten acht Abgeordneten ins österreichische Parlament ein. Kurz davor war der »Jetzt erst recht« Wahlkampf der ÖVP für Waldheim geschlagen worden. Kurt Waldheim wurde zum Symbol der Verbrechen im 2. Weltkrieg. Als »Nazischlächter« wurde er in einer US-amerikanischen Zeitung sicher zu Unrecht bezeichnet. Seine Funktion als Nachrichtenoffizier im ehemaligen Jugoslawien und in Griechenland hatte er verschwiegen und verharmlost wie viele tausende »Heimkehrer« auch. Ich habe nur meine Pflicht getan »stammelte« er hervor. Das Ungeheuerliche dieser Aussage war ihm nicht bewusst. Als höchster Repräsentant unseres Staates stammelte er diese »dürren« Sätze (Zitat Klubobmann Heinz Fischer/jetzt Bundespräsident). Die Lügen über seinen Wissensstand über die Judendeportationen und Säuberungen in Griechenland wurden durch die Arbeit der eingesetzten unabhängigen Historikerkommission offenkundig. Das Land war gespalten. Ich ergriff die nächste Gelegenheit, um persönlich mit Bundespräsident Waldheim über seine besondere und die allgemeine Geschichte zu sprechen. Seine Verständnislosigkeit der Situation gegenüber irritierte mich. Ich war fassungslos. Meinem Vorhalt, er habe behauptet, er wusste nichts von den Deportationen der Juden aus Griechenland, obwohl es ein

Dokument mit seiner Paraphe und eindeutigem Inhalt gibt, entgegnete er, er habe nur gesagt, er wusste nichts von Deportationen aus Saloniki. Die bevorstehende Parlamentsdebatte über die Watch List-Entscheidung gegenüber dem österreichischen Bundespräsidenten sollte eine offene Diskussion über unsere Geschichte und über die Situation wegen der Ächtung Waldheims werden. Meine persönliche Vorbereitung für das Redemanuskript gestaltete sich mühsam. Die Diskussion mit meinem Bruder Christian über die Kraft der Symbole ließ einen Entschluss reifen. Denn all die Überlegungen über eine klare Sprache endeten im Nichts. Wie dem unfassbaren, unaussprechlichen Gräuel mit Sprache näher kommen? Das Symbol, unter dem Waldheim gedient hat, die Treue geschworen, die Nachrichten vom Verbrechen zum Führer gemeldet, »seine Pflicht getan« – dies allein, das Zeichen des Schreckens, der Erniedrigung, der Zerstörung, des Mordens, der industriellen Vernichtung von Millionen von Menschen wegen ihrer Religion, Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung ... die Pflicht getan ... An den folgenden Tagen besprach ich die Vorgangsweise mit einem großen Österreicher, Kuno Knöbl, ein ausgezeichnete Kulturschaffender des ORF und einer der ersten westlichen Journalisten, die kritisch von den mörderischen Napalmeinsätzen der USA in Vietnam berichtet haben. Er bestärkte mich und besorgte auch die Hakenkreuzfahne im Archiv des ORF.

Ich tat meine Pflicht.

Die veröffentlichte Verächtlichmachung folgte. *Profil*, *Falter* und Einzelpersonen stellten das andere Österreich dar. Der ORF hält bis zum heutigen Tag die Filmaufzeichnungen aus dem Parlament unter Verschluss.

# Rückblick auf zwanzig Jahre Kunstrestitution in Österreich

Sophie Lillie

Am 1. Februar 1986 veröffentlichte das Amtsblatt der Wiener Zeitung ein rund achttausend Einzelobjekte umfassendes Inventar von Kunstgegenständen, die von den Nationalsozialisten aus unbekanntem Besitz enteignet worden sind. Die unter 1 170 Positionsnummern zusammengefasste Liste von Bildern, Graphiken, Hausrat und Schriftstücken bildete den Anhang zum sogenannten *zweiten Kunst- und Kulturgüterbereinigungsgesetz*, und ermöglichte früheren Eigentümern bzw. deren Rechtsnachfolgern, die Herausgabe dieser Gegenstände aus dem Eigentum der Republik Österreich zu beantragen.

Der österreichische Gesetzgeber reagierte hiermit auf einen 23-seitigen Artikel, der rund ein Jahr zuvor, im Dezember 1984, von der amerikanischen Kunstzeitschrift *ARTnews* veröffentlicht worden war. Unter dem Titel »A Legacy of Shame« [Ein Vermächtnis der Schande] hatte der junge Journalist Andrew Decker die Existenz tausender Kunstgegenstände aus geraubtem jüdischen Besitz aufgedeckt, die in der ehemaligen Kartause Mauerbach eingelagert waren. Deren Rückgabe, so Decker, war trotz Österreichs staatsvertraglicher Verpflichtung zur Restitution, durch »Nachlässigkeit, Inkompetenz und fragwürdige rechtliche Manöver seitens österreichischer Beamter« jahrzehntelang verhindert worden.

Ähnlich wie bei Waldheim, dessen Kriegsvergangenheit kurz darauf aufgedeckt wurde, benötigte es Kritik aus dem Ausland (sprich: »Ostküste«), um die Diskussion um das Thema Raubkunst ins Rollen zu bringen. Zuvor hatte Simon Wiesenthal jahrelang um die, wie er sie nannte, »Galerie der Tränen« gerungen und schließlich 1969 den Weg zum ersten Kunst- und Kulturgüterbereinigungsgesetz geebnet. Von 1 231 beanspruchten Positionsnummern restituierte Österreich aber lediglich 72 Stück. Alle anderen Gegenstände gingen in das Eigentum der Republik Österreich über, nach einer Abschlagszahlung von fünf Millionen Schilling an die Sammelstellen A und B. Ähnlich verhielt es sich mit dem Nachfolgegesetz von 1986. Rund 3 300 Einzelanträge wurden bei Gericht eingebracht, aber wiederum nur ein Bruchteil, nämlich 22 Positionsnummern, tatsächlich restituiert.

Im Sinne der »Opfertheorie« verstand sich Österreich lediglich als Verwahrer von enteignetem Vermögen. Das Denkmalamt – in dessen Geltungsbereich 1938 die *Enteignung*, nach 1945 die *Rückstellung* von Kunstgegenständen fiel – formulierte seine Aufgabe als rein bürokratischen Akt. Faktisch sah es sich jeder Ver-

pflichtung oder gar Verantwortung über das Konservatorische hinaus enthoben. Eine Zusammenfassung der Geschichte Mauerbachs aus dem Jahr 1996, die der damalige Präsident des Bundesdenkmalamts Gerhard Sailer anlässlich des Symposiums *Wie Mauerbach zu »Mauerbach«* wurde vortrug, bringt es unbewusst auf den Punkt: »Alle in den Gewahrsam des Bundesdenkmalamtes in der Kartause Mauerbach gelangten Gegenstände waren, Stück und Stück, registriert und mit Nummern versehen worden. Dabei wurde nicht Bedacht genommen auf einen jeweiligen Wert, sondern Bedacht genommen auf die Grundsätze einer ordnungsgemäßen – also substanzerhaltenden – Verwahrung; selbst Objekte, die nur mehr in Bruchstücken erhalten waren, erhielten eine Inventarnummer.«

Eine aktive Suche nach den geschädigten Eigentümern fand nicht statt. Man verlagerte stattdessen die Beweislast auf die Antragsteller, die jedoch nicht in der Lage waren, ihre Ansprüche zu belegen. Man führte die *Erinnerung* als maßgebliche Evidenz ein: Antragsteller wurden genötigt, detaillierte Bildbeschreibungen abzugeben, Zeichnungen von Gegenständen anzufertigen, die sie zuletzt fünfzig Jahre zuvor, zumeist im Kindesalter, gesehen hatten. Die Vehemenz, mit der man sich in Details und Maßangaben verbiss, quittierte Wiesenthal in seinen Memoiren mit der zynischen Bemerkung, dass »ja die meisten Juden, ehe sie verhaftet wurden, mit einem Zollstock in der Wohnung herumgingen, um ihre Bilder zu vermessen«.

Österreich lobte gerne seine Spitzfindigkeit im Entlarven von Schwindelanträgen. Die Darstellung kursorischer Depotinventare als ausgeklügeltes System, um Betrüger zu entlarven, hielt sich bis in die späten 1990er Jahre. Kurt Haslinger, damaliger Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen: »Die in der Liste enthaltenen Angaben waren für die Antragsteller die wichtigste Grundlage für die Anmeldung ihrer Ansprüche. Bei Bildern waren neben dem Namen des Künstlers eine Kurzbeschreibung, die Maße sowie die Art der Ausführung enthalten. Bei der Beschreibung wurde absichtlich ein wesentliches Bildelement weggelassen. Man war zu Recht davon ausgegangen, dass die Antragsteller kaum über Dokumente verfügen, die ihr früheres Eigentum belegen.« Die durch das Fehlen konkreter Anhaltspunkte entstandene Eigendynamik erwies sich als kontraproduktiv. Im Fall konkurrierender Ansprüche ging die Finanzlandesdirektion dazu über, den beanspruchten Gegenstand mehreren Antragstellern (man möchte meinen, salomonisch) zu gleichen Teilen zuzusprechen.

Österreich ließ seine NS-Opfer bewusst im Dunkeln tappen. Die wesentlichen, den Raub bis ins Detail dokumentierenden Unterlagen wurden den Opfern vor-enthalten. Die Archivalien der ehemaligen Vermögensverkehrsstelle, die 1938 mit

der Erfassung so genannt jüdischen Vermögens beauftragt worden war, blieben unter Verschluss, ebenso wie die Aufzeichnungen der Finanzlandesdirektionen und des Denkmalamts, die beide unmittelbar in die Enteignungsprozesse verwickelt gewesen waren. Diese Dokumente hätten nicht nur die Identifikation von vielen Mauerbach-Objekten, sondern von hunderten anderen entzogenen Gegenständen ermöglicht.

Diese passiv-aggressive Haltung gegenüber legitimen Rückstellungsansprüchen war zweifellos der Versuch, *die Sache in die Länge zu ziehen* und die öffentliche Auseinandersetzung über die Involvierung österreichischer Behörden und Institutionen in den NS Kunstraub zu unterdrücken. Gleichzeitig setzte Österreich daran, sich das erbeutete Eigentum anzueignen: Über die Jahre wurden dutzende Mauerbach-Objekte an das Kunsthistorische Museum, die Albertina, das Belvedere und das MAK übergeben, bzw. für Ausstattungszwecke an Bundesbehörden und Auslandsvertretungen verliehen. Den Sammlungswert spielte man hinunter – »Mauerbacher ›Glumpert« heißt es etwa 1986 bei Hans Haider in *Die Presse*. Vorsorglich rechnete man dies gegen den eigenen Verwaltungsaufwand auf: Noch 1996 führte Gerhard Sailer »nur vollständigkeitshalber« an, dass die »Durchführung von Rückstellungen durch die Verfahrenstätigkeit österreichischer Verwaltungsbehörden und Gerichte, die sich bis in die späten 60er-Jahre erstreckte, an reinen Kosten des Verwaltungsaufwands des Staates rund 120 Millionen [Schilling] erfordert [hat]«.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit fiel 1995 schließlich der Entschluss, den Restbestand »herrenloser« Gegenstände in Abänderung des zweiten Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetzes mehrheitlich an den Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs zu übertragen. Dieser hatte die Auflage, die Gegenstände zu veräußern und mit dem Verkaufserlös Holocaust-Überlebende zu unterstützen. Die schwierige Aufgabe der Kultusgemeinde beschrieb damals deren damaliger Präsident, Paul Grosz, in der Zeitung *Die Gemeinde*: »Obwohl uns klar war, daß wir damit eine Verantwortung übernehmen, die große Anforderungen an uns stellen, ja vielleicht unsere Möglichkeiten übersteigen würde, stimmten wir zu, da sich keine brauchbare Alternative anbot. Wir wollten verhindern, daß weitere Jahre, wenn nicht Jahrzehnte vergehen, ehe die Republik Österreich sich veranlaßt sehen würde, ein ähnliches Angebot an die Vertreter der Opfer des Kunstraubs heranzutragen.«

Für Österreich barg die Mauerbach Benefiz-Auktion, die im Oktober 1996 in Wien stattfand, einen beträchtlichen Imagegewinn. Man befreite sich medienwirksam von seiner historischen Schuld, um dadurch, wie es nicht ohne Pathos hieß,

das »letzte Kapitel« des Holocaust zu schließen. In seiner Eröffnungsrede bekräftigte der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky das Eingeständnis österreichischer Mitverantwortung für den Holocaust, das er erstmals 1993 in Jerusalem abgegeben hatte und erntete dafür Standing Ovations: »Wir teilen die moralische Verantwortung, weil viele Österreicher den ›Anschluss‹ begrüßten, das Naziregime unterstützten und bei seinem Funktionieren halfen. So wie wir für unsere guten Taten Kredit fordern, müssen wir für unsere schlechten Taten um Verzeihung bitten – um die Verzeihung jener, die überlebt haben, und um die Verzeihung der Nachfahren der Opfer.«

*Moralische Verantwortung* und *Verzeihung* waren neue Ansprüche in der Restitutionsdebatte, die stark geprägt war vom Präsidentschaftswahlkampf Kurt Waldheims und der daraus resultierenden öffentlichen Auseinandersetzung mit der Frage österreichischer Mitschuld am Holocaust. Über ihre vermögensrechtliche Dimension hinaus wurde Restitution nun auch als moralischer Akt definiert. Ein Jahr zuvor, 1995, hatte Österreich den Nationalfonds gegründet, der an Opfer des Nationalsozialismus eine einmalige Zuwendung von 70.000 Schilling zahlen sollte – als Geste, wie betont wurde, dass »Opfer und Leiden nicht vergessen sind«. Fünfzig Jahre nach Kriegsende stand nicht Entschädigung im Vordergrund, sondern *Anerkennung* des erlittenen Unrechts und *Erinnerung* an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Aktualität dieser Auseinandersetzung wurde verstärkt durch die fast zeitgleiche Aufdeckung sogenannt »nachrichtenloser« Konten in der Schweiz – Georg Hoffmann-Ostenhof titelte damals im *profil* (3. 2. 1997): »Waldheimisierung der Schweiz.«

Mauerbach stellte in seinem Anspruch pauschaler Bereinigung das Ende einer Ära dar. Die Prämisse der »Herrenlosigkeit« blieb unhinterfragt: Objekte, die unidentifiziert geblieben waren, sollten einem übergeordneten Gemeinschaftswohl zugute kommen. Man kaufte sich frei, ähnlich jener Abschlagszahlungen, die Deutschland und Österreich nach Kriegsende an die großen Opferorganisationen leisteten. Als de jure Eigentümer setzte die Republik einen letzten Hoheitsakt, indem sie den Anspruch geschädigter Einzelpersonen zugunsten des Kollektivs zunichte machte. Individualisierung fand hier nur auf der Ebene des Objektes statt. Ihm begegnete man stark emotionell als Relikt einer untergegangenen Welt, und als Zeugnis der Enteignung: »Beim Anblick dieser Kunstschatze, die uns aus ihrem Leben erzählen, wird wieder nachempfindbar, *was diesen Menschen angetan wurde*«, so Vranitzky 1996.

Aufgrund der sehr oberflächlichen historischen Auseinandersetzung scheiterte aber der Versuch Mauerbachs als emotionaler Schlussstrich. Kaum ein Jahr später,

im Jänner 1998, befand sich Österreich erneut im Rampenlicht der internationalen Presse, als zwei Egon Schiele-Gemälde aus dem Leopold Museum, die sich zu Ausstellungszwecken im Museum of Modern Art befanden, durch den New Yorker Staatsanwalt beschlagnahmt wurden. Anschuldigungen, dass es sich bei den zwei Bildern um Raubkunst handle, waren knapp zuvor von der *New York Times* veröffentlicht worden. Um Schaden zu begrenzen, verabschiedete Österreich im November desselben Jahres das Bundesgesetz über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus den Bundesmuseen und öffentlichen Sammlungen.

1996 hatte man sich noch zuversichtlich gezeigt, mit dem Mythos Mauerbach endlich aufräumen zu können. »Es gab keine Michelangelos, keine Leonardo da Vincis, keine Klimts,« so Sektionschef Haslinger in seinem Beitrag zu dem eingangs erwähnten Mauerbach-Symposium: »Jene Kunstwerke bedeutender Maler, die natürlich vorrangig für die Nationalsozialisten gewesen sind, haben bekannterweise in namhafte Sammlungen, wie jene der Familien Rothschild, Gutmann oder Bondy, gehört. Diesem Umstand war es zu verdanken, daß ihre Rückgabe in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg möglich gewesen ist«. Haslinger weiter: »Wenn ich vorhin Klimt angesprochen habe, so soll die Geschichte des einzigen Klimt-Werkes, mit vorerst ungeklärter Herkunft, nicht unerwähnt bleiben. So hat im Jahre 1941 der damalige Reichsgau Steiermark von einer Privatperson ein Bild von Gustav Klimt, das die Bezeichnung ›Hannakin‹ getragen hat, um 300 RM erworben. Nach Ende des Krieges hat sich jedoch herausgestellt, daß das Bild dem jüdischen Kunstsammler Robert Pollak entzogen worden ist. Anfang der 50er Jahre wurde es seiner mittlerweile in New York lebenden Erbin zurückgegeben.«

Das Finanzministerium sollte sich irren. Auf Basis des Kunstrückgabegesetzes sind seit 1998 über 5 000 Einzelobjekte an die rechtmäßigen Eigentümer bzw. deren Rechtsnachfolger zurückgestellt worden. Darunter befanden sich – entgegen der Einschätzung Haslingers – mehrere hundert Gegenstände der Familien Rothschild, Gutmann und Bondy, die ihren Eigentümern nach Kriegsende im Zuge von Ausfuhrverfahren abgepresst worden waren. Auch blieb es nicht bei dem einen Klimt-Bild. Aus den Beständen der Albertina und des Belvederes musste die Republik Österreich insgesamt siebzehn Zeichnungen und zehn Gemälde von Gustav Klimt restituieren, darunter etwa die Hauptwerke: *Landhaus am Attersee*, das 2001 an die Erben nach Jenny Steiner zurückgegeben wurde, und die zwei Porträts der Adele Bloch-Bauer. Alleine diese Klimt-Rückgaben ergaben einen geschätzten Gesamtwert von vierhundert Millionen Dollar – ein fast doppelt so hoher Betrag, wie der im Jahr 2001 von Österreich zur Befriedigung *sämtlicher* Ansprüche in den Allgemeinen Entschädigungsfonds einbezahlte Betrag.

Über die laufende Provenienzforschung hinaus haben einzelne Bundessammlungen ihre institutionelle Verantwortung thematisiert. Im Rahmen der Ausstellung und Publikation *Die Österreichische Nationalbibliothek stellt sich ihrer NS-Vergangenheit* (2004), definierte Generaldirektorin Johanna Rachinger, dass die Restitution geraubter Sammlungen »mehr noch eine moralische Verpflichtung als ein gesetzlicher Auftrag« sei: »Es wäre beschämend für eine Nationalbibliothek des 21. Jahrhunderts immer noch mit Ausflüchten zu versuchen, diese [*historische Schuld*] zu verharmlosen. Es wäre beschämend für die Österreichische Nationalbibliothek, immer noch – nach mehr als 60 Jahren – Bestände in ihrem Haus zu dulden, die manifeste Zeugen von NS-Methoden rücksichtsloser Beraubung unschuldiger Menschen sind.«

Diese unmissverständliche Abgrenzung ist umso bemerkenswerter, vergleicht man sie mit 1998, als die Diskussion um das Thema Raubkunst noch überwiegend negativ, und oftmals von antisemitischen Untertönen untermalt war. In einem Interview mit Hubertus Czernin für den *Standard* (2. 3. 1998) klagte der damalige Albertina-Chef, Konrad Oberhuber, sein Museum hätte bei Mauerbach »viele Federn lassen müssen« und stellte die Legitimität von Restitutionsforderungen grundsätzlich in Frage. Oberhuber: »Gerechtigkeit soll walten, das ist keine Frage. Aber es geht ja jetzt wieder um Gier. Die Leute, die wirklich gelitten haben, sind alle tot. Wer jetzt diese Sachen will, der will das wegen des Geldes.«

Journalistischer Auseinandersetzung mit dem Thema Kunstraub ist es zu verdanken, dass der anfänglich sehr starke Widerstand gegen Kunstrückgabe im Laufe der letzten Jahre einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz gewichen ist. Besonders Hubertus Czernin forcierte die öffentliche Auseinandersetzung mit dem NS-Erbe in seinen vielzähligen Publikationen in *Standard*, *profil* und *Czernin Verlag*. Wichtigster Katalysator aber war der Rechtsstreit *Maria Altmann vs. Republic of Austria*, der das Thema Kunstraub über acht Jahre hinweg in den internationalen Medien sicherte. Anders als hierzulande, wurde im Ausland der Fall Bloch-Bauer durchwegs als Sieg Davids gegen Goliath gefeiert, dessen Protagonisten Österreichs ambivalente Haltung gegenüber seiner NS-Vergangenheit medienwirksam in Szene setzten. Hier: Die sympathische alte Dame, die gegen einen souveränen Staat zu Gericht zog; dort: Die Kulturministerin, die jede Verantwortlichkeit kaltschnäuzig von sich wies und reflexartig das eigentliche Opfer unglücklicher Umstände markierte.

Die Lücken des Kunstrückgabegesetzes sind auch 2008 noch nicht behoben. Zwar verspricht das amtswegige Verfahren im Falle einer *positiven* Bewertung einen vergleichsweise unbürokratischen und kostengünstigen Verlauf. Als Ermäch-

tigungsgesetz aber räumt es betroffenen Personen weder Rechtsanspruch, noch Parteienstellung, noch Rekursmöglichkeit gegen eine *negative* Entscheidung ein. Genau dieser Umstand begründete im Fall Bloch-Bauer die Anrufung des amerikanischen Höchstgerichts. Ferner ist das Kunstrückgabegesetz als *Bundesgesetz* ohne Konsequenz für Museen in den Ländern und Gemeinden. Mit nur wenigen Ausnahmen – etwa das Land Wien – haben Länder und Gemeinden dem Bundesgesetz analoge Rechtsgrundlagen für die Kunstrückgabe geschaffen. Vom Kunstrückgabegesetz ausgeklammert bleibt – auch zehn Jahre nach dessen Inkrafttreten – das Leopold Museum, das sich der Verpflichtung zur Restitution bis dato unter Berufung auf seinen Status als »Privatstiftung« entzogen hat. Problematisch sind auch Österreichs fehlende Informationspolitik (die Veröffentlichung fragwürdiger Museumsbestände erfolgte erst im Oktober 2006) und die geplante Verwertung von Raubkunst-Restbeständen. Das Bundesgesetz sieht einen Verkauf ähnlich der Mauerbach Benefiz-Auktion vor, was später bekannt werdende Ansprüche zu nichte machen würde.

Auf die Anforderungen der Kunstrestitution reagierte Österreich stets halbherzig, schleppend und nur unter Druck der ausländischen Presse. Dies zeigte sich anlässlich des zweiten Kunst- und Kulturbereinigungsgesetzes von 1986, der Beschlagnahme von Schiele-Gemälden im Jahr 1998, sowie im Fall Bloch-Bauer, der 2006 in der Rückgabe von fünf Klimt-Bildern mündete. Durch das Kunstrestitutionsgesetz wurden die Versäumnisse der österreichischen Rückstellungspolitik nur teilweise, und auf Raubkunst in den öffentlichen Sammlungen reduziert, behoben. Hatte man 1998 noch auf die rasche Abwicklung weniger Einzelfälle gesetzt, stellt der Restitutionsbericht für das Jahr 2005/2006 zutreffenderweise fest, »dass die Tätigkeit im Zuge der Vollziehung des Rückgabegesetzes – anders als wohl bei der Erlassung dieses Gesetzes vorhersehbar war und erwartet wurde – noch einen erheblichen Aufwand von Arbeit und Zeit in Anspruch nehmen wird«.

## »Neues Österreich« – Ein Einblick

Aspekte sozial-ökonomischer und politischer Entwicklungen  
vor und seit der »Waldheim-Auseinandersetzung«

Peter Kreisky

### Die Ausgangslage 1986

Warum konnte ein Karrierist wie Kurt Waldheim, der erst spät, in Reaktion auf Proteste (die sich vor allem im Wiener Raum artikulierten), einigermaßen kritische Worte zu seiner militärischen Verpflichtung unter den Zwangsbedingungen des Nationalsozialismus fand, in die höchste repräsentative Funktion der österreichischen Republik nominiert und gewählt werden? Das verspätete offizielle Eingeständnis, dass Österreich ein Land der Opfer und Täter war, ist dadurch zu ergänzen, dass es zu einem großen, wenn nicht überwiegenden Anteil ein Land der Mitläufer und Begünstiger war. Nur eine relativ kleine Minderheit war zu aktivem oder passivem Widerstand bereit. Die jahrzehntelang dominierende Staatsdoktrin, dass Österreich das erste Opfer der Aggressionspolitik Hitler-Deutschlands war, ist eine Beschönigung und Verzerrung geschichtlicher Realitäten. Da die Volksabstimmung 1938 über Österreichs »Anschluss« an NS-Deutschland in einem Klima von Einschüchterung und Manipulation stattfand, war das überwältigende Ergebnis für den »Anschluss« eigentlich kein Indikator für die Stimmungslage. Bedingungen dieser besonderen Bereitschaft vieler ÖsterreicherInnen, dem Nationalsozialismus zur Macht zu verhelfen und sich in nicht unerheblicher Zahl auch an seinen Gräueltaten zu beteiligen, werden in diesem Aufsatz angesprochen. Hohe Arbeitslosigkeit, als Folge der Weltwirtschaftskrise 1929/1930, kann, da sie auch andere Staaten erfasste, keine hinreichende Erklärung für die starke Involvierung vieler ÖsterreicherInnen in den Nationalsozialismus abgeben.

Warum Österreich zu einer Brutstätte derartiger ideologischer Phantasmen werden konnte, hat uns vor und seit dem Bestehen des »Republikanischen Clubs–Neues Österreich« beschäftigt. Neben meiner jüdischen Herkunft, der Ermordung eines Großteils meiner Verwandten und immer wiederkehrender Erfahrungen mit Antisemitismus waren die zeitgeschichtliche politische Bildung im Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM) und frühe universitäre Anregungen, wie die kritischen sozialhistorischen Vorlesungen des österreichischen katholischen Sozialhistorikers Friedrich Heer (»Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen

Religiosität«, München 1968) oder des katholischen Soziologen August Maria Knoll (»Katholische Kirche und scholastisches Naturrecht. Zur Frage der Freiheit«, Neuwied 1968<sup>1</sup>) prägend für die Entwicklung meines historisch-politischen Bewusstseins. Das Engagement für Mitbegründung und Mitorganisierung des Republikanischen Clubs leitet sich aus diesen Erfahrungen ab.

Mit dem katholischen Absolutismus waren geschichtliche Brechungsfaktoren verbunden, die die Herausbildung demokratischer Selbstregierung in Österreich behinderten. Die historische Kette reicht von der Niederwerfung von Bauern- und Knappenerhebungen, kirchlicher und kaiserlicher gegenreformatorischer Gewaltherrschaft, antibürgerlichem feudalem Absolutismus bis zur gegen Reformbestrebungen der Arbeiterbewegung gerichteten Gewaltausübung.<sup>2</sup> Was nach dieser Geschichte von Niederlagen von Volksbewegungen blieb, waren weit verbreitete Ressentiments (gegen Slawen, Protestanten, Juden und »die jüdische Weltverschwörung«, »die Freimaurer«, »die Emanzen«, »die Kommunisten«, »die Sozis«, »die Ausländer«, »die Schwulen«), die immer wieder erfolgreich gegen gesellschaftliche AußenseiterInnen mobilisiert wurden. Residuen dieser Kämpfe und der Niederlagen in Kriegen und ihre mehr oder weniger oktroyierten Sündenböcke (Dolchstoßlegenden nach dem 1. Weltkrieg, der »Verrat der verjudeten sozialdemokratischen Parteiführung« 1933/34) sind nachwirkende Faktoren in aktuellen politischen Auseinandersetzungen. Dass auf Anregung des früh verstorbenen Michael Weinzierl der österreichische Jakobiner Franz Freiherr von Hebenstreit<sup>3</sup> zum Namensgeber unseres Kaffee-Restaurants gewählt wurde, war – angesichts der doppelten Bedeutung des Namens – beabsichtigt. Er sollte als Beitrag zur Hebung des Streitniveaus in der österreichischen Politik und Gesellschaft wirken.

Das postfaschistische Geschichtsbild fast aller ÖsterreicherInnen, als von den Nazis Überwältigte, steht in Widerspruch zu zentralen Positionen im österreichischen Gründungsmythos, die sich der Notwendigkeit der Befreiung seit 1945 nicht stellen möchten: Dass Österreich – bis heute – als von Siegermächten *besetzt* angesehen wird, scheint selbstverständlich, die zumindest ebenso wichtige Dimension der *Befreiung*<sup>4</sup> – trotz vieler Gewalttaten von Teilen der sowjetischen Militärs – wird nur am Rande vermerkt. Dies zeugt von unzureichender Lernfähigkeit und -bereitschaft vieler Landsleute. Wie schwer es hingegen ÖsterreicherInnen fiel, Deserteure<sup>5</sup>, WiderstandskämpferInnen und PartisanInnen als mutige ExponentInnen eines »anderen Österreichs« anzuerkennen und nicht weiterhin als Verräter zu diffamieren, ist ein Beleg für die Kontinuität eines insgeheim vorhandenen, manchmal sogar *nachträglichen* Einverständnisses mit Aspekten eines verbrecherischen Systems. Aggressive Projektion verdrängter familiärer Schuldgefühle für un-

terbliebene Auflehnung, die in vielen Fällen lebensgefährlich gewesen wäre, mag eine Rolle für die bis in die Gegenwart anhaltende Abwertung mutigen und klarsichtigen Verhaltens spielen. Die Muster der Abwehr einer Auseinandersetzung mit Ursachen, Verbrechen und Folgen des Nationalsozialismus äußern sich in vielfältigen Erscheinungsformen.

Kurt Waldheims innerösterreichisch höchste Stufe politischer Karriere verdankte sich also maßgeblich der Nutzung verbreiteter Ressentiments und paranazistischer Stereotypen, die in Österreich bis heute hegemonial sind, und gegen die wenig Einwände erhoben werden. Zwischen Zwang zur Ableistung des Militärdienstes für NS-Deutschland und weitgehender Identifikation mit Kriegszielen oder legitimer Kameradschaft an der Front wird kaum unterschieden. Dass Partisanen und andere Widerständler sich zum einen nicht nur im Rahmen der Vorschriften verhalten konnten, sondern in heroischem Engagement gegen die NS-Diktatur bewusst Regeln und Verbote übertreten mussten, wird zumeist nicht respektiert. Zugleich war die Wahl ihrer Mittel nicht unabhängig von denen der Eroberungs- und Unterdrückungsmächte, so dass Übergriffe von Partisanen auch bedingt waren durch gewalttätige Repressalien von Wehrmacht, Gestapo, SS und SD. Dennoch bleibt festzuhalten: Pauschale Tötungen und andere Gewaltmaßnahmen, vielfach in großer Zahl als Rachehandlungen ohne Gerichtsverfahren, nach dem opferreichen Sieg der »Jugoslawischen Volksarmee« bleiben trotzdem als nicht rechtmäßig zu verurteilen.

Alt- und neonazistische Gruppen und ihnen nahestehende oder ihnen gegenüber verständnisvolle Massenmedien (*Kronen-Zeitung* oder wie bis vor wenigen Jahren auch *Die Presse*) konnten mit ihrer Agitation, weit über ihren relativen Einzugsbereich hinaus, breite Bevölkerungsschichten erreichen und deren historisch verzerrte oder entstellte Geschichtsbilder verfestigen. Auch die beiden demokratischen Parteien der Mitte blieben aus wahlopportunistischen Motiven bis heute anfällig für Nachsicht gegenüber rechtsradikalen und revisionistischen Strömungen<sup>6</sup> und deren Kooperations- und Vereinnahmungsversuche.

Die Persistenz ständischen Denkens trägt von sozial oben bis sozial unten dazu bei, vordemokratische Denk- und Verhaltensmuster zu verstetigen. Vielfältige Ressentiments und Vorurteile gegenüber Minderheiten, »das Ausland«, Flüchtlinge, Zuwanderer, sind auch als verdrehte Reaktionen auf soziale Ungerechtigkeit dominant. Hingegen ist die Fähigkeit unterentwickelt, sich gegen soziale Ungerechtigkeit, Ausbeutung und herrschaftliche Unterdrückung solidarisch zur Wehr zu setzen. Sündenböcke kommen als Blitzableiter für vorhandenes Aggressionspotenzial gelegen.

Ökonomisch-technische Modernisierung und das relativ hohe Niveau materiellen Wohlstands in Österreich beeinflussten nur wenig das immer noch stark ausgeprägte feudale Denken, das sich auch in Gefühlen von Ohnmacht und Untertanenverhalten ausdrückt. Real-demokratisches Bewusstsein und Verhalten hinken materieller Entwicklung hinterher. Erst die »Arenabewegung« und das Engagement für alternative Jugend- und Kulturzentren, die Protestbewegung gegen das AKW Zwentendorf und das Donaukraftwerk Hainburg sowie gegen unbegrenzten Straßen- und Autobahnbau, Mobilisierungen gegen Sozialabbau, die neue Frauenbewegung, Solidaritätsaktionen mit der »Dritten Welt« und die Friedensbewegung ließen eine neue zivilgesellschaftliche Dimension in Österreich entstehen. Durch ablenkendes Gerede von der »Neidgenossenschaft« wurden Umverteilungserfordernisse jahrzehntelang vernebelt. Erst die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise rückt Verteilungsfragen wieder in den Vordergrund.

Angst vor Fremdartigem oder fremd Erscheinendem verdrängt reale soziale Konflikte. Solidarität, die über karitative Hilfe hinausgeht, insbesondere für Menschen anderer Regionen der Welt, interessiert wenige, da es vielen an Einsicht in soziale und ökonomische Zusammenhänge mangelt. Dass Armut und Elend anderswo, zumeist als Folge der ungerechten Weltwirtschaftsordnung, Spielräume für Einkommens- und Sozialdumping in Österreich vergrößern, wird nur in geringem Maße bewusst. Gesellschaftspolitische Erwachsenenbildung, die über berufliche Fortbildung hinausgeht, spielt nur eine marginale Rolle und ist von Seiten gesellschaftlicher Eliten nicht gerade erwünscht. Sozialdemokratische, gewerkschaftliche und christlichsoziale Defizite der Mitglieder und Sympathisanten in Bezug auf aktive Solidarität mit wirtschaftlich und sozial Schwächeren im In- und Ausland sowie das Ausnutzen lokalen Chauvinismus und der Einsatz von Sozialdemagogie durch maßgebliche Teile politischer Führungen erhöhen die Empfänglichkeit für aggressive Spielarten von Egozentrismus. Lippenbekenntnisse zu christlichsozialen und sozialdemokratischen Grundwerten, dazu diskrepante neoliberale Praktiken und elitäres Nomenklaturverhalten schufen Räume für rechtspopulistisch aggressive Demagogie.

## Offenheit gegenüber Rechtsaußen – Ausgrenzung von Links und Grün

Selbst der vorsichtige cordon sanitaire, der auf Bundesebene gegenüber alt- und neonazistischen Strömungen<sup>7</sup> in und außerhalb von Parteien des »Dritten Lagers« gezogen wurde (1953 im Zuge der Ablehnung der Einbeziehung des VdU in eine ÖVP-geführte Regierung durch Bundespräsident Theodor Körner; 2000

durch den bremsenden Einfluss von Bundespräsident Thomas Klestil auf die personelle Zusammensetzung der ÖVP/FPÖ-Koalition), bestand in west- und süd-österreichischen Bundesländern nie. Auch in Wien und Niederösterreich gab es Skandale um nationalsozialistisch Belastete in lokalen Führungspositionen, so um den ÖVP-Bürgermeister von Mayrhofen/Zillertal, Franz Hausberger, den SPÖ-Vizebürgermeister von Innsbruck, Ferdinand Obenfeldner. Prominent wurde auch der Skandal um den SPÖ-nahen Euthanasie-Psychiater Heinrich Gross. Ein eklatantes Beispiel für Tendenzen stillschweigender gesellschaftlicher Kontinuität politischer und wirtschaftlicher Eliten war das freundschaftliche Verhältnis des ehemaligen SPÖ-Landeshauptmannes Theodor Kery zu Tobias Portschy, dem für die Deportation burgenländischer Roma mitverantwortlichen ehemaligen stellvertretenden Gauleiter der Steiermark und des Südburgenlands. Portschy weigerte sich bis zu seinem Tode, auch nur Zeichen der Reue zu zeigen, er bekannte sich sogar zu seinen Untaten. Dass ehemalige Spitzenfunktionäre, Leopold Gratz und Hannes Androsch, die Initiativen zur ohnedies spät erfolgenden Auseinandersetzung von SPÖ und BSA mit der NS-Vergangenheit von Funktionären kritisierten, zeigt ebenfalls, wie dieses uneinsichtige oder »taktische« Milieu die politische Mentalität der »Großparteien« noch bis in die Gegenwart beeinflusst. Dass sich die ÖVP bis heute einer systematischen Aufarbeitung ihrer »braunen Flecken« zu entziehen vermag, spricht Bände.

Dieses Milieu falsch verstandener Toleranz, aber zugleich auch das Ende des vertrauten Zweiparteiensystems in Österreich, eröffneten Möglichkeiten zu neuen Machtallianzen: 1970 (die etwa ein halbes Jahr dauernde Minderheitsregierung der SPÖ, unterstützt durch die FPÖ)<sup>8</sup>, 1986 (Kleine Koalition von SPÖ und FPÖ) und 1999/2000 (Koalition der ÖVP mit der FPÖ). Damit machten sie die FPÖ politik- und salonfähig. Unfähigkeit und Unwilligkeit von ÖVP und SPÖ, sich auch auf Länderebene mit rechtsradikalen Strömungen konsequent auseinanderzusetzen und eindeutig von ihnen abzugrenzen, demonstrieren breite Verankerung postnazistischer Gesinnung und hartnäckiger Insensibilität. Trotz vielfältiger Belege für alt- und neonazistische Strömungen in der FPÖ (und auch im BZÖ) war dies kein Hindernis für die Bereitschaft der ÖVP zu gemeinsamer Regierungsverantwortung.

Verdienstvoll hat das »Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes« immer wieder warnend auf demokratiepolitische Belastungen dieser Regierungsallianz verwiesen. Denjenigen, die zu Recht monieren, dass auch die SPÖ sich nach 1945 nicht gescheut habe, um das kaum belehrbare Potenzial des »Dritten Lagers« zu buhlen, soll keineswegs widersprochen werden. Als »Neues-Öster-

reich« haben wir jedenfalls seit 1986 solche gefährliche Tendenzen der SPÖ-Politik seit dem 2. Weltkrieg aufgegriffen und immer wieder zur Diskussion gestellt. Während aber das rechte Auge nach möglichen Kooperationen schielte, blieb das linke Auge fest verschlossen: 1966 war die Kooperation mit einer sich bereits in Ablösung vom Stalinismus befindlichen und auch langsam erneuernden Partei, der damals noch im Parlament vertretenen KPÖ<sup>9</sup>, völlig undenkbar. Reaktion auf dieses Angebot war die »Eisenstädter Erklärung« der SPÖ, die jegliche Kooperation mit Kommunisten ausschloss. Die Gefahr des Kommunismus schien stets virulent, während der Faschismus als der Vergangenheit angehörig und damit erledigt galt. Freilich ist diese Haltung als strukturelle Abgrenzung gegenüber Links zu verorten, die nicht selten vom bürgerlichen Lager und von Rechts eingefordert wurde und wird. Sogar in Bezug auf eine nur in Teilen vorhandene Koalitionsbereitschaft mit »Grünen« befindet sich die österreichische Sozialdemokratie in einer Sondersituation im westlichen Europa. Aber immer wieder bekunden maßgebliche PolitikerInnen und Meinungsführer der SPÖ ihre taktische Offenheit selbst für Koalitionen mit partiell rechtsradikalen Parteien.

### Kurt Waldheim und die Wende nach Rechts

Kurt Waldheim stand – ohne dass es ihm wahrscheinlich bewusst war – für ein radikales Wendeszenario in der österreichischen Politik: Nach dreizehn Jahren mehr oder weniger konsequenter sozialdemokratischer und liberaler Reformpolitik (1970 bis 1983) war von bürgerlich-konservativer Seite auch in Österreich politische Revanche und gesellschaftspolitische Restauration angesagt. Immerhin erlebte die Welt 1986 die neoliberale und neokonservative Hochzeit der Thatcher-Reagan-Ära. Leonid Breschnew hingegen stand für das darniederliegende sklerotische Diktatorsystem des »Ostblocks«. Mit Rückenwind aus dem neokonservativ-autoritären<sup>10</sup> Westen hoffte die ÖVP, ähnlich ihren bürgerlichen Vorgängern in der Zwischenkriegszeit, mit dem »reformerischen Schutt« der Sozialdemokratie aufräumen zu können. Dazu war ihr fast jedes Mittel recht: So scheute sie weder Aktualisierung von Antisemitismus noch Mobilisierung unaufgearbeiteter Ressentiments der, in ihrem Verständnis, »unbedankt gebliebenen Soldatengeneration«. Mit Hilfe der scheinbar unverdächtigen und weltgewandten Figur Kurt Waldheims sollte von der ÖVP endlich wieder ein wahlpolitischer Erfolg eingefahren werden.

Gebundet vom neoliberalen und neokonservativen Kurs Großbritanniens und der USA<sup>11</sup> verdrängte die ÖVP immer mehr, dass sie eigentlich aus der sozial-öko-

nomischen Bankrottspolitik ihrer christlichsozialen Vorgängerpartei und den katastrophalen politischen Folgen Lehren ziehen hätte müssen. Von der ÖVP, der *Presse* und der *Kronen-Zeitung* wurde ein Verschwörungsszenario propagiert, wonach maßgebliche Kreise der SPÖ, im Verbund mit der »unter starkem jüdischen Einfluss stehenden US-amerikanischen Ostküste«, aus parteipolitischem Interesse oder, noch negativer konnotiert, Motiven wie Vaterlandsverrat<sup>12</sup> (wobei sich die Frage stellt, welches Vaterland – das großdeutsche oder das österreichische – gemeint war) die »campaign« gegen Kurt Waldheim in Gang gesetzt hätten. Infamie oder Insensibilität lagen aber doch wohl bei jenen, die Kurt Waldheim im Wissen um die vielen »Unklarheiten« seiner Biographie kandidiert hatten. Falls Fred Sinowatz tatsächlich, wie gerichtlich festgestellt wurde, seinen burgenländischen Parteifreunden schon im Sommer 1985 mitgeteilt hatte, man werde die ÖsterreicherInnen rechtzeitig über Waldheims braune Vergangenheit informieren, dann wäre ihm aus demokratiepolitischer Sicht allenfalls eine Inkonsequenz seines Vorhabens vorzuwerfen.

Als »Republikanischer Club« haben wir jedenfalls niemals – was immer wieder unterstellt wurde – Spenden mittleren oder größeren Umfangs von der »Ostküste« erhalten. Leider! Einige wenige der vielen zu Recht verbitterten Überlebenden der NS-Herrschaft haben kleinere Kostenbeiträge für unser Bulletin übermittelt. Sie haben diese damals neuartige Bewegung gegen Verdrängung und Verharmlosung der Rolle vieler ÖsterreicherInnen während der NS-Zeit als eines der wenigen wahrnehmbaren Signale in Österreich angesehen, die gegen offene oder stille Komplizenschaft vieler ÖsterreicherInnen mit dem Gewaltssystem des Nationalsozialismus gesetzt wurden. Einzelne Überlebende des NS-Terrors erfuhren unsere Aktivitäten als Ausdruck später Einsicht in das große Unrecht, das ihnen und anderen auch von ÖsterreicherInnen angetan worden war. Der informelle und offizielle Antinazismus war bis dahin zumeist in überschaubaren Milieus oder im Rahmen öffentlicher Rituale gepflegt worden. Das »Neue-Österreich« und seine in die Tausenden gehenden SympathisantInnen widersprachen mit ihren Aktivitäten der herrschenden Geschichtsinterpretation, die sich auch an den wiederkehrenden österreichweiten Ehrungen der »Helden der beiden Weltkriege«<sup>13</sup> zeigt, die die Opfer nahezu ausschließlich auf Seiten österreichischer Soldaten in der deutschen Wehrmacht, im »Kampf um die Heimat« unter Hitler, sichtbar machen.<sup>14</sup>

Dass die schwarz-blau-braune Koalition – wenn auch weitgehend symbolisch – systematische Entschädigungsmaßnahmen setzen ließ, um ihre international auf heftigen Widerstand stossende unheilige Allianz politisch zu entlasten, wäre ohne vorangegangene jahrelange Mühen engagierter Einzelner und Gruppen wie das »Neue Österreich« nicht möglich gewesen.

## Antisozialdemokratische Front von Christlich-Sozialen und Deutsch-Völkischen in antisemitischer Übereinstimmung

Antidemokratische Teile des Bürgertums und feudale Kräfte konnten und wollten im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Staaten wie Österreich unter keinen Umständen weitreichende soziale und demokratische Zugeständnisse machen, weder gegenüber der Arbeiterbewegung noch gegenüber benachteiligten bäuerlichen und anderen ländlichen Bevölkerungsgruppen sowie gegenüber der kleinen Strömung Liberaler bürgerlich-demokratischer Provenienz. Diese restaurativen Kräfte waren auch nicht bereit, mit der Logik nationalistischer und imperialistischer Kriegspolitik zu brechen. Sozialdemokratische Parteimehrheiten in Staaten wie im Deutschen Reich und in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gaben diesen mächtigen gesellschaftlichen Strömungen nach. Gesellschaftliche Aufklärung, Pluralisierung von Lebensweisen und Kulturen waren diesen rückwärts gewandten antidemokratischen Interessengruppen ein Gräuel. Die Strategie, tiefgreifende Reformen gemeinsam mit Kräften der Kirchen und den Christlichsozialen, aggressiveren Großdeutschen und frühen Nationalsozialisten zu verhindern, verband sie trotz fundamentaler Interessengegensätze und heftiger ideologischer Kontroversen. Die Christlichsozialen in Österreich tragen aus historischer Perspektive nicht nur Verantwortung für die Machtergreifung der ihnen nahestehenden (austro)faschistischen Bewegung, sondern haben auch mittelbaren Anteil an der Machtergreifung des Nationalsozialismus.

Amtskirchliche reaktionäre Strömungen, die Allianz von Thron und Altar, sind in Ländern wie Russland indirekt für die aus Verzweiflung über Elend, Krieg und Unterdrückung entstehenden putschistischen bolschewistischen Bewegungen und spätere grauenvolle Diktaturen mitverantwortlich. Ernst Nolte, Nobert Leser oder Joachim Fest<sup>15</sup> verkürzen die Geschichte des Terrors im 20. Jahrhundert auf jene des Bolschewismus. Faschistische und nationalsozialistische Gewaltherrschaften sind in ihrer Sicht Verteidigungsreflexe bürgerlicher Kreise auf die leninistischen und stalinistischen Repressionsperioden und nur als deren Gewaltkopien intendiert. Diese gewaltsamen Herrschaftsformen hätten die Machtergreifung von Faschismus und Nationalsozialismus bedingt. Andere wichtige Bedingungen auszuklammern, verweist auf eine tendenziös-selektive Argumentation. Antidemokratischer kaiserlicher Absolutismus im Deutschen Reich, in Österreich-Ungarn und in Russland, imperialistische Kolonialpolitik und Kolonialkriege aller damaligen Mächte sowie millionenfaches Töten im Ersten Weltkrieg waren wichtige Vorbedingungen für die Steigerung der Gewaltmaßnahmen moderner Totalitarismen.

Sowohl Ernst Nolte wie auch Norbert Leser blenden historische Fakten aus. Wer wie die *Kronen-Zeitung* seit Jahrzehnten breitenwirksam nationalsozialistische Verbrechen durch Verweis auf millionenfaches Unrecht gegenüber »Volksdeutschen« und »Sudetendeutschen« nachträglich zu relativieren sucht, findet in Ernst Nolte und Norbert Leser ahistorisch agierende Parallelakteure. Diese hatten eine rückwärtsgewandte Relativierung versucht, ohne die brutale Vorgeschichte in ihrer Bedeutung ausreichend zu beachten.

Töten und Zerstören an den Fronten des Ersten Weltkriegs – aber auch während der Interventionskriege, tief in der neugeschaffenen Sowjetunion – hatte entzivilisierende Wirkung, die die mörderische Eskalation des Terrors während und nach der bolschewistischen Machtergreifung und der Herrschaft des Nationalsozialismus erleichterte, indem sie Hemmschwellen herabsetzte. Die massenhaften Verbrechen in staatskommunistischer Verantwortung – in Form leninistischer, stalinistischer und maostischer Varianten von Diktaturen – dürfen keineswegs verharmlost werden. Parallelen zwischen Strukturen und Methoden der Bolschewiki unter Lenin, Stalin sowie den Faschisten und Nationalsozialisten sind durchaus erkennbar. Nicht nur in Österreich wurde der demokratische Weg sozialer Veränderungen durch restaurative antidemokratische Kräfte, Christlichsoziale, monarchistische Legitimisten und konservative, rassistische und antisemitische großdeutsche bis frühnazistische Strömungen, wiederholt blockiert. Im Gegensatz dazu versuchte sozialdemokratische Politik, zu zaghaft und unbeständig, durch soziale, ökonomische und kulturelle Reformen, Demokratisierung sowie Modernisierung feudal-absolutistische Hinterlassenschaften zu überwinden und eine möglichst stabile Form sozialer und demokratischer Gesellschaft anzupeilen.

Aus Konkurrenz und wechselseitiger Bekämpfung von Austrofaschismus und Nationalsozialismus zu schließen, wie es manche tun, dass diese ein unüberwindbarer Graben trennte, scheint selbst mit Blick auf den NS-Putschversuch und auf den NS-Mord an Dollfuß im Juli 1934 historisch nicht zutreffend. Trotz unterschiedlichen Charakters ihres Antisemitismus, religiös oder rassistisch konstruiert, gab es immer wieder ideologische und praktisch-politische Überschneidungen. Diese reichten von mehrmaliger Allianz zwischen Alldeutschen und Christlichsozialen zur Wahl Karl Luegers zum Wiener Bürgermeister über Gemeinsamkeiten von Christlichsozialen, Austrofaschisten, Großdeutschen und frühen Nationalsozialisten im Kulturkampf der 1930er Jahre gegen »verjudetes, liberales, sozialdemokratisches und bolschewistisches Gedankengut«<sup>16</sup> zu einer gemeinsamen militant antisozialdemokratischen und antiliberalen Schul-, Hochschul- und Kulturpolitik der ÖVP und des »Dritten Lagers« (VdU/FPÖ) in den 1950er und 1960er Jahren.

Norbert Leser versuchte zwar, den Antisemitismus der Christlichsozialen als wichtigen Einflussfaktor für den eliminatorischen Antisemitismus Adolf Hitlers und des Nationalsozialismus wegzudisputieren, aber zahlreiche Fakten sprechen gegen seine Argumentation: Nicht nur Adolf Hitler sah die Wiener Prägung, insbesondere durch Lanz-Liebenfels, Schönerer und Lueger und deren antisemitische Hetze, als zentral für die Entwicklung seiner politischen Ziele. Analysen wichtiger Historiker wie Peter Pulzer oder Gerhard Botz, Spezialisten für die Einschätzung dieser Frage, treffen eine eindeutige Bewertung dieses historischen Zusammenhangs. Präfaschistische Ideologen, die – mehr oder weniger bewusst – zur nazistischen Programmatik beitrugen, fanden sich auch im christlichsozialen Milieu. Bereits am Weihnachtsabend 1918 hatte die Christlichsoziale Partei ein Manifest mit folgendem Wortlaut veröffentlicht: »Die auch im neuen Staate hervortretende Korruption und Herrschsucht jüdischer Kreise zwingt die Christlichsoziale Partei, das deutsch-österreichische Volk zum schärfsten Abwehrkampf gegen die jüdische Gefahr aufzurufen. Als eigene Nation anerkannt, sollen die Juden ihre Selbstbestimmung haben; die Herren des deutschen Volkes aber sollen sie nicht sein.«<sup>17</sup> 1919 fanden sich in Wien im Antisemitenbund, der organisatorischen Plattform der Hetze gegen Ostjuden (20.000 jüdische Flüchtlinge aus dem Osten der Habsburgermonarchie und 5.000 Pogrom-Flüchtlinge aus Polen), führende Christlichsoziale, Deutsch-Völkische und Nationalsozialisten zusammen. Die im Besitz der katholischen Kirche befindliche Tageszeitung, die *Reichspost* (offiziöses Organ der Christlichsozialen unter maßgeblichem Einfluss des späteren Bundeskanzlers, Prälat Ignaz Seipel), bot einschlägiger Agitation breiten Raum.<sup>18</sup>

Am 21. Jänner 1933 formulierte der Linzer Diözesanbischof Johannes M. Gföllner, nachdem er sich vom physiologischen Rassenantisemitismus abgrenzt hatte, in seinem Hirtenbrief in Unterstützung des politischen Katholizismus in versuchter Abwehr zum konkurrierenden Nationalsozialismus eine vermeintlich moderatere, aber nach wie vor nachhaltige Version antisemitischer Weltansicht: »Viele gottfremdete Juden [üben] einen überaus schädlichen Einfluss auf fast alle Gebiete des modernen Kulturlebens, Wirtschaft und Handel, Geschäfte und Konkurrenz, Advokaten und Heilpraxis aus, soziale und politische Umwälzungen sind vielfach durchsetzt und zersetzt von materialistischen und liberalen Grundsätzen, die vorwiegend vom Judentum stammen. Presse, Inserate, Theater und Kino sind häufig erfüllt von frivolen und zynischen Tendenzen, die die christliche Volksseele bis ins Innerste vergiften und die ebenso vom Judentum genährt und verbreitet werden. Das entartete Judentum im Bunde mit der Weltfreimaurerei ist auch vorwiegend Träger des mammonistischen Kapitalismus und vorwiegend Begründer und Apo-

stel des Sozialismus und Kommunismus, der Vorboten und Schrittmacher des Bolschewismus. Diesen schädlichen Einfluss des Judentums zu bekämpfen und zu brechen, ist nicht nur gutes Recht sondern auch strenge Gewissenspflicht eines jeden überzeugten Christen, und es wäre nur zu wünschen, daß auf arischer und christlicher Seite diese Gefahren und Schädigungen durch den jüdischen Geist noch mehr gewürdigt, noch nachhaltiger bekämpft und nicht offen oder versteckt, gar nachgehakt und gefördert würden [...] Die moderne Zeit braucht zwar die Juden nicht des Landes zu verweisen, sollte aber in Gesetzgebung und Verwaltung einen starken Damm aufrichten gegen all den geistigen Unrat und die unsittliche Schlammflut, die vorwiegend vom Judentum aus die Welt zu überschwemmen drohen. Dabei sei rückhaltlos zugegeben, daß es auch im Judentum edle Charaktere gibt« (Bischof Johannes M. Gföllner, zit. n. Staudinger 1990).

Der Zeithistoriker Anton Staudinger zieht eine wohlbegründete Bilanz des Kampfes maßgeblicher Kräfte der Christlichsozialen, gemeinsam mit Deutschnationalen und frühen Nationalsozialisten, gegen die »jüdisch gesteuerte Weltverschwörung«: »Im Rahmen der sich ab 1920 formierenden Bürgerblockpolitik hatten unter Ausklammerung sonstiger Antagonismen katholisch-christlichsoziale Antisemiten mit Antiklerikal-Deutschnationalen und Deutsch-Völkischen zusammengearbeitet: sei es im ›Antisemitenbund‹, sei es in dem nach 1918 gegründeten Geheimbund ›Deutsche Gemeinschaft‹, die ähnlich wie das bekämpfte Freimaurertum organisiert, die Mitglieder auf den Kampf gegen die verabscheuten ›Internationalismen‹ wie ›Bolschewismus‹, ›Freimaurerei‹ und ›Judentum‹ verpflichtete, eine aus der bürgerlichen Elite sorgfältig rekrutierte Organisation, der unter anderem später führende Nationalsozialisten wie Hermann Neubacher (nach 1938 Bürgermeister von Wien) und Arthur Seyß-Inquart (1938 Chef der ›Anschluß-Regierung‹, 1939/40 stellvertretender General-Gouverneur von Polen, dann Reichskommissar für die besetzten Niederlande und als einer der 24 NS-Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg 1946 hingerichtet, P.K.) ebenso angehörten, wie eine Reihe von Universitätsprofessoren, Beamten, Offizieren, Wirtschaftstreibenden, [...] christlichsozialen bürgerlichen Politikern wie Engelbert Dollfuß und Emmerich Czermak (1931/32 Unterrichtsminister, 1933/34 von Dollfuß als Obmann der Christlichsozialen Partei zu deren Liquidierung eingesetzt, P.K.). Das (mehrheitlich) völkisch (minderheitlich) katholische Rechtskartell der zwanziger Jahre auf Hochschulboden forderte unter anderem eine rassistisch begründete Isolierung der jüdischen Studenten und deren Unterwerfung unter einen Numerus clausus. (Der letzte Versuch, ein rassistisches Studentenrecht auf Österreichs Hochschulen zu etablieren, war 1932 von Czermak unternommen worden)« (Staudinger, S. 261/262).<sup>19</sup>

Programmatisch, aber auch in ihrer politischen Praxis waren die österreichischen Christlichsozialen der Ersten Republik, wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, auch seit ihrer Neugründung 1918, im Unterschied zur christlichen deutschen Zentrumspartei, stets einem militanten Antisemitismus<sup>20</sup> verpflichtet. Damit trugen sie, gemeinsam mit den Deutschnationalen Schönerers, maßgeblich zu einem Klima bei, das in der Folge die Nationalsozialisten auf einer Welle der Zustimmung durch ihre repressiv ausgrenzende und zuletzt mörderische Politik zu tragen vermochte. Ein führender Repräsentant der Heimwehr, Otto Neustädter-Stürmer (1934 Sozialminister, 1936 bis 1937 Innen- und Sicherheitsminister) sprach sich am 25. März 1933 dafür aus, dass man »den Vernichtungskampf gegen den Marxismus rücksichtslos führen« müsse. »Wir können den Nationalsozialismus in Österreich nur schlagen, wenn wir ihn überhitlern«<sup>21</sup>. Ähnlich positionierte sich Bundeskanzler Prälat Ignaz Seipel, als er bereits am 31. Oktober 1931 bedauerte, dass es ihm nicht gelungen wäre, die Christlichsoziale Partei weit genug nach Rechts zu führen, was ein Abschwenken bisheriger Parteigänger zu Heimwehr und NSDAP verhindern hätte können.<sup>22</sup>

### Historische Kontinuität?

Gewisse – wenn auch ungefährlichere – historische Parallelen zwischen der Politik der ÖVP (1986 in der Auseinandersetzung um Kurt Waldheim und um die demokratiepolitisch unverantwortliche Regierungsbildung 2000) und ihrer christlichsozialen Vorgängerpartei sind durchaus feststellbar. So standen vaterländischer Rhetorik, Demagogie und staatsgefährdender Praxis der Christlichsozialen (Aushöhlung der wirtschaftlichen Basis der Ersten Republik und Kooperation mit den Regimen Mussolinis und Horthys) eine Kampagne für Kurt Waldheim gegenüber, die die – im Verhältnis zu Deutschland – selbständige Gründungslegitimation der Zweiten Republik (»das von Hitler-Deutschland überfallene Österreich«) implizit durch Identifikation Kurt Waldheims und der ÖVP mit Kriegszielen Hitler-Deutschlands außer Kraft setzte. Diesmal ging es halt nur gegen »Nestbeschmutzer« und implizite »Vaterlandsverräter« der Anti-Waldheim-Opposition. Mittelbar identifizierte sich aber die ÖVP mit dem Überfall NS-Deutschlands auf große Teile Europas, indem sie unkritisch Kurt Waldheims beschönigende Äußerungen (»Ich habe meine Heimat verteidigt«) mit großem Einsatz stützte. Dies geschah durch unterschwellig antisemitische Äußerungen, gegen die »US-Ostküste« und gegen »gewisse Kreise« wie auch durch Appelle an die »Kriegsgeneration des 2. Welt-

kriegs«, ohne sich von den zwar befohlenen, aber häufig von den Soldaten auch mental übernommenen Kriegszielen zu distanzieren.

Immerhin war die ÖVP maßgebliche Mitbegründerin der Zweiten Republik, die sich von großdeutschen Phantasien allmählich zu verabschieden suchte. Der, wenn auch nur halbherzige, Kampf von Christlichsozialen und von Teilen der Heimwehr gegen NS-Deutschland sowie Opfer im Widerstand und in Konzentrationslagern wurden aber eigentlich durch (rechts)populistische »Schulterschlüsse« mit Kurt Waldheim und der Haider-FPÖ desavouiert, die ab ihrem Innsbrucker Parteitag 1986 wieder verstärkt nationalsozialistischer Phraseologie<sup>23</sup> huldigte. In der Ersten Republik wurde durch militärische und politische Kooperation mit Mussolini-Italien und dem autoritären Ungarn unter Diktator Horthy – zunächst seitens der Christlichsozialen Partei und später der Vaterländischen Front – vorerst der Demokratie entgegengearbeitet, letztlich aber durch Etablierung des austrofaschistischen Regimes die repräsentative Demokratie zu Tode gebracht. Trotz aller patriotischer Rhetorik wurden wegen der Allianz mit Mussolini im Falle Südtirols österreichische Interessen aufgegeben. Der Kampf gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung wurde auf Geheiß Mussolinis weiter verschärft. Durch die bald darauf folgende Achsenbildung Mussolinis mit Hitler hielt jedoch diese Politik gemeinsamer Ablehnung Hitlers nur kurze Zeit. Chancen einer Zusammenarbeit mit der demokratischen Tschechoslowakei wurden hingegen nicht genutzt.

Eine der Lehren aus dem wirtschafts- und demokratiepolitischen Scheitern der Ersten Republik war die von der ÖVP 1945/46 mitgetragene Verstaatlichung der Schwerindustrie, der E-Wirtschaft und mehrheitliche Verstaatlichung von Großbanken und anderer wichtiger industrieller Großbetriebe. Der wirtschaftliche Kollaps der Zwischenkriegszeit war nämlich auch durch starke Außenabhängigkeit der österreichischen Wirtschaft – insbesondere von deutschen Großkonzernen – verursacht. Mit schwindendem Einfluss der Sowjetunion wurde ab den 1960er Jahren diese den öffentlichen Sektor der Wirtschaft stärkende Politiklinie von großen Teilen der ÖVP-Führung aufgegeben und durch allmähliche Ausrichtung auf einen wirtschaftlichen Privatisierungskurs bekämpft. Eine der wenigen Ausnahmen von diesem Politikwechsel in der ÖVP repräsentierte Josef Taus, zumal er die Bedeutung einer nationalen Industrie für eigenstaatliche Spielräume Österreichs begriff.<sup>24</sup>

Noch in der Zweiten Republik gab es – bis in die Gegenwart – eine Kette antisemitischer Ausfälle führender Exponenten der ÖVP. Der erste Präsident des österreichischen Nationalrats, ÖVP-Abgeordneter Leopold Kunschak<sup>25</sup>, bekannte sich noch nach 1945 freizügig zu seinem Antisemitismus. 1970 wurde der ÖVP-Wahl-

kampf für Josef Klaus und gegen Bruno Kreisky unter der Losung »Wählt einen echten Österreicher. Josef Klaus« geführt. Eine Kette der Abwehr kritischer Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und ihrer Verbrechen durchzieht also die Geschichte der Nachkriegs-ÖVP bis heute. Als ein Beispiel von vielen kann die 1998 in Salzburg von Landeshauptmann Franz Schausberger (ÖVP) und Landtagspräsidenten Helmut Schreiner (ebenfalls ÖVP) geführte Kampagne gegen die Ausstellung über den »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« gelten. Sie argumentierten damals, dass sie sich schützend vor die Kriegsgeneration stellen müssten.<sup>26</sup> Deshalb darf auch die schweigende Zustimmung der ÖVP durch und unter Josef Pröll am 29.10.2008, zur Wahl Martin Grafs (Mitglied der »Olympia«, einer rechtsradikal ausgewiesenen Burschenschaft) zum Dritten Präsidenten des Nationalrats nicht bagatellisiert werden. Es ist dies das jüngste Exempel für die geringe Bereitschaft der ÖVP, aber auch in Teilen der SPÖ, ein trennscharfes Verhältnis zu FPÖ und BZÖ herzustellen. Die ÖVP unterstützte Grafs Wahl geschlossen, die SPÖ unterließ es zwar, den Kandidaten der »Grünen« breit mitzutragen, aber sie enthielt sich bei dieser Wahl wenigstens überwiegend der Stimme. Auch die SPÖ erwarb sich in dieser Frage – angesichts ihrer diffusen Positionierung – nicht gerade ein Ruhmesblatt. Koalitionstreue stand vor politisch-redlicher Haltung. Dieses Beispiel zeugt nach wie vor von großer Insensibilität gegenüber rechtsradikalen sowie antisemitischen Haltungen und Aktivitäten. Weitere historische Parallelen der Politik der ÖVP wurden seit 1999 auch insofern sichtbar, als anstelle des Hauptfeindbildes Juden »falsche Asylanten« und »Wirtschaftsflüchtlinge« traten. Als sozialer Blitzableiter für größer werdende ökonomische und soziale Spannungen kommt Feindbildern unter derzeitigen Verhältnissen eine ähnliche Funktion zu. Die SPÖ war auch an dieser Verschärfung der Politik keineswegs unbeteiligt.

### Gemeinsames antikerikales und antiabsolutistisches Erbe

Seit der Revolution 1848 gab es aus gemeinsamen Kämpfen von Frühsozialisten und Nationalliberalen gegen Klerikalismus und Absolutismus, mit durchaus verschwimmenden ideologischen Positionen, auch nachwirkende Sympathien für einander. Trotz der nach der Krise des politischen Liberalismus und der Spekulationskrise 1873 aggressiv antisemitischen und deutschnationalen Wende großer Teile der ehemals liberal- und sozialrevolutionären Bewegung wurden nicht alle Brücken zwischen den politischen Lagern abgebrochen. So gibt es bis heute einige wenige

deutschnationale studentische Burschenschaften, die den »Rassenantisemitismus«<sup>27</sup> des aggressiv deutschnationalen Korporations-Ringes nicht übernommen haben. Aus gemeinsamen Wurzeln von Liberalen und Sozialdemokraten in der Kampf-gemeinschaft der Revolutionen 1848 erklärt sich, dass es sogar noch im »Roten Wien« zwischen dem großen Sozial- und Gesundheitsreformer Julius Tandler und einzelnen deutschnationalen Mediziner\*innen zu Kooperationen kam. Eine bedenklich positive Haltung zu Euthanasie von »Geisteskranken«, die ab Ende des 19. Jahrhunderts sowohl im deutschnationalen wie sozialdemokratischen Milieu vorzufinden war, hatte gemeinsame Wurzeln, wenn sie auch verschiedenen politischen Zielen folgte: Im einen Fall war es das Interesse an Verbesserung der »deutschen Rasse« durch Ausmerzungen »Minderwertiger«, im anderen Fall war es auf Basis einer abgeschwächten Vorstellung von Rassenhygiene das Ziel sozialer Menschenökonomie.<sup>28</sup>

Drastischer verhält es sich wohl mit exkulpierten Affinitäten zu Belasteten des »Dritten Lagers« im Wissen um die Verbrechen des NS-Regimes, gerade dann wenn diese im Kontext der Zweiten Republik sich in verschiedenen Milieus der Großparteien »weißwaschen« konnten. Der sozialdemokratische Justizminister Christian Broda wird prototypisch genannt, wenn es um das taktische Verhältnis zu ehemaligen Nationalsozialisten sowie um das »österreichische Klima« mangelnder Auseinandersetzung mit NS-Kontinuitäten geht.

Oscar Bronner dokumentierte in einer Beilage des Neuen Forum im Herbst 1965, unter dem Titel »Die Richter sind unter uns«, die Involvierung maßgeblicher österreichischer Juristen (Richter, Staatsanwälte und Universitätsprofessoren) in nationalsozialistische Justizverbrechen. Mehrere dieser Juristen waren Mitglieder im Bund Sozialistischer Akademiker (BSA), einer Vorfeldorganisation der SPÖ. Die Einstellung von Justizverfahren gegen wegen massenhafter schwerer Verbrechen Belasteter wurde von Broda mit der skandalösen Serie von Freisprüchen durch Geschworenengerichte in den 1960er Jahren begründet (zit.n. Gespräch mit Rudolf Gelbard). Jeder dieser Freisprüche, gegen die sich nur wenige Stimmen erhoben, war Anlass für propagandistischen Triumph im breiten Milieu unbelehrbarer Nationalsozialisten und neu rekrutierter Neonazis. Zumindest bis in die 1960er Jahre war verständnisvolles »gesundes Volksempfinden« gegenüber »NS-Tätern« verbreitet. So erinnert sich Oscar Bronner in der Biographie »Trotzdem« – Die Oscar Bronner Story (Klaus Stimedter, Eva Weissenberger, Wien 2008, S. 46) daran, dass er 1965 bei einer fingierten Sammelaktion mit verdeckter Kamera auf der »gutbürgerlichen« Wiener Wollzeile für den schließlich zu acht Jahren verurteilten »Fahrdienstleiter Adolf Eichmanns«, Josef Novak, Geld sammelte. Novak hatte

von Wien aus die Deportationen von Juden nach Auschwitz organisiert («Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof»). 90 Prozent der Angesprochenen spendeten für Franz Novak, davon die Hälfte im Wissen, um wen es sich handelt. 10 Prozent protestierten in lauer Weise. Die ORF-Sendungsverantwortlichen verweigerten damals eine Ausstrahlung mit dem Hinweis: Die Geschichte sei zu verstörend, als dass man sie den Zuschauern zumuten könnte.

Aber es wäre zu billig, Christian Broda nur für seine Zusammenarbeit mit nationalsozialistisch belasteten Juristen im Zuge der Strafrechtsreform verantwortlich zu machen, wenn dabei übergangen wird, welch inhumane, frauenfeindliche, homophobe und antidemokratische Haltungen bei katholisch-konservativen Juristen und Medizinern noch Anfang der 1970er Jahre anzutreffen waren.

### Antiliberaler Scheinliberalismus

Neben rechtsradikalen und neonazistischen Äußerungen und Aktivitäten ist auch der Wettbewerb zwischen FPÖ und BZÖ um effektivere Verhinderung des Baus von Moscheen und Minaretten als Rechtsstaatsverletzung sowie als Rückfall hinter demokratische und toleranzorientierte Errungenschaften des durch die Revolution 1848 erkämpften Staatsgrundgesetzes 1867 (Grundrechte von Freiheit und Gleichberechtigung der Religionsausübung) und der 1911 erfolgenden Anerkennung der muslimischen Glaubensgemeinschaft zu werten. Diese gegen den Geist der Bundesverfassung gerichtete Grundhaltung wiederkehrender Rechtfertigung und Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie das Schüren von Ausländer- und Minderheitenfeindlichkeit zeigen, dass FPÖ und BZÖ jegliche Legitimation aus der Freiheitsbewegung der Liberalen von 1848, die sie zwecks Vernebelung ihrer Absichten als allseits akzeptierte Wortfahnen vorantragen, kontinuierlich desavouieren. Sie instrumentalisieren also die Freiheitsbewegung der bürgerlichen Revolution und ihren Konstitutionalismus, indem sie das Erbe des Liberalismus für ihre antiliberalen Absichten usurpieren. Die Universitäts- und Kulturpolitik des – verharmlosend so benannten – »Dritten Lagers« lässt jegliche Spur liberaler Geishaltung vermissen. Eigentlich handelt es sich um Etikettenbetrug, der in Österreich – entgegen historischer Fakten und abweichend von internationalen Usancen – als Kanon liberaler Werte durchzugehen vermag. Der authentischen liberalen Strömung um Heide Schmidt und Volker Kier, die sich von der FPÖ trennten und die vielen Intentionen des Republikanischen Clubs verbunden sind, haben wir immer wieder ein gesellschaftspolitisches Gesprächsforum geboten.

## Kontinuität im Kalten Krieg: eine postfaschistische Fluchtagentur unter der Ägide des Vatikans und westlicher Geheimdienste

Unter den Organisatoren der »rat-line«, des Fluchtweges zehntausender schwerer Verbrecher Belasteter aus Hitler-Deutschland, der faschistisch-kroatischen Ustascha-Diktatur und Mussolini-Italien<sup>29</sup> befanden sich maßgebliche Teile der Römisch-Katholischen Kirche und westlicher Geheimdienste in einer antikommunistischen und de facto auch antisemitischen Interessenallianz, indem sie Tätern des Nationalsozialismus (z.B. Klaus Barbie) die Flucht vor der Gerichtsbarkeit ermöglichten. Bis heute können sich NS-Kriegsverbrecher dem Zugriff der Justiz entziehen (z.B. Alos Brunner, Alfred Haim). Bemerkenswert ist jedenfalls die Tatsache, dass die Flucht von Juden aus Europa nur marginal unterstützt wurde, während die Flucht von Nationalsozialisten und Faschisten zu höchster Staats- und Kirchengenda aufrückte. Auch westliche Geheimdienste zeigten ein Interesse an dieser Klientel. Ein faschistisches Netzwerk vermochte mit Militärdiktaturen Lateinamerikas eine Symbiose zu bilden. Nach 1945 organisierten sich in Südamerika – in erster Linie unter dem Schutzschirm des argentinischen Diktators Juan Peron – führende Faschisten und Naziverbrecher aus Europa und unterstützten mit faschistischem »Know-how« diverser Art auch verschiedene lateinamerikanische Diktaturen. In dieser unheimlichen Gesellschaft befand sich auch der ehemalige Heimwehrführer, Vizekanzler des »christlichen Ständestaates« und Bundesführer der »Vaterländischen Front« zwischen 1934 und 1936, Ernst Rüdiger von Starhemberg.

Westliche Geheimdienste, aber auch der Vatikan, waren bei der Flucht von Juden aus dem Herrschaftsbereich der Nationalsozialisten und ihrer Bündnispartner nur in wenigen Fällen ähnlich hilfsbereit gewesen. Unzählige flüchtende Juden scheiterten an den administrativen Mauern Nord- und Südamerikas. Nicht einmal nach der Befreiung 1945 änderte sich das restriktive Verhalten westlicher Geheimdienste. Selbst die aus Konzentrationslagern Entkommenen wurden in der Folge als »displaced persons« administriert, aber kaum in ihrem Neubeginn effektiv unterstützt oder gar für ihren Lebensverlust entschädigt. Trotz großer Verdienste einzelner katholischer Laien, Priester und Ordensleute um die Rettung von Juden, insbesondere in Italien, darf diese Achse des Grauens, die »rat-line«, nicht vergessen werden.

Diese Anfänge rechten Networkings haben eine Kontinuität zu späteren rechtskonservativen Allianzen – im Namen von Antikommunismus – begründet. Die Formierung des Rechtskonservatismus am Beginn der 1960er Jahre erfolgte in weltweitem Verbund konservativ-autoritärer Parteien. Offen rassistische Regime

wie Apartheid-Südafrika oder rechtskonservative Strömungen um Franz Josef Strauss (CSU) und Otto Habsburg, oftmals auch Bündnispartner faschistischer oder militärdiktatorischer Systeme wie Spanien, Portugal oder Griechenland, waren Teil dieser vernetzten Strukturen. Die starken französischen wie Algerien-französischen Rechtsradikalen (OAS), die De Gaulle beinahe wegputschten, gehörten ebenfalls zum aggressiven Kooperationsfeld spätkolonialer Kräfte und rechtsextremer Verteidiger des »christlichen Abendlandes«. Die Formierung der rechten Mitte und der Ex-Faschisten in Italien (mit maßgeblicher Hilfe von Seiten des CIA unter Richard Nixon und Henry Kissinger sowie wichtiger Führungsgruppen der Christdemokraten und Sozialisten in Italien) bleibt häufig aus zeitgeschichtlichen Darstellungen der 1960er und 1970er Jahre ausgeblendet. Diese Politik bediente sich auch eines rechtsradikalen Terrorismus, der mehr als hundert Tote forderte und ein rechtskonservatives und neoautoritäres Milieu aufbereitete, das Silvio Berlusconi zur Macht bringen sollte.

Vor dem Hintergrund des Kolonialismus und dem postkolonialen Versuch westlicher Interessen, Einfluss in Zentral- und Südafrika, Lateinamerika, in Asien und im Nahen Osten zu bewahren, sind diese rechtskonservativen und faschistischen Strömungen nicht als isolierte politische Randphänomene zu sehen. Der islamische Fundamentalismus wurde erst als machtpolitisches und militärisches Instrument gegen »nationale Befreiungsbewegungen« und staatssozialistische diktatorische Expansionsbestrebungen zu einem gegenwärtig realen Bedrohungsfaktor. Fast jedes autoritäre, despotische und reformunwillige Regime von Saudi-Arabien über Ägypten bis zum Kambodscha der »Roten Khmer« wurde als Bündnispartner rekrutiert oder zumindest in Kauf genommen.<sup>30</sup>

Für die Aufrechterhaltung von Kontinuitäten und Netzwerken im rechtsradikalen Bereich waren Rückzugsgebiete wie Argentinien, Spanien und Paraguay nach 1945 von besonderer Bedeutung. Insgesamt begünstigte die Politik des Westens im alten und neuen »Kalten Krieg« die Stabilisierung des Rechtsradikalismus und damit auch die Nachhaltigkeit militanter antisemitischer und rassistischer Agitation. Militärputsche, Putschversuche und -pläne in Griechenland, in der Türkei, in Indonesien, in vielen Ländern Lateinamerikas, in Portugal, in Spanien und in Italien in den 1970er Jahren gehörten zum politisch-strategischen Repertoire »seriöser« konservativer Politiker wie Henry Kissinger, für den alte und neue Faschisten eine wichtige Hilfsfunktion für die Durchsetzung US-amerikanischer Hegemonialstrategien erfüllten.<sup>31</sup> Die Politik weltweiter Aufteilung in zwei Macht- und Einflusshemisphären ließ weder für radikale Reformpolitik in der CSSR (1968) noch in Chile (1970 bis 1973) Raum. Der Spätstalinismus sowjetischer Prägung hielt an Ter-

ror- und Unterdrückungsstrukturen fest und exportierte diese in seine wachsenden Einflusszonen. Das westlich-kapitalistische System verursachte mit Hilfe diktatorischer Systeme – auch nach der kolonialen Ära bis in die Gegenwart – durch strukturelle Gewalt seiner Ausbeutungs- und Welthandelstrukturen hundertmillionenfache Erkrankungen, Opfer von Unternahrung, Hungertote und Kriegsoffer.

Ein eilfertiger und opportunistischer Beamter und Diplomat wie Kurt Waldheim kam als UN-Generalsekretär gelegen, trotz oder wegen seiner militärischen und de-facto-geheimdienstlichen Funktion während der NS-Zeit an grauenvollen Kampfplätzen des Vernichtungskrieges am Balkan und in der UdSSR. Er war durch seine Erfahrungen, Beobachtungen und seine spezielle Verdrängungsfähigkeit abgehärtet genug, um brutalen Machtspielen der Großmächte wenig engagiertes konformes Verhalten entgegenzusetzen. »Pflichterfüllung« und Diplomatie gegenüber jeglicher Macht hatte er früh eingedrillt bekommen und entsprechend verinnerlicht.

### Die Wende zum neuen Rechtspopulismus<sup>32</sup>: Krise des fordistischen<sup>33</sup> und Hegemonialisierung eines neoliberalen Politikmodells

In vielen Ländern entstanden im Laufe der 1980er Jahre neue rechtspopulistische Parteien oder aber alte gewannen an neuer Bedeutung. Auch in Österreich änderte sich vieles, was die seit den 1950er Jahren stabilen Verhältnisse nachhaltig erschüttern sollte. Internationale und interne Verschiebungen der Machtverhältnisse haben das seit 1945 etablierte »Gleichgewicht der Klassenkräfte« (Otto Bauer) destabilisiert. Weltweite wirtschaftliche Liberalisierung, Privatisierungen und Strukturkrisen wichtiger Industriebranchen (Stahl, Metall, Textil), die Entwicklung und Anwendung grundlegend neuer Technologien sowie weit verbreitete mittlere und höhere Bildung in ihrer technokratisch verengten Form haben die Kapitalseite eindeutig begünstigt. Der fordistisch-keynesianische ökonomisch-soziale Kompromiss zwischen Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften wurde nicht aufgekündigt, aber schrittweise zu Gunsten von Unternehmern und des globalen Finanzkapitals modifiziert.

Unter solchen Bedingungen haben es Gewerkschaften schwer, sich rasch auf neue gesellschaftliche Modi umzustellen. Das in Österreich träge gewordene zentralistisch-bürokratische Gefüge dieser Organisationen und ihre breite Mitgliederbasis, was zuvor eine ihrer Stärken ausmachte, hemmten nun rasche und wirksame Antworten auf neue Herausforderungen. Zugleich dominierten inländische männ-

liche Unselbständige die meisten Entscheidungskanäle in den Interessenorganisationen<sup>34</sup>. Großbetriebe wurden personell geschrumpft, in kleinere Betriebsstätten zerlegt oder in lohnünstigeres Ausland verlegt, wodurch gewerkschaftliche Organisation erschwert wurde. Traditionell schwache Präsenz von Frauen und Zuwanderern in Betriebsräten und Gewerkschaften, geringe Repräsentanz der Gewerkschaften in neuen Berufsfeldern und anfängliche Abneigung gegenüber neuen sozialen Bewegungen (Frauen-, Umwelt-, Solidaritätsbewegungen mit Dritter Welt und Zuwanderern) bedingten letztlich verminderte Attraktivität der Gewerkschaften und Rückgang der Mitgliederzahlen, damit Abnahme des Organisationsgrades und erhebliche politische Schwächung. Die vorwiegend neoliberale Orientierung der EU begünstigte Großkonzerne und Finanzmärkte.

Selbst vor kämpferischen Gewerkschaften in Frankreich, Großbritannien oder Italien, die sich sozialpartnerschaftlich nicht einbinden ließen, machten Schwächungstendenzen nicht halt. Unternehmer zeigten wenig Interesse an einem sozialpartnerschaftlichen Politikmodell, das ihnen unter Umständen auch gewaltige Konzessionen abringen könnte. Viele der Gewerkschaften in diesen Ländern waren zwar weniger bürokratisiert, sie konnten sich aber auch nicht auf eine starke Sozialdemokratie mit weitgehend kontinuierlicher Regierungsbeteiligung oder Alleinregierung stützen. Teilzeitarbeit, Kurzzeitverträge, Leiharbeitsformen, Prekarisierung und Arbeitslosigkeit ersetzten mehr und mehr lebenslängliche ganztägige (selbst bisher eher privilegierte männliche) Erwerbsarbeitsverhältnisse. Bemühungen um neue soziale Gruppen am Arbeitsmarkt setzten erst spät und unzureichend ein. Verstärkte Identitätsaushöhlung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung durch gleitende Anpassung an den neoliberalen Mainstream ab den 1980er Jahren führte zu politischer Orientierungs- und Heimatlosigkeit vieler Arbeiter und Angestellter. Das Unbehagen am Proporzsystem der Großen Koalition nahm zu. An dieser personellen und machtpolitischen Aufteilung der Republik zwischen den Großparteien wurde auch während der Alleinregierungen von ÖVP (1966 bis 1969) und SPÖ (1970 bis 1983) im Grunde festgehalten.

Neuen sozialen Bewegungen und NGOs begegnete man von Seiten der österreichischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften längere Zeit mit Skepsis, Ablehnung und Demagogie. Dabei wurde wohl verdrängt, dass die Anfänge politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung durch selbstorganisierte kleine Initiativen erfolgt waren. Der Institutionalisierung von Partei und Gewerkschaft sowie der parlamentarischen Arbeit waren zunächst außerparlamentarische Formen und Vielfalt sozialer Gruppen und Bewegungen vorangegangen.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre versuchte es Jörg Haider zunächst mit liberalem Appeal, vorerst freilich ohne besonderen Erfolg<sup>35</sup>. Allmählich verwertete er allerdings die Chancen, die sich aus dem Legitimitätsverlust von Sozialdemokratie und ÖVP ergaben, indem er das politische Vakuum, das sich auftrat, mit einer rechtspopulistischen, sozialdemagogischen, zugleich aber auch neoliberalen Positionierung füllte. So gelang es ihm zunächst, völlig gegensätzliche Interessen zu homogenisieren und zu binden. Damit stieß er auf große Aufnahmebereitschaft in sozialdemokratischen Kernschichten ebenso wie bei Industriellen<sup>36</sup> und anderen klassischen Milieus der ÖVP. Die Ideologie »Mir san mir«, die die traditionellen Großparteien von gesamtstaatlicher Ebene bis hin zu lokaler Politik durchwachsen hatte, führte zu Verstärkung tradierten nationalen und regionalen Chauvinismus. Bereitschaft und Offenheit für europäische und internationale Solidarität der Arbeiterbewegung wurde nachhaltig geschwächt.

Jörg Haider fiel es trotz oder gerade auf Grund seiner rechtsradikalen und aggressiv deutschnationalen Prägung leicht, auf diffusen, aber militanten österreichischen Chauvinismus umzupolen, dem der Boden durch die Politik der Großparteien längst aufbereitet war. Zugleich hatten auch manifeste Rechtsradikale und Neonazis, in traditioneller Überschneidung mit dem politischen Milieu der FPÖ, mit einer »Ausländer-Halt«-Initiative den rechtspopulistischen Erfolgen vorgearbeitet. Mitglieder des Ringes Freiheitlicher Studenten (RFS)<sup>37</sup>, rechtsradikaler Studentenverbindungen, des Ringes Freiheitlicher Jugend (RFJ) und des Bundes heimattreuer Jugend (BHJ) sowie anderer kleinerer rechtsextremer Gruppen wurden angesichts der Wahlerfolge der FPÖ überaus rasch in die Funktionärskader integriert.

Mit der Krise des fordistischen, vor allem auf ökonomisches Wachstum angelegten, Politikmodells konnten neue soziale Anrechtsgruppen (Zuwanderer, Frauen usw.) immer weniger sozial und politisch integriert werden. So schienen Anti-Ausländer-Lösungen<sup>38</sup> vielen immer plausibler und ließen rassistische Ressentiments geradezu eskalieren. Zugleich wurde der sozialpartnerschaftliche Konsens überaus strapaziert: Unternehmer wollten billigere und gefügigere Arbeitskräfte. Gewerkschaften fürchteten von Seiten ausländischer Lohnabhängiger, teilweise durchaus zu Recht, Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt sowie Lohn- und Sozialdumping. Zugleich hatten die Arbeitnehmerorganisationen konsequente Schritte der Integration am Arbeitsplatz und innerhalb der eigenen Organisationen versäumt, als es nämlich ökonomisch durchaus noch möglich war. Während in anderen Staaten Zuwanderer schon früher im Sozialwohnungssektor Berücksichtigung fanden, gewiss nicht ohne Konflikte zwischen verschiedenen Bewohnergruppen, blieben in

Österreich ausländische StaatsbürgerInnen bis vor kurzem von dieser wichtigen Existenzgrundlage ausgesperrt. Integrative Maßnahmen im Schul- und Erwachsenenbildungsbereich waren ebenfalls wenig entwickelt.

Das Wachstum des Rechtspopulismus hat viel mit enttäuschten Erwartungen zu tun, die an traditionelle politische Parteien und Interessenorganisationen, insbesondere der historischen Arbeiterbewegung, gerichtet waren: Weitgehende Preisgabe gesellschaftspolitischer und demokratischer Zielsetzungen, die Selbstbeschränkung auf finanzielle Formen sozialer Sicherung sowie die Vernachlässigung gerechter Verteilung, alles in allem Verzicht auf emanzipatorische, kulturelle und aktiv solidarische Ansprüche, haben neuen Wohlstandschauvinismus sprießen lassen. Eine Forcierung egalitärer Schulreformen, breit angelegte Erwachsenenbildung, die über berufsorientierte Weiterbildung hinausgeht, Förderung aktiver Breitenkultur, Unterstützung von Menschen in ökonomischen, sozialen und kulturellen, möglichst selbstorganisierten Projekten sowie intensivierete Integrationspolitik und Gleichstellung der Geschlechter hätten wesentliche Ansätze konsequenter Reformpolitik bilden können. Anstatt dessen wurden vielfältige progressive Initiativen aus der Regierungszeit Alfred Dallingers (Sozial- und Arbeitsmarktpolitik) und Johanna Dohnals (Frauen- und Gleichstellungspolitik) gestoppt. Aus Angst vor politischem Kontrollverlust und übertriebener Anpassung an den neoliberalen Mainstream wurden viele dieser Reformansätze rückgängig gemacht. Die Empfänglichkeit für offene oder verkappte rechtsradikale Parolen wurde in einer wieder deutlich passivierten Bevölkerung größer.

Für die Stabilität eines auch nach 1945 nach wie vor autoritär geprägten politischen Systems und für partiell ungeläuterte Machteliten war es zweckdienlich, nur wenig reale Demokratie zuzulassen. So fehlte tiefenwirksame und breite Auseinandersetzung mit autoritären Verhaltens- und Denkmustern, wie sie für den Austrofaschismus und Nationalsozialismus bestimmend waren. Die Bereitschaft, konsequent-demokratische Lehren aus der Machtergreifung durch zwei Diktaturen zu ziehen, war gering. Erst die viel geschmähte 1968er-Bewegung in ihrer antiautoritären Hauptströmung und den aus ihr hervorgegangenen neuen sozialen Bewegungen haben in vielen Staaten, so auch in Österreich, mit Zeitverzögerung verspätete Liberalisierung und Demokratisierung stimuliert. Oliver Rathkolb weist auf Grund vergleichbarer empirischer Studien über das weit verbreitete autoritäre Syndrom auf deutliche Abnahme autoritärer Denkmuster zwischen 1978 und 2004<sup>39</sup> hin, was er auch als nachhaltigen Erfolg der österreichischen 1968er Bewegung wertet.

Eine christlich-fundamentalistische Welle erfasste in den 1980er Jahren nicht nur die protestantisch dominierte USA, sondern auch das katholisch geprägte Ös-

terreich. Zwischen der Erosion sozialer Beziehungen, dem Verlust an Solidarität durch politische Maßnahmen neoliberal geprägter Akteure und gravierender Deformationserscheinungen in Gewerkschaften und Sozialdemokratie besteht ein gesellschaftsstruktureller Zusammenhang. Entpolitisierender Konsumismus seit den 1970er Jahren und wachsende Attraktivität gesellschaftlicher Pseudo-Sinnangebote (überentwickeltes Entertainment, esoterische Weltflucht, ständige Leistungssport-hypes usw.), die ungerechte gesellschaftliche Strukturen und politische Verantwortlichkeiten ausblenden, haben verstärkend auf einander eingewirkt. Manichäische Bilder von Gut und Böse, Angst- und Schuldverstärkungen, sowie Sündenböcke lenken von gesellschaftlichen und ökonomischen Unrechtsstrukturen ab. Politisch Alleingelassene suchen Halt in rechtspopulistischen und nationalchauvinistischen Identifikationsangeboten.

Der in Österreich zumeist nur »sublimierte Klassenkampf«, der Kampf der Gewerkschaften am »grünen Tisch«, war nach außen nur schwer wahrnehmbar und wurde bloß durch rechtspopulistischer Agitation nacheifernder Deklaration neuer Sündenböcke abgelöst. Mit Anti-Ausländer-, Anti-Flüchtlings-, »Sozialschmarotzer«- und »Das Boot ist voll«- Losungen schufen führende Sozialdemokraten wie Josef Hesoun, Josef Cap, Karl Löschnak, Karl Schlögl, Manfred Matzka und Peter Marzizzi zwecks Machterhalt diese keineswegs neue nationalchauvinistische Profilierung von SPÖ und Gewerkschaften. Sicherung des sozialpartnerschaftlichen Konfliktmodells, verbunden mit Erneuerung der Klassenidentität unter Einbeziehung von Zuwanderern, wie es in der skandinavischen Arbeiterbewegung, aber auch in der westdeutschen Industriegewerkschaft Metall, mit Hilfe breiter Bildungsarbeit und anhaltender Konfliktbereitschaft einigermaßen gelungen ist, wurde in Österreich weitgehend vernachlässigt. Man sonnte sich selbstzufrieden auf der vermeintlich harmonischen und bis dahin relativ erfolgreich agierenden »Insel der Seligen«, fühlte sich durch die im europäischen Vergleich relativ niedrige Arbeitslosenrate bestätigt. Freilich die globale Krise sollte auch vor der österreichischen Grenze nicht haltmachen.

Die österreichische Sozialdemokratie war weder neoliberalen noch rechtspopulistischen Herausforderungen gewachsen, da sie diesen, ihre historische Identität gefährdenden Ideologien und Politiken nur wenig an Widerstand und vor allem an akzentuierten Reformalternativen entgegenzusetzen vermochte. Sie versuchte vielmehr, ohne überzeugende Aktionen, im Sog konträrer Strömungen des Zeitgeistes mitzuschwimmen. Nicht einmal wahlpolitisch waren diese Taktiken von Erfolgen gekrönt. Dies verwirrte ehemalige wie verbliebene Mitglieder, Sympathisanten und Wähler und trieb viele von ihnen nach dem Prinzip, »lieber gleich zum Schmied

als zum Schmiedel«, der FPÖ zu. Wählerstromanalysen belegen diesen drastischen Wechsel der Parteipräferenz. Aber nicht nur die SPÖ, auch die ÖVP sollte in erheblicher Zahl Wahlstimmen an die FPÖ verlieren.

## Eiserner Vorhang und europäische Inhumanität der Gegenwart

Eine »Ausländerpolitik«, die nach US-amerikanischem und kanadischem Vorbild in erster Linie qualifizierte Zuwanderer bevorzugt, ist eine nur scheinbar humane Position. Diese Vorgangsweise verstärkt die strukturelle Diskriminierung armer Länder in Afrika, Lateinamerika und Asien, auch wenn sie in Einzelfällen humanitär zu wirken vermag. Diese Staaten weisen fast immer drastischen Mangel an Qualifizierten auf. »Brain drain« war schon bisher eine der Ursachen für Entwicklungsprobleme vieler Länder. »Reiche« Staaten ersparten sich hingegen in erheblichem Maße Ausbildungskosten. Entfaltete Rückkehrprogramme mit deutlichen Anreizen auf freiwilliger Basis werden kaum geboten.

Die Festungspolitik der USA und Europas, Weise und Umfang der Subventionierung von Landwirtschaft und Fischerei (vorwiegend der Großproduzenten), verursacht inzwischen direkt und indirekt zehntausende Tote pro Jahr. Die Handelsliberalisierung für Industrieprodukte kann auf Grund ungleicher Ausgangsbedingungen für viele Staaten trotz skandalös niedriger Lohn-, Sozial- und Umweltstandards keinen Ausweg aus der strukturell erzwungenen Misere bieten. Ein Unterschied zum »eisernen Vorhang« staatssozialistischer Diktaturen besteht lediglich darin, dass diese Art der »Abschirmung« durchlässiger ist (längere Meeresscheiden in den wärmeren Zonen). Jedoch bedingt die unmenschliche Festungspolitik der EU, und in Besondere Italiens, insgesamt mehr Todesfälle und betrifft vorwiegend farbige Menschen. Schutzwälle oder -zäune könnten wichtige Fremdenverkehrsgebiete Südeuropas beeinträchtigen. In den spanischen Enklaven in Marokko (Ceuta und Melilla) gibt es diese Barrieren bereits. Nur eine neue gerechtere Weltwirtschaftsordnung und »good governance« auf beiden Seiten der Elendsgrenzen könnten diesen weltweiten Skandal beenden. Nur so wäre wachsendem Rechtspopulismus – als einer falschen und unmenschlichen Reaktion auf Zuwanderung – langfristig zu begegnen.

Angemerkt sei an dieser Stelle auch, dass nicht nur in Österreich bürgerliche Parteien der Mitte aus Machtopportunität mit rechtspopulistischen Parteien, oder zumindest unterstützt durch diese, nach weit Rechts hin offene Regierungen bildeten. In Italien, in den Niederlanden und in Dänemark ließen sie sich jeweils

von rechtspopulistischen bis rechtsextremen Parteien unterstützen. Das Bekenntnis zum Faschismus Mussolinis, abgeschwächt durch Kritik an seinem Rassismus, beschränkt sich nicht auf Spitzenrepräsentanten der ehemaligen neofaschistischen Regierungspartei Italiens.<sup>40</sup> Ministerpräsident Silvio Berlusconi – Vorsitzender einer der wichtigen Schwesterparteien der ÖVP – formulierte in ähnlicher Weise seine Anerkennung der Person Mussolinis.

Berlusconi repräsentiert die europäische Galionsfigur qualitativer Aushöhlung demokratischen Parlamentarismus. Sein politischer Kampf gegen den Rechtsstaat und die Deckungsgleichheit größter Medienmacht und politisch-administrativer Führungsfunktion in einer Person stellt eine schrittweise Ausschaltung demokratischer Kontrollmechanismen in Italien dar. Eine Relevanz für Österreich ergibt sich auch daraus, dass die ÖVP ihrer italienischen Schwesterpartei im Rahmen der europäischen Fraktion kaum Kritik entgegengebracht hat. Es ist nämlich durchaus als demokratiepolitischer Skandal zu werten, dass diese entdemokratisierenden, ja antidemokratischen Misstände in Italien durch die größte Fraktion im europäischen Parlament, die der Konservativen und Christdemokraten, einfach als Normalität hingenommen werden. Auch der konservative französische Präsident Sarkozy nimmt in der »Ausländerpolitik« eine dem rechtsextremen Weltbild durchaus affine Position ein. Diese politische Entwicklung zur Gleichgültigkeit gegenüber entdemokratisierenden und rassistischen Tendenzen erinnert fatal an die Anfälligkeit eines großen Teil des Bürgertums und dessen Parteien in der Zwischenkriegszeit für verschiedene Aspekte der Politik des Faschismus.

## Die Welt vor und nach 1968: Reaktionen auf den Verlust sozialer und demokratischer Perspektiven

Die Forderungen der schwedischen Sozialdemokratie unter Olaf Palme nach mehr Alltagsdemokratie und Gleichheit, Willy Brandts Losung »Mehr Demokratie wagen« und daran anknüpfende Reformkonzepte<sup>41</sup>, die »Nord-Süd-Kommission« und Bruno Kreiskys Aufruf zur »Durchflutung aller Lebensbereiche mit sozialer Demokratie«, der innerstaatliche und internationale Reforminitiativen folgten wie zum Beispiel die Idee neuer Marshallpläne für die »Dritte Welt«, der »Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung«<sup>42</sup>, all das waren wichtige Beispiele zukunftsweisender Politik. Francois Mitterands vielfältige Reforminitiativen öffneten ebenfalls neue Perspektiven für soziale und kulturelle Demokratie in regionalen, nationalen wie im internationalen Zusammenhängen. Colin Crouch

markierte daher diese Ära der 1970er Jahre als den zuversichtlichen »kurzen Augenblick« der Demokratie, dem nun seit den 1990er Jahren das schmerzliche Syndrom von »Postdemokratie« entgegensteht.<sup>43</sup>

Ohne den Aufbruch neu-linker Studenten, einer neuen Jugendbewegung und gewerkschaftlicher Basisbewegungen, vor allem in Großbritannien, in Frankreich, Italien, aber auch in der BRD, wäre diese – nur allzu rasch beendete – Reform-Ära nicht möglich gewesen. Der Rückzug fast aller sozialdemokratischen Parteien auf einzelstaatliche Positionen (des Standortwettbewerbs und der »nationalen Interessen«) unter Aufgabe des Anspruchs solidarischer Zielsetzungen im Inneren sowie international, trug dazu bei, eine Erosion einzuleiten, die bis in die Gegenwart anhält und deren Ende nicht abzusehen ist. So manche linke und an neuen sozialen Bewegungen orientierte Mitglieder und Sympathisanten der SPÖ warnten vor dieser Politik der Abkapselung bei gleichzeitig opportunistischer Anpassung. Zur Erinnerung: 1979 erreichte die SPÖ bei Nationalratswahlen noch über 50 Prozent. Freilich existierten damals die »Grünen« als Partei noch nicht, deren Entstehung auch auf die technokratische, ökonomistische und bürokratische Politik der Sozialdemokratie zurückgeht. Engagiert sozialchristliche WählerInnen wiederum wandten sich von der ÖVP ab und wechselten ebenfalls zu den »Grünen«, teilweise nach einer Übergangsphase im Umkreis der SPÖ. Für manche waren reformerische und antinazistische Positionen bei den »Grünen« oder später beim »Liberalen Forum« klarer zu erkennen. Gegenwärtig muss die Sozialdemokratie zufrieden sein, wenn sie an die 30 Prozent heranreichen kann. Das demokratische, kritische und liberale Wählerpotenzial ist kleiner geworden, mehr wahlwerbende Gruppen schöpfen inzwischen aus diesem Milieu.

### Wider erneuerten Geschichtsrevisionismus und Historisierung nachwirkenden Grauens

Seit 1945 war es in Österreich zu einer Vielzahl von Konflikten um Vorfälle mit Alt- und Neonazis gekommen. Jedoch erhielten diese weit weniger innerösterreichische und internationale Aufmerksamkeit als der »Waldheim-Skandal«. Diese stärkere Wahrnehmung hatte viele Gründe: Ein Mitläufer der Nationalsozialisten, der sich 1986 als Kandidat einer der staatstragenden Parteien für die höchste politische Funktion in Österreich noch zu aggressiven Kriegszielen der nationalsozialistisch geführten Wehrmacht in Ost- und Südosteuropa bekannte, stellte eine Steigerungsstufe in einem Lande dar, in dem Sensibilität gegenüber NS-revisionistischen und -revan-

chistischen Äußerungen wenig entwickelt war. Kurt Waldheim brachte eine gängige Mentalität zum Ausdruck und legitimierte diese zugleich von höchster Stelle.

Vor allem in jüngeren Teilen der« Bildungsschicht« wuchs eine Strömung nach, die sich von der ideologischen Last der Vergangenheit und eines Teils ihrer Großeltern und Eltern emanzipieren wollte<sup>44</sup>.

Der »Republikanische Club-Neues Österreich« verstand sich von Anbeginn als Fortführung der überparteilichen antinazistischen Tradition, die von 1945 bis zur Einstellung der Tageszeitung *Neues Österreich* im Jahre 1967 als artikulierte, wenn auch zu wenig breitenwirksame Stimme gegen übermächtige gesellschaftliche Tendenzen von Verdrängung und Verharmlosung existierte. Diese landesweit herrschende Mentalität, die von *Kronen-Zeitung* bis *Presse* durch die Fälle Taras von Borodajkewycz über Walter Reder bis zu Kurt Waldheim medial vermittelt wurde, zeigte in der Art eines Wiederholungszwanges die Uneinsichtigkeit in die schuldhafte Involvierung vieler ÖsterreicherInnen in die Verbrechen des NS-Regimes auf. Fast noch schlimmer war die nahezu permanente Verharmlosung breiten Mitläufertums, die bis in die Gegenwart fort dauert. Es bedurfte jedes Mal eines hohen argumentativen und demonstrativen Aufwandes, um dieser dumpfen Hegemonie einer Zudeck-, Verharmlosungs- und Relativierungshaltung gegenüber der NS-Zeit und ihren Folgen für Österreich, um mit einer eigentlich selbstverständlichen antinazistischen Gegenposition entgegenwirken zu können. Dieser Bogen spannt sich von der Zeit des Buhlens um Stimmen und Exponenten des »Dritten Lagers« (1948/1949) bis zur schwarz-blau-braunen Koalition (2000). Möglicherweise befinden wir uns gegenwärtig erneut vor einer solchen demokratiegefährdenden Regierungskonstellation<sup>45</sup>.

Vor allem in US-amerikanischen Medien wurde Kurt Waldheim, wenn auch ohne detaillierte Belege, einer direkten Täterrolle bezichtigt. Allerdings kandidierte er für das höchste Amt der österreichischen Republik und da gelten zweifellos andere Maßstäbe für demokratisch untadelige Lebensläufe als für öffentliche Tätigkeiten »normaler« Staatsbürger. Kurt Waldheim wurde, wie Gerhard Botz, ein für engagierte Aufarbeitung jüngerer Geschichte wichtiger österreichischer Historiker, im Interview »Wir schreiben unsere Geschichte ständig um« feststellt, nicht nur wegen seiner wirklichen oder vermeintlichen Rolle in der Wehrmacht kritisiert. Vielmehr machte ihm der »Republikanische Club-Neues Österreich« eklatante Verdrängung und Verschweigen seiner wahrscheinlich untergeordneten militärischen und geheimdienstlichen Rolle während des 2. Weltkrieges am Balkan und in der UdSSR zum Vorwurf. Außerdem war ihm Hinnahme und Mitagieren im Rahmen einer antisemitischen Wahlkampagne der ÖVP<sup>46</sup> vorzuhalten, was letztlich

zu Wiederaufleben und Verstärkung antisemitischer und rassistischer Vorurteile in Österreich beitrug. Die rechtfertigende Wortwahl für den verbrecherischen Eroberungskrieg von Teilen der deutschen Wehrmacht, in Zusammenarbeit mit Gestapo und SS, war nicht nur hemmungsloser Wahlopportunismus, sondern bestärkte ein Geschichtsbild, das Rechtsradikalen in die Hände arbeitete. Nicht zufällig lag das auf einer Linie mit der *Kronen-Zeitung*.

Waldheim verharmloste seine Rolle auf dem Balkan und in Russland zur »Pflichterfüllung« und spielte sie zudem zu einem »Kampf um die Heimat« herunter. Dass dies jahrzehntelang quer durch Österreich und die Bundesrepublik Deutschland sehr viele Menschen taten, unter gleichzeitiger Leugnung gewaltiger Verbrechen von Teilen der Wehrmacht, macht Waldheims Verhalten nicht besser, sondern, auf seine führende politische Position bezogen, noch verantwortungsloser.

Die Aktionen und Veranstaltungen des »Republikanischen Clubs-Neues Österreich« richteten sich vor allem gegen defensive und offensive Äußerungen Waldheims und der ihn tragenden ÖVP. Ihnen gelang so erfolgreiche Mobilisierung von Ressentiments ehemaliger Wehrmachtssoldaten und ihrer unkritischen Verteidiger. Kurt Waldheim ist als Exempel für die letztlich ungebrochene Grundhaltung großer Teile der österreichischen Bevölkerung und eines erheblichen Teils ihrer »Eliten« in ihrem Verhältnis zum NS-Regime zu sehen. Die Terrorherrschaft im Inneren und der Expansions- und Vernichtungskrieg der großdeutschen Wehrmacht wurden verdrängt oder überhaupt geleugnet.

Kurt Waldheims Tod im Jahre 2007 konnte dann neuerlich in dieser politischen Absicht missbraucht werden. Es war nicht nur falsch verstandene Pietät, die zu einer wenig differenzierten Bewertung von Waldheims Lebensbilanz in Medien und politischen Diskussionen führte. Diese Resonanz auf Kurt Waldheims Tod entsprach vermutlich der mehrheitlichen Empfindungslage der Bevölkerung. Sogar Bundespräsident Heinz Fischer, dem eine prinzipiell antinazistische Grundhaltung nicht abzusprechen ist, und keineswegs nur ÖVP-Politiker, sprach in seiner Würdigung des Verstorbenen vom »großen Österreicher« oder »Weltbürger«, was Gerhard Botz angesichts Kurt Waldheims langjähriger Uneinsichtigkeit in den historischen Charakter des Nationalsozialismus und der in der westlichen Welt erlangten Bedeutung seiner Aufarbeitung allerdings überzogen erschien. Eher hatte er als Aufklärer wider Willen über Österreichs lange verdrängte und verharmloste Vergangenheit gewirkt<sup>47</sup>.

Wie weit inzwischen der »normalisierende« Diskurs und die Bagatellisierung des Verhaltens Kurt Waldheims sowie seiner antisemitisch agierenden Unterstützer wirken, zeigt selbst Gerhard Botz im zuvor zitierten Interview im kulturpoliti-

schen Journal des Landes Niederösterreich (Mai 2008), in dem er beschwichtigend meinte, dass im Fall Waldheim »nicht vom Versagen einer persönlichen Geschichtseinschätzung, sondern als einer Elitenerzählung der Diplomatie, die aus strategischen Gründen die Opferthese verbreitete« auszugehen sei. Botz befand zudem allzu verständnisvoll, dass »die NS-Zeit kritisch zu sehen, für Waldheims Generation schwierig war – außer man war Widerstandskämpfer, und auch die haben ihre Mythen«. Weiters hob Botz hervor, dass Waldheim keinem Nazimilieu entstammte – als ob dies ein persönliches Verdienst wäre und sich daraus zwangsläufig Gegnerschaft zum Nationalsozialismus ergäbe.

Gerhard Botz' These grenzt an relativierende Geschichtsbetrachtung und geht entschieden zu weit. Eine dialektische Spannung zwischen einfühlendem Verstehen der Ausgangs- und Rahmenbedingungen handelnder wie inaktiver Menschen und der Vermeidung von Selbstgerechtigkeit und Arroganz »nachgeborener« Personen (Helmut Kohl) sowie Orientierung an objektiverer historischer Analyse scheinen angebracht. Der alte, vermutlich zu idealistische Begriff von Wahrheitsuche scheint mir aber dennoch nicht unzeitgemäß. Die Befürchtung, einer Selbstgerechtigkeit von Nachgeborenen geziehen zu werden, oder der mögliche Schock, die tatsächliche Rolle des eigenen Vaters in der NS-Zeit erst spät wahrgenommen zu haben, können seinen jüngst gegenüber Kurt Waldheims Verhalten zu konstatierenden Geschichtsrelativismus verstehbar machen. Ich selber habe das Glück, nicht mit solcher psychischer Belastung konfrontiert gewesen zu sein. Dennoch machte es mir phasenweise zu schaffen, dass mein Vater, obwohl er in vielem meinem politischen Idealbild nahekam, in manchen wichtigen politischen Konflikten doch von diesem Ideal abwich.

Als wichtiges Beispiel kann gelten, dass Bruno Kreisky als Bundeskanzler, trotz antimilitaristischer und friedensengagierter Grundhaltung, aus Rücksichtnahme auf die Sicherung von Arbeitsplätzen und angesichts starken Drucks durch führende Gewerkschafter und Manager der Verstaatlichten Industrie zu schwachen Widerstand gegen den Ausbau der Rüstungsindustrie und gegen österreichische Waffenexporte in kriegführende Gebiete wie Irak und Iran leistete. Damals gab es aber auch rühmliche Ausnahmen, die Zivilcourage zeigten, etwa den leitenden Metallarbeiterfunktionär Sepp Wille und Arbeiterkammerpräsident Wilhelm Hrdlicka, Obmann der Gewerkschaft der Chemiarbeiter und Präsident der österreichischen Arbeiterkammern, später Präsident der Aufsichtsrates der Verstaatlichtenholding (ÖIAG). Diese Haltung führte auch zum Rücktritt in der ÖIAG.

Aber auch Bruno Kreiskys mehr als vorsichtige Positionierung zur aggressiven Kriegsführung der USA im Indochinakrieg zählt zu meinen politischen Enttäu-

schungen. Seine späte Einsicht in die fatalen Gefahren »friedlicher« Nutzung von Kernenergie<sup>48</sup>, war für mich leichter zu verarbeiten, als wäre er Mitläufer des NS-Regimes gewesen, besonders angesichts der Tatsache, dass Bruno Kreisky vor der Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf, die überhaupt erst auf sein Betreiben hin zustande kam, eine diskursive Konfrontation zwischen Experten der BefürworterInnen und Experten der GegnerInnen von Atomenergie ermöglichte. Immerhin konnte Bruno Kreisky vor seinem Tod noch seine prinzipielle Gegnerschaft zur Atomenergie artikulieren. Ebenfalls bereits mehrere Jahre vor seinem Tod sprach sich Bruno Kreisky für die Möglichkeit grundsätzlicher Kooperation zwischen Rot und Grün in Europa aus.

Gerhard Botz' undifferenziert negatives Urteil über Bruno Kreisky, das er in krassem Kontrast zur nachträglichen Freisprechung Kurt Waldheims fällt, scheint mir einigermaßen bedenklich. Zu dieser Einschätzung komme ich, weil ich nie zu den bedingungslosen Verteidigern und Verehrern der politischen Persönlichkeit meines Vaters zählte. Unsere Kontroversen sind hinlänglich medial dokumentiert. Gerade als Zeithistoriker müsste aber Gerhard Botz wissen, dass Bruno Kreisky nicht »im Sinne seiner Integrationspolitik die NS-Vergangenheit ausgeklammert hat«, sondern dass er eine langfristig orientierte und damit selbstverständlich auch widersprüchliche Politik betrieben hat, die der geschichtswissenschaftlichen und persönlichen Position von Gerhard Botz recht nahekommt: Nämlich Mitläufern und »kleineren« Tätern sehr wohl die Hand zu reichen, ihnen die Chance zu geschichtskritischer Einsicht und Ausdruck des Bedauerns zu bieten, mit ihnen aber nicht, wie im Falle der Berufung von SPÖ-Regierungsmitgliedern oder der Rehabilitation Friedrich Peters, einfach kommentarlos zu kooperieren. Aus mangelnder Auseinandersetzung ist für demokratische Erneuerung nichts zu gewinnen. Langfristig zeithistorische Agenden mit den jeweiligen RessortministerInnen und WissenschaftlerInnen<sup>49</sup> in Angriff zu nehmen, mag zwar als Widerspruch zur Anpassung an das rechte Milieu gelten, war aber realpolitisch wahrscheinlich nicht anders zu erreichen. Ob eine solche Strategie aufzugehen vermag, bleibt angesichts der Beständigkeit eines nicht unerheblichen rechtsradikalen, vor allem eines zumindest indifferenten Potenzials in der österreichischen Bevölkerung eine offene Frage. Keineswegs möchte ich Ausfälle in Bruno Kreiskys Auseinandersetzung mit Simon Wiesenthal<sup>50</sup> oder seine leichtfertige Auswahl von Ministern mit NS-Vergangenheit rechtfertigen.

Auch in der Anfangszeit des »Republikanischen Clubs-Neues Österreich« gab es immer wieder undifferenzierte Kritik an der Politik meines Vaters. Teilweise kam diese von geläuterten und gewendeten Linksradiكالen, vor allem maoistischer oder

trotzkistischer Provenienz, die noch wenige Jahre zuvor eine pauschal antizionistische und antiisraelische sowie unkritisch pro-palästinensische Position vertreten hatten. Jüdischen Befreiungsnationalisten wurde prinzipiell Solidarität versagt. Dies, obwohl sie nicht die einzige nationale Befreiungsbewegung verkörperten, die ihren Kampf auf Kosten anderer Völker und ethnischer sowie religiöser Minderheiten führten. Eine Gruppe älterer NS-Opfer und Anti-Nazis warf Bruno Kreisky – teilweise zu Recht – seinen zu versöhnlichen und opportunistisch-pragmatischen Umgang mit alten Nazis und Neonazis vor.

Bis zur Waldheim-Auseinandersetzung ging Bruno Kreisky davon aus, dass antisemitische und nationalsozialistische Strömungen vor allem »biologisch obsolet« werden würden, wie er es mir gegenüber äußerte. Bei vielen Angehörigen der älteren Generation, die zu keiner oder zu wenig Einsicht bereit wären, würden erst mit ihrem Tod auch deren fatale Ideologien untergehen und damit in der Bevölkerung demokratisch-politischen Mentalitäten und Handlungsmustern Platz machen. Bis dahin sei daher oft nur eine Art von Koexistenz erreichbar. Freilich musste er später seine Hoffnung relativieren.

Leitende PolitikerInnen nicht-jüdischer Herkunft hätten es in den unmittelbaren Nachkriegsjahren durchaus in der Hand gehabt, die Aufarbeitung der Geschichte systematisch und mit Breitenwirkung anzugehen, zumal viele von ihnen erzwungenermaßen durch die »Gemeinschaft der Lagerstraße« verbunden waren.<sup>51</sup> Dies aber primär von einem Politiker jüdischer Herkunft zu erwarten, kommt einer Überforderung gleich und entspricht fast dem Klischee eines philosemitischen Vorurteils. Warum sollen in erster Linie Menschen jüdischer Herkunft, JüdInnen oder Angehörige anderer Opfergruppen sich erneut antisemitischen Aggressionen aussetzen? Warum sollten Menschen nicht-jüdischer Herkunft in Vergangenheit und Gegenwart aus dieser Verantwortung entlassen sein? Auch sie stehen in einer Art kollektiver Verpflichtung – den Begriff Kollektivschuld halte ich für verfehlt. Er wird meist von Apologeten des Nationalsozialismus zur Abwehr kritischer Auseinandersetzung mit der Geschichte des NS-Regimes, seiner besonderen Herrschaftsformen und massenhafter Verbrechen missbraucht. Hinzu kommt, dass antinazistische Aktivitäten von Menschen jüdischer Herkunft oder Zugehörigkeit begrenzte Wirkung haben, weil tendenziell Eigeninteresse in Anschlag gebracht wird. Genügt nicht das Leid, das ihren Angehörigen und ihnen zugefügt wurde?

Aus diesen Gründen sah es mein Vater als folgerichtig an, mich zu Zeiten der Mahnwache gegen Kurt Waldheim vor dem O5-Zeichen am Haupttor des Stephansdoms davon zu überzeugen, mich daran nicht zu beteiligen. Er war der Meinung, dass dieser Protest in erster Linie eine Verpflichtung von Nicht-Juden sei.

Christian Albert, Friedrun Huemer, Volker Kier und andere engagierten sich damals beispielhaft, nicht ohne heftigen verbalen Attacken von Neonazis ausgesetzt zu sein.

Gerhard Botz scharfe Kritik an Bruno Kreisky drückt eine verständliche Ungeduld mit der Persistenz nazistoider und antisemitischer Vorurteile in der Bevölkerung aus. Aber gerade Bruno Kreisky hatte Zeit seines Lebens versucht, überfällige und tiefgreifende gesellschaftspolitische Reformen in Österreich mit zu bewirken. Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Modernisierung sollte Voraussetzungen schaffen, rassistisches und antisemitisches Handeln und Denken Schritt für Schritt, wenn schon nicht zu beseitigen, so doch zumindest zu schwächen.

## Anmerkungen

- 1 Bei diesem Werk handelt es sich um eine Auseinandersetzung mit der feudal-absolutistischen Tradition der katholischen Amtskirche und der für diese wichtige Moralphilosophie des scholastischen Naturrechts. Eine ihrer wichtigen Grundsätze lautete »Herr sei ein guter Herr. Sklave sei ein guter Sklave«. Bis in die Gegenwart ist mit Ausnahme vorübergehender Lockerung unter dem Pontifikat Johannes XXIII., dieses feudal-mittelalterliche Denken für das unerbittliche Hierarchieverständnis des Vatikans und der »Weltkirche« maßgeblich.
- 2 Einen Versuch, unterschiedliche historische Bedingungen für kollektive Prägungen im Ländervergleich Österreich-Schweden herauszuarbeiten, stellt ein Sammelband einer Gruppe von Sozialwissenschaftlern und Historikern aus Österreich und Schweden dar, der, herausgegeben von Oliver Rathkolb, unter dem Titel »Sweden-Austria. Two Roads to Neutrality and a Modern Welfare State« erschienen ist (Berlin u.a. 2008). In meinem Beitrag habe ich zu zeigen versucht, dass trotz großer geschichtlicher Differenzen (Austrofaschismus, Nationalsozialismus und zwei Weltkriege) sich schließlich doch, vor allem auf Grund des Einsatzes der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, große Gemeinsamkeiten auf makrogesellschaftlicher Ebene (sozialstaatliche Absicherung, wesentliche Verbesserungen des Lebensstandards) durchgesetzt haben. Durch wichtige qualitativ wirkende Reformen sind aber alltagsdemokratische Standards in Schweden in vielen Lebensbereichen auf höherem Niveau. Zum Beispiel ist die gesellschaftliche und private Stellung von Frauen und Kinder gerechter. Der Umgang mit verschiedenen »Randgruppen« (Lesben, Schwule, Transgender, Zuwanderer, Behinderte) ist toleranter und gleichberechtigter. Das Ausbildungs- und Kulturniveau ist ausgeglichener. Der Umfang der Entwicklungszusammenarbeit ist deutlich größer.

- 3 Frührepublikanische, demokratische, nichtreligiöse und sogar gegen das Privateigentum gerichtete revolutionär-sozialistische Bestrebungen wurden durch Hebenstreit verkörpert. Unter Kaiser Franz II., Inbegriff des nicht aufgeklärten Absolutismus, wurde Hebenstreit 1795 hingerichtet. Vgl. dazu Ernst Wangermann, Von Josef II. zu den Jakobinerprozessen, Wien 1966.
- 4 Zum Beispiel schrieb Bruno Kreisky im Geleitwort zu dem von ihm initiierten Kommissionsbericht »Vom Justizpalastbrand zum Heldenplatz« von der Befreiung Österreichs als Tatsache und nicht von der Besetzung Österreichs, wie es weiterhin vorherrschende Terminologie geblieben ist. Vgl. »Vom Justizpalastbrand zum Heldenplatz«. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Festgabe der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor Körner-Stiftungsfonds und des Leopold Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte 1927 bis 1938 anlässlich des dreißigjährigen Bestehens der Zweiten Republik Österreich und der zwanzigsten Wiederkehr des österreichischen Staatsvertrages, Wien 1975.
- 5 Hannes Metzler, Ehrlos für immer? Die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure in Deutschland und Österreich, Wien 2007.
- 6 Als historisch revisionistisch wird eine Position bezeichnet, die den Nationalsozialismus rehabilitieren möchte.
- 7 Obwohl konservative Parteien – ähnlich wie manche linke – vor ausländerfeindlicher Rhetorik und Praxis keineswegs zurückscheuen, haben beide politischen Strömungen der Mitte zumindest bisher in vielen westeuropäischen Ländern vor Allianzen mit »rechtspopulistischen« Parteien, das sind zumeist in Wirklichkeit rechtsradikale, aus prinzipiellen Gründen zurückgeschreckt. Belgien, Deutschland, Frankreich, Portugal, Schweden und Spanien gehören zu diesen rühmlichen Beispielen. Für Norwegen, Dänemark, die Niederlande und Italien gilt der Grundsatz, dass für Sozialdemokraten Mehrheitsbildungen mit Rechtspopulisten und Rechtsradikalen weiterhin nicht in Frage kommen, für Christkonservative und Liberale hingegen schon.
- 8 Die kurzfristige parlamentarische Allianz von 1970 zwischen SPÖ und FPÖ unterschied sich von späteren Koalitionen, insbesondere derjenigen der ÖVP mit der FPÖ dadurch, dass sie in Folge des Drucks neulinker Studenten- und Jugendbewegung und der Vorgabe eines Reformanspruchs der SPÖ so manche Missstände der postnationalsozialistischen Ära beseitigte. Die FPÖ unter Friedrich Peter – trotz seiner biographischen Belastung – und jene unter Norbert Steger unterschieden sich von der Partei unter Jörg Haider dadurch, dass damals versucht wurde, einen – nicht allzu erfolgreichen – Kurswechsel – weg von der NS-Nachfolgepartei – vorzunehmen. Das politische Klima 1970 und sogar 1983 unterschied sich von dem 1999/2000 grundlegend. Zum Beispiel wurde durch drittelparitätische Mitbestimmung an den Univer-

sitäten antidemokratischen Strömungen unter Studierenden und Professoren Boden entzogen. Das autoritäre Führungsprinzip in den Betrieben (verankert im Gesellschaftsrecht für Aktiengesellschaften und GmbHs aus 1939) wurde 1965 durch Novellierung (Ersetzung des Führerprinzips im Vorstand durch ein Kollegialprinzip) abgeschwächt, 1973 folgte dann eine grundlegende Reform der Arbeitsverfassung (ein Drittel Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften und GmbHs), die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Betriebsräte wesentlich erweiterte. Zusammen mit anderen Initiativen führten diese gesellschaftspolitischen Maßnahmen zu tiefgreifender Veränderung des Landes. Insgesamt kam es zu demokratischer Durchlüftung der österreichischen Gesellschaft. Das Rundfunkgesetz, das zwar von Konservativen und Liberalen getragen wurde, hat, trotz mancher autoritärer Wirkungen in der Ära Gerd Bachers, ebenfalls zur Belebung der geistig erstickenden Atmosphäre des starren Koalitionsprozesses der Nachkriegszeit beigetragen.

- 9 Leopold Spira, Ein gescheiterter Versuch. Der Austro-Eurokommunismus, Wien – München 1979.
- 10 Margaret Thatcher wollte mit Hilfe einer kommunalen poll-tax (ein an wertvolleren Hausbesitz gebundenes Wahlrecht und demnach ein Versuch der Rückkehr zum vor-demokratischen steuerabhängigen Wahlrecht) das allgemeine Wahlrecht aushebeln. Ronald Reagan wiederum stützte eine Reihe von Militärputschen gegen Reformregierungen und -bewegungen in Ländern der »Dritten Welt«.
- 11 Die Wirtschaftspolitik republikanischer US-amerikanischer Regierungen war von Reagan bis Bush Junior nur partiell neoliberal, vielmehr praktizierten sie eine Art Rüstungskeynesianismus, komplettiert zu einer Doppelstrategie, die bis zum großen Crash 2008/09 primär Banken und Sparkassen, aber nebenbei auch Hauseigner begünstigt hat. In Bezug auf längerfristige Verteilungswirkungen bewirkte ihre Politik, wie derzeit in der Finanzkrise zum Ausdruck kommt, drastische Umverteilung nach oben.
- 12 Dieses Bild vom »Vaterlandsverrat« wird im autoritären politischen Gebrauch seit langer Zeit in verschiedenen Varianten und mit unterschiedlichen Konnotationen eingesetzt: Von der »Dolchstoßlegende« (anlässlich des 1. Weltkriegs), als Anspielung auf Sozialdemokraten als »vaterlandslose Gesellen«, über »Nestbeschmutzung«, bereits von Karl Kraus immer wieder zum Gegenstand scharfer Kritik gemacht, haben sich diese bürgerlichen Kampfbegriffe zur Diffamierung antimilitaristischer und antinationalistischer Aktivitäten bewährt. Als Totschlagpolemiken ersparen sie jeden Diskurs über gesellschaftliche Ursachen von Ungerechtigkeit und programmatische Inhalte von Politik. Völkische Zwangsharmonie rückt an Stelle demokratischer Diskussion. Zuletzt wurde dies rund um EU-»Sanktionen« 1999/2000 gegen die Schwarz-blaue

- Regierung als nationaler Schulterschluss von der ÖVP vor allem in der »Presse« und der »Kronen-Zeitung« praktiziert. Schließlich haben sich auch sozialdemokratische Funktionäre, Alfred Gusenbauer und Hannes Swoboda, dieser mächtigen Sprachregelung unterworfen.
- 13 Die persönliche und familiäre Tragik von durch Zwang zu Militärdienst und/oder durch fehlgeleiteten Idealismus missbrauchten jungen Männern soll keineswegs in Abrede gestellt oder kaltherzig bagatellisiert werden. Es geht um historisch-politische Verortung dieser Opfer in individueller und kollektiver Erinnerung.
  - 14 »Kriegerdenkmäler lassen Vergangenheit in der Gegenwart präsent werden, trotzdem aber sind sie Institutionen zur individuellen und kollektiven Ausblendung vieler Kriegsaspekte und des gesamten nationalsozialistischen Terrorsystems« (Reinhold Gärtner, Sieglinde Rosenberger, *Kriegerdenkmäler – Vergangenheit in der Gegenwart*, Innsbruck 1991, S 12). »Kriegerdenkmäler drücken den alltäglichen Umgang mit Geschichte aus. Hinter Kriegerdenkmälern stehen nicht die Erkenntnisse der Geschichte als Wissenschaft; hinter Kriegerdenkmälern stehen die Empfindungen derer, mit denen Geschichte gemacht wurde« (Anton Pelinka, Einleitung, in Gärtner/Rosenberger, S.7). »Die Darstellung des 2. Weltkrieges, die zumindest indirekt in die Kriegerdenkmäler einfließt, widerspricht im Regelfall eindeutig und unversöhnlich der ›Philosophie‹ der 2. Republik. Nichts von der Befreiung Österreichs durch die Alliierten und durch den österreichischen Widerstand; nichts von der Besetzung Österreichs durch Deutschland. Die ›Helden‹ der Kriegerdenkmäler sind in deutscher Uniform gefallen, für die Kriegsziele des deutschen Reiches, für die Ziele des Nationalsozialismus. Und diese Problematik wird durch die Kriegerdenkmäler verschwiegen. Österreichisch und Deutsch, Demokratie und Diktatur, Angriffskrieg und Verteidigungskrieg werden in den Kriegerdenkmälern nicht thematisiert« (Pelinka in: Gärtner/Rosenberger 1991, S. 8).
  - 15 Norbert Leser, »Um die Revision des Geschichtsbildes«, in: »Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte«, Hg. von Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel, Wien, 1978. S. 473 ff.
  - 16 Ausführlich zum kirchlichen und christlichsozialen Antisemitismus: Anton Staudinger, *Katholischer Antisemitismus in der ersten Republik*, in Gerhard Botz/Ivar Oxall/Michael Pollak (Hg.), *Eine zerstörte Kultur, Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert*, Buchloe 1990.
  - 17 Reichspost, 24.12.1918, zit. n. Peter G. J. Pulzer, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867-1914*, Göttingen 2004, S.321.
  - 18 ebd., S. 258 FN.7
  - 19 Sogar der zweitwichtigste Exponent des austrofaschistischen Regimes zwischen 1934 und 1936, Ernst Rüdiger Starhemberg, kommt in seinen Memoiren 1938 im Exil

- in Frankreich zur Einschätzung, dass »das gefährlichste Einbruchstor in die österreichische Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus [...] der Antisemitismus [lieferte]«. Diese Beurteilung ist umso erstaunlicher, als Starhemberg zu den schärfsten antisemitischen und antisozialdemokratischen Hetzern zählte. So sprach er von »Reden des Asiaten Bauer«, der sich eine »Bolschewistin aus Astrachan« zur Frau genommen habe; und vom »Bolschewiken Seitz« (Wiens sozialdemokratischer Bürgermeister von 1923 bis 1934). Ihm rutschten, nach Einschätzung der Starhemberg-Biographin Gudula Walterskirchen, derartig drastische antisemitische und antisozialdemokratische Attacken, zu seinem nachträglichen Leidwesen, immer wieder aus. Übrigens eine interessante Parallele zu Jörg Haider. Ernst Rüdiger Starhemberg, Memoiren, Wien – München 1971. Gudula Walterskirchen, Starhemberg oder die Spuren der »30er-Jahre«, Wien 2002.
- 20 Die bedeutende Rolle, die Juden in der Führung der SDAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs) spielten, setzte die Partei dem wiederholten antisemitischen Vorwurf aus, eine »Judenschutzpartei« zu sein. Überdies konnte die SDAP auf die Stimmen der Juden (ca. 75 Prozent der Wiener Juden) zählen und sich allenfalls antisemitisch antikapitalistische Phrasen und Karikaturen erlauben, während alle anderen Parteien auf ausgefeilte antisemitische Programme setzten.
  - 21 Mündliche Äußerung des Heimatblock-Staatssekretärs Otto Neustädter-Stürmer in einer Mehrheitsparteienbesprechung der Regierungsparteien (Christlichsoziale Partei, Heimatblock, unter diesem Namen kandidierten die Heimwehren bzw. der Heimatschutz bei den Nationalratswahlen 1930, und Landbund) am 25. März 1933 im Bundeskanzleramt. In: Protokolle des des Klubvorstands der Christlichsozialen Partei 1932-1934. Hrsg. Von Walter Goldinger, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1980, S.204.
  - 22 zit. nach Anton Staudinger, Christlich-soziale Partei und Errichtung des »Autoritären Ständestaates« in Österreich, in »Vom Justizpalast zum Heldenplatz« S. 66.
  - 23 Unter Heinz-Christian Strache hat sich dies nicht verändert. Kontinuitäten reichen von seiner Jugend bei neonazistischen Wehrsportübungen über kontinuierliche Hetze gegen Ausländer, Muslime und seine Losungen um getrennte Schulklassen für Kinder von Zuwanderern.
  - 24 Dass diese Politik seit Mitte der 1980er Jahre aufgegeben wurde, hatte freilich auch schwerwiegende demokratiestrukturelle Ursachen: Scheitern und Aufgabe der »Verstaatlichten Industrie«, die Zusammenbrüche von »Konsum« und »BAWAG« waren nämlich auch Folge bürokratischer und oligarchischer Machtaspirationen und Privilegiensicherung, die mit proklamierten Intentionen der Interessenvertretung verdeckt wurden. Gleichzeitig unterblieb eine längst überfällige Veränderung undemokrati-

- scher Organisationsstrukturen und -kulturen. Ähnliche Entfremdungserscheinungen gegenüber den eigenen Ursprungsformen charakterisieren, trotz ökonomischer Erfolge, den bäuerlich dominierten »Raiffeisen«-Bereich.
- 25 »Bin immer Antisemit gewesen und bleibe es auch weiterhin«, Leopold Kunschak in einer Wahlkampfrede 1946, zit.n. Helmut Schlatter, Antijüdischer Nippes, populäre Judenbilder und aktuelle Verschwörungstheorien. Die Sammlung Finkelstein im Kontext, Didaktikmappe zur Nachbereitung, Jüdisches Museum Hohenems, 2005.
- 26 Die Zeithistorikerin Helga Embacher wies in den »Mitteilungen der Gesellschaft für politische Aufklärung« darauf hin, dass eine Allianz aus diesen Politikern, Vertretern des österreichischen Bundesheeres, Historikern (Univ.Doz. Robert Kriechbaumer, Univ.Prof. Reinhard Heinisch) und dem Kameradschaftsbund einen »Arbeitskreis für objektive Geschichtsforschung« gründeten. Mit Unterstützung der »Kronen-Zeitung« wurde eine »Gegenausstellung« zum Thema »Ein Bilderzyklus über Gefangenschaft und Einkehr«, Bilder aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft des Malers Walter Groß organisiert (ehemaliger Waffen-SSler, trat 1940 der Leibstandarte Adolf Hitler bei, später Brigadier des österreichischen Bundesheeres). Seine Werke wurden häufig in der »Kronen-Zeitung« veröffentlicht. Spenden kamen von Kurt Waldheim und Otto Roßkopf (der wegen Extremismus aus dem österreichischen Kameradschaftsbund ausgeschlossen wurde). Letzterer unterstützte mehrfach neonazistische Aktivitäten. Den Ehrenschatz der Gegenausstellung übernahmen führende Stadtpolitiker von ÖVP und FPÖ. Während die Stadt Salzburg der »Wehrmachtausstellung« jede Form von Unterstützung verweigerte, erhielt Walter Groß Räumlichkeiten im Rathaus zur Verfügung gestellt.
- 27 In den frühen 1880er Jahren legten alle Juden, die wie Victor Adler, Heinrich Friedjung (österreichischer und großdeutscher Historiker und Publizist sowie Mitverfasser des »Linzer Programms« der deutschnationalen Bewegung), Theodor Herzl oder Sigmund Freud Mitglieder deutschnationaler Organisationen waren, entweder ihre Mitgliedschaft zurück oder sie wurden ausgeschlossen. 1896 wurde durch den Waidhofener Beschluß jeder, der seiner Herkunft nach Jude war, weil ohne Ehre geboren, für »satisfaktionsunfähig« erklärt, wie überhaupt jüdische Männer als nicht »männerbundfähig« galten (Jonny Moser »Von der antisemitischen Bewegung zum Holocaust«, in: Klaus Lohrmann (Hg.), 1000 Jahre österreichisches Judentum, Eisenstadt 1982, S.253/254; Hans Blüher, Die Rolle der Erotik in der männlichen Gesellschaft. Eine Theorie der menschlichen Staatsbildung nach Wesen und Wert, 2 Bde, Jena 1921).
- 28 Doris Byer, »Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege«. Zur Entstehung eines sozialdemokratischen Machtdispositivs in Österreich bis 1934, Frankfurt/M.-New York

1988. Die wichtigen Hinweise auf Überschneidungen in der Euthanasieprogrammatische der ansonsten in vielem grundsätzlich konträren Bewegungen sollten wesentliche Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Sozialdemokratie nicht verwischen.
- 29 Neuere Publikationen zu diesem Thema: Uki Gono, *Odessa – Die wahre Geschichte. Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher*, 2006 (Originaltitel: *The Real Odessa. How Peron Brought the Nazi War Criminals to Argentina*, London 2002). Eine wichtige Grundlage dieser Studie war das *Proyecto Testimonio*, eine Dokumentation über die Komplizenschaft Argentinens mit den Nazis, veröffentlicht von der Vereinigung der jüdischen Gemeinden Argentinens; Gerald Steinacher, *Nazis auf der Flucht – Wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee entkamen*, Innsbruck 2008. Nicht nur der aus Österreich gebürtige Bischof mit intensiven Nazisympathien, Alois Hudal, war an dieser schändlichen Aktion maßgeblich beteiligt, sondern auch der spätere Papst Paul VI. (1963 bis 1978, zuvor von 1922 bis 1954 im päpstlichen Staatssekretariat tätig, dann Erzbischof und Kardinal von Mailand) sowie der spätere Kurienkardinal Tisserant (eine Art Regierungsmitglied des Vatikans) und der argentinische Kardinal Caggiano, der 1943 aus starker Abneigung gegen Juden und Sympathien für Grundsätze des Nationalsozialismus kein Hehl machte (Goni, S. 31/32).
- 30 »Our strategy is to get the Chinese into Laos and Cambodia as a barrier to the Vietnamese [...] They [The Khmer Rouge] are murderous thugs [Schläger/typ Anmerkung P.K.], but we won't let that stand in our way. We are prepared to improve relations with them.« Henry Kissinger, 26. November 1975, zit.n. Kenton Clymer, *Troubled Relations The United States and Cambodia since 1870*, Northern Illinois University Press, Illinois, 2007, S.147; William Shawcross, *Sideshow: Kissinger, Nixon and the Destruction of Cambodia*, New York, Simon&Schuster, 1984.
- 31 Nach dem Putsch gegen Allende in Chile wurde zum Beispiel der für die Gaswagenaktion der Nazis hauptverantwortliche SS-Mann Walter Rauff in maßgeblicher Funktion an der Führung des neuen Pinochet hörigen Geheimdienstes DINA beteiligt.
- 32 In Österreich wird häufig verharmlosend im Zusammenhang mit Jörg Haider, Hans-Christian Strache und Konsorten von Rechtspopulisten gesprochen, im Kontrast etwa zum Nachrichtensender CNN, der diese Politik auf einen adäquateren Begriff bringt, indem er diese Parteien als rechtsextrem, »far right«, bezeichnet. Die im Eigentum der Republik Österreich stehende Wiener Zeitung hingegen hat wenig Skrupel, Hans-Christian Strache regelmäßig ein Forum zu bieten. Die rechtsextreme Profilierung stört den prononciert bürgerlichen Chefredakteur Andreas Unterberger nicht. Nach dem Scheitern seiner Redaktionspolitik in der Presse, bedingt auch durch innerredaktionellen Widerstand, versucht er nun, die Gewöhnung an eine Mitte-Ultra-Rechte Regierung wieder aufzunehmen. Diskurstoleranz gegenüber chronisch uneinsichti-

- gen Exponenten rechtsradikaler Strömungen zu üben, ist nicht nur unproduktiv, sondern demokratiepolitisch bedenklich. Genau diese opportunistische Haltung über Jahrzehnte hat zur Normalität von Rechtsradikalismus und Neonazismus geführt, an der viele in Österreich leiden. So wird ein Wählerpotential von ungefähr 25 Prozent oder mehr stabilisiert, auch um sie für eine Regierungsmehrheit rechts von der Mitte bereitzuhalten.
- 33 Unter Fordismus wird diejenige kapitalistische Produktionsweise verstanden, die seit den 1910er Jahren in den USA praktiziert wurde und auf Basis tayloristischer Arbeitsorganisation und industrieller Massenproduktion notwendigerweise auch massenhaften Absatz und Konsum voraussetzte. Unter österreichischen Bedingungen verstaatlichter Grundstoffindustrien, mehrheitlich verstaatlichter Großbanken sowie einer relativ starken Sozialdemokratie war diese Phase nach 1945 auch mit einer Stärkung gewerkschaftlicher Organisationen und Arbeiterkammern im Rahmen eines »sozial- und wirtschaftspartnerschaftlichen« Arrangements verbunden.
- 34 Verfestigter männlicher Chauvinismus wehrt die Auseinandersetzung mit überlieferten und überholten Geschlechterordnungen ab, eine der wichtigen Voraussetzungen für die Überwindung autoritärer Verhaltensmuster, um alltägliche Demokratieentfaltung möglich zu machen.
- 35 Siehe Christa Zöchling, Haider. Licht und Schatten einer Karriere, Wien 1999.
- 36 Zur Finanzierung Jörg Haiders durch maßgebliche Industrielle, vgl. DER STANDARD, Print-Ausgabe, 11./12.11.2000.
- 37 Der Ring Freiheitlicher Studenten konnte noch Mitte der 1960er Jahre fast 30 Prozent der Studentenstimmen bei gesamtösterreichischen Hochschülerschaftswahlen verbuchen. Über fast 20 Jahre stellte er die mit Abstand zweitstärkste Fraktion. Eine Mehrheit dieser hochschulpolitischen Strömung war mehr oder weniger rechtsradikal fixiert. Nunmehr ist der RFS im hochschulpolitischen Kontext mehr oder weniger bedeutungslos. Große Organisationen im politischen Vorfeld, der Österreichische Kameradschaftsbund, der Österreichische Turnerbund, der Österreichische Alpenverein und ihre Jugendorganisationen, bis in die 1990er Jahre der Kärntner Heimatdienst und der Kärntner Abwehrkämpferbund, waren zwar meistens nicht explizit rechtsradikal, aber wiesen und weisen heute immer noch fließende ideologische Übergänge zu historisch-revisionistischem Gedankengut auf. Der Österreichische Alpenverein und der Kärntner Heimatdienst haben sich spät, aber doch mit ihren fatalen historischen Verquickungen auseinanderzusetzen begonnen. Diese mitgliederstarken, oft nur scheinbar unpolitischen Organisationen haben eine Reichweite, die in vielen Regionen Österreichs deutlich über das generationsbedingt schrumpfende aggressiv-deutschnationale und rechtsradikale Lager hinausreicht.

- 38 Diese Haltung scheint gerade in Österreich paradox: In vielen Regionen Österreichs gab es nämlich seit dem 18. Jahrhundert immer wieder Zuwanderungs- und Ansiedelungswellen, in Vorarlberg und Tirol waren es Italiener, im Burgenland Kroaten, in der Wiener Großregion Tschechen, Slowaken und Polen. Der gewaltige deutsch-nationale Assimilationsdruck ließ in städtischen Ballungsräumen kaum kulturelle und sprachliche Mehrfachbindungen zu (wie in Teilen der USA). Gerade zwei der führenden rechtsradikal militant deutschnational orientierten Politiker (der eine Ideologe der Heimwehr, der andere Nationalsozialist) sind Beispiele für starke Überanpassung, die in Wien, insgesamt in Deutsch-Österreich und in großen Teilen des sonstigen deutschsprachigen Gebiets der K.u.K.Monarchie ab Ende des 19. Jahrhunderts wirksam wurde: Der 1885 in Laibach/Ljubjana geborene Otto Neustädter-Stürmer hieß vor 1919 Marquis de Gozani, Arthur Seyß-Inquart wurde als Arthur Zajtich geboren. Odilo Globocnik, Taras von Borodajkewic, der christlichsoziale Vater Kurt Waldheims, der seinen Namen von Vaclavik auf Waldheim eindeutschte und viele andere mehr passten sich mehr oder weniger freiwillig an Kultur und Sprache des »deutschen Herrenvolkes« an.
- 39 Oliver Rathkolb, *Die paradoxe Republik*, Wien 2005.
- 40 So behauptete vor kurzem der derzeitige Bürgermeister von Rom, Gianni Alemanno, dass der italienische Faschismus erst unter dem Druck der Nationalsozialisten rassistisch agiert habe. Damit befindet er sich im Gegensatz zur historischen Realität. Der langjährige Vorsitzende der Postfaschisten (Vorläuferpartei der gegenwärtigen Regierungspartei Alleanza Nazionale) Giorgio Almirante war von 1938 bis 1942 Mitherausgeber der Parteizeitung »Die Verteidigung der Rasse«, in der er etwa schrieb: »Der Rassismus muss zum täglichen Brot für uns alle werden«. Alemanno betonte seinen Respekt für Giorgio, in dessen Partei Gianni Alemanno in den 1980ern Führer der neofaschistischen Jugendorganisation und häufig an Straßenschlachten beteiligt war. (*Die Presse*, 9. 9. 2008, S. 4).
- 41 Kommission für den wirtschaftlichen und sozialen Wandel.
- 42 Gro Harlem Brundtland war sozialdemokratische Ministerpräsidentin Norwegens von 1981-1986 und erste Umweltministerin, die eine derartige politische Führungsposition einnehmen konnte. Der Brundtland-Bericht der UNO wurde unter dem Titel »Our Common Future« und »Unsere gemeinsame Zukunft« 1987 publiziert.
- 43 Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt/M. 2008.
- 44 Obwohl zu einem maßgeblichen Anteil von »1968ern« in Verbindung mit »alten« Linken (Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, Humanisten und Kommunisten), Liberalen sowie engagierten Christen eine Reihe analytischer wie politischer Initiativen zur Auseinandersetzung mit Alt- und Neonazismus (mit der Rolle der deutschen

- Universitäten in der NS-Zeit, mit der NPD in der BRD usw.) gesetzt wurden, macht Götz Aly in seiner diffamierenden Abrechnung den 1968ern mangelndes Engagement gegen den Nationalsozialismus zum Vorwurf. In Österreich jedenfalls gehörte die Konfrontation von »68ern« mit alten und jungen Wiedergängern des Nationalsozialismus zur alltäglichen Pflicht politischen Engagements.
- 45 Die Bereitschaft des ehemaligen ÖVP-Generalsekretärs Missethon und einiger Landesvorsitzender der SPÖ vor den Nationalratswahlen 2008, eine Koalition mit der FPÖ einzugehen, zeigt den Mangel an demokratiepolitischer Hemmung, mit ultrarechten Exponenten wie Jörg Haider und Hans-Christian Strache zu kooperieren.
- 46 Robert Knights Dokumentation »Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen«. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung 1945 bis 1952 übr die Entschädigung der Juden, Wien 2000, zeigt viele Beispiele antisemitischer Gesinnung, nicht nur in der ÖVP. Zwei Abgeordnete der ÖVP machten 1966 im Parlament antisemitische Ausfälle: »Sie sind ein Saujud« (vgl. Die Gemeinde, Juli 2008, S.11). Der Generalsekretär der ÖVP, Michael Graff äußerte 1986 flapsig »Waldheim muss nicht zurücktreten, wenn man ihm nicht nachweisen kann, dass er sechs Juden eigenhändig erwürgt hat«. Alois Mock bediente sich wie Kurt Waldheim des klassischen antisemitischen Stereotyps der US-amerikanischen »Ostküste«. Sie waren bei weitem nicht die einzigen. Jedenfalls haben sie aus der unheilvollen Geschichte des Luegerschen christlichsozialen Antisemitismus nicht viel gelernt.
- 47 Gerhard Botz, Nachhall und Modifikationen (1994-2007) in: Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Hg.), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte, Wien 2008, S. 583.
- 48 Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach, Hg. von Heimo Halbrainer/Elke Murlasits/Sigrid Schönfelder, Bibliothek der Provinz, Weitra 2008.
- 49 Vom Justizpalast zum Heldenplatz, Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Festgabe der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor Körner-Stiftungsfonds und des Leopold Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der 1927 bis 1938 anlässlich des dreißigjährigen Bestandes der Zweiten Republik Österreich und der zwanzigsten Wiederkehr des Jahrestages des österreichischen Staatsvertrages, Verlag der Österreichische Staatsdruckerei Wien 1975. Dieses umfangreiche Werk geht auf eine Initiative SPÖ-Bundeskanzlers Bruno Kreisky und die Unterstützung durch ÖVP-Parlamentspräsidenten Alfred Maleta, der Zeithistoriker Univ.Professor Ludwig Jedlicka und Dr. Rudolf Neck zurück. Die begleitende wissenschaftliche Kommission setzte sich aus 47 Mitgliedern und zwar in- und ausländischen Historikern, Sozialwissenschaftlern, und Ökonomen sowie österreichischen Juristen, Publizisten, PolitikerInnen und ZeitzeugInnen zusammen. Einer davon war Gerhard Botz. Die politische Bandbreite reichte von Exponenten des »dritten«, deutschnatio-

nen Lagers über ÖVP, SPÖ bis zur KPÖ. Der Bericht war eines der wichtigen Pionierwerke, das vor allem die Vorgeschichte der Machtergreifung der Nationalsozialisten von außen und innen dokumentierte. Die späte Entwicklung und Entfaltung der Zeitgeschichte an den Universitäten und Schulen wäre ohne dieses Werk schwer denkbar gewesen.

50 Martin Engelberg, in *Der STANDARD*, 30/31.Mai 2009.

51 Im Zusammenhang mit der verschleppten und hintertriebenen »Entschädigung« von Opfern des Nationalsozialismus äußerte sich Bundeskanzler Leopold Figl am 14. Jänner 1947 wie folgt: »Die Juden wollten halt rasch reich werden.« Didaktikmappe Jüdisches Museum Hohenems, S.63; Der ebenfalls im NS-Konzentrationslager internierte spätere Bundeskanzler Alfons Gorbach stellte bereits 1949 fest: »Da mögen die Herren Emigranten noch so viel Moralinsäure verspritzen: Jene, die draußen (an der Front, P.K.) ihren Mann gestanden haben, wissen besser, was anständig ist, als jene, die sich beim ersten Kräuseln des Ozeans in Übersee in Sicherheit gebracht haben. Ich spreche den Emigranten das Recht ab, in der NS-Frage mitzureden.« Didaktikmappe Jüdisches Museum Hohenems, S. 63.

# Geht's den (Super-)Reichen gut, geht's den Armen schlecht

Kurt Rothschild

Oh pfui. So etwas darf man doch nicht sagen. Es soll doch heißen: »Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut«. Das Malheur ist aber, dass zwar der im Titel genannte Slogan – ob er nun richtig oder falsch ist – Sinn macht, der zweite aber nicht. Beim ersten Ausspruch handelt es sich um einen Vergleich zwischen zwei Menschengruppen und man kann – sobald man sich geeinigt hat, was man unter »gut« und »schlecht« versteht – empirisch feststellen, ob diese Aussage stimmt oder nicht. Bei der gängigen Aussage geht es aber um einen Vergleich zwischen Menschen (»Alle«) und dem abstrakten Begriff »Wirtschaft«. Falls man unter Wirtschaft alle in der Wirtschaft tätigen und von ihr abhängigen Menschen versteht, reduziert sich der Satz zu dem Truismus, dass es allen gut geht, wenn es allen gut geht. Das kann aber wohl nicht gemeint sein. Wirtschaft bezieht sich vielmehr auf die Totalität der erwerbstätig erzeugten heterogenen Güter und Dienstleistungen, die mit Hilfe konventioneller Methoden (normalerweise Preise) »homogenisiert« werden. Ein »mehr« dieser undifferenzierten Kennzahl bedeutet dann, dass es der »Wirtschaft« gut geht, und daraus wird der nicht zwingende und empirisch eindeutig widerlegbare Schluss gezogen, dass dies »gut« (wie immer definiert) für »Alle« sei.

Der Unterschied zwischen den beiden Slogans ist jedoch nicht nur eine Frage der Semantik, sondern charakterisiert einen fundamentalen Unterschied in der zugrundeliegenden ideologischen Problemstellung. Während der Ausspruch »Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut« die Frage der Zusammensetzung und Verteilung des gewachsenen Güterstroms ausklammert und damit vernachlässigt, steht diese Frage im Mittelpunkt der im Titel erwähnten Formulierung. Wenn es um das materielle Wohl aller Menschen geht, ist zweifellos beides von Bedeutung: Die Menge der zur Verfügung stehenden Güter und deren Verteilung. Doch in der Betonung des einen oder des anderen Aspekts gibt es entscheidende Unterschiede. Diese zeigten sich im theoretischen Bereich bereits zu Beginn der Entwicklung der modernen ökonomischen Wissenschaft. Während Adam Smith – die beginnende industrielle Entwicklung im Auge – den wachsenden Güterstrom (»The Wealth of Nations«) in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellte (ohne allerdings die Verteilungsaspekte zu übersehen), betonte kurz danach Ricardo, dass er die Verteilungsfrage als das wichtigste ökonomische Problem betrachte. Dass Marx hier ins Bild kommt, ist offensichtlich.

Generell über die Jahre hinweg kann man zu dieser Problematik folgendes sagen. Seit der Renaissance und Aufklärung mit ihren Auswirkungen auf wissenschaftlichen und technischen Fortschritt ist – unter halbwegs günstigen Umwelt- und gesellschaftlichen Bedingungen – ein ständig wachsender Güterstrom zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Kriege und Katastrophen ausgenommen hat jede Generation mehr Güter zur Verfügung als die vorhergehende. Politik und Ökonomie können dazu beitragen, dass dieser Prozess rascher oder langsamer, reibungsloser oder stolpernd verläuft. Insofern ist ein Wirtschaftssystem, das Wachstum als einziges oder vorrangiges Ziel akzeptiert, allein durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt auf einem mehr oder weniger erfolgreichen Erfolgspfad, der allerdings auf ökologische Grenzen stossen könnte. Jedenfalls hat sich der Kapitalismus auf dieser Grundlage trotz seiner Schwächen und Rückschläge als lebensfähig erwiesen. Diejenigen, die am meisten von diesem System profitieren (im weitesten Sinn), betonen daher die Wachstumsfähigkeit als Erfolgsindikator.

Verteilung hingegen hat keinen solchen »natürlichen« Trend wie Wachstum. Sie stellt einen ständigen Konfliktstoff dar, der – politisch und ökonomisch bedingt – immer wieder neue Probleme aufwirft. Die Dringlichkeit der Verteilungsfrage ist begrifflicherweise immer ein besonderes Anliegen der benachteiligten Individuen, Gruppen und Klassen. In der Französischen Revolution waren es die Bürger, später die Arbeiter, dann die Frauen und so weiter, welche die Verteilungsfrage immer wieder in den Vordergrund rückten. »Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut« ist ein Slogan, der diese Verteilungsfragen erstickt.

Diese allgemeinen Betrachtungen sind deshalb aktuell, weil die »dritte industrielle Revolution« und ihre politökonomischen Begleiterscheinungen in Form der neoliberalen Ideologie zu grundlegenden und dramatischen Verschiebungen in der Gewichtung von Wachstums- und Verteilungszielen geführt haben. Diese Verschiebungen sind die Folge von tiefgreifenden Veränderungen im ökonomischen und politischen Bereich im Verlauf der letzten zwanzig bis dreißig Jahre, Jahre die in der Tat die Welt veränderten. Zwei Komplexe, die diese Änderungen ermöglichten und förderten, stehen dabei im Vordergrund. Der eine ist die mikro-elektronische Revolution mit ihren weitreichenden technischen und ökonomischen Wirkungen. Sie führte zu einer Revolutionierung von Produktionsabläufen, Transportmöglichkeiten und Informationsintensivierung, die das Entstehen großer effizienter Organisationen und vielfacher »Vernetzungen« (um das Modewort unterzubringen) in bisher ungeahntem Ausmaß ermöglichte. Der schon bestehende Drang zu monopolistischen Formationen mit immer größerer Reichweite erlangte nun neue Chancen, die sich in einer andauernd wachsenden Welle von globalen

Unternehmensausweitungen und Fusionen niederschlagen. Die multinationalen und transnationalen Unternehmen im Produktions- und Finanzbereich, die früher zu Ausnahmeerscheinungen zählten, sind zu prägenden Elementen der Weltwirtschaft geworden.

Das zweite Element ist ein einmaliges Ereignis politischer Natur: Das Ende der Sowjetunion und des osteuropäischen Kommunismus. Unabhängig von der Frage, ob und wie weit diese Länder als »sozialistisch« bezeichnet werden konnten, zeigten sie doch – und insbesondere die Sowjetunion in der Krisenperiode der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts – dass es wirtschaftspolitische Alternativen geben kann, die nicht den Gesetzen des Kapitalismus gehorchen müssen und andere Methoden und Verteilungstendenzen zulassen. Die Existenz dieser Staaten und insbesondere die dortige Abwesenheit ständig drohender Arbeitslosigkeit übten einen ideologischen und praktischen Druck auf die kapitalistischen Staaten aus, ihre Vorrangstellung durch die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Elemente zu betonen und zu stärken. In den Zielsetzungen (wenn auch nicht immer in der Realisation) der »Sozialen Marktwirtschaft« des vorigen Jahrhunderts standen fünf Forderungen gleichgewichtig nebeneinander: Wachstum, Preisstabilität, Außenhandelsgleichgewicht, Vollbeschäftigung und eine gerechte Einkommensverteilung. Mit dem Verschwinden der realen Alternativen war es nun leichter, nicht nur in der Praxis sondern auch in der Ideologie und den Zielsetzungen, die zwei zuletzt genannten Posten zu verdrängen. »There is no alternative« (TINA) war der Slogan, mit dem Thatcher ihre neoliberale Attacke einleitete.

Die neue Situation, die sich im Lauf der letzten Dezennien entwickelt hat und sich gegenwärtig in noch weiteren Formen entfaltet, hat zu tiefgreifenden Änderungen in den ökonomischen Machtstrukturen und Ideologien geführt. Im Zentrum dieser Veränderungen steht der enorme Schub von Macht und Einfluss zu den großen, meist transnationalen Konzernen, der dem Kapitalismus ein neues Gesicht verschafft. Sehr grob und vereinfacht kann man die Änderungen in den Machtrelationen in den entwickelten Staaten etwa folgendermaßen skizzieren. Im Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts stand eine durch rasche Akkumulation erstarkende Bürgerschicht einer entrechteten und verarmten Arbeiterschicht in einem sehr ungleichen Machtkonflikt gegenüber. Marx war der große Analytiker dieses Konflikts. Der Staat stand irgendwie neben und außerhalb der direkten Konflikte als Hüter und Garant dieser Machtkonstellation. Im zwanzigsten Jahrhundert ergaben sich zwei relevante Tendenzen, die zu einem veränderten Macht- und Bargaining-Rahmen führten. Auf der Unternehmensseite wuchs infolge technischer Möglichkeiten der Massenproduktion und finanzieller Erweiterung durch Aktien-

und Bankkapital die Zahl großer nationaler monopolistischer und oligopolistischer Konzerne, die am heimischen Markt eine führende Rolle spielten und zusätzlich im Außenhandel tätig waren. Diese konnten die Kapitalinteressen resoluter vertreten als die mehr verstreuten Unternehmer des 19. Jahrhunderts. Gleichzeitig hatten aber der steigende Wohlstand und das Wachstum einer – vor allem im nationalen Bereich – solidarischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ebenfalls zu einer Konzentration der Kräfte geführt. Trotz andauernder Abhängigkeit konnte die Arbeitnehmerschaft gemeinsam mit fortschrittlichen Schichten der Intelligenzia so etwas wie eine »countervailing power« entwickeln, die zu einer wachsenden Sozialpolitik und zu Erfolgen im Verteilungskampf führte. Nicht ganz zu Unrecht nennt der Soziologe Dahrendorf das 20. Jahrhundert das »Jahrhundert der Sozialdemokratie«, wiewohl eine Charakterisierung als national monopolisierendes Jahrhundert (»Stamokap«) auch nicht ganz daneben ist, was vor allem in den faschistischen Entwicklungen sichtbar wurde. In den demokratischen Staaten entstand jedoch, was Einfluss und Bargaining Power betrifft, so etwas wie ein dreipoliger Prozess. Wie zuvor standen sich »Kapital« und »Arbeit« mit ihren unterschiedlichen Interessen gegenüber, aber mit etwas ausgewogeneren Einflussmöglichkeiten als früher. Dazu kam aber nun in größerem Ausmaß ein staatlicher Einfluss, der – was immer auch die ideologische Ausrichtung der Regierung sein mochte – Stimmen und Akzeptanz suchen musste sowie ein einigermaßen erträgliches soziales Klima benötigte. Dieser wachsende staatliche Einfluss trat im Wirtschafts- und Sozialbereich besonders stark in Erscheinung und berührte den gesamtwirtschaftlichen Entscheidungsprozess. Den Kapitalinteressen offerierte der Staat nicht nur die prinzipielle Unterstützung des herrschenden Wirtschaftssystems, er erweiterte auch in großzügiger Weise die für die Unternehmen nötige Infrastruktur und bot mit seiner Handels- und Währungspolitik den nationalen Monopolen und Konzernen Schutz des heimischen Markts und damit die Erzielung höherer Gewinne. Dem gewachsenen Einfluss der Arbeiterbewegung konnte der Staat durch zusätzliche demokratische und soziale Rechte entgegenkommen. So entstand gewissermaßen ein Dreieck von »give and take«-Prozessen im politischen und wirtschaftlichen Bereich mit Kompromissen, die mal eher in die eine, mal in die andere Richtung gingen, mit den USA und Skandinavien als typische Gegenpole.

Nun aber stehen wir vor einer ganz andern Konstellation. Die weiter oben angeführten wissenschaftlich-technischen, organisatorischen und politischen Umwälzungen haben dieses Kräftradreieck zerstört. Die neuen und erweiterten Möglichkeiten für die Finanzierung und das Management großer transnationaler Konzerne haben einen speziellen Sektor im Unternehmensbereich geschaffen, mit dem sich

– in Verbindung mit dem von ihm geförderten politischen und ideologischen Umfeld – die Macht- und Verteilungsstrukturen grundsätzlich verändert haben.

Zwei Schlagworte stehen mit diesem Prozess in Zusammenhang: »Globalisierung« und »Liberalisierung«. Globalisierung im Sinne einer Ausweitung wirtschaftlicher Beziehungen von lokalen und regionalen Bereichen zu weltweitem Warenaustausch ist selbstverständlich nichts Neues. Sie war bis zum ersten Weltkrieg eine – mit wachsenden Transport- und Wachstumsmöglichkeiten – ständige Begleiterscheinung der Weltwirtschaft, die nur in der Zwischenkriegszeit durch die Katastrophe der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre unterbrochen war. Es handelte sich dabei um das ständige Bestreben leistungsfähiger nationaler Firmen, ihre Märkte und Gewinne durch Exporte zu erweitern. Gleichzeitig hatten sie aber auch ein Interesse, ihren nationalen Markt vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Daraus ergab sich ein Globalisierungsprozess, in dem das Zusammenspiel diverser Unternehmensinteressen und Konsumenteninteressen die staatliche Außenhandelspolitik und den Kapitalverkehr beeinflussten. Die Konflikte zwischen Freihandel und Protektionismus liefen quer durch die Wirtschaft und den staatlichen Aktionsbereich, ohne die Fragen der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik entscheidend zu beeinflussen.

Der gegenwärtige Globalisierungsprozess hat einen anderen Charakter. Er wird durch die neuen technisch-organisatorischen Bedingungen angetrieben, die es Unternehmen ermöglichen, Produktion und Absatz weltweit »out to source« und damit international diversifizierte ökonomische und wirtschaftspolitische Vorteile zu kombinieren. Nichts charakterisiert dies besser als die Tatsache, dass rund ein Drittel des internationalen Warenverkehrs aus konzerninternen Warenlieferungen besteht. Diese Entwicklung ermöglicht nicht nur die Erzielung höherer Gewinne, sie fördert auch durch Fusionen und globale Finanztransaktionen die Größe und den Einfluss transnationaler Konzerne. Der entscheidende Aspekt der neuen Globalisierung ist nun, dass diese transnationalen Konzerne andere Interessen haben als die früher entscheidenden nationalen Unternehmen und dass sie – kombiniert mit neoliberaler Politik – ein besonderes Ausmaß an Macht besitzen, diese Interessen durchzusetzen. Während die nationalen Konzerne an einem einflussreichen Staat interessiert waren, der ihnen einen gewissen Schutz des entscheidenden Inlandsmarkts und die Förderung von Exportmöglichkeiten sichern sollte, sind für die transnationalen Konzerne staatliche Eingriffe in die internationalen Waren- und Kapitalbewegungen generell ein Ärgernis. Ihre Produktionsstätte und ihr Absatzgebiet ist der Globus. Was sie wünschen ist eine »flat earth«, auf der es keine Hindernisse für ihre globalen Dispositionen gibt. National und international sol-

len ihren vernetzten Strategien keine Hürden in den Weg gelegt werden, der staatliche Einfluss soll generell zurückgeschraubt werden. Der »schlanke Staat« wird zum Idealbild. In die gleiche Richtung weist dann auch die generell konservative Ablehnung wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften, die sich mit dem Wegfall des sowjetischen Bereichs deutlich verstärkt hat.

Es ist offensichtlich, dass die gegenwärtige Dominanz einer neoliberalen Ideologie mit ihren wirtschaftspolitischen Imperativen von vollständiger Liberalisierung und Deregulierung, Privatisierung und beschränkter Staatstätigkeit sowie hoher Priorität für das – für das gewachsene Finanzkapital besonders wichtige – Ziel der Preisstabilität genau der Interessenlage der Konzerne entspricht. Insofern ist das neoliberale Wirtschaftskonzept nicht ein »falsches« Konzept, sondern das »logische« Konzept eines durch die neue Globalisierung zu besonderem Einfluss gelangten Sektors der Industrie- und Finanzunternehmen. Und dieser Einfluss ist so groß, weil sich die strategischen Möglichkeiten der transnationalen Unternehmen gegenüber dem Staat, den Arbeitnehmern und den kleinen Betrieben – *unter den Bedingungen der von ihnen forcierten neoliberalen Wirtschaftspolitik* – massiv zu ihren Gunsten verschoben hat. Und dies im Wesentlichen aus einem Grund: Ihrem prinzipiell hohen weltweiten Mobilitätspotential. Wie der Ökonom und Soziologe Albert Hirschman ausführlich diskutiert, sind »Abwanderung und Widerspruch« (dies ist auch der Titel seines Buches) die zwei Hauptstrategien bei der Austragung von Konflikten. Bei der weiter oben besprochenen Situation einer Dreiecksbeziehung in der nationalen Wirtschaftspolitik des 20. Jahrhunderts stand der »Widerspruch«, der Kampf zur Durchsetzung des eigenen Standpunkts in einem letzten Endes zu erreichenden Kompromiss, für alle drei Seiten – Kapital, Arbeit, Staat – als hauptsächliche Waffe zur Verfügung, wenn auch nicht in gleichem Ausmaß. In der neuen Situation steht nun den internationalen Konzernen und Finanzakteuren *und nur ihnen* zusätzlich die wirksame Waffe der »Abwanderung« zur Verfügung. Mit ihrer globalen Vernetzung genügt häufig schon die bloße Drohung einer Abwanderung, um sich im Interessenkonflikt durchzusetzen. Damit haben sich Macht und Bargaining Power massiv zu dieser Konzernwelt verschoben, nicht nur auf Kosten der Arbeitnehmer und der KMU (Klein- und Mittelunternehmen), sondern auch auf Kosten der Staaten und Regierungen. Letzteres kommt deutlich in der Standortkonkurrenz zwischen den Staaten zum Ausdruck, bei der sie wetteifern, um den Wünschen der Konzerne zu entsprechen.

Diese gewachsene strategische Bedeutung des transnationalen Produktions- und Finanzsektors hat nicht nur zum Entstehen (bzw. zur Wiederbelebung) einer radikal-liberalen Wirtschafts-ideologie und Wirtschaftspolitik beigetragen, sie hat

es auch verstanden, diese Ideologie mit allen Mitteln als die allein seligmachende durchzusetzen. Selten ist in so kurzer Zeit der Marx'sche Ausspruch »Die herrschende Ideologie ist die Ideologie der herrschenden Klasse« so plastisch in Erscheinung getreten wie in dem Übergang in Politik und Wissenschaft vom wohlfahrtstaatlichen Konsens nach dem zweiten Weltkrieg zum neoliberalen »Washington Consensus« unserer Tage. Sozialdemokratische Politiker, für die Vollbeschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit zentrale Ziele zu sein pflegten, haben sich im Rahmen eines friedenspolitisch erfreulichen Europaprojekts in ein neoliberales Europa hineinlocken lassen, dessen Logik sie nun verteidigen. Wirtschaftswissenschaftler, die vor einigen Jahrzehnten noch mit großem Interesse die wohlfahrtspolitischen Ideen des Philosophen John Rawls diskutierten, der als humanistisches Maß ökonomischen Fortschritts die Verbesserung der Lebensbedingungen der ärmsten Bevölkerungsschichten vorschlug, erachten heute hohe Wachstumsraten unabhängig von negativen Verteilungswirkungen als absolutes Gütesiegel. Neoklassische Wirtschaftstheorie, die sich – vulgarisiert – besonders gut für neoliberale Ziele (miss-)brauchen lässt, wird in Universitäten und Forschungsinstituten auf Kosten anderer (»heterogener«) Theorien gefördert.

Die neue Machtkonstellation hat eine Situation geschaffen, die den Titel dieses Beitrags angeregt hat. Während in den meisten Ländern Einkommen und Vermögen am oberen Ende der Einkommensskala in bisher ungeahntem Ausmaß wachsen, stagnieren die Einkommen vieler Angehöriger der Mittel- und Niedrigbereiche oder nehmen sogar ab. Verschärft wird diese wachsende Ungleichheit in der Einkommensverteilung durch Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen, durch Prekarisierung der Beschäftigung und anhaltende Arbeitslosigkeit. Nach 150 Jahren kontinuierlicher Verbesserung der Lebensqualität durch Kürzungen der Arbeitszeit, stehen nun Forderungen nach deren Verlängerung im Raum. »Das Sichere ist nicht sicher. So wie es ist, bleibt es nicht« sagte Brecht. Damit hatte er sicher recht. Die Dynamik der Geschichte steht nicht still. Allerdings hatte dieser Ausspruch bei Brecht eine optimistische Note: Die kommenden Änderungen würden ökonomisch und sozial Fortschritte bringen. Die heutigen Verhältnisse benötigen für eine solche optimistische Tönung – in sozialer und ökologischer Sicht – die Stärkung aufklärerischer Aktivitäten und die Entwicklung einer wirksamen »countervailing power«. Der RC hat sich als ein wichtiges Element in diesem Prozess erwiesen.

## Verachtet mir die Politik nicht

Heide Schmidt

»Was ist in diesem Land passiert, dass selbst bei einer solchen Veranstaltung ein Untergriff gegen Politiker einen solchen Erfolg hat?« Die Frage traf den Kern; sie zielte auf die Ursachen einer Stimmung, die uns mehr beunruhigen sollte, als sie es tut. Ein angesehenener Journalist, der eine Podiumsdiskussion zum EU-Reformvertrag moderierte, hatte sie gestellt. Rhetorisch, denn Antworten darauf waren weder erwartbar, noch hätten sie mehrheitlich interessiert. Es war eine Veranstaltung vor offenkundig sachorientiertem Publikum mit recht gutem Bildungsstand und nicht zu hohem Alterdurchschnitt, männlich und weiblich waren ausgewogen vertreten. Ein ziemlich schlichter Pauschalangriff vom Podium aus auf »die Politiker« hatte den ersten Lacherfolg und Zwischenapplaus provoziert, worauf der Diskutant – neuerlich erfolgreich – einschlägig nachlegte. Dass der Moderator seine eingangs zitierte Frage so formulierte wie er es tat, kam einem Akt der Zivilcourage nahe. Er wusste, er befindet sich mit seinem Sensorium in der Minderheit und seine Frage wurde ihm auch wohl von kaum jemand außer mir bedankt.

Die zunehmende Verachtung der politischen RepräsentantInnen wird offenkundig – mehr oder weniger – von Menschen sämtlicher beruflicher und sozialer Zugehörigkeiten geteilt. Die Grenze zur Verachtung der Politik an sich ist fließend. Es ist lange her, dass dem Berufsstand der Politik Respekt entgegengebracht wurde: Dass man mit ihm Verantwortung, Kompetenz und Weitsicht verband. Heute glauben mehr als zwei Drittel der BürgerInnen, dass PolitikerInnen keine Ahnung von ihrem Leben und den damit verbundenen Sorgen und Problemen haben, sie seien abgehoben, nur auf ihren Vorteil bedacht, wortbrüchig, mit einem Wort, man könne ihnen nicht trauen. Intellektuelle weisen sich zunehmend nicht so sehr als KritikerInnen bestimmter politischer Positionen oder Handlungen aus, sondern als verbale ScharfrichterInnen der gesamten politischen Zunft.

Wenn aber die Notwendigkeit von Politik unbestreitbar ist – und kein vernünftiger Mensch wird dies in Abrede stellen – wer soll die Aufgabe übernehmen, wenn die PolitikerInnen angeblich versagen? Eine demokratische Antwort läge nahe: Die Zivilgesellschaft.

Landläufig wird darunter alles verstanden, was nicht staatlich organisiert zur öffentlichen Meinungsbildung beiträgt, was, wie Antonio Gramsci es ausdrückte, »den Alltagsverstand« prägt. In diesem Fall reicht die Bandbreite von den Kirchen

und Gewerkschaften bis zu Bürgerinitiativen und politischen Klubs. Wenn ich von der Zivilgesellschaft rede, meine ich allerdings vor allem auch Gruppen, die sich zur öffentlichen Artikulation eines bestimmten, konkreten politischen Anliegens zusammen gefunden haben. Die gegen oder für etwas eintreten, um die Politik auf- oder herauszufordern. Ich meine BürgerInnen, die sich im Sinne einer Demokratie einmischen, um etwas auf den (richtigen) Weg zu bringen. Dann allerdings ist wieder die Politik am Zug, denn sie ist es, die die Spielregeln zu formulieren und zu beschließen hat. Das bedeutet aber, dass die Zivilgesellschaft keine Ausfallhaftung übernehmen kann, sondern sie allenfalls als Motor oder Korrektiv einmal stärker, einmal weniger stark gefordert ist.

Wenn sich nun aber die Meinung breit macht, die politischen Eliten wären allesamt Versager, Schlitzohren oder Feiglinge, wie sollte sodann eine redliche Zivilgesellschaft mit ihnen ins Geschäft kommen? Und noch viel wichtiger: Ist denn die Zivilgesellschaft redlich?

Sehen wir einmal von allen Unschärfen und punktuellen Unrichtigkeiten ab, die sich zwangsläufig aus Pauschalierungen ergeben: Ich behaupte, dass die Qualität des politischen Personals der Qualität des zivilgesellschaftlichen um nichts nachsteht. Bedauerlicherweise konstatiere ich allerdings bei beiden eine negative Entwicklung und um die Frage des Kausalzusammenhangs beantworten zu können, müsste zuerst das Henne/Ei-Problem gelöst werden. Fest steht jedenfalls, dass die eine wie die andere gesellschaftliche Gruppe nicht im luftleeren Raum existiert, sondern entscheidend von unserer Bildungs- und Medienwelt geprägt ist. Um beide Welten ist es nicht gerade optimal bestellt. Die eine, nämlich die der Bildung, darf sich auf Grund politischer Blockaden nicht weiterentwickeln, die andere, die der Medien, hat sich auf Grund politischer Freibriefe weiterentwickelt, und zwar nicht zu unserem Besten. Nun könnte man aber meinen, dass in einer freien Marktwirtschaft – Konzentration hin oder her – immer noch die Leser-, Hörer- oder SeherInnen mit ihrem Kaufverhalten das Produkt bestimmen. Was aber, wenn niemand die Qualifikation der KonsumentInnen herangebildet hat, damit diese kritikfähig entscheiden können? Hier wenigstens wüsste man, wer bzw. was Henne und was Ei ist und trotzdem ist die bessere Haltung des Federviehs nicht durchsetzbar, auf dass es besser verdauliche Eier produziere. Es scheint, als wäre der Zustand ein gewollter und das führt uns doch auf die Spur der Schuldigen. Wenn die Politik sich weigert, alles zu tun, dass die Menschen mündiger und denkfähiger werden – und es aus Eigenem zu schaffen ist, wie wir wissen, ein Minderheitenprogramm – so trägt sie beträchtliche Mitschuld am gesellschaftlichen Niveau. Dieses ist zwar allgemein nicht sehr erfreulich, kann aber zur Durchsetzung so mancher politischer Inter-

essen ganz hilfreich sein. Inzwischen allerdings erweist sich, dass sich bestimmte politische Gruppen damit ein Danaer Geschenk gemacht haben. Zum einen war wohl nicht intendiert, die Menschen allzu anfällig für PopulistInnen zu machen, zum anderen führt die Anspruchslosigkeit des Publikums, also die der Nachfrage, zur inhaltlichen Anspruchslosigkeit des Angebots, nämlich der Politik. Die Leutseligkeit des Maßstabes vom Hausverstand stellt sich als Bumerang heraus. Wenn für die Lösung politischer Probleme der durchschnittliche Hausverstand angeblich ausreicht, braucht das entsprechende Personal auch nicht mehr aufzuweisen und kann darüber hinaus auch jede/r mitreden. Reform des Bildungssystem? Wir kennen uns aus, schließlich waren wir auch einmal in der Schule. Gesundheitssystem? Krank war jede/r schon einmal. Und was die EU betrifft: Wenn ein Vertragswerk mit dem Hausverstand nicht mehr lesbar ist, kann es für die betroffenen BürgerInnen nicht gut sein. Ich kann noch so polemisch vereinfachen und liege immer noch nicht unter jenen öffentlichen Argumentationslinien, denen ich mich seit geraumer Zeit ausgesetzt sehe. Die Leserbriefe selbst seriöser Zeitungen lassen eine/n oft schaudern, das Aushalten des Schlagabtausches in manchem Internetforum erfordert hohe Standfestigkeit im Glauben an die Demokratie.

Und auch das ist eine Facette des Problems: Das Vorantreiben der Demokratisierung unserer Gesellschaft kann nur dann zu guten Ergebnissen führen, wenn man die Beteiligten mit dem dafür notwendigen Rüstzeug ausstattet, nämlich Verantwortungs-, Kritik- und Denkfähigkeit. Daraus muss sich das Selbstbewusstsein entwickeln und nicht aus der Liebedienerei mancher PolitikerInnen und Medien, die – um ihr Produkt zu verkaufen – verhaspernd die Botschaft aussenden, jede/r würde schon wissen, wie »es« geht. Damit möchte ich weder einem Elfenbeinturm noch der Polstertürenpolitik das Wort reden, sondern lediglich für das Verständnis des schlichten Sinowatz-Zitats eine Lanze brechen: »Es ist alles sehr kompliziert«. Das ist es in der Tat und die Kompliziertheit nimmt eher zu als ab. Kann bei einer solchen Entwicklung der Ausbau der direkten Demokratie, ja das Infragestellen der repräsentativen Demokratie wie wir es rund um die Ratifikation des EU-Reformvertrages erlebt haben, die adäquate Antwort sein? Ich glaube nicht. Was ich hingegen für notwendig halte, ist die Repolitisierung der Gesellschaft. Ich erwarte mir davon sowohl eine Qualitätssteigerung des politischen Personals als auch des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Als die Liberalen nach ihrer Parteigründung 1993 eine Debatte über Selbstständigkeit und Eigenverantwortung als demokratische Tugenden angestoßen haben, fiel das in die Zeit nach dem Lichtermeer, des für mich beeindruckendsten zivilgesellschaftlichen Signals. Der sich in die Gesellschaft hinein fressenden Fremden-

feindlichkeit, die durch ein Volksbegehren ein Sprachrohr bekommen sollte, setzte man eine Botschaft entgegen: Jede/r ist selbst- und mitverantwortlich für die Stimmung im Land und diese darf sich nicht gegen Menschen richten.

Die liberale Partei wurde aus strategischen Gründen nach dem Lichtermeer begründet, die Idee jedoch wuchs in der Zeit davor. Konservative Kreise erkannten, was auf sie zukam und Andreas Khol reagierte, indem er zwei Fliegen auf einen Schlag nehmen wollte: Er entwarf in seinem Buch »Mein politisches Credo« eine Bürgergesellschaft, die die zum Leben erwachte Zivilgesellschaft und die Liberalen gleichermaßen absorbieren sollte. Unter dem Deckmantel des Gemeinsinns setzte er zur Entpolitisierung an. Indem er die Vereinstätigkeit quasi zum Rückgrat der Demokratie erklärte (nicht ohne das Vereinsgesetz als Errungenschaft des Liberalismus zu preisen), definierte er politisches Handeln neu: Es findet in den Sport-, Tierschutz- oder Feuerwehrvereinen ebenso statt wie in karitativen, und dies sei auch der eigentlich wirkliche politische Wirkungskreis der BürgerInnen. Da die »Erziehung zu Grundwerten und Bürgertugenden als altmodisch verhöhnt« und stattdessen »Erziehung zur Kritikfähigkeit und kritischen Distanz ... in Mode« gekommen sei, müsse dem eine neue Bürgersolidarität des beschriebenen Zuschnitts entgegengesetzt werden. Genau das aber ist das Problem: Solidarisches Handeln unter Ausblendung des kritischen Geistes kann neben Freizeitgestaltung durchaus auch erstrebenswerte praktizierte Nächstenliebe sein, politisch im Sinne des Wahrnehmens gesellschaftlicher Zusammenhänge ist es damit allerdings nicht. Es bereitet den Weg der so genannten Politik der Gefühle, der wohl der missbrauchsanfälligste ist, aber zugleich das Instrumentarium der Demokratie exzessiv nutzt. Es ist der Weg in den Pragmatismus, auf dem das Machbare nicht Ergebnis politischer Interessensabwägung ist, sondern sich an wertefreier, augenblicklicher Nützlichkeit orientiert. Und es ist der Weg zur Privatisierung von Gemeinschaftsaufgaben, zum Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung.

Das meine ich mit Entpolitisierung, die, von manchen gewollt, grassierend um sich greift. Und statt politischer Argumentation werden uns Placebos geliefert: Bilder. Vor dem Schalter einer in Schwierigkeiten geratenen Bank medienwirksam ein Sparbuch zu lösen, enthebt den Kanzler der politischen Erklärung seines Verständnisses von Staatsverantwortung in den Wochen davor: Inszenierung schlägt Erklärung. Wen wundert's dass sie schließlich die Erklärung ersetzt?

Intellektuelle Auseinandersetzungen über unterschiedliche politische Vorstellungen haben's schwer. Einerseits erfordern sie das Mitdenken. Das setzt die Kommunikation der Argumente voraus. Dagegen sprechen Zeit- und Platzkorsett sowie das Quotendenken innerhalb der Medien, die wissen, dass Mitdenken-wollen

unter ihren KonsumentInnen ein Minderheitenprogramm darstellt. Andererseits ist die Diskussion in Österreich als Streit diffamiert und irgendwie wirkt wohl auch noch das Trauma eines Lagerdenkens nach, das unsere Elterngeneration seinerzeit zu den Waffen getrieben hat. Der Wunsch, die entstandenen Gräben zuzuschütten, hat ungewollt auch der Entpolitisierung Vorschub geleistet, die Betonung der Gemeinsamkeit lässt keinen Raum, die tatsächlich vorhandene Unterschiedlichkeit der Gesellschaftsentwürfe öffentlich zu diskutieren. Dieser Diskurs aber wäre notwendig, um die BürgerInnen in die Lage zu versetzen, unterscheiden zu lernen. Um sich wissend zu entscheiden, was man unterstützt, um sich zu wehren, wenn etwas falsch läuft.

Zu glauben, dass diese Ansprüche nur einem intellektuellen Klüngel Freude machen und dienen würden, halte ich für eine fatale Fehleinschätzung. Die Ansprüche sind Ansprüche an die Demokratie. Die Demokratie lebt von Beteiligung. Und die Beteiligung erschöpft sich nicht in Wahlen.

Die Demokratie braucht eine aufgeklärte Zivilgesellschaft, die die Politik mit einem öffentlichen Diskurs begleitet, Entscheidungen transparent macht und Zusammenhänge wahrnimmt. Sie braucht also Menschen, die sich nicht abwenden, sondern interessiert und aufnahmefähig sind. Und neben diesem weiteren Begriff der Zivilgesellschaft braucht sie auch jene Gruppen, die sich um die spontane öffentliche Vertretung von Menschen, Themen oder Grundprinzipien annehmen. Wo es darum geht, öffentlich Haltung zu beweisen. Jede Gesellschaft braucht das, weil sie ohne diese selbstständig ergriffenen Öffentlichkeiten zum Spielball der MachthaberInnen wird.

Als sich 1993 Menschen zum Lichtermeer zusammenfanden, wollten sie Haltung beweisen. Eine Gruppe Privater organisierte ein Zeichen gegen Unanständigkeit. Die politischen Folgen waren nicht berauschend, doch die Rückenstärkung der vielen mittelbar oder unmittelbar Betroffenen soll ebenso wenig unterschätzt werden wie die daraus entstandenen Netzwerke.

Als sich 2008 Menschen zusammenfanden, um gegen den »Verrat an Österreich« ein Zeichen zu setzen und eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag zu erreichen, hatten eine Tageszeitung und politische Parteien dazu aufgerufen. Es war die Organisation des vorher geschürten »Volkszorns«, der sich gegen die Politik richtete, gegen »die da oben«, die das Land »verraten« würden. Man ist geneigt, die Entwicklung der zwischen den zwei Demonstrationen liegenden Jahre für den qualitativen Unterschied mitverantwortlich zu machen. Jedenfalls: Wenn man sich eine wache Zivilgesellschaft wünscht, kann man nicht sicher sein, in welche Richtung sie uns weist. Oder doch? Ich glaube, dass eine aufgeklärte Gesell-

schaft weniger anfällig für zornige Kollektivreaktionen ist, aufmerksamer für Diskriminierung, bereiter, Verantwortungen zu übernehmen. Und dass sie sich selbst Korrektive schafft. Über diese nachzudenken, ist einen eigenen Aufsatz wert. Neben allem, was mir dazu einfällt, weiß ich, worum es mir dabei ginge: Um ein Plädoyer für die repräsentative Demokratie und ein Bildungssystem, in dem sich couragiert politisch denkende BürgerInnen entwickeln können, für die zivilgesellschaftliches Engagement ein Selbstverständnis ist. Und die daher die Politik auch nicht verachten.

# Justizpolitik im politischen Kontext<sup>1</sup>

Udo Jesionek

Die Ära Christian Broda, die mit einer Unterbrechung durch die vier Jahre (von 1966 bis 1970 übte Hans Klecatsky die Funktion des Bundesministers für Justiz aus) von 1960 bis 1983, also über zwei Jahrzehnte die justizpolitische Landschaft Österreichs prägte, war durch große gesellschaftspolitische Umwälzungen geprägt. Da war zuerst die große Strafrechtsreform, die Broda taktisch sehr klug in zwei Etappen realisierte, wobei er 1971 zuerst so umstrittene Punkte wie die Strafbarkeit der Homosexualität unter Erwachsenen entkriminalisierte und dann durch die umfassende Strafrechtsreform 1974, Österreich auf dem Gebiet des Strafrechts in das 20. Jahrhundert führte. Bezeichnend für die kluge Politik von Christian Broda war, dass es ihm gelang, durch viele, viele Veranstaltungen, die Einbeziehung breiter Kreise von Fachleuten und zahlreiche persönliche Gespräche letztlich den Boden zu einer konsensualen Regelung aufzubereiten, sodass die ganze Strafrechtsreform mit einer einzigen Ausnahme, nämlich der Fristenlösung, von allen drei im Parlament vertretenen Parteien einstimmig beschlossen wurde. Ähnlich ging Christian Broda mit dem noch mehr umstrittenen Thema des Familienrechts um, das zwischen 1975 und 1980 in mehrere Novellen aufgeteilt, ebenfalls überwiegend einstimmig vom Nationalrat verabschiedet wurde. Lediglich bei der Frage der endgültigen Trennung der Ehe nach sechs-jährigem Aufheben der häuslichen Gemeinschaft gab es keinen Konsens.

Nach dem Ausscheiden von Christian Broda führte anfangs der freiheitliche Justizminister Harald Ofner noch offene Teile der unter Christian Broda begonnenen Reformen weiter. Die Ära des parteifreien Justizministers Egmont Foregger zeichnete sich nicht durch wesentliche gesellschaftspolitische Implikationen aus, sein Verdienst lag vor allem darin, dass er die Modellversuche zur Einführung der Diversion im Jugendgerichtsgesetz nach anfänglicher großer Skepsis schließlich doch unterstützte und damit den Weg zu einem bahnbrechenden neuen österreichischen Jugendgerichtsgesetz eröffnete. In die Ära Foregger fielen auch die ersten Ansätze zur strafprozessualen Berücksichtigung der psychosozialen Situation der Verbrechenopfer durch Maßnahmen zur Reduzierung der sekundären Viktimisierung (Strafrechtsänderungsgesetz 1987). Der ebenfalls parteifreie Justizminister Nikolaus Michalek setzte das fort und begann vor allem mit den Vorarbeiten zur Erarbeitung der neuen StPO. Der unter seiner Ministerschaft erarbeitete Vorentwurf des neuen

Ermittlungsverfahrens konnte dann in der Ära des freiheitlichen Justizministers Dieter Böhmendorfer zum Abschluss gebracht werden. Dies war aber auch schon eines der wenigen gesellschaftspolitisch relevanten, positiven Ereignisse der Ära Böhmendorfer, die im Übrigen ganz passend zum übrigen gesellschaftspolitischen Klima der schwarz-roten Ära eher durch reaktive Maßnahmen gekennzeichnet war.

Nach der kurzen, nur episodenhaften Ministerschaft von Michael Krüger bestimmte Dieter Böhmendorfer als Bundesminister für Justiz, von Februar 2000 bis Juni 2004, die Justizpolitik in Österreich, dabei voll unterstützt nicht nur von seinem Parlamentsclub, sondern auch vom Parlamentsclub der ÖVP. Während die Justizpolitik bis zur blau-schwarzen Wende vor allem dadurch gekennzeichnet war, dass trotz weltanschaulich unterschiedlicher Positionen eigentlich immer wieder das Gespräch gesucht worden war und größtenteils auch in ganz wichtigen Materien letztlich einstimmige Beschlussfassungen im Parlament zu Stande kamen, war Böhmendorfers Justizpolitik im Wesentlichen durch einsame, jeweils mit dem Regierungspartner akkordierte Entscheidungen gekennzeichnet, in die meist weder die Opposition, noch im Vorfeld die Fachwelt und die Betroffenen eingebunden waren. Darüber hinaus brachten zahlreiche rechtspolitische Weichenstellungen nicht nur Verunsicherungen in Österreich und gravierende Verschlechterungen für das Funktionieren der Justiz und eine vernünftige Kriminalpolitik mit sich, sondern auch eine ganz erhebliche Einbuße an dem guten Renommee, das Österreichs Justiz in den letzten Jahrzehnten im internationalen Bereich gewonnen hatte.

Dass auch die Ära der schwarz-blauen Justizpolitik durch eine manchmal unübersichtliche Vielzahl von strafrechtlichen Novellen gekennzeichnet war, ist keine Besonderheit. Eine Besonderheit dieser Ära war es jedoch, dass die Regierungsparteien nicht einmal im Ansatz einen Konsens mit der Opposition suchten, was die Normakzeptanz nicht unwesentlich beeinträchtigte. Sicherlich hat der Umstand, dass Christian Broda seine wirklich epochalen Umwälzungen im Justizbereich und vor allem durch die Strafrechts- und Familienrechtsreform lange und ausführlich in breiter Diskussion aller interessierten Kreise arbeiten ließ und dass diese großen Reformen, mit ganz minimalen Ausnahmen, jeweils einstimmig im Parlament beschlossen wurden, ganz wesentlich zur Akzeptanz in der Gesellschaft beigetragen.

Noch bis zum Ende der »Ära Michalek« wurde diese Konsenspolitik im Wesentlichen beibehalten und führte zu gesellschaftspolitisch im Allgemeinen durchaus tragbaren Ergebnissen. So war auch, etwa im Strafrechtsbereich, die Zeit bis 1999 durch einen kriminalpolitisch sinnvollen Trend zur Entkriminalisierung, vor allem der Kleinkriminalität gekennzeichnet (insbesondere die Einführung der Diversion für Jugendliche durch das JGG 1988 und für Erwachsene durch die StPO-Novelle

1999, aber auch das StPÄG 1993, um nur Beispiele zu nennen). Die strafrechtlichen Novellierungen seit dem Jahr 2000 zeigen dagegen weitgehend eine nicht unerhebliche Verschärfung der Kriminalisierung.

Anlässlich der Bildung der ersten blau-schwarzen Bundesregierung verlangte Bundespräsident Thomas Klestil die Einsetzung der Expertenkommission zur Prüfung der im Regierungsprogramm vorgesehenen kriminalpolitischen, vor allem auf Verschärfung abzielenden Maßnahmen. Diese Expertenkommission, unter Beiziehung wesentlicher Fachleute aus der strafrechtlichen Theorie und Praxis, machte auch eine Reihe von sinnvollen Vorschlägen zur Entkriminalisierung (und damit auch indirekt zur Reduzierung des Häftlingsstandes) wie etwa in Bezug auf den weitgehenden Entfall der Qualifikation der Gewerbsmäßigkeit bei Kleinkriminalität, Vorschläge im Bereich der bedingten Entlassung und strafrechtlicher Alternativen. Leider wurde kaum einer dieser Vorschläge in der Folge realisiert. Zuletzt machte eine Kriminalpolitische Initiative von Professoren und Praktikern der Strafrechtswissenschaften und des Strafvollzuges einen neuerlichen Vorstoß, der auch kaum auf Gegenliebe stieß. So ist es völlig unverständlich, warum bis heute, trotz überzeugendem Votum der Fachleute, die Qualifikation der Gewerbsmäßigkeit nicht auf schwere Deliktfälle beschränkt wurde. Dass unter Berufung auf diese Gesetzesstelle in den letzten Jahren immer wieder Ladendiebe, die Sachen ganz geringen Wertes gestohlen hatten, zu mehrmonatigen, sogar zu einer 18-monatigen, unbedingten Freiheitsstrafe verurteilt wurden, ist nicht nur kriminalpolitisch völlig sinnwidrig, sondern untergräbt auch ganz wesentlich die Wirkungen der Integrationsprävention, wenn rechtstreue Bürger diese Strafen mit gleich hohen oder noch geringeren Strafen vergleichen, die Personen erhalten haben, die andere Personen schwer verletzt oder sexuell missbraucht haben. Dass an diesen Entscheidungen letztlich unabhängige Richter »schuld« sind, zeigt nur, wie stark das neue kriminalpolitische Klima, das im wesentlichen auf ein »Einsperren« reduziert wurde, auch bei manchen Rechtsanwendern Fuß fasste, die sich aber immer, zumindest formal, auf Gesetzestexte zurückziehen können.

So brauchte es letztlich nicht Wunder nehmen, dass die Haftzahlen in den Jahren der schwarz-blauen Ära geradezu explodiert sind. Während die Zahl der Untersuchungs- und Strafhäftlinge sich in den 80-er und am Beginn der 90-er Jahre relativ stabil bei etwa 6000 bis 7000 Personen einpendelte (die Häftlingszahlen betragen in den Jahren 1988: 6318, 1989: 5946, 1990: 6390, 2000: 6804), befanden sich im Februar 2005 bereits 9060 Untersuchungs- und Strafhäftlinge in österreichischen Justizanstalten. Unbestrittenermaßen ist ein Teil davon auf die verstärkte organisierte Kriminalität, vor allem ausländischer Banden zurückzuführen, doch

sind die Haftzahlen zu einem erheblichen Teil »hausgemacht«. Nicht unwesentlich haben dazu die kriminalpolitischen Entscheidungen der schwarz-blauen Bundesregierung beigetragen, nicht nur die gesetzlichen Verschärfungen (Herabsetzung der Geltung des Jugendgerichtsgesetzes auf das 18. Lebensjahr, Verschärfung im Bereich der unteren Suchtgiftmittelkriminalität), sondern auch organisatorische Maßnahmen, wie die Zertrümmerung der Jugendgerichtsbarkeit in Wien, Graz und Linz und die starke Beschränkung der Ressourcen für Bewährungshilfe, Jugendgerichtshilfe und andere soziale Auffangnetze. Die schon erwähnten Vorschläge der parlamentarischen Expertenkommission und der Kriminalpolitischen Initiative, die in Fachkreisen weitgehend unbestritten sind, und vor allem Alternativmaßnahmen im Sanktionen-Bereich, wie sie sich international bereits bewährt haben und Änderungen bei der bedingten Entlassung vorsehen, würden nicht unwesentlich zur Reduzierung der international gesehen exorbitant hohen Haftzahlen beitragen. Es ist nicht einzusehen, warum in Österreich der globale Anteil bedingter Entlassungen bei einem starken West-Ost-Gefälle derzeit etwa nur mehr bei 20% liegt, wenn etwa in der Schweiz in den letzten Jahren zwischen 80% und 90% der zu unbedingten Freiheitsstrafen verurteilten Straftäter bedingt entlassen wurden, in der Bundesrepublik Deutschland zuletzt mehr als 50%, ohne dass dies zu einer Verschlechterung der Kriminalitätssituation beigetragen hat. Selbstverständlich erfordert eine verstärkte bedingte Entlassung auch eine intensivere Betreuung der bedingt Entlassenen, die im Zeitraum der Probezeit ja auch einer verstärkten Überwachung ihrer Lebensführung zugänglich sind. Doch wären die hierfür aufzuwendenden Kosten wesentlich geringer als die Kosten der Anhaltung so vieler Häftlinge in Strafhaft und die Folgekosten bei erst unbedingter Straferlassung. Dass man aber nicht bereit war, Geld in soziale, die Kriminalität eindämmende Einrichtungen zu investieren, zeigt sich auch darin, dass trotz des exorbitanten Anstiegs der Häftlingszahlen nicht annähernd ausreichendes Personal zur Verfügung gestellt wurde, um einen dem internationalen Standard entsprechenden sinnvollen Behandlungsvollzug zu gewährleisten. In den meisten österreichischen Anstalten kommen auf 100 bis 200 Häftlinge, wenn überhaupt, maximal eine Psychologin oder ein Psychologe und bestenfalls ein bis zwei SozialarbeiterInnen. Erst Bundesministerin Karin Gastinger versuchte diesen Niedergang zu stoppen und mehr geeignetes Personal für die Justizanstalten zu erwirken. Die kriminalpolitischen Initiativen, die Justizministerin Maria Berger im ersten Jahr ihrer Amtszeit setzte, lassen hoffen,<sup>2</sup> dass Österreich nicht nur wiederum an den internationalen Standard herangeführt wird, sondern darüber hinaus seinen unter Christian Broda errungenen Ruf, kriminalpolitischer Vorreiter zu sein, wieder erwirbt.

Das einzige, was Dieter Böhmdorfer zur »Bewältigung« der untragbaren Haftsituation einfiel, war der Bau eines Gefängnisses in Rumänien, um rumänische Staatsangehörige dorthin abschieben zu können. Dazu bedarf es aber nicht des Baues eines Gefängnisses, da aufgrund internationaler Vereinbarungen die Übernahme des Strafvollzuges auch heute durchaus möglich ist. Es bedürfte nur eingehender zwischenstaatlicher Konsultationen, um eine rasche Durchführung eines solchen Verfahrens zu sichern. Und dass der Strafvollzug im eigenen Heimatstaat resozialisierungsfreudiger ist als im Auslandsstaat, bedarf wohl keiner näheren Begründung. Auch hier hat Justizministerin Maria Berger vor allem durch die Ermöglichung des vorläufigen Absehens vom Strafvollzug wegen Aufenthaltsverbotes (§ 133a StVG) erfreuliche Initiativen entwickelt. Worin die Sinnhaftigkeit gelegen war, den Bedürfnissen des Strafvollzuges dadurch zu entsprechen, dass man neue Gefängnisse in Rumänien plant, gleichzeitig aber sinnvolle Einrichtungen des Strafvollzuges im Inland auflöst (wie etwa das Gefangenenhaus des Jugendgerichtshofes Wien oder die Außenstelle St. Georgen am Längsee) ist vernünftig nicht nachzuvollziehen.

Die Justizpolitik von Dieter Böhmdorfer war gekennzeichnet durch eine ganze Reihe von Maßnahmen, die eindeutig eine verstärkte Kriminalisierung junger Menschen zur Folge hatten. Er folgte damit voll der grundsätzlichen Linie der Bundesregierung, die trotz verbaler Bekenntnisse zur Familie viel dazu beitrug, dass sich die Lage der jungen Menschen in den letzten Jahren rapide verschlechterte. Der Bogen reicht dabei von der völlig verfehlten Schulpolitik, die die in der Zeit vor Elisabeth Gehrler so hoffnungsvoll begonnenen Maßnahmen zur Förderung von Problemkindern durch Beistellung von Begleitlehrern, Psychagogen und anderen Förderungsmaßnahmen wieder zunichte machte. Was sich in den letzten Pisa-Studien deutlich niederschlug, über die Reduzierung von Subventionen für die freien Träger der Jugend- und Familienarbeit bis hin zu der erschreckenden Tatsache, dass Österreich heute die größte Jugendarbeitslosigkeit der zweiten Republik aufweist. Es ist geradezu ein Verbrechen, wenn der Staat nicht in der Lage ist, allen jungen Menschen zumindest die Chancen zu vermitteln, einen ordentlichen Schulabschluss zu erreichen und einen ihren Fähigkeiten und Wünschen entsprechenden Beruf zu erlernen und auch auszuüben. Auch hier hat die neue rot-schwarze Bundesregierung Initiativen ergriffen, die allerdings noch ausgebaut werden müssten.

Dieter Böhmdorfers Beitrag zur verstärkten Kriminalisierung junger Menschen begann mit der Herabsetzung des Geltungsbereiches des Jugendgerichtsgesetzes vom 19. auf das 18. Lebensjahr. Während fast alle anderen europäischen Staaten in den letzten Jahren die Grenze der Jugendgerichtsbarkeit – unabhängig von der

jeweiligen Volljährigkeitsgrenze, die ja ausschließlich die zivilrechtliche Geschäfts- und Handlungsfähigkeit berührt, aber nur marginal mit der kriminalpolitisch wichtigen Frage im Zusammenhang steht, wie sinnvoll auf Straftaten junger, noch im Entwicklungsprozess stehender Menschen reagiert werden soll – heraufgesetzt haben und die Anwendung des Jugendstrafrechtes zumindest bis zum 21. Lebensjahr, manchmal auch darüber hinaus vorsehen, ging Österreich geradezu den umgekehrten Weg. Zwar wurde unter dem Etikett »junge Erwachsene« eine zweite Altersgrenze mit Erreichung des 21. Lebensjahres eingeführt, tatsächlich sind aber die meisten sinnvollen Reaktionsmittel des Jugendgerichtsgesetzes, insbesondere die erweiterten Diversionsmöglichkeiten für diese Altersgruppe, die das 18. Lebensjahr bereits vollendet hat, ausgeschlossen. § 36 StGB sieht nur eine Reduktion der Strafuntergrenzen (bei Beibehaltung der hohen Straf Grenzen für Erwachsene, auch für junge Erwachsene) vor und im Übrigen beschränken sich die Besonderheiten auf prozessuale Umstände. Während der ursprüngliche Entwurf des Kindschaftsrechts-Änderungsgesetzes, den noch Bundesminister Nikolaus Michalek eingebracht hat, dem internationalen Trend Rechnung getragen hatte und trotz der Herabsetzung der Volljährigkeitsgrenze auf das 18. Lebensjahr die 19-Jahresgrenze des JGG beibehielt, änderte Dieter Böhmndorfer dies nicht ohne den geradezu zynisch anmutenden Passus in den Erläuternden Bemerkungen der Regierungsvorlage, dass dies ca. 9 Millionen Schilling jährlich für die zu erwartende Vermehrung der Haftplätze kosten würde. Tatsächlich hat diese Verschärfung des Jugendgerichtsgesetzes nicht unwesentlich zu einer stärkeren Kriminalisierung der Jugend und vor allem zu mehr Haften geführt.

Das nächste war eine Verschärfung des Suchtmittelgesetzes, auch und gerade im Bereich der Kriminalisierung von Personen, die lediglich geringe Mengen Suchtmittel zum eigenen Gebrauch erworben haben. In Verbindung mit der Reduzierung der Grenzmengen, die entgegen der überwiegenden Meinung der Sachverständigen vorgenommen wurde, brachte auch dies eine zusätzliche Kriminalisierung junger Menschen.

Ganz schwer traf die jungen Menschen im Großraum Wien aber die Zertrümmerung des Jugendgerichtshofes Wien: Am 1.1.2003 wurde der Jugendgerichtshof Wien vorläufig provisorisch in das Gebäude des Landesgerichtes für Strafsachen Wien transferiert und mit 30. Juni 2003 letztlich aufgelöst. Damit wurden fast 100-jährige Bemühungen, die Jugendgerichtsbarkeit mit allen ihren Bezugsfeldern in Wien bei einem Gericht zu konzentrieren, mit einem Schlag zunichte gemacht.

Schon mit Verordnung des Justizministeriums vom 31.10.1908 wurde angeordnet, dass in allen großen Ballungszentren der damaligen Monarchie die Jugend-

strafsachen auf allen Gerichtsebenen in Verbindung mit den Pflegschaftssachen bei Erziehungsnotständen jeweils in einem Gericht zu konzentrieren seien. Auf der Grundlage dieser Verordnung wurde unmittelbar darauf für den Bereich von Wien eine Sonderabteilung für jugendliche Rechtsbrecher beim Bezirksgericht Wien – Josefstadt errichtet, dem das bereits vorher gegründete »Komitee für Jugendgerichtshilfe« zur Seite stand. Gemeinsam mit der Spezialabteilung beim Landesgericht Wien wurde nun mit dem Aufbau einer zentralisierten Jugendgerichtsbarkeit begonnen.

Wie wichtig früheren Gesetzgebern die Zentralisierung der Jugendgerichtsbarkeit in Wien war, zeigt sich darin, dass zu den ersten Gesetzen, die die Provisorische Nationalversammlung des Staates Deutsch-Österreich nach Gründung der Republik erließ, die Gesetze vom 25. Jänner 1919 über die Errichtung eines Deutsch-Österreichischen Verfassungsgerichtshofes und über die Errichtung von Jugendgerichten waren. In diesem zweiten Gesetz wurde der Staatssekretär für Justiz ermächtigt, Jugendgerichte zu errichten, in denen die Pflegschaftsgerichtsbarkeit über Minderjährige mit der Straferichtsbarkeit in Jugendsachen und einer speziellen Jugendgerichtshilfe vereinigt werden sollte. Eine entsprechende Vollzugsanweisung erging für Wien bereits am 23.9.1920 und führte zu Errichtung des Jugendgerichtes Wien. Nach dem Inkrafttreten des Jugendgerichtsgesetzes 1928 übersiedelte dieses Jugendgericht, jetzt als »Jugendgerichtshof Wien« in das neu errichtete Gebäude in Wien 3, Rüdengasse, in dem nunmehr die Straferichtsbarkeit auf allen Ebenen mit der Vormundschafts- und Pflegschaftsgerichtsbarkeit bei Erziehungsnotständen vereinigt wurde. Um dies sinnvoll bewältigen zu können, wurden im selben Gebäude neben dem Gericht auch die Staatsanwaltschaft, die Jugendgerichtshilfe mit einer entsprechenden Anzahl von Sozialarbeitern und Psychologen, Außenstellen der Polizeidirektion und des Jugendamtes (später auch der Bewährungshilfe) installiert. Unmittelbar angeschlossen war das Gefangenenhaus des Jugendgerichtshofes mit einer entsprechenden Anzahl speziell ausgebildeter Justizwachebeamter, Pädagogen und einer Sicherung durch Sozialarbeiter, psychologischer und psychiatrischer Betreuung.

Sukzessive wurde die Jugendgerichtsbarkeit – die auch in der Zeit des NS-Regimes nicht außer Kraft gesetzt worden war – ausgebaut und führte schließlich zu einer international anerkannten Einrichtung. Zuletzt waren im Jugendgerichtshof Wien sechzehn Richter, sechs Staatsanwälte, zehn Sozialarbeiter, vier Psychologinnen, ein Konsiliarpsychiater, drei Pädagogen und ca. 40 speziell ausgebildete Justizwachebeamte zuständig, um gemeinsam mit dem ins Nebengebäude des Jugendgerichtshofes übersiedelten Jugendamt der Stadt Wien zu versuchen, mit den

Problemen der Jugendgerichtsbarkeit im großstädtischen Bereich fertig zu werden. Dies ist bis dahin auch sehr gut gelungen, was die international anerkannt geringen Kriminalitäts- und Haftzahlen bis 1999 auch beweisen.

Das Funktionieren einer speziellen Jugendgerichtsbarkeit, die sich bemühte, mit den sehr flexiblen Möglichkeiten der Jugendgerichtsgesetze, zuletzt des wirklich hervorragenden, gerade von der Praxis erarbeiteten Jugendgerichtsgesetzes 1988, nicht sofort mit dem scharfen Schwert des Strafrechtes, sondern mit gezielten sozialpädagogischen Maßnahmen vorzugehen, war dem neuen Justizminister Dieter Böhmdorfer und seiner Crew ein Dorn im Auge. Es begann sukzessive eine Aushöhlung des Jugendgerichtshofes durch Reduzierung des Betreuungspersonals im Gefängnis und des richterlichen und nichtrichterlichen Personals, durch eine Reduzierung der Mittel, die für sozialpädagogische Maßnahmen zur Verfügung standen und letztlich wurde das System überhaupt zerbrochen und die bisherigen Kompetenzen des Jugendgerichtshofes wurden auf vierzehn Gerichte (das Landesgericht für Strafsachen Wien, das Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien und vierzehn Wiener Bezirksgerichte) aufgeteilt. Gleichzeitig wurden die jugendlichen Häftlinge, denen in den Zeiten vor Böhmdorfer in der Justizanstalt Wien Erdberg sechs Werkstätten, drei Schulklassen und ein sehr aufgefächertes Sport- und Freizeitangebot zur Verfügung standen, in die Räumlichkeiten der Justizanstalt Josefstadt überstellt, wo sie nunmehr mit 1200 anderen Häftlingen gemeinsam auf engstem Raum eingepfercht nur einen Bruchteil der Betreuungsmöglichkeiten haben, die sie noch in der Rüdengasse hatten, obwohl der Anstaltsleiter der Justizanstalt Josefstadt und sein Personal wirklich überaus bemüht sind, wenigstens einen minimalen Standard zu gewährleisten. Ein klein wenig dessen, was sich in dieser Jugendabteilung abspielt, trat auch an die Öffentlichkeit und hat letztlich auch zu sehr kritischen Bemerkungen in einem Bericht des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung oder Strafe (CPT) – nach dem Besuch des Komitees in Österreich im April 2004 – geführt. Auch in einem neuerlichen Bericht des CPT von 2005 wird die Unterbringung der Jugendlichen in der Justizanstalt Wien-Josefstadt kritisiert und es wird insbesondere gefordert, Schritte zu unternehmen, um die Versorgung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Essen in der Justizanstalt Wien-Josefstadt zu verbessern, vermehrte Möglichkeiten für Aktivitäten außerhalb der Zelle zu schaffen, zu gewährleisten, dass alle in dieser Justizanstalt aufhältigen Jugendlichen in den Genuss ihres Anspruches auf zwei Stunden Aufenthalt im Freien pro Tag kommen. Ebenso wird gefordert, einen voll qualifizierten Facharzt in Kinder- und Jugendpsychiatrie anzustellen, damit sich dieser um die spezifischen Probleme der jugendlichen

Häftlinge kümmern und zu gewährleisten, dass medizinische Forschungen mit jugendlichen Häftlingen vorschriftsgemäß, den internationalen Standards entsprechend, was Information und die Zustimmung der Teilnehmer an der Forschung anbelangt, ausgeführt werden. Endlich verlangt auch der Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg in seinem Bericht über seinen Besuch in Österreich im Mai 2007 ausdrücklich, unter Berufung auf die entsprechende Entschließung des Ministerkomitees, die Schaffung eines Jugendgerichtes.

Dass die Zerstörung der so erfolgreichen Wiener Jugendjustizanstalt Wien-Erdberg (des Gefangenenhauses des Jugendgerichtshofes Wien) geradezu die Keimzelle für spätere Kriminalität legt, leuchtet auch Laien ein. Nicht ganz so augenfällig ist die Zertrümmerung der zentralen Pflugschaftsgerichtsbarkeit bei Erziehungsnotständen. Gerade in den Fällen, in denen die persönliche Entwicklung eines jungen Menschen gefährdet ist, ist es besonders notwendig, ein entsprechendes Auffangnetz zu bilden. Durch die Konzentration aller dieser Pflugschaftsfälle bei einem Gericht in Wien, dem auch eine entsprechende Anzahl von Sozialarbeitern, Pädagogen, Psychologen und Jugendpsychiatern zur Seite stand und das in unmittelbarem Kontakt mit den Jugendwohlfahrtsbehörden und den anderen Stellen der Jugendarbeit war, konnte in den letzten Jahren des ausgehenden Jahrhunderts versucht werden, mit den Problemen gefährdeter Jugendlicher einigermaßen fertig zu werden und zu verhindern, dass sie auf die kriminelle Bahn gerieten. Besonders wichtig war der unmittelbare räumliche Kontakt zwischen den Jugendstraf- und Pflugschaftsrichtern und den Sozialarbeitern und Psychologen der Jugendgerichtshilfe. Durch die Aufsplitterung dieser Kompetenzen auf zwölf Wiener Bezirksgerichte und die Zentralisierung der Jugendgerichtshilfe in der Justizanstalt Josefstadt wurde diese gute Kommunikation wesentlich gestört. Die Auswirkungen dieser katastrophalen Zertrümmerung des Jugendgerichtshofes Wien für unsere Jugend wird man wahrscheinlich erst viel später messen können. Die Erfahrungen, die man bei einer ähnlichen Sozial- und Justizpolitik in England während der 80er Jahre gemacht hat, lassen Schlimmes befürchten. So haben Untersuchungen gezeigt, dass diese Justizpolitik der Thatcher-Ära, verbunden mit einer Sozialpolitik, die die sozialen Ungleichheiten wesentlich verstärkte und einen großen Bereich »relativer Armut« schuf, nicht nur eine erhebliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes der jungen Menschen mit sich brachte, sondern auch eine starke Zunahme von Gewaltkriminalität, Drogendelikten und psychischen Störungen. Deutlich nahmen auch die Schulleistungen ab und zwar erkennbar bei den Leseleistungen der Schüler und den Leistungen in Mathematik. Eine Parallele zu den Ergebnissen der »Pisa-Studien« drängt sich geradezu auf.

In logischem Zusammenhang mit der Zertrümmerung des Jugendgerichtshofes Wien wurde auch die zentrale Jugendgerichtsbarkeit in Linz und Graz zerstört. Diese bestand zwar nur auf bezirksgerichtlicher Ebene, hat sich aber aus den gleichen Gründen wie im Jugendgerichtshof Wien, insbesondere durch den Einsatz spezialisierter Richter und die Konzentration der Pflegschaftsgerichtsbarkeit bei Erziehungsnotständen sehr bewährt.

Kennzeichnend für das mangelnde Verständnis für soziale Aspekte im Bereich der Justiz war auch, dass in der Ära Böhmdorfer neben der Zerschlagung der Jugendgerichtsbarkeit und der Beschränkung der Wiener Jugendgerichtshilfe auch die Ressourcen der Bewährungshilfe ganz wesentlich reduziert wurden. Besonders negativ auf die Haftzahlenentwicklung hat sich auch die starke Reduzierung des nicht unmittelbar mit der Bewachung befassten Personals der Justizanstalten ausgewirkt.

Die NachfolgerInnen von Dieter Böhmdorfer hatten also vor allem einmal den Versuch zu unternehmen, die starken Beschädigungen, die in der schwarz-blauen Ära eingetreten waren, einigermaßen zu beseitigen, was im Hinblick auf die beschränkten wirtschaftlichen Ressourcen natürlich nicht leicht war.

Wie stark Justiz und Kriminalpolitik nicht nur von den gesellschaftspolitischen Prägungen der jeweils herrschenden politischen Parteien bestimmt werden, sondern auch nicht zuletzt die Handschrift des jeweiligen Ressortchefs tragen, kann man an der »Wende« erkennen, die durch den Antritt von Mag. Karin Gastinger – damals noch Miklautsch – mit Juni 2004 eingetreten ist. Plötzlich regte sich wieder einiges im Justizressort und es kam zu fruchtbaren Diskussionen über Verbesserungen im Bereich des Strafvollzugs (insbesondere den Versuch, die in der Ära Böhmdorfer ganz massiv reduzierte Zahl von Sozialarbeitern, Psychologen etc wieder anzuheben) und zur effektiven Realisierung der durch das Strafprozessreformgesetz 2004 für Anfang 2008 vorgesehenen Stärkung der Opferrechte. Das Strafprozessreformgesetz 2004 war eines der großen Gesetzeswerke der Ära Böhmdorfer, wobei allerdings sein persönliches Interesse an den Inhalten dieser Reform nicht sehr auffällig war. Im Wesentlichen ist sie auf die engagierte Arbeit eines Teams von Praktikern (Werner Pleischl, Christian Pilnacek und Eva Fuchs) und intensive Beratungen im Unterausschuss des Justizausschusses zurückzuführen. Da Karin Gastinger nur ganz kurze Zeit das Justizressort führte, konnten eine Reihe von Vorhaben nicht verwirklicht werden, es soll aber fairerweise angemerkt werden, dass Maria Berger mit ihrem wirklich bewundernswerten Reformschub gut auf den Vorarbeiten aus der Ära Gastinger aufbauen konnte. Das erste Jahr der Ära Maria Berger brachte vor allem durch die Einführung des »Haftentlastungspaketes«, aber

auch durch eine Vielzahl anderer Regelungen im Bereich der Justiz endlich wieder den nötigen Reformschub, vor allem auch geprägt durch eine zutiefst humane Grundeinstellung.

Auch nach einem Jahr war der Elan von Maria Berger nicht erlahmt. Ihre engagierten Bemühungen galten unter anderen einer Harmonisierung des Strafvollzuges, der Entwicklung von vernünftigen, der sozialen Eingliederung straffällig gewordener Personen dienenden neuen Projekten, insbesondere im Bereich des gelockerten Entlassungsvollzuges. Aber auch der Behebung von Rückständen im familienrechtlichen Bereich durch Regelung der Rechtsstellung von Patchwork-Familien oder von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften sowie der Beschleunigung zivilrechtlicher Entscheidungen.

Es ist im Interesse Österreichs zu hoffen, dass diese Bemühungen unter der neuen Justizministerin fortgesetzt werden.

## Anmerkungen

- 1 Große Teile des vorliegenden Beitrags sind dem Buch »Dimmel, Nikolaus/Schmee Josef – Politische Kultur in Österreich 2000-2005« (Wien, Promedia-Verlag 2005) entnommen. Ich danke dem Promedia-Verlag für die Abdruckgenehmigung.
- 2 Die Situation hat sich mittlerweile verändert, Maria Berger ist nach der vorzeitigen Nationalratswahl 2008 aus dem Justizministerium ausgeschieden. Sie wird künftig Österreich als Richterin am Europäischen Gerichtshof vertreten.

# Hellers Mantel

Isolde Charim

Am Anfang des politischen Jahres 2000 stand ein Gefühl: Wut. Wut über den Aufstieg der FPÖ, Wut auf das Bündnis mit ihnen.

Zu der Wut kam noch etwas hinzu, von dem man nicht genau sagen konnte, ob es eher ein Gefühl oder eine Erfahrung war: Die Vorstellung einer völligen gesellschaftlichen Spaltung. Natürlich gab es immer schon FPÖ-Sympathisanten. Irgendwo mussten die Wähler ja herkommen. Aber mit der Realisierung als Regierungspartei, mit dem Griff nach der Macht veränderte sich etwas nachhaltig. Von einem Tag auf den anderen schien sich ein unüberbrückbarer Graben zu öffnen. Es gab nur noch jene, die diese Koalition guthießen oder auch nur akzeptierten – was in dieser Situation auf das Selbe hinauslief – und jene, die sie absolut ablehnten. Es schien als sei der Gesellschaftsvertrag gekündigt. Jener Gesellschaftsvertrag, der eine Übereinkunft über die Rahmenbedingungen bedeutet, innerhalb derer man Konflikte austragen konnte. Es schien als sei der Boden für solch eine formale gesellschaftliche Gemeinsamkeit verloren.

Und beide Momente, die Wut und die gesellschaftliche Spaltung, mündeten am selben Ort: im Republikanischen Club.

Es war Peter Sloterdijk, der die Emotion als politische Ressource erster Ordnung rehabilitiert hat. Er hat den Zorn, die »thymotische Energie«, wie er es nennt, als Rohstoff des Politischen ausgewiesen. Es ist dies ein äußerst ambivalenter Affekt, der vor allem als rein negative, gefährliche Gefühlsregung wahrgenommen wird. Sloterdijk unternimmt es, dem Zorn – verstanden als Beherrtheit, mit den dazugehörigen Konnotationen von Stolz, Mut, Ehre – seinen produktiven Aspekt zurückzuerstatten. Er macht diesen zur primären Ressource des Politischen als Einspruch, als Dissidenz.

Aber dieses Rohmaterial müsse in einem genuin politischen Prozess verarbeitet werden. Die Wut des Einzelnen könne nur dann zu einer politischen Kraft werden, wenn sie bewirtschaftet wird. Die individuellen Zornregungen müssen akkumuliert und transformiert werden. Dazu dienen, so Sloterdijks wunderbare Wortschöpfung, die Zornbanken.

Hinter dieser Metapher steht zunächst die Überzeugung, dass Banken nicht nur Geldgeschäfte tätigen, sondern sich der Verwertung aller Arten von Dingen oder Werten widmen können. Auch Emotionen können gesammelt und investiert wer-

den. In solchen Zornbanken deponiert man Empörungen, Leidenserinnerungen und Zornimpulse. Hier werden sie zu »einer aktiven Wert- und Energiemasse komprimiert«. Das Zornvermögen des Einzelnen, das für sich genommen nur intim und ohnmächtig ist, kann hier deponiert werden. Die Parteien fungieren insofern wie eine Bank als sie nicht nur Sammelstellen privater Regungen wären, sondern auch Verwertungsagenturen, die die Einlagen aus Emotion in öffentlich-politische Programme und Aktionen transformieren. Sie erwirtschaften aus intimen Regungen »thymotische« Gewinne. Die Zornbank verwandelt den Zorn: Aus einer »psycho-politischen« Regung wird er zu einem Verwertung fordernden Kapital. Dem unterliegt die Überzeugung, dass die Dissidenzimpulse in den Händen ihrer vereinzelter Besitzer wirkungslos bleiben bis sie aufgegriffen und gesammelt zum Betriebskapital einer »zornbasierten Oppositionspolitik« werden.

Es gibt zwar, so Sloterdijk, eine lange Reihe solcher »Zornkörperbildungen« – »in Gestalt von Geheimbünden, terroristischen Orden, revolutionären Zellen, nationalen und supranationalen Vereinigungen, Arbeiterparteien, Gewerkschaften aller Schattierungen, Hilfsorganisationen, künstlerische Assoziationen«. Aber die klassische Zornbanken sind natürlich die großen Parteien der Unbedingtheit – linke und rechte – gewesen. Diese haben mit den Affekten der Anderen gewirtschaftet. Sie haben ihre Klienten von der »Verlegenheit der Eigeninitiative« entlastet und ihnen auch noch Gewinne in Aussicht gestellt. Nun haben sich diese Parteien aber historisch einer »massiven Veruntreuung des ihnen anvertrauten Zornkapitals« schuldig gemacht, wie Sloterdijk dies in konsequenter Metaphernarbeit bezeichnet. Sie haben ihre Monopolstellung als Zornbanken verspielt. Sloterdijk folgert daraus die Nicht-Sammelbarkeit aktueller Zorn- und Dissidenzquanten.

Tatsächlich muss man hier differenzieren. Der lange Abschied von den großen Zornbankhäusern – so wie der Abschied von den »großen Erzählungen« – bedeutet noch lange nicht das Ende aller politischen Sammlungsmedien. Denn genau als ein solches, als eine Zornsammelstelle, hat etwa der Republikanische Club in den Jahren der schwarz-blauen Koalition funktioniert. Anders gesagt: Es gibt sie noch, die Zornbanken – wenn auch in veränderten Filialen.

Die großen Zornagenturen waren durch fixe Hierarchien, ritualisierte Abläufe, ausformulierte Programme bestimmt. Das heißt, durch ein ausgeklügeltes Setting, das die Verwertung und Vermehrung der politischen Affekte durch die Abkopplung der Emotion vom Einzelnen erzielte, die in die Institution eingespeist wurden. Der Republikanische Club hingegen ist eine »Zornkörperbildung« eigener Art.

Zunächst ist er nur in sehr geringem Maße eine Institution im gängigen Verständnis. Er ist vor allem und in erster Linie – ein leerer Raum. Man darf des-

sen Nutzen für den politischen Aktivismus keinesfalls unterschätzen. Ein leerer Raum ist vielmehr von ungeheurem Wert – bietet er doch die Möglichkeit, ihn zu füllen.

Das heißt also, man wird hier nicht zum Klienten, man wird hier nicht von der »Verlegenheit der Eigeninitiative« entlastet. Aber man hat die Möglichkeit, seinen Zorn selbst umzuwandeln in Aktivität, ihm politische Gestalt zu geben – vom Aufruf, zum Manifest bis hin zur Großdemonstration.

Dazu muss man eines korrigieren: Natürlich ist der Republikanische Club nicht nur ein leerer Raum. Natürlich trifft man hier auf Rudimente einer Institution: Ein Büro, eine funktionstüchtige Organisation, einen Erfahrungsschatz an gehörten, aufbewahrten, archivierten Zornregungen aus früheren Anlässen, ein Mythos der Gründungsgeschichte, der sich im Relikt von Hrdlickas Holzpferd anschaulich materialisiert und vor allem Menschen, die inhaltlich, organisatorisch und politisch kompetent sind – oft in Personalunion. Diese Kompetenz ermöglicht es auch, dass er sich in den letzten Jahren »nebenbei« zu einem bedeutenden und erfolgreichen Diskussionsforum entwickelt hat. Und trotzdem ist der Republikanische Club vor allem ein leerer Raum.

Um dies als Qualität zu verstehen, muss man sich vor Augen halten, dass jede Zeit ihre Art der Zornbank hat. Eine Zeit, in der Großparteien oder große Verbände vorherrschend sind, ist eine andere als eine Zeit der Clubs. Was aber ist das Spezifische eines solchen Clubs? Was entspricht daran seiner Zeit? Die »private« Bewirtschaftung der Zornaffekte? Jeder wird zum politischen Unternehmer seiner thymotischen Regungen, jeder seine eigene Zorn-Ich-AG?

In der klassischen Zornbank, der Großpartei, wird die Institution zu etwas Übergeordnetem. Differenzen hatten sich diesem zu fügen. Es handelte sich also um eine homogenisierte und homogenisierende Institution, in der die Emotion des Einzelnen sich nur unter großer Abstraktion realisieren konnte. Der Club hingegen ist das Gegenteil einer homogenen Institution – mit allen Vor- und Nachteilen, die das bedeutet.

Hier, im leeren Raum, treffen Leute unterschiedlichster Provenienz aufeinander. Das Schlagwort vom Treffen Gleichgesinnter verdeckt, wie disparat Gleichgesinnte sein können. Man muss eher sagen, hier treffen Leute verschiedenster Art dann aufeinander, wenn sie vor allem eines gemeinsam haben: Denselben Zorn. Darüber hinaus können sie gänzlich anderer Meinung sein. Da können nicht nur Treffen zu inhaltlichen, sondern auch zu operativen Fragen durchaus zu qualvollen Übungen werden. Entscheidend aber ist, was aus dem Club, was aus dem leeren Raum in solchen politischen Momenten wird.

Was wird in solchen Momenten – wie etwa den Zeiten vor einer Großdemonstration – aus dem Club? Er wird zum Ort der Organisation. Er wird zum Ort, wo man Differenzen aushalten muss. Aber vor allem wird er zum Ort des Zusammentreffens von Zornenergien. Anders gesagt: Der Republikanische Club ist keine Zornbank, wohl aber eine Zornsammelstelle. Er betreibt nicht die Verwertung der Affekte, wohl aber deren Bündelung. In solchen Momenten erhalten die Emotionen hier eine Ausrichtung auf ein Ziel.

Als solche, als Zornsammelstelle, erfährt der leere Raum in der Rockgasse eine eminente Veränderung: Er wird aufgeladen. Man könnte sagen: Außerhalb der politischen Momente existiert die Zornsammelstelle nur partiell – eher als eine Möglichkeit. Da ist sie eben nur ein leerer Raum mit einem zerschlissenen alten Sofa und ein paar Stühlen. In politisch akuten Zeiten jedoch erfährt dieser Raum eine Aufladung mit Zornenergien, die diesen etwas schäbigen Raum in einen bedeutsamen, zentralen Ort des politischen Geschehens verwandeln, der die unterschiedlichsten Leute anzieht. Es ist also eine extreme Spanne, die den Republikanischen Club bestimmt, eine Spanne, die sich in den wunderbarsten Bildern eröffnet: Während eines Treffens zur Besprechung der Rednerliste auf einer Großdemonstration kam auch André Heller. Er warf seinen Mantel achtlos aber mit Grandezza auf die alte Bank – die alte Bank, die früher Bruno Kreisky gehörte. Da lag nun das elegante Stück, das feine Tuch auf dem abgewetzten Sofa – und verwandelte dieses zu einer Zornbank eigener Art.

## Antirassismus und Antifaschismus

Von innersubjektiver Ablehnung hin zum gesellschaftlichen  
Ausschluss der Anderen

Di-Tutu Bukasa

Rassismus oder Antisemitismus sind oft Ausdruck eines vermeintlichen Selbstschutzmechanismus, was anthropologisch vollziehbar sein mag, aber nicht Jedermanns Sache ist. Diese Haltung ist in Österreich allgemein weit verbreitet. So verkörpert z.B. Martin Graf (FPÖ), 3. Nationalratspräsident, die Kohabitation von Demokrat und Rassist bzw. Antisemit, angeblich zum Schutz der »Österreicher«. Dies erklärt auch, warum ImmigrantInnen zumeist der Überzeugung sind, dass sie in diesem Land nur negativ geduldet sind. Die Frage ist, woher diese negative Haltung gegenüber jenen Mitbürgern aus Afrika, gegenüber Asiaten, Muslimen oder Juden stammt, die mit einer dauerhaften Indifferenz gegenüber den Talenten dieser Menschen verbunden ist. Wenn sich die innersubjektive Ablehnung nach außen kehrt und sich im Sinne von Indifferenz und Ausschluss äußert – wie die Luft, die man zum Atmen braucht –, dann handelt es sich um gesellschaftlichen und institutionellen Rassismus und/oder Antisemitismus. *Wir müssen uns vor der Grausamkeit in uns selbst schützen*, sagte der US Präsident Barack Obama bei seinem Besuch des KZs Buchenwald am 5.6.2009.

Die mit der aktuellen Krise verbundenen Konsequenzen, etwa die steigende Arbeitslosigkeit, liefern nicht nur ein gefundenes Fressen für die faschistoide Denkglogik und ihre Umsetzung im Rassismuskurs eines Landes. Vielmehr bietet sie auch für Politiker wie H.C. Strache (FPÖ) bzw. Stadler (BZÖ) die Möglichkeit, durch das Versagen der Regierungsparteien faschistoide schmackhafte Kritik an der EU-Struktur (global) zu üben, um lokal in Österreich (rassistisch) Einfluss zu gewinnen. Der Unterschied zwischen Antifaschismus- und Antirassismustätigkeit liegt in dem Stil, wie man auf Ebene des Staates die Realpolitik navigiert, d.h. in der Art, wie ein Politiker bzw. ein Land durch sein politisches Design im Kontext der Achse lokal-global damit umgeht. Hier sollten die Ressourcen der Zivilgesellschaft in Mitentscheidungsmechanismen einbezogen werden. Um eine zielorientierte Sicherheits- und Sachpolitik zu verfolgen, müssen die »Fremden« (Anderen) à la Innenministerin Fekter wirtschaftlich und sozial einbüßen. So werden z.B. im Rahmen des Fremdenrechts Maßnahmen getroffen und Gesetze erlassen, die zynischerweise die jungen Leute zu illegalen Handlungen treiben. Sie werden letzt-

endlich mit der Identität »Illegale« abgestempelt, die sie selbst schließlich auch verinnerlichen und danach zu leben beginnen. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit stellt eine nationale protektionistische Politik, die auf Diskriminierung und Kriminalisierung der »Fremden« zielt, um damit den Bürger zu schützen, eine Analogie zum Faschismus und Rassismus dar. Das sind die Konsequenzen der wirtschaftlichen Rationalität. Im globalen wirtschaftlichen Kontext beuten die Länder der nördlichen Hemisphäre, d.h. auch die der EU bis heute jene der südlichen Hemisphäre schamlos faschistoid aus. Unter Berücksichtigung der Ausführungen bedeuten Antifaschismus und/oder Antirassismus demnach alle Strategien und Tätigkeiten, die gegen die neoliberale Agenda zweckmäßig sind.

Welche Alternative hat man: Während die Akteure der Staatlichkeit im Kontext einer neuen Weltordnung auf dem letzten G20-Gipfel begonnen haben, das Universum des Kapitalismus zu zivilisieren bzw. zu zähmen, wäre die Gelegenheit für die Zivilgesellschaft gekommen, Mechanismen der Partizipation von zivilgesellschaftlichen Organisationen – als eine zentrale Bedingung für die Demokratisierung internationalen Regierens – auf breiter Basis einzufordern. anstatt nur zu protestieren und monotheistisch den Finger auf den »ewigen Satan«, den Staat zu richten. Antifaschismus- und Antirassismustätigkeit ist auch eine Diskurstheorie transnationaler Gleichheit und Gerechtigkeit. Dabei geht es politisch in diesen beiden Gegenstandsbereichen nicht nur um eine transnationale institutionelle Grundstruktur, sondern vor allem zunächst um die Veränderung des bisherigen Gleichheits- und Gerechtigkeitsgrundsatzes in Richtung eines Weltgleichheits- und -gerechtigkeitssinns, um von dort aus die distributiven Gesichtspunkte transnationaler Gleichheit und Gerechtigkeit erst richtig in den Blick zu bekommen. Dies wäre eine Voraussetzung, um die Grundfragen eines normativen, insbesondere eines relativ gleichen und gerechten politischen Zusammenlebens im Kontext einer »Weltinnenpolitik« ohne Weltregierung kompetent behandeln zu können. Dafür wäre die Entwicklung der Beziehungen zwischen internationalen Organisationen und der transnationalen Zivilgesellschaft erforderlich.

# Die Wächterin vor dem Wiener Burgtheater – Ein Erlebnisbericht

Eva Dité

Ich kann mir bis heute ein diebisches Lächeln nicht verkneifen wenn ich an ihr vorbei gehe. Manchmal halte ich kurz inne und gedenke, trotz der damaligen düsteren politischen Ereignisse in Österreich oder gerade deshalb, heiteren Gemüts an jene wundersamen sonnigen Märztag im Jahre 2000 in Wien.

7. März. Auch sie wolle ein Zeichen setzen, als Reaktion auf die Angelobung der schwarz-blauen Regierung in diesem Lande, erzählt mir die Bildhauerin Ulrike Truger am Telefon. Und raumstrategisch vor dem Burgtheater. Mit Blick zum Parlament und Rathaus. Im Rücken das Bundeskanzleramt und die Hofburg. Samt Heldenplatz. Ja, da möchte sie sie stehen sehen. Ihre drei Meter hohe, fünf Tonnen schwere, aus Carrara/Stutuario-Marmor gemeißelte Skulptur, *die Wächterin*. Stellung beziehen, im aktuellen politischen Geschehen.

Noch ziemlich aufgeladen von einer Großdemonstration in Klagenfurt, wo ich mitorganisiert und co-modert habe, zurück in Wien, erfreuen mich jedwede weitere Widerstands-Aktivitäten. Bin ganz Ohr. Der Termin zur Einholung der Genehmigung zur Aufstellung der Statue durch die vielen verschiedenen für den öffentlichen Raum zuständigen Magistratsbeamten ist bereits morgen. 12:30 Uhr. Vor dem Burgtheater. Ich komme ebenfalls hinzu. Zur moralischen Stärkung der Bildhauerin. Und so kann ich wahrheitsgetreu berichten.

Der 8. März 2000 zur Mittagszeit ist ein sonniger, jedoch kühler und sehr windiger Tag.

Ich komme, wie noch nicht erwähnt mit zehnminütiger Verspätung, zum vereinbarten Ort. Der Anblick einer Gruppe von Männern, die ich zunächst nur von hinten zu sehen bekomme, erheitert mich seltsam. Die Körpersprache verrät, dass sie vehement auf jemanden einreden und ich vermute folgerichtig die Freundin Ulli Truger hinter dem erregt-bewegten Beamtenparavent. Ich erahne bereits von weitem was mir schon bald der Wind in baritonalem Wortfetzen zutragen sollte: »*das geht unmöglich, auf gar keinen Fall, schlagen Sie sich das aus dem Kopf, ganz und gar unmöglich ...*«

Klingt ja ziemlich vielversprechend denke ich, als ich auch schon durch Ellbogen und Aktentaschen die Bildhauerin erspähe. Mit einem gequälten Lächeln begrüßt sie mich. Es scheint als wären alle ihre Vorbereitungen umsonst gewesen. Der Tieflader ist bereits für morgen bestellt ...

Da passiert etwas sehr merkwürdiges mit mir. Je mehr die Beamten ihre Ablehnung zur Aufstellung der Skulptur äußern und Urike Truger in die Enge treiben, umso öfter höre ich mich mit unerklärlicher Gewissheit das Gegenteil davon zu behaupten. Lapidare Sätze wie »Verlassen Sie sich darauf, die Wächterin steht morgen an ihrem Platz« oder »Sie können sicher sein, dass die Skulptur morgen hier auf diesem Rasen stehen wird«. Felsenfest, wie in Stein gehauen [!] kommen mir diese Worte von den Lippen. Die Beamtschaft, so werde ich das Gefühl nicht los, betrachtet mich ihrerseits mit Ratlosigkeit. Hält mich zweifellos für eine Spinnerin. Ebenso, habe ich den Eindruck, denkt sie über die Bildhauerin. Zwei spinnende Frauen. Lass'ma' sie weiter spinnen. Gemma. Mögen sie sich wohl gedacht haben, die Herren Beamten, und räumen das Feld. In der ersten Enttäuschung will Ulrike Truger in ihr Atelier zurück fahren. Sie friert. Muss der Transportfirma absagen, alles rückgängig machen.

Doch Eva Dité ist an ihrer Seite und will das eben Erlebte so gar nicht zur Kenntnis nehmen. Prinzipiell. Erst recht nicht an einem 8.März. »Wann, wenn nicht jetzt / Wer, wenn nicht wir?!«

Ein kurzes Ohnmachtsgefühl, starrt sie eine Weile ins Leere. Fern von Straßen-, Touristen-, Fiakergetümmel. Himmelwärts. Da unversehens entspannt sich ihr durch Weitsichtigkeit geschärftes Auge beim Anblick des Standartenträgers. Hoch oben auf dem Rathausurm. »Vom Volk auch liebevoll Rathausmann genannt.« Einfach die Straße überqueren, den Karl-Lueger-Ring. Rein ins Büro des Bürgermeisters. Komm Ulli.

Die beiden jungen Büro-Mitarbeiterinnen sind sichtlich nervös. Wir beteuern, uns nicht von der Stelle zu bewegen, bis wir unseren Landesvater in jener Sache gesprochen haben.

Die Sonne brennt durch die Fensterscheiben. Kurz wieder das Gefühl, als leicht irr eingestuft zu werden. Wir werden freundlich mit Mineralwasser versorgt. Im Nebenzimmer wird heftig telefoniert. Dann. »Der Herr Bürgermeister ist nicht da, kommt heute höchstwahrscheinlich nicht mehr.« »Macht nichts, wir warten.« »Vielleicht kann Ihnen Herr Sowieso, sein Sekretär ...?« »Nein danke, wir warten auf unseren Bürgermeister.« »Ja aber ...« »Erinnern Sie ihn bitte, dass heute der Internationale Frauentag ist, er möge doch an diesem Tag mal ein offenes Ohr für zwei seiner Bürgerinnen haben« höre ich mich noch erklären. Da hat Ulli Truger eine andere Idee. Also ändern wir unseren Plan, versprechen jedoch später wieder zu kommen.

Wir gehen ins nahegelegene Kulturamt. Dort kennt man zum Glück die Bildhauerin Ulrike Truger. Der für die bildende Kunst zuständige Beamte ist außeror-

dentlich nett. Es wird bloß die längste Zeit aneinander vorbei geredet. Der Irrtum. Es wird vermutet, Frau Truger sei wegen einer ihrer anderen Skulpturen, der Kaiserin *Elisabeth*, gekommen. Für diese gehen bereits mühevoll Verhandlungen mit der Gemeinde Wien voraus. Damit das Kunstwerk auch angekauft und in den öffentlichen Raum gestellt werden kann. Unnötig zu erwähnen, dass es sich dabei um keine übliche in den Stein gemeißelte Sissy handelt. Heute, 2008, hat *Elisabeth*, die Kaiserin von Truger längst ihren Platz hier in Wien. Im Lainzer Tiergarten. Obwohl sie 2001 mitten im Vierten, zentral am Karlsplatz feierlich aufgestellt wurde. Offiziell. Mit Kulturstadtrat und Bezirksvorsteherin. Das weiß ich genau. Habe selbst zur Feier des Anlasses höchstpersönliche Gedichte von Sisi vorgetragen. Welche Überraschung, als sie Jahre später bei einem meiner raren sorglosen Spaziergänge im Lainzer Tiergarten so unerwartet vor mir steht. Elisabeth von Österreich. Eine Reisende. Immer noch ...

Doch zurück zum 8. März 2000 in das Kulturamt Wien, wo sich eben der Irrtum auflöst und wir letztendlich doch noch auf die Wächterin zu sprechen kommen. Es wird bedauert, sehr sogar, dass uns diesbezüglich absolut nicht geholfen werden kann. Ohne Genehmigung könne eine Skulptur in Wien nicht aufgestellt werden.

»Die Beamteten haben's auch nicht leicht« sage ich zu Ulli im Stiegenhaus. »Zum Glück sind wir keine« [!] Was für ein erlösender Gedanke. Nein, wir werden der Transportfirma nicht absagen. Im Gegenteil. Wir werden unsere Freundinnen und Freunde verständigen und einladen, bei der Aufstellung der Wächterin dabei zu sein. So schnell wird der Mensch und sein Ebenbild in Stein illegal. Join the party! Ein Protest gegen die ergaunerte schwarz-blaue Regierungskoalition. Wer hat uns denn gelehrt zu schummeln? Regelrecht vorgeführt, wie Demokratie ad absurdum geführt werden kann? Außerdem, wir können beweisen, wie sehr wir uns um die Legalisierung des Aufenthaltsrechts der Wächterin bemüht haben. Und das möchte ich sehen, wie diese Grand Dame aus Carrara/Stutuario von Polizisten abgeführt resp. weggetragen wird ...

9. März 2000, 8:30 Uhr. Es ist noch ziemlich ruhig rund um die Wiener-Ringstraßen-Sehenswürdigkeiten. Nur eine große weiße Marmorstatue hängt schwebend auf einem Tiefladerkran vor dem Burgtheater in der Luft und versucht langsam ihre Stellung auf dem provisorischen Holzpodest einzunehmen. Der Rasen duftet. Die Sonne bricht aus dunklen Wolken hervor. Ein wunderbares Bild. Hier steht sie nun, die Wächterin. Kraftvoll. Erhaben. In sich ruhend. Wie aus einer anderen Sphäre. Und doch macht sie den Eindruck als habe sie immer schon hier gestanden.

Einige mutige FreundInnen und neugierige Bekannte sind gekommen. Aufgeschlossene Burgtheater-Schauspielerinnen gesellen sich lachend hinzu. Ein Förderer und Mäzen der Bildhauerin schüttelt ihr wohlwollend die Hand. Die Historikerin Lisa F. ist ebenfalls hier und erklärt vorbeiziehenden Schulklassen-Kindern samt zugehörigem Lehrpersonal, dass sie hier das Neueste für ihren Geschichtsunterricht lernen können. Ich deklamiere und rezitiere Gedichte und was sonst noch alles zu einer würdevollen deliktischen Einweihung gehört. Wenig später sitzen wir alle glücklich gegenüber, im Café Landtmann. An einem Fensterplatz. Die starke *weiße Frau* wachsam im Auge behaltend ... Der Alltag beginnt.

Jahre der Illegalität hat sie hier im Herzen Wiens überlebt, die Wächterin. In dieser Zeit ist sie auch oftmaliger Treffpunkt vieler Frauen, die zornige Brandreden gegen die schwarz-blaue Regierungspolitik halten. Es wird auch musiziert, getanzt und getrommelt, bevor anschließend gemeinsam durch den Volksgarten zum Ausgangspunkt der donnerstägigen Widerstands-Wandertage, zum Heldenplatz, aufgebrochen wird. Da plötzlich.

1. April – kein Scherz – 1. April 2004, 17Uhr wird zur amtlich genehmigten »FEIERLICHEN INTHRONISIERUNG« eingeladen. »Ulrike Truger gibt sich die Ehre, die Legalisierung ihrer WÄCHTERIN vor dem Burgtheater bekannt zu geben«.

Alles hat nun seine Ordnung. Es sprechen die Herren Bezirksvorsteher-Stellvertreter und UniversitätsDozentDoktor, man schüttelt einander die Hände. Alles ist gut.

Trotzdem. Ich kann mir bis heute ein diebisches Lächeln nicht verkneifen wenn ich an ihr vorüber gehe ...

»Wir gehen jetzt hier herum ...«\*

Elfriede Jelinek

Wir gehen jetzt hier herum, weil wir sind, was wir sind: Frauen. Wir gehen also aufgrund unseres biologischen Seins, denn wer fragt danach, wer oder was wir wirklich sind. Wir sind eine Gruppe, die ihre Interessen durchsetzen muss gegen eine Regierung, die ihr Rechte nehmen oder gar nicht erst gewähren will. Auch Rassisten gründen ihre Vorurteile ja auf Biologisches. Sie sind gegen bestimmte Menschen, weil die sind, wie sie sind, wofür sie natürlich nichts können. Nicht durch Leistung können sie sich in die Gunst der Rassisten hineinschmuggeln, nur manchmal durch Schönheit, wie schwarze Models beweisen, so ziemlich das einzige gesellschaftlich sanktionierte Auftreten, das ihnen zugestanden wird. Für uns scheint, außer Schönheit, noch die Mutterschaft übrig zu bleiben, »familienfreundlich« nennt sich die neue Politik. Die Frau ist ihre Familie. Doch sie wird einerseits, als Mutter, fetischisiert, andererseits verachtet, mit Almosen abgespeist und vom Arbeitsmarkt möglichst ferngehalten. Also unser Sein als Frau wird vorausgesetzt, es gehört sozusagen zu unserem wir es uns nicht eigens erkämpfen. Mir scheint da, zwischen dem weiblichen Sein und dem des Künstlers, der Künstlerin, genau diese Parallele zu bestehen: Einerseits fetischisiert, von der Öffentlichkeit als »prominent« vergötzt (man zehrt auch gern vom Ruhm, den »unsere« Künstler, am besten im Ausland, möglichst weit weg, erwerben), andererseits als Staatskünstler diffamiert, als Gutmenschen verachtet, als political correctness-Fanatiker lächerlich gemacht. Da oszilliert man also zwischen zwei Formen des Existierens, die beide eigentlich unreal sind. Der Grund eines anderen, einfach nur: zu sein, wird von Leuten in Frage gestellt, die auch nichts anderes sind als der, dem sie seine bloße Existenz nicht zugestehen mögen. Den nennen sie »anderes«, und daher soll er nicht sein, wird also in Frage gestellt. Er darf zwar für uns arbeiten, aber sein wie er ist, das darf er nicht, der Fremde. Er soll anders sein, dann wäre er wie wir. Nein, dann wäre er immer noch nicht wie wir. Er wird nie sein wie wir, egal, was er tut. Wir definieren ihn, das ist unsere Macht, wir sind sein Maß. Es wird ihm, ihr keine Voraussetzung zu sein ermöglicht, weil sie immer ein Dazwischen bleiben müssen, die Frauen, die KünstlerInnen UND die Fremden, die am gefährdetesten sind. Sozusagen zwischen sich und sich in der Luft hängend sind sie alle. Als wären sie unentdeckte Kontinente, die erst erschlossen werden müssten, damit man ihre eigene Wahrheit versteht. Aber an der scheint im Moment niemand interessiert zu sein.

So werden wir uns wohl weiter endlos sorgen müssen, um Kindergartenplätze, um Arbeitsstipendien, um Räume, unsere Kunst vorzuzeigen, und so weiter, und nur in der Sorge um etwas werden wir sein können. Ein Negativ im Negativ. Es ist seltsam, dass man entschlossen sein und kämpfen muss, nur damit man sein darf, und das Dasein will, da schließt sich der Kreis der Rassisten, dem Anderen, jedem Anderen, nicht gönnen. Deshalb gehen wir jetzt halt los und schauen mal, wo wir ankommen werden. Dann werden wir ja weiter sehen.

### Anmerkung

- \* Rede anlässlich einer Auftaktveranstaltung vor der »Wächterin« vor dem Burgtheater zu einer Donnerstag- Wanderung am 4. 5. 2000.

## Das Ohr an den Glasfasern der Geschichte ...

### Zur Konfliktanordnung des digitalen Vaterlandsverrats

Martin Wassermair

Screenshot 1: Im Spätherbst 2007 warb eine italienische Textilhandelskette auf ihrer .at-Website für die Kollektion des nahenden Winters. Männliche Models posierten auf kunstvoll gefertigten Fotos, deren Ästhetik in erster Linie durch die raffinierten Details der für die Aufnahmen gewählten Umrahmung zur Entfaltung kommen sollte. Es war ein durchaus kundiges Auge erforderlich, um der Collage zu entnehmen, dass es sich im Hintergrund um Rachel Whitereads Mahnmal handelte. Unversehens mutierte das Monument am Wiener Judenplatz zur digitalen Matrize einer globalen Marketingoffensive, die sich nicht dem Erinnern an das Grauen der NS-Tötungsmaschinerie verpflichtet fühlt. Die Visualisierung des Unaussprechlichen wurde mit wenigen Kunstgriffen des Grafikdesigns zum Opfer der Gier nach Umsatzsteigerung.

Screenshot 2: DJ Tomekk, ein Rapper, der sich aus einer Berliner Plattenbausiedlung in die vordere Liga der internationalen HipHop-Szenen empor gearbeitet hatte, zählte Anfang des Jahres 2008 zu jenem Kreis der schon etwas ramponierten Prominenten, die als Beteiligte am »Dschungelcamp« dem Kölner Privatsender RTL zu Gewinn bringenden Einschaltquoten verhelfen sollten. Was als Adventure-Klamauk konzipiert ist, kann aber auch sehr schnell zu nicht mehr steuerbarer Entthemung führen. In Windeseile wurde wenige Stunden vor Übertragungsbeginn ein verwackeltes Video auf den verschiedensten Internet-Plattformen herum gereicht, das den international bekannten Musiker mit dem zum Hitlergruß erhobenen rechten Arm und beim Absingen der Nazi-Hymne »Deutschland, Deutschland über alles!« zeigte. Das Barometer der Marktanteile schlug dann tatsächlich kräftig aus. Allerdings für das Online-Portal der deutschen Bild-Zeitung, die des Rappers unsägliche Entgleisung in rasantem Tempo an die Öffentlichkeit beförderte und damit wohl auch mit hoch dotierten Zuwendungen der Werbewirtschaft rechnen durfte.

Die ausgewählten Bildschnipsel erzählen nicht vom ganzen Umfang des Sachverhalts. Das Urwald-Abenteuer ging nämlich für Tomekk bereits zu Ende, noch bevor er sich mit der Machete im Kampf gegen Naturgewalten als TV-Entertainer beweisen konnte. Der Quoten-Tanker RTL geriet angesichts der Protestwelle so sehr ins Wanken, dass nur durch den Rauswurf ein noch größerer Schaden abzuwenden war. Und auch die italienische Modemarke beugte sich den Widerständen.

Schon wenige Tage nach Veröffentlichung ersetzte das Unternehmen die Online-Fotos kommentarlos durch andere Sujets. Zu groß war die Anzahl der vor allem per e-Mail eingelangten Reaktionen, das ließ dann auch die aufs Image bedachte Geschäftsleitung nicht mehr kalt.

Screenshot 1 und 2 müssen jedenfalls als Hinweise auf die Realitäten der gegenwärtigen Medien- und Warenwelt betrachtet werden, die nur durch ein Verständnis der neuen und mehrdimensionalen Gefüge von Bezeichnen und Interpretieren zu erfassen sind. Vor allem haben die fundamentalen Veränderungen der digitalen Kommunikation eine, wie es der US-amerikanische Kulturkritiker Timothy Druckrey bereits vor mehr als einem Jahrzehnt in seinen kritischen Betrachtungen zu den neuen Informationsökonomien und zur Bewusstseins-Industrie formulierte, »intelligente Umgebung mit mehreren Schnittstellen« geschaffen, die »die Beziehungen zwischen Sprache, Gedächtnis, Körper, Ästhetik, Politik und Kommunikation neu definieren«. Die Auseinandersetzung mit Macht und Machtverhältnissen, sei es in Gestalt der politischen Ausübung von Regierungsherrschaft, als ökonomische Monopolstellung, oder aber auch als Ausdruck einer hegemonialen Deutungshoheit über historische Ereignisse und Entwicklungen, kann sich den Zeichen- und Ordnungssystemen des digitalen Zeitalters nicht verschließen. Wer also die Intervention sucht, um mit politischen Statements und aktivistischen Manövern gegen die Macht von Staat, Parteien, Wirtschaft und Medien anzutreten, ist gut beraten, dafür zeitgemäße Instrumentarien zur Anwendung zu bringen. Die Überlegung, den Bausatz eines hölzernen Pferdes aus dem Keller hervor zu holen, von Staub und Spinnweben zu befreien und damit auf stark frequentierten Plätzen der Stadt größtmögliches Aufsehen zu erregen, mag vielleicht so viele Jahre nach der Causa Waldheim nostalgische Erinnerungen an die Auflehnung gegen den Gedächtnisschwund eines ganzen Landes neu beleben – im Hinblick auf taktische Zielgenauigkeit greift sie allemal zu kurz. Die neuralgischen Zonen der politischen Öffentlichkeiten liegen heute in vernetzten Telekommunikationssystemen, die zwar eine noch nicht da gewesene technische Komplexität aufweisen, aber erst durch ihre Nutzung konkrete Form und Bedeutung erlangen. Die zunehmende Vermarktung der Netzstrukturen, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit in der Infosphäre sowie der Ausbau von Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen im Internet haben der Utopie einer digitalen Überwindung der herrschenden Verhältnisse schwere Niederlagen zugefügt. Dissens und gesellschaftlicher Widerstand stehen somit umso mehr vor der Herausforderung, durch eine kluge Implementierung des politischen Potentials der neuen Medien zu eigener Wirkungsmacht zu finden. Die folgenden zwei Projektbeispiele haben sich an diesem Ziel versucht.

Im Mai 2005 grasten in einer etwas entlegenen Ecke der Belvedere-Gärten in Wien zwei Handvoll Kühe. Das Projekt 25 Peaces, ein kulturelles Begleitprogramm zu den Jubiläumsfeierlichkeiten der rechtskonservativen Bundesregierung im Staatsvertrags-Gedenkjahr, schuf auf diese Weise einen kleinfächigen Erlebnispark zur Erinnerung an die sowjetische Besatzungsmacht, die in den Jahren von 1945 bis 1955 mit landwirtschaftlichen Maßnahmen in der Innenstadt die Versorgung der Bevölkerung sicher stellen wollte. Die nur für wenige Tage angelegte Aktion wäre weitgehend unbemerkt geblieben, hätte sich nicht die Nachricht wie ein mediales Lauffeuer verbreitet, dass eine der Kühe – und zwar jene des Namens »Rosa« – schon in der ersten Nacht gewaltsam entwendet worden war.

Das bislang völlig unbekannt »Kommando Freiheit 45«, eine militante Gruppe unter der zusätzlichen Kennung »Zellen Kämpfender Widerstand«, übernahm in geheimnisvollen Videobotschaften und Kommuniqués die Verantwortung dafür und – stellte Forderungen. Das Leben der Geisel sei in Gefahr, sollten sich ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und ORF-Generalintendantin Monika Lindner weigern, am symbolträchtigen 15. Mai, der historischen Marke der Staatsvertragsunterzeichnung, in der Hauptnachrichtensendung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens eine Erklärung zu verlesen, die vor dem Millionenpublikum die »historische Lüge« und »nationale Verhetzung«, den fortan bloßgestellten Zweckbestimmungen des so genannten »Gedankenjahrs«, mit allem gebotenen Nachdruck eingesteht. Doch damit nicht genug: Österreich müsse zudem endlich der Bedeutung der Partisaninnen und Partisanen bei der Befreiung von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft Rechnung tragen. Eine diesbezügliche Gedenkstätte sei dafür ebenso ein erster und längst überfälliger Schritt, wie auch die Zahlung von Anerkennungsgeldern in der Höhe von zehn Millionen Euro an die bis in die Gegenwart geschmähten Deserteure der ehemaligen Deutschen Wehrmacht.

Die Polit-Guerilleros legten die Entscheidung über Wohl und Wehe der Kuh »Rosa« unerschrocken in die Hand der staatlichen Autoritäten. Eine breite Anteilnahme ließ nicht lange auf sich warten. Dafür sorgten die wie ein Trommelfeuer angelegte Medienpräsenz sowie vor allem eine martialische Bild- und Textinszenierung, für die auch so mancher Tageszeitung Platz zur Veröffentlichung abgerungen werden konnte. Kurzum: Österreich zitterte mit dem Schicksal der politischen Gefangenen. Doch es kam, wie es kommen musste. Schon am Tag nach den Staatsvertragsfeiern wurden alle Hoffnungen enttäuscht. Die Bundesregierung verweigerte jede Stellungnahme sowie auch die geforderten Entschädigungsleistungen. 1,5 Kilogramm Plastiksprengstoff, so konnte man sich anhand eines zum Nachweis der rigorosen Entschlossenheit überbrachten Videoclips überzeugen, setzten

der Kuh »Rosa«, für deren Unversehrtheit zuvor sogar eine namhafte Tierschutzorganisation den diskreten Kontakt zu den stets verummten Widerstandszellen gesucht hatte, ein jähes Ende.

Die realen Hintergründe blieben nicht lange im Verborgenen. Schnell wurde klar, dass die eigentliche Urheberschaft in den Kommandozentralen der Wiener Medienkultur-Institution Public Netbase zu ermitteln ist. Hier war nach Wochen langer Vorbereitung ein virtuelles Drama geschaffen worden, das die offizielle Geschichtsdarstellung des nationalen Jubeljahres mit einer widerständigen Ikonografie konfrontierte. Der Kuh wurde kein Haar gekrümmt, im Gegenteil, sie hat niemals existiert. Einer der zentralen Ansatzpunkte des nunmehr als Fake enttarnten Medien- und Kommunikationsprojekts war es, gängige und weitgehend unreflektierte Bildwelten aufzubrechen und durch Dissonanz zu dekonstruieren. Die damit in Gang gesetzte Dynamik hielt selbst für die Projektverantwortlichen Überraschungen bereit. So nahmen etwa die Bekennerbriefe des »Kommando Freiheit 45« plötzlich eigenständig ihre Wege und vervielfältigten sich in Weblogs, TV-Berichten und Printmedien zu einer, wie es die Erläuterung zum Projekt-Archiv bezeichnet, »hermeneutischen Polyphonie« von Sympathiebekundungen, Nachahmung und Gegnerschaft. Davon erhalten geblieben ist eine umfangreiche Dokumentation, die den Bestand des »virtuellen Straßentheaters« nachhaltig gewährleistet – und damit auch eine öffentlich verfügbare Erinnerung an ein urbanes »Entführungsdrama mit der subversiven Energie des Absurden als Gegeninszenierung öffentlichen Widerspruchs«.

Die Plattform Public Netbase ist bis zu ihrer – von der Wiener Kulturpolitik durch Finanzierungsentzug erzwungenen – Schließung im Jahr 2006 immer wieder mit Projekten und Unternehmungen in Erscheinung getreten, die irritierende und mitunter verstörende Interventionen in Kommunikationsprozessen zum Inhalt hatten. Doch diese international viel beachtete Praxis in Kunst und Medien beschränkte sich keineswegs auf den städtischen Raum als Austragungsort gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Als etwa das Unterrichtsministerium unter ÖVP-Führung Anfang 2005 ein Österreich-Quiz im Internet präsentierte, das in erster Linie darauf abzielte, Schülerinnen und Schülern auf spielerische Weise historische Ereignisse und die politischen Zusammenhänge zu vermitteln, durfte die offizielle Regierungslinie, Österreichs soziale und kulturelle Entwicklung nach 1945 als Erfolgsgeschichte der rot-weiß-roten Eintracht darzustellen, nicht unwidersprochen bleiben. Schon kurz darauf hielt ein unabhängiges Österreich-Quiz dagegen, das bereits im Titel das Konfliktpotential einer konfrontativen Auseinandersetzung mit Identitätspolitik und einer Erinnerungskultur unter nationalistischer

schen Vorzeichen zum Ausdruck brachte. »Patriotismus oder Vaterlandsverrat. Wo stehen Sie in Österreich?« setzte auf die enge und schon oft erfolgreich erprobte Verbindung des spielerischen Charakters solcher Tools mit sachlicher Information, die zuvor im Kreise politik- und geschichtswissenschaftlicher Expertinnen und Experten redaktionell aufbereitet worden war. Dabei standen insbesondere Themen und Diskurse im Vordergrund, die im von zahlreichen staatlichen Institutionen und Bildungseinrichtungen getragenen »Gedankenjahr« nicht zur Sprache kommen sollten. Im folgenden eine Auswahl aus den insgesamt 22 Fragen:

»1995 wurden in Oberwart vier Roma Opfer eines rassistischen Mordanschlags: Wie wichtig ist es, im Rahmen des Jubiläumsjahres 2005 daran zu erinnern?«, »Mitglieder der österreichischen Bundesregierung singen und spielen in volkstümlichen Kostümen gerne das Lied ›Hoch auf dem Gelben Wagen‹. Wie sehr können Sie sich mit Brauchtumpflege und Neo-Folklorismus identifizieren?«, »Während Engelbert Dollfuß (Bundeskanzler 1932-1934) von vielen als patriotischer Märtyrer gefeiert wird, sehen andere in ihm einen Feind der Demokratie, der mit der Ausschaltung des Parlaments eine faschistische Diktatur errichtet hat. Soll sein Andenken in Ehren gehalten werden?«, »Das Bild der ›Vier im Jeep‹ ist in allen Schulbüchern zu sehen: Wie wichtig ist der Anteil von Partisaninnen und Partisanen an der Befreiung Österreichs?«, »1950 wurde Bertolt Brecht in Österreich eingebürgert. Als ›Schmutz- und Schund-Autor‹ stieß er auf große Ablehnung und auf einen breiten Boykott der Medien und Theater. Halten Sie das für gerechtfertigt?«, »Das öffentlich-rechtliche Fernsehen rückt immer weiter von seinem auf Vielfalt und Weltoffenheit bedachten Kultur- und Bildungsauftrag ab. Sind Sie der Meinung, dass der ORF noch stärker zur Verbreitung von Alpenromantik und Heimatgefühl beitragen soll?« sowie auch »In Österreich leben immer mehr alte und immer weniger junge Menschen. Halten Sie es für eine nationale Verpflichtung, Kinder zu bekommen?«

Das ominöse Jahr 2005 war eines Tages zu Ende, während das alternative Österreich-Quiz über die Abschlussveranstaltungen hinaus noch weiter zur Verfügung steht. Damit weist auch das Ergebnis noch immer die jeweilige Zuordnung auf eine typologischen Skala aus, der wiederum spezifische Eigenschaften und Verhaltensmuster zugewiesen werden: Vaterlandsverräter (sagt zur Marmelade Konfitüre; versteigert Staatsbürgerschaft gegen billiges Geld bei eBay; ...), Nestbeschmutzer (hat die Redaktion der New York Times im Handy eingespeichert; lernt für den Südtirolurlaub Italienisch; ...), Vernaderer (zahlt seit Februar 2000 keine Rundfunkgebühr mehr; bevorzugt Party statt Kinder; ...), Fern der Heimat (fährt in die fran-

zösischen Alpen zum Skifahren; zieht Running Sushi dem Martinigansl vor; ...), Lodenfreak (rechnet alles noch in Schilling; lädt sich am Sonntag den Gottesdienst aufs UMTS-Handy; ...), Musikantenstadl (fährt mit dem Traktor zum Blockflötenkonzert; Bausparvertrag unterm Kopfpolster; ...), Austrokoffer (Schnitzelhaus statt McDonalds; wartet vergeblich im ORF-Programm auf die Bundeshymne zu Sendeschluss; ...) und schließlich der Hurra-Patriot (sagt zu Slowenien Untersteiermark; trägt rot-weiß-rote Unterwäsche und sieht im Schützenverein den Ausweg aus der Bildungsmisere; ...).

»Leg' dein Ohr auf die Schienen der Geschichte«, appellierte die für ihre politischen Songtexte bekannte HipHop-Formation Freundeskreis zu Beginn der 1990er Jahre, um auch bei den jugendlichen Zielgruppen das Interesse an historischen Verläufen und Kontexten zu wecken, die sich tief in die unmittelbare Alltagswelt mit ihren globalen Ausmaßen eingeschrieben haben. Auch heute noch werden die gesellschaftlichen Strukturen gerade von den Heranwachsenden als Ausdruck einer erdrückenden Obrigkeit empfunden. Doch wo lassen sich für Zorn, Kritik und Widerspruch Artikulationskanäle finden? Wie können zeitgemäße Räume für die notwendigen Debatten zu Geschichte und Gegenwart erschlossen werden?

Die Transportwege der Informationen bestehen nicht mehr aus hochwertigem Stahl, der die Infrastruktur-Metaphorik der Moderne über viele Generationen prägte, sondern materialisieren sich in mittlerweile unüberschaubaren Geflechten von Glasfaserkabeln und Netzknoten, die Übertragungen in einer bislang nicht gekannten Geschwindigkeit ermöglichen. Doch geht mit den technischen Errungenschaften alleine noch keine Demokratisierung oder gar die Eindämmung von Diskriminierung und Machtmissbrauch einher. Diese Skepsis führt die autonome a.f.r.i.k.a.-Gruppe ganz grundsätzlich auch zu der Frage, »inwieweit das Netz ein Ort gesellschaftlichen Widerstands sein kann«. Die auf die politische Aktionsform der Kommunikationsguerilla spezialisierten Aktivistinnen und Aktivisten verweisen vielmehr auf die Bedeutung von »Stoßrichtung und Motivation«. Demzufolge ist entscheidend, dass »Wissen und Information erst dann etwas bewirken können, wenn die Informierten eine Möglichkeit sehen, ihr Wissen in konkretes soziales und politisches Handeln umzusetzen. Wer über Informationen verfügt, hat noch lange keine effektive Macht«. Die notwendigen Schlussfolgerungen im Hinblick auf gesellschaftliche Veränderungen erklärt auch der niederländischen Netztheoretiker Geert Lovink in seiner mannigfaltigen publizistischen Spurensuche nach einer kritischen Internetkultur zu einem strategischen Postulat: »Wir brauchen eine kritische Netzwerkpsychologie, die nicht in Form brillanter Beobachtungen akademischer Außenseiter existiert, sondern als schnelles und pro-aktives Wissen, wel-

ches in Gruppen, kleine Organisationen, Listen und Technostämme implementiert werden kann.« Ziel kann es daher nicht sein, »Konflikte zu verhindern, in denen es um nichts geht«, sondern – im Gegenteil – die Inszenierung wirklicher Kämpfe, »wenn etwas auf dem Spiel steht«. Für die Medien selbst stellt Lovink daher klar: »Das Spektakel hat in jeden erdenklichen Bereich Einzug gehalten, und seine weitreichende Macht hat es unmöglich gemacht, sich eine Geste, eine Kommunikationsform oder ein Handeln vorzustellen, die nicht übertragen, digitalisiert oder archiviert sind. Alle Formen von Protest und Politik stehen unter seinem Bann.«

Wozu dann noch eine mit politischer Leidenschaft geführte Diskussion um Geschichte, historische Verantwortung und die davon abgeleiteten Schlussfolgerungen für Zukunft und Gegenwart? Steht etwas auf dem Spiel, was nicht dem Spektakel geopfert werden darf? Es deutet einiges darauf hin, dass die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierende Betrachtung der Vergangenheit in zunehmendem Maße der Trivialisierung und Popularisierung von Bildungs- und Wissensinhalten weichen muss. Nicht anders ist zu erklären, dass selbst eine Ausschreibung des österreichischen Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur zu Beginn des Jahres 2008 dazu aufrief, im Rahmen der EU-Förderungsmaßnahme »Aktive europäische Erinnerung« Projekte einzureichen, die sich der »Wahrung des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und des Stalinismus« verpflichten wollten. Dabei galt das spezielle Augenmerk Beiträgen »zur Erhaltung der Stätten und Mahnmale, die mit Massendeportationen und Massenvernichtungen unter nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft in Verbindung stehen«. Eine derartige Nivellierung der Opfer der ungleichen Unrechtsregime wäre noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen und hätte lautstarke Proteste nach sich gezogen. Es ist durchaus möglich, dass sich hier nun auch an den Schaltzentralen der Bildungspolitik frühe Vorboten eines fatalen Paradigmenwandels zu erkennen gaben, die wenige Monate später im deutschen Bundesland Bayern die Gemüter des kritischen Kultur- und Geisteslebens stark erregten. Hier wurde das Kapitel »Nationalsozialismus« im Geschichtsunterricht der Oberstufengymnasien regelrecht entrümpelt, womit es im Lehrplan fortan eine im Stundenumfang geringere Rolle einnimmt als die Vermittlung der Inhalte »Leben in der Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts«, »Trinkwasserversorgung und Kanalisation« und »Die Raiffeisenbewegung«.

»Es bleibt zu hoffen«, schreibt Wulf Kansteiner, Professor für Neueste Deutsche Geschichte, Mediengeschichte und Geschichtstheorie, unter besonderer Berücksichtigung der Abbildung und Vermittlung geschichtlicher Inhalte in den Medien, »dass der Abstieg des Fernsehens nicht das Ende der Geschichtsreflexion bedeutet und dass sich zukünftige Generationen weiterhin intensiv und kritisch mit der

nationalsozialistischen Vergangenheit beschäftigen werden, auch wenn dieser Prozess nicht im Fernsehen, sondern in den interaktiven digitalen Medien der Zukunft stattfinden wird«. Somit ist zunächst der lange Atem angesagt, denn der digitale Vaterlandsverrat genießt nicht den Ruf eines Everybody's Darling. Die öffentliche Meinung manifestiert sich vielfach in politischer Repression, medialer Schelte und Maßregelungen durch die Behörden. Doch die Konflikthanordnung kennt keine Alternativen. Solange Ewiggestrige hohe Positionen der Republik einnehmen, mit rechtsextremem Gedankengut die parlamentarische Demokratie aushöhlen und immer unverschämter nach Diskurshoheiten greifen, sodass – wie im Falle von Ebensee im Mai 2009 – neuerdings auch das mahnende Gedenken der NS-Opfer zum Aggressionsziel von Neonazis wird, solange erfordern diese Realitäten künstlerischen Ungehorsam, Interventionen und aktivistische Bildstörungen als einen zwingend gebotenen Widerspruch.

## Literaturangaben

Links zu den im Text angeführten Projekten:

Österreich-Quiz: Patriotismus oder Vaterlandsverrat?

<http://quiz.oesterreich-2005.at/>

Zellen Kämpfender Widerstand – Kommando Freiheit 45

<http://zkw.netbase.org/>

<http://netbase.org/zkw>

## Der Republikanische Club – eine Herausforderung

Renata Schmidtkunz

Als vor über 20 Jahren der »Republikanische Club« gegründet wurde, befand ich mich gerade zu einem Studienaufenthalt in Frankreich. Die Aufregungen in Österreich rund um die Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten habe ich nur aus der Ferne mitbekommen. Dafür umso hautnaher die Reaktionen der Französinnen und Franzosen, wenn ich schüchtern sagte: »Je suis Autrichienne«. Österreich erschien ihnen als eine postfaschistische Hochburg, als ein Land, das sich nie seiner Vergangenheit gestellt hat und das sich selbst dem für eine lebendige Demokratie notwendigen öffentlichen Diskurs verweigert.

Über 20 Jahre sind seither ins Land gegangen. Jahre, in denen man sich dem öffentlichen politischen Diskurs doch des Öfteren gestellt hat, in denen die österreichische Zivilgesellschaft zum Teil recht aktiv war. Ich denke z.B. an die wöchentlichen Demonstrationen gegen die schwarz-blaue Regierung. Sie waren fixer Bestandteil einer Wiener Woche. Und an die »Botschaft besorgter BürgerInnen«, die sich über zwei Jahre lang am Ballhausplatz einquartiert hatten, um gegen das »Über-die Köpfe-des-Volkes-hinweg-Regieren« der schwarz-blauen Koalition zu protestieren. Ich denke an das »Volksbegehren Sozialstaat Österreich«, dessen Ziel es war, das Prinzip der Sozialstaatlichkeit in der österreichischen Verfassung zu verankern. Dem Art 1 (»Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.«) sollte ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut angefügt werden: »Österreich ist ein Sozialstaat. Gesetzgebung und Vollziehung berücksichtigen die soziale Sicherheit und Chancengleichheit der in Österreich lebenden Menschen als eigenständige Ziele«.

717.314 ÖsterreicherInnen gaben dafür ihre Unterschrift – und dann verschwanden diese Stimmen bis auf weiteres in den Schubladen des Parlamentes.

Erstaunlich waren diese Manifestationen der österreichischen Zivilgesellschaft, weil eine – vielleicht oberflächliche – Analyse der österreichischen Gesellschaft manchmal auch einen anderen Schluss zulässt:

ÖsterreicherInnen neigen dazu, Konflikten aus dem Weg zu gehen, den Konsens um jeden Preis zu suchen und – wie man in Wien sagt – »keine Wellen zu schlagen«. Sie neigen auch dazu, sich freiwillig patronisieren zu lassen, über sich verfügen zu lassen und sich selbst ungefragt zu fügen. Um dann am Wirtshaus-tisch oder anderen Örtlichkeiten zu raunzen, zu schimpfen, zu unken, alles bes-

ser zu wissen und die Meinung anderer herunter zu machen. Denn wo kämen wir Sklaven denn hin, wenn die anderen Sklaven nun plötzlich eine eigene Meinung hätten und sich der Macht der Gewohnheit und der Bequemlichkeit entgegenstellen würden? Sklavenmentalität hat nichts mit einem gesunden Selbstbewusstsein zu tun. Sie hat nichts mit einem BürgerInnen-Verständnis, das dem Einzelnen und der Einzelnen nicht nur die Möglichkeit gibt, sich zu artikulieren und aktiv am politischen Geschehen Anteil zu nehmen, sondern dasselbe sogar einfordert.

Eine der großen Denkerinnen des 20. Jahrhunderts, die Philosophin Hannah Arendt, hat ihr Verständnis von einem politisch-demokratischem Leben in ihrer Abhandlung »Vita Activa oder Vom tätigen Leben« zum Ausdruck gebracht. Diese gilt als eines ihrer philosophischen Hauptwerke und erschien 1960 auf Deutsch. 1958 war »Vita activa« im amerikanischen Exil der deutsch-jüdischen Philosophin als Folge einer Vorlesungsreihe unter dem Titel »The Human Condition« erschienen. Arendt skizziert darin ein republikanisches Politikverständnis und eine Theorie vom politischen Handeln, das sich wie ein roter Faden durch ihr gesamtes philosophisches Werk zieht.

Das Individuum hat nach Arendt die Aufgabe, in Verbindung mit anderen Personen die Welt zu gestalten. Das menschliche Leben ist nach Arendt von drei Komponenten bestimmt: Dem Arbeiten, dem Herstellen und dem Handeln. Arendt kritisiert die Reduktion des tätigen Lebens auf Arbeit und Konsum – also die Verwendung des Hergestellten. Aber sie beharrt auf dem Freihalten und der Erweiterung der Öffentlichkeit. Dem Menschen den notwendigen Raum für die Politik, das heißt für das freie Handeln offen zu halten, dieses Ziel strebte Hannah Arendts mit und in ihrer politischen Theorie an.

50 Jahre nach dem Erscheinen ist es erstaunlich, wie treffend und passend Hannah Arendts Theorien und Überlegungen immer noch und immer mehr sind: Spätestens seit der Mitte der 1990-er Jahre – als der Zusammenbruch der bis dahin bestimmenden Ost-West-Machtpolitik in Europa wirklich für alle spürbar wurde – scheint sich unser demokratisch-politisches Handeln im Großen und Ganzen auf das Konsumieren zu beschränken. Demokratie heißt heute verkürzt, dass jeder und jede sich einen DVD-Rekorder, einen I-Pod oder einen Urlaub auf den Malediven leisten und kaufen kann. Wir leben in einer Zeit des konsumatorischen Politik- und Freiheitsverständnisses: der Großteil der Bürgerinnen und Bürger wählen heute zwischen Angeboten, die von anderen »angereicht« werden.

Eine »*Vita activa*«, ein tätiges Leben im republikanischen Politikverständnis der Hannah Arendt, erfordert allerdings mehr: Es erfordert in einer gelebten Demokratie, dass jeder und jede sich als aktiver Bestandteil eines Staates ansieht. Die

Prinzipien und Grundsätze, nach denen dieser Staat handelt, müssen im öffentlichen Diskurs gefunden werden.

Wie aber entwickelt man den Wunsch, eine »*Vita activa*« führen zu wollen? Das muss – wenn man so möchte – gelernt werden: Im Elternhaus, in der Schule, in der Öffentlichkeit. Politische »performance« durch PolitikerInnen und der Diskurs, der in den Medien geführt wird, haben auf die Ausbildung dieses Wunsches keinen unwesentlichen Einfluss. Zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Republikanischen Club kommt hier eine entscheidende Rolle zu: Unbeirrt den öffentlichen Diskurs zu führen und zu verlangen.

Der Stellenwert der Nicht-Regierungs-Organisationen, also der zivilen Gesellschaft, ist in Österreich ein besonderer und historisch gewachsen. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern überwiegen in Österreich immer noch die kirchlichen oder politischen Vereine. Die Arbeit der NGO's beruhte sehr oft auf Konsens und Kompromiss, was in der Vergangenheit nicht unbedingt zum Nachteil Österreichs war. Im Rahmen des sozialpartnerschaftlichen System hat es einen ausgewogenen Interessensausgleich gegeben, so frei nach dem Motto: »Gibst Du mir, so geb ich Dir«. Anders ausgedrückt: Man hat sich »zammgredt«. Pech für all jene, die zu keiner Partei und keiner Kirche gehören und daher auch keinen wie auch immer gearteten »Stallgeruch« aufweisen können.

Das hat sich in den letzten Jahren – nicht nur durch die EU – geändert. Andere »player« reden mit, Globalisierung verändert das österreichische Mikrosystem. Das ist auch eine Herausforderung für die zivile Gesellschaft, denn mit dem »Zammreden« ist es immer mehr vorbei. Also muss man sich »zusammentun«, muss im Aushandeln von Interessen zu einem für die Gesellschaft akzeptablen Ergebnis kommen. Und das geht nur dann, wenn Platz für das »freie politische Handeln« – wie Hannah Arendt es genannt hat – vorhanden ist.

Schon seit geraumer Zeit befinden wir uns in einem massiven Verteilungskampf: Zwischen Industrie und Arbeiterschaft, zwischen Frauen und Männern, EuropäerInnen und MigrantInnen, Geld und Arbeit. Die Aufgabe der zivilen Gesellschaft sehe ich daher mehr und mehr darin, diesen Verteilungskampf zu thematisieren, klar zu machen, wer hier gegen wen kämpft. Es ist ihre Aufgabe, die gezielte ideologische Verblödung der Bürgerinnen und Bürger à la »das können wir uns alles nicht mehr leisten« (in Bezug auf unser Sozialsystem) oder »so sind halt die Sachzwänge« (um dem börsenorientierten Turbokapitalismus das Wort zu reden) zu demaskieren. Und das geht am Besten im öffentlichen Diskurs.

Diesen öffentlichen Diskurs zu führen hat sich der RC zur Aufgabe gemacht. Und wenn ich nun darüber nachdenke, was ich dem RC und allen Österreicher-

Innen für die nächsten 20 Jahre wünschen sollte, dann das: Die Fortsetzung kontroversieller Auseinandersetzungen über das politische und gesellschaftliche Leben in Österreich.

# Eine Laudatio für Rudolf Gelbard

Ferdinand Lacina

2008 verlieh der Republikanischen Club – Neues Österreich erstmals den »Rudolf Gelbard-Preis für Aufklärung gegen Faschismus und Antisemitismus«. Rudolf Gelbard selbst ist der erste Träger dieser Auszeichnung. Eine Laudatio von Ferdinand Lacina.

Lieber Rudi, lieber Freund und Genosse!

Gerne habe ich es übernommen, heute einige Worte zur Verleihung des Rudolf Gelbard-Preises für antifaschistisches Engagement zu sprechen. Ausdrücklich danke ich dem Republikanischen Club – Neues Österreich für diese Initiative.

Du hast mir zahlreiche Informationen aus diesem Anlass zukommen lassen und Deinem Brief ein Motto von B. Traven vorangestellt. Er schreibt: »Die Biographie eines schöpferischen Menschen ist ganz und gar unwichtig. Wenn der Mensch in seinen Werken nicht zu erkennen ist ... Meine Werke sind wichtig, meine Person ist unwichtig«. Folgerichtig hat dieser Verfasser vieler Romane, die einen großen Eindruck in der Arbeiterbewegung, insbesondere in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hinterlassen haben, das Geheimnis um seine Person nie gelüftet.

Du aber sitzt unter uns, es sind Deine Werke und Deine Persönlichkeit, die in den letzten Jahren immer wieder geehrt wurden, und die auch heute im Mittelpunkt dieser Veranstaltung stehen. Es ist das Schicksal von Geehrten, dass ihnen ihre Biographie wie in einem Spiegel vorgehalten wird. Und es ist ein Glücksfall, wenn sie sich in diesem Spiegelbild wiedererkennen. Ich habe vor, mich an das Motto Deines Briefes zu halten. Dies fällt mir umso leichter, als der Film »Der Mann auf dem Balkon« ein authentisches Bild Deines Werdens und Seins vermittelt hat.

Du schreibst mir, dass ich Dir seit vielen Jahren sehr nahe bin und ich sehr gut verstehe, warum. Und ich verstehe das wirklich sehr gut. Das Datum unserer ersten Begegnung weiß ich nicht anzugeben. Wahrscheinlich war es bei der sogenannten Schiller-Feier, der ersten Großdemonstration alter und neuer Nazis nach 1945, die den Namen eines Dichters und Historikers missbrauchten, um eine Heerschau der sogenannten volkstreuen Verbände zu organisieren. Schlagende Studenten samt Alten Herren, Ewig-Gestrige und neue Nazis, berüchtigte Gruppen und Grüppchen, bis hin zum Turnerbund mit seinen Dietwarten, schickten sich an, vom Rat-

haus zum Heldenplatz zu marschieren. Dass sie dies nicht ungehindert tun konnten, dass ihr Marsch zu einem Speißrutenlauf wurde, lag daran, dass auch Du viele Menschen motiviert und aufgeklärt hast, wer da wieder sein Haupt erhebt, was da aus dem Schoß kroch, der bis heute noch fruchtbar ist.

Erst später habe ich erfahren, wer dieser Rudi ist, der bei allen Aktionen gegen alte und neue Nazis, immer in der ersten Reihe, dabei war. Es war die Zeit, in der wieder Hakenkreuze geschmiert, Schüsse auf das Parlament abgegeben, Bomben gelegt wurden, der »Bund Heimattreuer Jugend«, dessen Abkürzung BHJ auf seinen Vorgänger verwies, unter Jugendlichen zu agitieren begann. Nicht zuletzt Dein Beispiel war es, das uns Jüngeren im Verband Sozialistischer Mittelschüler, in der Sozialistischen Jugend, in der Gewerkschaftsjugend Mut machte. So haben wir uns damals öfter getroffen, bei der Sprengung so mancher Kundgebung alter und neuer Nazis. Dein Beispiel war deshalb so wichtig für uns, weil wir uns in dieser Auseinandersetzung oft von den Älteren, auch aus der eigenen Bewegung allein gelassen fühlten. War es doch auch die Zeit, in der viele dieser Älteren der Meinung waren, dass man die Vergangenheit ruhen lassen sollte, dass es einfach nicht lohne, Neofaschisten, ihren antisemitischen und antidemokratischen Aktionen, entgegenzutreten. Es war auch die Zeit, in der die Rolle Österreichs als erstes Opfer des Nazifaschismus en vogue war, in der ein Geschichtsbild tradiert wurde, das nur einen Teil der Wahrheit wiedergab.

Der Schlussstrich, der da von vielen gezogen worden war, das Werben aller Parteien um die »Ehemaligen« gab jungen wie alten Nazis Mut. Einer von den Alten war Taras Borodajkewycz, dem ich ein Jahr nach der Schiller-Feier auf der Hochschule für Welthandel begegnete. Seine Professur verdankte er der ÖVP, dieser äußerst wandlungsfähige Herr, dessen Wurzeln im Cartell-Verband lagen und der Dollfuß als Sekretär des Katholikentages diente, der gleichzeitig aber auch illegales SA-Mitglied war. Damals war die Dokumentation über Aufstieg und Verbrechen der Nazis von Erwin Leiser unter dem Titel »Mein Kampf« in österreichischen Kinos zu sehen. Der Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte klärte die Studenten darüber auf, dass diese Dokumentation ein verzerrtes Bild des Dritten Reiches wiedergäbe, das er in einer Vorlesung zurechtrücken würde. Die weiteren Ereignisse sind bekannt. Bei den Demonstrationen gegen die Lehrtätigkeit dieses Professors warst Du – wie nicht anders zu erwarten – in den ersten Reihen zu finden. »Hoch Auschwitz«- und »Heil Boro«-Rufe gelkten uns in den Ohren, ein empörter Demonstrant, der Kommunist Ernst Kirchweger, wurde das Opfer eines ausgebildeten Schlägers aus der Burschenschaft »Olympia«, die später verboten wurde. Heute ist sie, deren Mentor ein Mann namens Norbert Burger war, wieder

zugelassen, ein »Alter Herr« dieser Vereinigung, Martin Graf, sitzt als Abgeordneter der FPÖ im Nationalrat.

Das damals noch junge Fernsehen und die Berichte einiger mutiger Journalisten brachten die Selbstdarstellung des Geschichtspeters an die Öffentlichkeit. Nicht vergessen sollte aber werden, dass die »Kronen-Zeitung« damals die Äußerungen besagten Professors verharmloste und sich sogar zur Meldung verstieg, Kirchweber sei höchst wahrscheinlich von den »eigenen Leuten« erschlagen worden. Eine kleine Gruppe hat damals dafür gesorgt, dass an einem Sonntag nicht die »Krone« in zahlreichen Zeitungstaschen zu finden war, sondern eine Publikation, die die Aufschrift trug: »Die Krone lügt!« Einige aus der Gesinnungsgemeinschaft, der wir uns beide zugehörig fühlen, auch solche, die über jeden Verdacht erhaben waren, haben uns damals gerügt, standen doch Bundespräsidentenwahlen vor der Tür. Zu diesem Zeitpunkt könne eine Auseinandersetzung, wie wir sie suchten, der Partei schaden. Manche haben sich in der Folge für diese Äußerungen entschuldigt.

Lieber Rudi, Du verstehst sicherlich, dass ich heute aus gutem Grund an diese Begebenheiten erinnere. Auch weil die personelle Kontinuität in diesem Blatt einen davon abhalten sollte, Leserbriefe zu schreiben und Politik durch Wohlwollen eines Herausgebers zu ersetzen. Ich erlaube mir dazu auch unseren Bundespräsidenten, Heinz Fischer, zu zitieren. War er es doch, der mit einem Artikel über Naziprofessoren an Österreichs Hochschulen die Affäre Borodajkewycz ausgelöst hat. Ich entnehme dieses Zitat der Zeitschrift des KZ-Verbands »Neuer Mahnruf«: »Fischer, die »Krone« und das »Institut des Leserbriefes«. Bundespräsident Heinz Fischer betonte bei der Eröffnung der Richterwoche, dass der EU-Reformvertrag – den er vor vier Wochen unterzeichnet und damit die Ratifizierung abgeschlossen hat – verfassungskonform zustande gekommen sei. Die Behauptung von FPÖ und BZÖ, dieser hätte einer Volksabstimmung unterzogen werden müssen, halte »einer kritischen Überprüfung nicht stand«. Fischer kritisierte auch den Versuch, die Befugnis des Nationalrates zur Vertretung des Staatsvolkes »gewissermaßen taxfrei durch das Institut des Leserbriefes abzuschaffen«.

Lieber Rudi, Du hast mir ein Brecht-Gedicht gesandt, dessen letzte Zeile ich ebenfalls zitieren möchte: »Aber die Stärksten kämpfen ein Leben lang, die sind unentbehrlich«. Du warst und bist einer der Stärksten, du bist unentbehrlich. Du hast die Shoa überlebt. Nicht die Verbitterung über die Vergangenheit und manche dunkle Flecken in der Gegenwart, sondern Sensibilität für alles das, was Leben und Freiheit bedroht, ist deine Sache. Sensibel gegenüber allen Bedrohungen von Leben und Freiheit zu sein, das ist Deine Lehre. Wo immer auch diese Bedrohung herkommt, aus dem Faschismus oder dem Stalinismus.

Die SS zierte ihre Mützen mit dem Totenkopf, die spanischen Faschisten verstiegen sich zur absurden Losung »Es lebe der Tod!« Rudi, Du hast als Junger erleben müssen, was Tod, was massenhafter Tod bedeutet, auch als Dir aus einem eben geöffneten Waggon Leichen entgegen fielen. In deiner unnachahmlichen Art hast du das so kommentiert: »All das war nicht gerade günstig für die Entwicklung eines 14jährigen«. Heute möchte ich Dir sagen, dass ich Dich auch dafür bewundere, dass Du nicht nur unermüdlich für Leben und Freiheit kämpfst, sondern dass Du auch selbst nach all diesen Erfahrungen leben und lieben kannst.

REDEN



## »Die Schranken fallen«\*

Elfriede Jelinek

Was zu fürchten vorgegeben wird, ist eine sogenannte Überfremdung. Ich sage vorgegeben, weil ich nicht glaube, dass die Porschefahrer und Großgrundbesitzer, die Papierbarone und smarten Werbefritzen wirklich etwas wie Überfremdung fürchten. Da sie sehr genau wissen, wer sie sind, können sie das Andere nicht wirklich fürchten. Doch sie kennen ihre Grenzen nicht, denn sie halten sich für die Größten – vielleicht ahnen sie nur wozu sie fähig sind, und was immer es ist, es scheint ihnen große Freude zu machen, denn es ist, das bleuen sie ihrem Anhang ein, gegen ein Anderes gerichtet. Es macht immer Spaß, jemand zu bekämpfen, so lange, bis Verbrechen aus Normalität möglich werden, denn als normal sieht man nur sich selbst und seinesgleichen. Der Papierbaron geht zur Baronin in den Salon und bricht ein paar Lanzen ab für die armen Leute, von denen die unter den Kristalllustern keine Ahnung haben. So viele andere, die sich nicht kennen, hängen ihnen an: Da ist nichts, was eine Gefahr wäre für sie, denn ihre Führer fürchten sich ja auch nicht. Sie sind jetzt dran!

Da sich die Führer und Einpeitscher dieser Partei nicht fürchten, wer soll sich denn dann fürchten? Andere sollen sich fürchten. Wer? Vor wem? Nicht die einen vor sich selber, sondern immer wieder andere, vor anderen, weil die angeblich »anders« sind. Diese Freiheitlichen wissen aber nicht, dass sie selber anders sind in dem trivialen Sinn, dass eben jeder anders ist als der andere, aber ihre Anführer wissen es natürlich schon. Aber das können sie nicht zugeben, sie müssen ihrem Wahlvolk ja immer ein einiges Ganzes suggerieren, ein Volksganzes, das sie bilden sollen, das aber von einer Art Keim des Bösen befallen ist und daher eine »Überfremdung« zu fürchten hat. Gelbe Plakate sprechen, ohne viel sagen zu müssen, davon, was weg gehört. Die Menschen glauben jetzt überall, meist müssen sie aber erst jemanden in einer andren Sprache sprechen hören, um es zu diagnostizieren, das Fremde aufspüren zu können. Sie stellen ihre Diagnose: Im ganzen Waggon kein einziger Inländer, der mich versteht! Aber indem der Fahrgast niemanden versteht, versteht er sich selbst naturgemäß auch nicht, denn an sich hat er nichts zu verstehen, er ist ja der Normale. Die anderen sind etwas anderes.

Die nicht sind wie wir, die müssen jetzt weg. Jetzt wird alles anders. Ich habe das neulich sogar einen Passagier in einem Bundesbus zu dem Schaffner sagen hören, der den Fahrschein des Fahrgasts sehen wollte: Jetzt wird alles anders, hat der erwi-

dert, weil er seinen Fahrausweis, den er hatte, nicht vorzeigen wollte. Aber anders sein soll niemand. Eins ist allerdings sicher: Es muss anders werden! Oder nein: Anders sein, das sollen viele, weil viele es angeblich bereits sind, und zwar anders aus keinem anderen Grund als dem, dass wir sie bekämpfen können. Diese anderen bedrohen uns im Gemeindebau und in den öffentlichen Verkehrsmitteln, die nur uns gehören, denn wir haben sie bezahlt. Wie kann dieser Fahrer meinen Fahrschein sehen wollen? Ich bin doch Inländer! Die anderen, die zahlen nicht, nicht für ihre Fahrscheine, ihre Hormone und ihre Kinder, denen wird gezahlt. Jetzt zahlen wir es ihnen heim, denn unser Heim, das gehört uns allein. Und wenn sie anders sind, dann wissen wir gleich wieder, wen wir zu bekämpfen haben. Und wären wir anders als sie, dann müssten wir uns selbst bekämpfen, das kann wirklich kein Mensch von uns verlangen. Überall nur wir. Ein schönes Gefühl. Nie allein, wir alle gemeinsam, gerade indem wir umzingelt sind von den anderen.

Aber vielleicht ist es für die Eingesessenen, die sich automatisch als die »Normalen« sehen, schon wieder unerträglich, eben: normal zu sein, und daher: indem aggressive, ausgrenzende Verhaltensweisen, zu denen die Menschen, der Mann von der Straße, gezielt aufgehetzt werden, immer selbstverständlicher und alltäglicher werden, verbünden sich wieder Schrecken und Normalität, der Terror der Normalität und die Normalität des Terrors.

Die Schranken fallen, das Licht springt um auf Rot, aber es hält sie nichts mehr, es ist buchstäblich kein Halten mehr. Der Zug kommt, und sie rennen mit. Ich hoffe, wir können die Weichen noch rechtzeitig stellen und der Zug ist noch nicht abgefahren.

## Anmerkung

- \* Rede bei der Kundgebung der Demokratischen Offensive am Stephansplatz am 12. November 1999

## Keine Koalition mit dem Rassismus\*

Doron Rabinovici

Am 1. Oktober 1999 fand auf diesem Platz die Abschlusskundgebung der Freiheitlichen statt. Es war eine rassistische Kundgebung. Hier auf diesem Platz hetzte Haider. Wir stehen heute hier, um an Ort und Stelle dieser Menschenhatz endlich entgegenzutreten. Aber eines muss klar sein; wenn es das nächste Mal wieder zu solch einem rassistischen Wahlkampf kommen sollte, dann gehen wir nicht erst im Nachhinein auf die Straße. Wenn wieder Menschen rassistisch verhöhnt und beschimpft werden, dann treten wir mitten im Wahlkampf dagegen auf und stehen hier. Das versprechen wir. Vor einem Monat war Wien voll der gelben Hassplakate. Sie warnten vor der sogenannten Überfremdung. Viele Menschen sind den Freiheitlichen überfremd. Etwa weil sie zwar Österreicher sind, aber erst seit kurzem. Oder weil sie Muslime sind. Oder weil sie Hojac heißen und nicht Westenthaler. Nennen wir solch eine Gesinnung nicht Fremdenangst. Sprechen wir es aus. Es geht um Rassismus: Dagegen stehen wir heute hier. Manche sagen uns, wir sollten uns bloß gegen Rassismus wenden, ohne Haider zu erwähnen. Aber das geht nicht. Wenn wir in Österreich gegen Rassismus demonstrieren wollen, müssen wir immer auch gegen Haider demonstrieren. Wir können ihn nicht verschweigen. Die FPÖ machte aus Rassismus eine populistische Bewegung. Aber ihr Erfolg ist auch das Ergebnis einer Regierungspolitik, die mit dem Ressentiment kokettiert anstatt ihm entgegenzutreten. Der Erfolg der Freiheitlichen ist auch das Ergebnis einer Politik, die Menschen dunkler Hautfarbe hierzulande zu Freiwild macht. Drei Tage vor der Wahl blies der Innenminister, Karl Schlögl, zur Drogenrazzia speziell gegen Afrikaner. Der Photograph der Kronenzeitung war bei der Geheimaktion bereits mit von der Partie. Wer Menschen, die in diesem Land leben und arbeiten, durch Gesetz und Exekutive ausgrenzt, gibt sie der freiheitlichen Hatz preis. Deshalb fordern wir: Keine Koalition mit dem Rassismus. Kein Pakt mit der FPÖ. Die Mindeststandards zivilisierten Umgangs gelten den Freiheitlichen nichts. Jörg Haider sagt über die anderen Parteien, die »roten und schwarzen Filzläuse müssen mit Blausäure bekämpft werden«. Blausäure ist Zyklon B, jenes Gift, mit dem in Auschwitz Millionen vergast wurden. Die extremistischen Ergüsse der Freiheitlichen gehören nicht auf das Parkett der Republik. Sie gehören ins Pissoir der Geschichte. Aber wir erheben unsere Stimmen auch gegen die andere Koalition mit dem Rassismus. Um es klar zu sagen: Wer von Schlögl schweigt, der soll auch von

Haider nicht sprechen. Wir stehen hier gegen jede Regierung, die sich dem Resentiment und den Vorurteilen unterwirft. Achten wir auf unsere Sprache: Es gibt kein Ausländerproblem, denn der Ausländer ist nicht das Problem, sondern es gibt Probleme des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Es geht um soziale Fragen, und deshalb muss die Antwort auf diese Fragen lauten: Politik und Integration. In Gewerkschaften anderer Länder können ausländische Arbeiter in Betriebsratswahlen gewählt werden. Nicht so in Österreich. Das müssen wir ändern. Eingewanderte Arbeiter sollen hierzulande auch für sich selbst sprechen können. Wir fordern das passive Wahlrecht für alle Arbeitenden in den Betrieben. Und es braucht auch endlich ein Gesetz gegen Diskriminierung in diesem Land. Soviel muss uns klar sein – dies ist nicht bloß eine Frage, die Roma, Afrikaner, Juden oder Muslime betrifft. Solange auch nur ein Mensch in Österreich aufgrund seiner Herkunft der Hetze ausgesetzt ist, kann niemand, kein Mensch, hier seiner Zukunft sicher sein. Heute geht es nicht um ein Lichtermeer, so wichtig es damals auch war. Dies ist der Auftakt zu einer politischen Bewegung gegen die Angstmache, die erste vieler Manifestationen der Zivilcourage. Wir wollen nicht stillhalten, wenn irgendwer in Österreich aufgrund seiner Herkunft verhöhnt, beschimpft, bespuckt, angerempelt oder verprügelt wird. Es gibt eine Hoffnung in diesem Land: Es ist dies unsere Hoffnung auf eine demokratische Offensive und eine offensiv solidarische Demokratie, und für diese Hoffnung stehen wir heute hier.

## Anmerkung

- \* Rede bei der Kundgebung der Demokratischen Offensive am Stephansplatz am 12. November 1999

## Wachsamkeit und Entschlossenheit\*

Ariel Muzicant

Die heutige Kundgebung beweist einmal mehr, dass es immer noch viele Österreicherinnen und Österreicher gibt, denen die Würde des Menschen und die Menschenrechte ein Anliegen sind. Als Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde habe ich die Bestrebungen der Organisatoren der Plattform »Keine Koalition mit dem Rassismus« immer unterstützt und werde sie auch weiter unterstützen. Die Einhaltung des Schabbat bringt es allerdings mit sich, dass ich Ihnen meine Botschaft nicht persönlich mitteilen kann. Unser Oberrabbiner hat den Mitgliedern der jüdischen Gemeinde die solidarische Teilnahme an der Kundgebung bei gleichzeitiger Einhaltung der Schabbat-Gesetze empfohlen, was bedeutet, dass ich heute in stiller Solidarität diese Kundgebung als aufmerksamer Zuhörer verfolge. Ich will mit dieser symbolischen Geste die Unterstützung der Anliegen dieser Kundgebung verdeutlichen.

Von hier aus ergeht unüberhörbar der Ruf an alle Österreicher und Österreicherinnen, sich über alle parteipolitischen Grenzen hinweg zur eigentlichen Grundfrage unserer Gesellschaft, die der zwischenmenschlichen Solidarität ohne Ansehen der Person, eindeutig und unmissverständlich zu äußern. Es kann nicht länger angehen, aus einer Position des Wohlstandes und der Satttheit heraus über Reaktionen aus dem Ausland zu zürnen, oder sie zu relativieren, und hierzulande in Inaktivität zu verharren.

Jede Politik, die getragen ist von Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit, die Hass gegen Menschen anderer Meinung, anderer Religion oder anderer Herkunft propagiert oder auch nur stillschweigend duldet oder beschönigt, ist die Saat, aus der Ängste, Vorurteile, Missgunst und Gewalt erwachsen. Brennende Asylantenheime in Deutschland, aber auch die fremdenfeindlichen, gewaltsamen Übergriffe der letzten Tage und Wochen in europäischen Metropolen wie Kopenhagen und Stockholm beweisen nur zu deutlich, dass auch andere wohlhabende Gesellschaften vor diesen gefährlichen Tendenzen nicht gefeit sind. In einer demokratischen Gesellschaft sind die Unteilbarkeit der Menschenrechte und der Respekt vor der Würde des einzelnen die Grundvoraussetzung für ein Zusammenleben in Frieden.

Wir haben erst vor drei Tagen der Opfer des Novemberpogroms vor 61 Jahren gedacht und wir wissen nur zu gut aus der eigenen leidvollen Erfahrung, dass man fremdenfeindlichen Entwicklungen in einer Gesellschaft mit Wachsamkeit

und Entschlossenheit entgegenreten muss. Weil wir Österreich lieben, sehen wir es als Juden und Österreicher als unsere menschliche Pflicht an, uns solidarisch für alle Minderheiten und sozial Benachteiligten einzusetzen. Und ich rufe daher allen, die an dieser Kundgebung teilnehmen, zu: Wehret den Anfängen!

### Anmerkung

- \* Rede von Ariel Muzicant, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, gelesen von Elisabeth Orth am 12. November 1999 bei der Kundgebung der Demokratischen Offensive am Stephansplatz.

## Ein Jahr danach ...\*

Zu den Veränderungen des politischen Klimas

Johanna Dohnal

Am 4. Februar 2000 organisierte die Vernetzung der Frauen- und Mädchenprojekte eine Demonstration am Ballhausplatz, zu der ich als Rednerin eingeladen wurde. Diese Demonstration fiel zusammen mit der Angelobung der Bundesregierung. Damals sagte ich unter anderem:

»Das Recht auf eigenständige Existenzsicherung für Frauen ist ab sofort nicht mehr Staatsziel, wird daher nicht einmal mehr in kleinen Schritten angestrebt, sondern vielmehr eliminiert. Die Umverteilung von Arm zu Reich, die Umverteilung zugunsten des großen Geldes, man kann auch Kapital sagen, wird einhergehen mit individuellen Schuldzuschreibungen und Disziplinierungsmaßnahmen, wie z. B. dem Arbeitsdienst für Langzeitarbeitslose. Verbrämt mit einem Müttergeld, um die Zementierung der jungen Frauen auf das Kinderzimmer (sofern es überhaupt eines gibt), um die Verdrängung der jungen Frauen als Konkurrentinnen nachhaltig zu garantieren. Alle anderen Frauen, also jene die keine Kinder haben, ja gar jene, die partout keine wollen oder jene, deren Kinder schon erwachsen sind und gar die alten Frauen, ja und dann die, die vielleicht Karriere machen wollen und jene, die sich als Lebenspartnerinnen Frauen gewählt haben, und ganz speziell jene Mitbürgerinnen die nicht im Besitz eines Österreichischen Passes sind, werden die angesagte Wende massiv zu spüren bekommen.«

Ein Jahr danach:

Gestern, am 5. Februar 2001 – also ein Jahr und einen Tag, nachdem die gegenwärtige Regierung durch die unterirdischen Gänge am Ballhausplatz zur Angelobung zum Bundespräsidenten ging – wurde ich in der Österreich-Berichterstattung der ZIB1 u. a. mit folgenden Meldungen konfrontiert:

Die Erhebungen in Sachen Spitzelaffäre gegen die zwei FPÖ-Politiker Haider und Stadler wurden eingestellt. Begründung: einerseits Verjährung und andererseits Mangel an Beweisen. Herr Hojac-Westenthaler geht live auf Sendung und verlangt nun wortreich eine Entschuldigung der Opposition. Diese kommt nicht zu Wort, sondern es wird nebenbei erwähnt, dass sie einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss verlangt.

Der Landwirtschaftskammerpräsident und ÖVP-Funktionär, Schwarzböck, ist auf Sendung: In Sachen BSE müssten nun die Karten auf den Tisch und meinte,

die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel solle um 1 % erhöht werden – will heißen, die KonsumentInnen sollen jetzt dafür zahlen, dass ihnen vorher Gift verkauft wurde.

Jene Polizeibeamte, die Markus Omofuma auf einem Abschiebungsflug nach Bulgarien in den Tod begleiteten, werden nach 20 Monaten disziplinarer Dienstfreistellung wieder arbeiten.

Nachdem nun jahrelang an der Leiche herumgeschnipselt wurde, um die Frage zu klären ob ein Mensch, der gefesselt und festgebunden an einem Stuhl, mit verklebtem Mund und verklebten Nasenlöchern, vielleicht nur deswegen zu Tode gekommen ist, weil er sich zuviel aufgeregt hat. Es wird sicher geklärt – ein drittes Gutachten wurde in Auftrag gegeben.

Der Innenminister gibt in bewährter Manier ein beruhigendes Statement ab: Die Beamten werden eh nur im Verwaltungsbereich eingesetzt.

Nachdem das Potenzmittel für Männer, »Viagra«, von manchen Männern wegen unerwünschter Nebenwirkungen nicht vertragen wird, bzw. zu größeren Risiken führt, kommt nun ein neues Potenzmittel auf den Markt.

Ein Arzt des Wiener AKH erklärt die Wirkungen. Die gläserne Darstellung eines Mannes zeigt, wie das Medikament wirkt. Vom, für die sexuelle Stimulierung des Gehirns zuständigen Teil, führt ein leuchtender Strahl in den Penis. 20 Minuten, sagt Mann, würde es dauern, bis für die Millionen potenzgestörten Männer die Welt sozusagen wieder in Ordnung ist.

Eine Ordnung, die nachhaltig neu ordnet, oder, nach der Eigendefinition der aktuellen Ordnungshüter, »aufräumt«: Z. B. mit der »weiblichen Empörung« und ihrem »weibischen Gezeter aus den feminisierten Bewegungen« – so der Generalsekretär der FPÖ im letzten *profil*.

Eine Ordnung, in der – ich zitiere – »Frauen nicht alleine entscheiden können«, weil »der Zweite, der am Zustandekommen des Kindes beteiligt war, nicht eingebunden ist«. Und darüber hinaus vorstellbar ist »dass in jedem Fall ein zweiter Arzt zu berücksichtigen ist« – so der Tierarzt Haupt, wenn es um das Selbstbestimmungsrecht von Frauen geht – bei der Frage, ob sie ein Kind gebären wollen oder nicht.

Zu dieser Ordnung gehört auch, dass das, was unter »gemeinsamer Obsorge« nunmehr gesetzlich Rechtens ist, meint: Spermienproduzierer dürfen in Hinkunft wieder das tun, was vor erst 22/23 Jahren im Familienrecht geändert wurde: Sie dürfen verfügen über Frauen und Kinder. Sie dürfen erpressen: über die Kinder die Frauen.

Eine Ordnung, in der neu gerechnet wird. Etwa so: Familienförderung minus Frauenpolitik ergibt Bevölkerungspolitik. In konkreten Zahlen: Herr Haupt er-

wartet 9000 Geburten mehr pro Jahr, nachdem er die Kärntner Kinderscheckgemeinden hochgerechnet hat.

Nachdem also nun, wie die Generalsekretärin der ÖVP verkündete, »der linke Feminismus in Wirklichkeit gescheitert« ist und »Frauen gerne wieder so aussehen wie eine Frau«, mutiert mich das gegenwärtige politische Klima zu einem Zombi: Eine rot-grüne MobIn mit krankem Gehirn, der nun auch noch der donnerstägliche Ausgang gestrichen werden soll.

## Anmerkung

- \* Redebeitrag im Rahmen der Podiumsdiskussion »Ein Jahr danach« am 6. 2. 2001 im Republikanischen Club. Mit Johanna Dohnal, Heide Schmidt, Robert Misik und Sibylle Summer.



# DOKUMENTE



# KUNDGEBUNG

**JEDEN SONNTAG 15 UHR**  
**Stock-im-Eisen-Platz**  
**Beim Holzpferd**



REPUBLIKANISCHER CLUB  
— NEUES ÖSTERREICH —



Wir reden über Lüge, Verleumdung, Nestbeschmutzung.  
Wir reden über Demokratie und Meinungsfreiheit \*  
Wir reden über Kurt Waldheim  
Wir reden über ein

**NEUES ÖSTERREICH**

Kommen Sie, hören Sie, reden Sie über ein

**ANDERES ÖSTERREICH**

Menschen aus allen Lebensbereichen und  
Gesellschaftsschichten, darunter auch einige Bekanntere, werden  
Stellung nehmen.

**KOMMEN SIE AUCH!**

IMP.: Republikanischer Club-Neues Österreich, Museumstrasse 5, 1070 Wien, . Tel.0222/96 43 53, 93 83 80  
von 9.30 bis 13.30 Uhr Kontonummer: ZSPK 610 620 502

Republikanischer Club – Neues Österreich  
**Einladung zu Seminar & Marathon & Matinee**  
**Der Zustand Österreichs: Fragen zur Identität I<sup>1)</sup>**

Einstieg in eine schwierige Debatte

Wien, 5.–9. November 1986

**Seminar: Internationales Kulturzentrum, 1010 Wien, Annagasse 20**

Mi, 5. Nov. 19 Uhr: **SHOAH:** Abendgespräch zum Film „Österreich und der Genozid: Opfer, Täter, Folgen.“  
Teilnehmer: Franz Schuh, Rudolf Gelbard, Henryk M. Broder, Edith Saurer, Walter Manoschek u.a.

(Do, 6. Nov. 19 Uhr: Ein „Republikanischer Club“ zum symbolischen Gebrauch von Politik: Reflexionen zur politischen Kultur aus Anlaß des Fernseh-Hearings mit den Kanzlerkandidaten, TV und Diskussion, bis ca. 23<sup>h</sup>)

Fr, 7. Nov.: **Wende wohin?** 15 Uhr **Workshop:** Gesellschaftspolitik im Zeichen der Wende. Moderator: Peter Kreisky,  
Teilnehmer: Peter Fleissner, Kurt Bayer, Josef Hochgerner, Ulküm Fürst, u.a. Ende 17<sup>h</sup>30.

**20 Uhr Podium:** Ambivalenz der Postmoderne; neokonservative und fundamentalistische Strömungen.  
Teilnehmer: Burkhart Schmidt, Rudolf Burger, Catrin Pichler, Michael Weinzierl, Silvio Lehmann, u.a.

**Österreich-Marathon: 1000 Minuten Österreich**

Sa. 8. Nov. **Beginn: 10 Uhr mit Open End**

Ort: Messepalast, 1070 Wien, Halle F.

10–13 Uhr: **Österreich-Debake:** Imageproblem oder Identitätskrise? Moderator: Michel Cullin.

– **Der Blick von außen:** Ausländische Beobachter berichten: Henry Leichter (NY), Ernest Dichter (NY), Johanna Heer (NY), Luc Rosenzweig (Paris), Stefan Trollier (Paris), Shlomo Avineri (Jerusalem), u.a.

– **Der Blick von innen:** Es nehmen Stellung: Erich Bielka, Hans Thalberg, Joachim Riedl, Hans Rauscher, Barbara Coudenhove-Kalergi, Georg Hoffmann-Ostenhof, Herbert Steiner, Kuno Knöbl, Karl Schwarzenberg, Auslandskorrespondenten, u.a.

– „Nestbeschmutzer“ contra „Schönfärbler“: allgemeine Diskussion.

13–14 Uhr sowie auch zwischendurch: Lesung, Texte, Collagen, Interventionen, Informationsstände, „Schüler gegen Antisemitismus“, „Reichskristallnacht“ – das Wiener Novemberpogrom 1938 ...

14–15.30 Uhr **Die neue Dreistigkeit:** Vom verschämten zum unverschämten Antisemitismus. Moderator: Rainer Münz,  
Teilnehmer: Henryk M. Broder, Adolf Holl, Dan Diner, Erika Weinzierl, Trautl Brandstaller, Peter Jungk, Georg Hoffmann-Ostenhof, Sigrid Löffler, u.a.

16–17.30 Uhr **Verdrängen und Vergessen** als Grundkonsens der 2. Republik. Moderator: Peter Huemer,  
Teilnehmer: Erwin Ringel, Anton Pelinka, Rubina Möhring, Georg Scheuer, Karl Stuhlfarrner, Oliver Rathkolb, Doron Rabinovici, u.a.

18–19.30 Uhr Lesung aus eigenen Werken und Texte von: Erich Fried, Günther Brus, Ernst Jandl, Josef Haslinger, Dora Zeemann, Brigitte Schwaiger, Viktor Matejka, u.a.

19.30–21.30 Uhr **Demolierte Republik?** Österreichs Ritt in die 90er Jahre. Moderator: Silvio Lehmann. Allgemeine Diskussion mit:  
Erwin Ringel, Alfred Hrdlicka, Erich Fried, Reinhold Knoll, Josef Haslinger, Peter Kreisky, Peter Pelinka, P.M. Lingsen, Rainer Münz, u.a.

22 Uhr **Kunst & Evolution:** Debatten-Happening: Oswald Oberhuber, Hermann Nitsch, Peter Weibel, Alfred Hrdlicka, Bazon Brock ... **Open End**

**Österreich-Matinee mit Bruno Kreisky:**

So, 9. Nov., **Beginn 11 Uhr, Theater an der Wien** (bei freiem Eintritt).

Kurt Meisel liest Texte von Hochwälder und Torberg, Franz Schuh: „Rede an das deutschsprachige Ausland“, Reinhard Tramontana, profane Texte zu Österreich, und Künstler ... Moderation: Rubina Möhring.  
Ende gegen 14 Uhr.

Ab 17 Uhr Stephansplatz: „Reichskristallnacht“, eine multimediale Aktion zum Wiener Novemberpogrom 1938.

ALLE VERANSTALTUNGEN BEI FREIEM EINTRITT

Für kleinere Ergänzungen und Änderungen achten Sie bitte auf die definitiven Programme auf Plakaten und Falt-Programmen vor und bei den Veranstaltungen. Zahlreiche und wichtige Eingeladene konnten noch nicht genannt werden.

<sup>1)</sup> Fragen zur Identität II: Frühjahr 1987

Einladung zur Veranstaltungsreihe: »Fragen zur Identität I«, November 1986

Johannes Schober, nationalliberaler, war zwei mal Bundeskanzler und die längste Zeit Wiener Polizeipräsident der 1. Republik. Als solcher gab er im Zuge des Justizpalastbrandes am 15. Juli 1927 Schießbefehl, dem 90 gegen den Freispruch der Schattendorfer Mörder eines Arbeiters und kleinen Jungen demonstrierende Arbeiter und Passanten zum Opfer fielen.

## Karl Kraus: DIE UNÜBERWINDLICHEN

Nachkriegsdrama in vier Akten

1928

### DAS SCHOBERLIED

(Zu singen nach der Melodie von »Üb immer  
Treu und Redlichkeit)

Wacker

Ich habe die letzten Klänge des Wacker-Marsches gehört und kann mich diesbezüglich einer gewissen Rührung nicht erwehren, welche ja schon das Christfest als solches mit sich bringt. Gilt es doch heute, auf ein arbeitsreiches Jahr zurückzublicken und der heranwachsenden Generation ein Beispiel vor Augen zu führen. Im nächsten Jahre feiere ich mein fünfundzwanzigstes Demissionsgesuch, aus welchem Anlasse ich Gegenstand vielfacher Ehrungen sein werde. Ich habe mich aber entschlossen, auf meinem Posten auszuharren, solange ich nicht auf den des Bundespräsidenten berufen werde. (Er mustert die Ausschmückung) Ich muß nur noch einen Blick voll Genugtuung auf das Werk richten, das meine Getreuen mit der Ausschmückung vollbracht haben, denn das ist ja meine Pflicht. Ich kann wahrlich von mir sagen, daß ich mein ganzes Leben lang nichts als meine Pflicht getan habe, weil dies und nichts anderes meine Pflicht ist.

Ja das ist meine Pflicht,  
bitte sehn S' denn das nicht.  
Das wär' so a G'schicht,  
tät' ich nicht meine Pflicht.  
Auf die Ordnung erpicht,  
bin icht treu meiner Pflicht.  
Wenn ein Umsturz in Sicht,  
ich erfüll' meine Pflicht.  
Die Elemente vernicht'  
ich bezüglich der Pflicht.  
Doch wenn einer einbricht,  
hätt' ich auch eine Pflicht.  
Nur erwisch' ich ihn nicht,  
wie es wär' meine Pflicht,  
Da genügt ein Bericht  
hinsichtlich der Pflicht.  
Der ist schon ein Gedicht,  
das nur handelt von Pflicht.  
Denn stets Wert und Gewicht  
leg' ich nur auf die Pflicht.

An den  
Bundespräsidenten  
der Republik Österreich

Kurt Waldheim

Wir fordern Sie auf  
abzutreten

Republikanischer Club  
Neues Österreich

Impraum: Republikanischer Club-Neues Österreich,

Museumstr. 5, 1070 Wien

In Gemäßheit der Pflicht  
hab' ich's manchem schon g'richt  
Ans Licht, hinters Licht  
führ ich alles aufs G'sicht.  
Da is nix drin als Pflicht.  
Schon mein Auge besticht  
denn es spricht nur von Pflicht.  
Und mein Herz ist so schlicht  
und schlägt nur nach der Pflicht.  
Das Geschworenengericht  
hat verletzt seine Pflicht.  
Wenn's Verschworene freispricht,  
ja wo bleibt da die Pflicht.  
Wohl wagt's mancher Wicht  
und verkennt meine Pflicht.  
Doch vor's G'richt geh' ich nicht,  
das ist nicht meine Pflicht.

(Tritt rechts ab, Veilchen tritt links ein,  
hinter ihm Hinsicht und Rücksicht,  
die sich vor den Christbaum stellen.)

„REICHSKRISTALLNACHT“  
9./10. Nov. 1938



42 Synagogen und Bethäuser brennen · 1., 2.,  
4. Bezirk: 1950 Wohnungen „judenrein ge-  
macht“ · mindestens 27 Tote und 88 Schwer-  
verletzte · 600–700 Juden begehen Selbstmord  
· ca. 6500 verhaftete Juden · 3700 davon nach  
Dachau deportiert ·

Multimediale Dokumentation zum Wiener  
Novemberpogrom 1938. Eine Aktion des  
Republikanischen Club – Neues Österreich  
Ort: Am Platz vor der Oper · Zeit: So 9. u.  
Mo. 10. Nov. 1986, 17 Uhr

Flugblatt 1988, Ankündigung einer multimedialen Dokumentation zum Novemberpogrom 1938



ZEITZEUGEN haben im mythenhaften Teutoburger WALDHEIM AT das

## Pferd gefunden

Es sei seinem Reiter angewachsen  
und nährte sich von Vergißmeinnicht.

## „Jetzt erst recht“

wären Mock & Graff gmbH für das im Zügelhalten verantwortlich.

Für den Inhalt verantwortlich: Gruppe Neue Österreich, Annagasse 3, Zeichnung: Chaimowicz

»Pferd gefunden«, Plakat von Georg Chaimowicz

# M A H N W A C H E

1945 war nicht der Zusammenbruch, 1945 war die Befreiung Österreichs. Hitlers Niederlage war Österreichs Sieg. Darauf gründete sich die Zweite Republik. Aber daneben blieb bis heute die gegenteilige Empfindung bestehen, die in der Niederlage der deutschen Wehrmacht, im Untergang des Dritten Reiches auch eine österreichische Niederlage sieht. Um diesen Widerspruch zu

Nun ist die österreichische Lebenslüge geplatzt. Das schmachvolle Vergessen und Nie-etwas-gewußt-nie-etwas-bemerkt-haben des einen beschämt uns alle. Darum wären wir erleichtert, wenn er ginge, aber das löst unser Problem nicht. Helfen wird uns nur die ehrliche Einsicht, welch unendliches Leid die schuldhaftige österreichische Beteiligung am Nationalsozialismus über unser eigenes und andere Völker gebracht hat.

Es kann auch nicht angehen, daß hinterher alles gleich ist: ob einer dafür war oder dagegen, ob einer mitgemacht oder Widerstand geleistet hat, ob einer sich bereichert hat, während ein anderer verschleppt worden ist, ob einer ein Held war oder ein Feigling. Dies alles eins zu setzen, ist zynisch und unmoralisch, schafft Kriecher und Opportunisten.

So kann Versöhnung nicht aussehen, dagegen wehren wir uns - verpflichtet jenen Patrioten und Märtyrern, die für uns und unsere Freiheit gekämpft haben.

## Daher sagen wir:

Geschichte verjährt nicht. Wir werden sie nicht los, indem wir sie verschweigen, verdrängen, vergessen. Wir wollen uns erinnern.

Wir können nicht wissen, wie wir uns damals verhalten hätten, aber wir wissen, wie wir uns verhalten hätten sollen. Wir ehren die Helden des österreichischen Widerstandes, wir gedenken der Opfer.

Darum stehen wir hier, vor dem Zeichen O5 am Stephansdom, einem Symbol dieses Widerstandes.

Die Mahnwache für den österreichischen Widerstand ist eine private Initiative österreichischer Bürger. Die Mahnwache findet ab 8. Juni 1987 20 Uhr täglich rund um die Uhr statt. Wir bitten Sie, sich an dieser Mahnwache zu beteiligen. Anmeldung: Tel. Nr.: 93 83 80 täglich ab 10 Uhr

Flugblatt 1987. Die Mahnwache begann am 8. Juni 1987, dem ersten Jahrestag der Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten und endete am 8. Juli 1987, dem ersten Jahrestag seiner Angelobung.

# WIR UNTERTANEN '38-'88

Elemente einer Geschichte des  
autoritären Syndroms in Österreich, I:  
Gehorsam, Verdrängen, Antisemitismus

Eine Veranstaltungsreihe des  
Vereins KULTURZENTRUM SPITTELBERG,  
des Republikanischen Clubs „NEUES ÖSTERREICH“  
und der „HOMOSEXUELLEN-INITIATIVE“ Wien



Einladung zum Symposium »Wir Untertanen '38- '88«

## "Dieser "Neue" Republikanische Club ist noch nicht ganz Österreich"

Vizekanzler, Außenminister Dr. Alois Mock  
Pressestunde vom 28.2.1988

Vor der Spaltung Österreichs wird in diesen Tagen des Gedenkens vielfach gewarnt. Wir vom "Neuen Österreich" meinen, die "Spaltung" des Landes, die wir jetzt erleben, ist durchaus gesund. Der falsche Konsens der Lüge über unsere Geschichte ist aufgebrochen. Es gibt einen echten Konflikt. Und wie man sieht nicht bloß über Vergangenes. Nur in der offenen Austragung dieses Streits können wir lernen, woran es hierzulande mangelt: an einer Kultur des zivilisierten demokratischen Konflikts. Die meisten Warner vor der "Spaltung" wollen nur den alten faulen Konsens wiederherstellen. Der aber ist- es wird immer offensichtlicher- von Übel.

"Toleranz, Toleranz" wird allerorten gerufen. Wer wäre nicht dafür. Aber wir, vom "Neuen Österreich" meinen: Es gibt bestimmte Dinge, die sind nicht tolerierbar: Man kann Antisemitismus- verschämten oder unverschämten- einfach nicht dulden. Nicht tolerierbar ist auch jener unappetitliche Chauvinismus, der dumpfe Provinzialismus des "Jetzt-erst-recht", der in der letzten Zeit versucht hat, herrschende Staatsmaxime zu werden. Dagegen muß man offen und scharf auftreten.

Bei aller Sympathie für's Absurde: Beim absurden Theater, in dem jener Mann, der mit seiner flagranten Unmoral ganz Österreich zu seiner Geisel macht, ankündigt, er wolle "den moralischen Standard im Lande heben", machen wir nicht mit. Eine- notwendige- moralische Erneuerung unseres politischen Lebens geht nur ohne ihn. Und gegen alles, was er repräsentiert.

Das "Neue Österreich" war während der letzten beiden Jahren konsequent und hartnäckig. Mit einigem Erfolg..Heute ist Republikanismus und Wahrhaftigkeit, die wir vertreten, nicht mehr bloß Haltung einer kleinen Minderheit. Aber noch vieles ist zu tun- auch über den Tag eines längst fälligen Rücktritts hinaus

Republikanischer Club-Neues Österreich  
Museumstrasse 5 1070 Wien Tel 96 43 53, 93 83 80

Mitgliedschaft: 6S 100 monatlich  
6S 20 f. Studenten, Arbeitslose

Wir bitten um Spenden auf das Konto:  
ZSP: 510 520 602



Imp. Rep.Club-Neues Österreich, Museumstr.5, 1070 Wien

# AUFRUF

»DIE WAHRHEIT IST DEN MENSCHEN ZUMUTBAR«  
(Ingeborg Bachmann)

Die Ereignisse der letzten Zeit zeigen, wie wenig Vergangenheit vergangen ist.

Österreich ist in einer schweren Krise. Engstirnigkeit will sich als Staatsräson ausgeben. Alte Feindbilder und offene Ressentiments werden mobilisiert.

»Anschlußgedenkfeierlichkeiten« eines Staates mit diesem Bundespräsidenten an der Spitze, der zum Symbol einer unerträglichen Geisteshaltung geworden ist, sind blanker Hohn für unsere Geschichte. Eine Beleidigung für Opfer und Widerstandskämpfer.

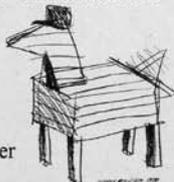
Im Interesse dieser Republik: Er muß gehen.

Es gibt ein anderes Österreich, das gegen Lüge und Opportunismus, gegen Diskriminierung und falschen Patriotismus auftritt. Ein Österreich, das des März '38 und der massenmörderischen Folgen in Wahrhaftigkeit und Würde gedenkt.

Gerhard Botz  
Milo Dor  
Erich Fried  
Adolf Frohner  
Josef Haslinger  
André Heller

Alfred Hrdlicka  
Rosa Jochmann  
Robert Jungk  
Marie-Thérèse Kerschbaumer  
Fritz Muliär  
Elisabeth Orth

Eduard Rabofsky  
Peter Turrini  
Hans Weigel  
Erika Weinzierl



Die Unterzeichner rufen zur Teilnahme auf:

Dieses neue, dieses andere Österreich trifft sich zu einer

**KUNDGEBUNG AM 12. MÄRZ,  
13 UHR AM BALLHAUSPLATZ**

Impressum: A. Kramser, Museumstraße 5, 1070 Wien

# SYMPOSION

## DER ÖSTERREICHISCHE JANUSKOPF

### FRAGEN ZUR IDENTITÄT II

#### Fortsetzung einer schwierigen Debatte

Themen:

Rache der Geschichte • Ansehen in Scherben: Schadensbilanz • Insel der Seligen, Parianation • Der Vergeltliche und der Unfehlbare: Rom • Die österreichische Historikerdebatte • Blut, Ehre, Pflicht: Balkan • Ständestaat-Widerstand oder Komplizität • Zur sogenannten österreichischen Seele • National-Tabus • Die ewige Wiederkehr des Verdrängten • Antisemitismus: ohne Juden, ohne Antisemiten • Ami go home-Hitler comes home • Unser Volk: unser Kummer, unsere Intellektuellen, unsere Not • Wer rettet Österreich • Kunst und Evolution II • Wege durchs Schlamassel •

Engeladen:

Hans Thalberg • Georg Schauer (Paris) • Joachim Riedi (Hamburg) • Luc Rosenzweig (Paris) • Michel Cullin • Marie-Roger Billa (Paris) • Erwin Lani • Barbara Coudenhove-Kalerg • Manfred Weiler • Charlotte Teuber • Reinhold Kroll • Erika Wanszier • Helmut Kramer • Oskar Bronner • Peter Peinka • Armin Thurnher • Georg Hoffmann-Ostenhoff • Hans-Peter Martin (Hamburg) • Emmerich Talos • Sigrid Löffler • Peter Huemer • Ernst Hainisch • Anton Peinka • Franz Pichler • Rubina Möhring • Robert Knight • Peter Krinsky • Michael Weinzierl • Walter Manoschek • Richard Mitter • Wolfgang Neugebauer • Anton Staudinger • Viktor Matzka • Jürgen Wollenberg (Nürnberg) • Helene Maimann • Oliver Rathkolb • E. Jäckel (Stuttgart) • Jörg Friedrich (BRD) • Ernst Wangermann • Gernot Hess • Jonny Moser • Leopold Spira • John Burd • Hans Saitan • Bernd Marin • Wilhelm Burian • Evelyn Litz • Susi Riegler • Andreas Wabl • Henryk M. Broder (Jerusalem) • Rudi Burger • Edith Sauer • Silvio Lehmann • Werner Vogt • Sonja Puntischer-Riekmann • Franz Schun • Dan Diner (Frankfurt/Main) • Dorothea Zemann • Georg Eder • Josef Haspinger • Kuno Knözl • Alfred Hrdlicka • Volker Kier • Robert Schinder • Elizabeth T. Spira • Evelyn Holloway • Mary Steinhilber • Birgit Wagner • Dorothea Bauer • Michael Polak (Paris) • u. v. v. a.

**12 Stunden**  
**am Sa. 4. Juli**

**im: PALAIS AUERSPERG**

**Eröffnung, Frühstücksbuffet: 10 Uhr**  
**festlicher Ausklang: ab 22 Uhr**

Verein zur Erforschung der Französischen Revolution in Zusammenarbeit mit dem  
Republikanischen Club Neues Österreich

Mit Unterstützung der Kulturabteilung der Stadt Wien

## **Bilanzsymposion I. Teil** **Bicentenaire 9. u. 10. Dezember 1989**

Samstag, 9. Dezember 1989

10 Uhr 30 — Demokratische Revolutionen im Vergleich 1789/1848/1989, Podiumsdiskussion

Miklos Haraszti (Sozialwissenschaftler, Budapest)  
Georg Hoffmann-Ostenhof (Journalist und Publizist, Wien)  
Hilde Koplenig (Historikerin, Wien)  
Traudl Lessing (Journalistin und Publizistin, Wien)  
Hazel Rosenstrauch (Kultursoziologin, Wien/Berlin)  
Jana Starek (Historikerin, Prag/Wien), angefragt  
Mikulas Teich (Historiker, Prag/Cambridge)  
Michael Weinzierl (Historiker, Wien)

15 Uhr — Politische Kultur in Frankreich und Zentraleuropa im Vergleich, Podiumsdiskussion

Michel Cullin (Historiker, Paris/Wien)  
Siegfried Loewe (Romanist, Wien)  
Silvio Lehmann (Soziologe, Wien)  
Anton Pelinka (Politologe, Innsbruck), angefragt  
Roger Tropeano (Sozialwissenschaftler, Paris)  
Birgit Wagner (Romanistin, Wien), angefragt

Sonntag, 10. Dezember

Vorträge: Bilanz des Bicentenaire

11 Uhr Ernst Wangermann (Historiker, Salzburg):  
Die Bilder der Französischen Revolution in der Habsburgermonarchie

14 Uhr Marita Gilli (Literaturhistorikerin, Paris):  
Die Französische Revolution und ihre Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung  
Deutschlands

15 Uhr 30 Max Gallo (Historiker und Publizist, Paris):  
Ende des französischen Historikerstreits?

Abschlussdiskussion: Bilanz des Bicentenaire Podiumsdiskussion

mit: Max Gallo, Marita Gilli, Ernst Wangermann

\*Für den Inhalt verantwortlich: Michel Cullin, Barbara Hoheneder, Michael Weinzierl  
\*Das Café-Restaurant Hebenstreit hat während des gesamten Symposions geöffnet.  
\*Ort des Symposions:  
Republikanischer Club-Neues Österreich, Wien 1, Rockhgasse 1 (gegenüber Juridicum)  
Auskünfte unter Tel: 535 99 62

Einladung zum Bilanzsymposion I. Teil, Dezember 1989

# HEBENSTREIT

---

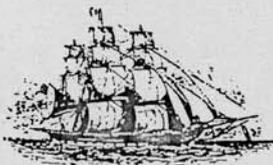
C A F E • R E S T A U R A N T



Kulinarische Köstlichkeiten,  
ausgewählte Weine und  
ein ausgesuchtes Sortiment  
an trinkbarer Lust warten  
darauf genossen zu werden

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Öffnungszeiten: von 10.<sup>00</sup> bis 1.<sup>00</sup> früh.  
Und von Montag bis Freitag gibt es ein preiswertes Mittagmenu  
Samstag und Sonntag ist geschlossen !!



NAVIGARE NECESSE EST, VIVERE NON EST NECESSE.

# REPUBLIKANISCHER CLUB — NEUES ÖSTERREICH —

Juli/August/September 1989

## 200 Jahre Französische Revolution

Café Restaurant Hebenstreit  
Association démocratique des français de l'étranger  
Republikanischer Club-Neues Österreich

## Bal populaire

am 14. Juli 1989 ab 18 Uhr

geplant ist:

Absperrung der Rockgasse, Musik und Tanz, Tombola und vieles andere mehr.

Wir wünschen allen Freunden des Republikanischen Clubs-Neues Österreich einen  
erholsamen Sommer!

Dem Klima entsprechend gibt's auch bei uns etwas leichtere Kost. Doch selbst wenn die große österreichische Politik ihre durchsichtige Blässe am Attersee zu verlieren sucht, in kurzen Hosen durch die Wälder streift, ihr Leben am Großglockner riskiert oder ihre Intellektualität in Alpbach unter Beweis stellt, wollen wir unseren Anspruch, auf aktuelle Ereignisse reagieren zu können, nicht aufgeben. Deshalb treffen wir uns 14-tägig zum Dienstag-Jour fixe.

**Dienstag, 4. Juli 1989 18 Uhr**

**"Frauen und Politik" Frankreich und Österreich im Vergleich**

mit Mme Andrée Audibert (Regierungsbeauftragte für Frauenfragen beim Europarat)

weiters bemühen wir uns um: Mme Michèle André (Staatssekretärin f. Frauenfragen, Frankreich)

Johanna Dohnal (Staatssekretärin f. Frauenfragen, Österreich)

**weitere Jour fixe Termine:**

11. Juli, 25. Juli, 8. August, 22. August, 5. September, Beginn 19 Uhr

Einladung zum Bal populaire am 14. Juli 1989

## Wer hat hier Platz?

### Dr. Karl Lueger Ring

"Unsere Kirche muß sich der unwürdigen Rolle einer Dienerin judenliberaler Staatsgewalten entledigen, muß wieder zurückkehren zu dem Volke und ..... wenn sie in dem Volke wieder die Überzeugung wachrufen wird, daß in ihr Schutz und Schirm gegen die jüdische Unterdrückung gefunden wird, dann wird auch die Befreiung des christlichen Volkes von den schmachvollen Fesseln der Judenknechtschaft eintreten und mit dem Ende der Judenherrschaft, aber auch erst dann, wird das Ende des Antisemitismus sein."

Zitat Karl Lueger

### Wer hat hier zwei Plätze?

Zwei öffentliche Verkehrsflächen im Zentrum Wiens sind nach Lueger benannt. Wer war Bürgermeister Lueger? Welche Ideen vertrat er?

"Diejenigen Christen aber, die mit den Juden gemeinsame Sache machen....., sündigen gegen ihr Volk, ihren Glauben und verdienen nach meiner Meinung die größte Verachtung."

Zitat Karl Lueger

Karl Lueger entfachte die erste antisemitische Massenbewegung. Der Antisemitismus war ein von ihm gezielt eingesetztes Lockmittel. Er war der Lehrmeister Hitlers in Populismus. Seine Wahlsiege in dieser Stadt sind Meilensteine auf dem Weg nach Auschwitz.

"...und langsam wuchs die gerechte Beurteilung zur unverhohlenen Bewunderung. Heute sehe ich in dem Manne mehr noch als früher den gewaltigsten deutschen Bürgermeister aller Zeiten"

Zitat Adolf Hitler in "Mein Kampf"

"Man kann Lueger von einer direkten Verantwortlichkeit für die Nazigreuel gegen die Juden insofern nicht freisprechen, als er diese Untaten zwar nicht aktiv in die Wege leitete, sie aber andererseits ohne die von ihm geleistete Vorarbeit in dieser Weise nicht denkbar waren."

Zitat Johannes Hawlik, Historiker und ÖVP-Geminderat

Der antisemitische Bürgermeister Karl Lueger bedarf nicht zweier öffentlicher Prunkflächen in Wien! Straßennamen sind ein Zeichen der Ehrung. Der Karl Lueger-Ring aber ist für Wien eine Schande!

### WER BRAUCHT HIER PLATZ?

Sigmund Freud hat in Wien immer noch keinen Platz und keine Adresse. Ihm gebührt mehr als bloß ein kleiner Beseirpark. Sigmund Freud, der international renommierte Wissenschaftler, wäre für die Wiener Universität ein besserer Patron als der "Meister des christlich-sozialen katholischen Antisemitismus des kleinen Mannes" (Zitat Friedrich Heer).

### WIR FORDERN DIE UMBENENNUNG DES KARL LUEGER RINGS IN

**DR. SIGMUND FREUD RING**

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Republikanischer Club

Rockhg.1 1010 Wien

Flugblatt 1989, mit Unterschriftenliste zu der Forderung, den Dr. Karl Lueger Ring in Dr. Sigmund Freud Ring umzubenennen.

## REPUBLIKANISCHER CLUB — NEUES ÖSTERREICH —

### Vom Protest zur Institution - über die Notwendigkeit einer politischen Streitkultur

von Silvio Lehmann  
(für den Republikanischen Club)

Der spontane Protest hat die Gruppe "Neues Österreich" zusammengeführt. Das war vor drei Jahren. Der Anlaß ist wohl bekannt. Mittlerweile stehen der RC und das Holzpferd Hrdlicka's als Symbole für ein "Anderes Österreich". Zeitweise kam uns ein nicht erwünschtes moralisches und argumentatives Monopol zu: gegen Antisemitismus, Geschichtslosigkeit, Provinzialismus entschieden aufzutreten.

Das Feld dieser Erscheinungen war und ist die sogenannte "politische Kultur". Die Ursachen liegen natürlich tiefer: die gnadenlose Umwälzung des Weltmarktes, das Ende der Kreisky-Ära, mit strukturellen Versäumnissen, aber auch Aufbrüchen...

So war die Waldheim-Affäre Anlaß, aber nicht eigentlich Ursache, sich mit der gesellschaftlichen Situation Österreich's auseinanderzusetzen.

Die zu führenden Debatten über einen sozialen und ökologischen Umbau, über tragfähige, praktische Ansätze in einer sich selbst bedrohenden Zivilisation, waren blockiert durch das nach längerem Schwelen plötzlich aufbrechende autoritäre Syndrom: Antisemitismus und Fremdenhaß, alte und neue Ressentiments, angesichts weltweiter Tendenzen zu "Zwei-Drittel-Gesellschaft" der sozialen Ausschließung umso gefährlicher. Fragen zum "Zustand Österreich's", zur Identität - einer offensichtlich gestörten - waren zu stellen. Historischen Wurzeln war nachzugehen. Auf den Skandal eines impertinenten Antisemitismus und provinziellen Chauvinismus mußte immer wieder scharf reagiert werden.

Die Auseinandersetzung mit einer unbewältigten Vergangenheit und aktuellen autoritären und nationalpopulistischen Tendenzen war für uns keine "Ablenkung" von den eigentlich wichtigen Themen. Sondern die Auseinandersetzung mit einer politischen Un-Kultur, die eine breitere demokratische Bewegung zur Bewältigung dieser Probleme blockiert. Wenn wie bei einem neurotischen Patienten ein guter Teil der Energie in den Dienst der Verdrängung gestellt werden muß, lähmt das die Kraft zur Auseinandersetzung mit den notwendigen gesellschaftlichen Weichenstellungen. Statt dessen wird der Boden für Ressentiments und Demagogie bereitet.

Mit Nachdruck, auch in den "Impulsen": die Frage nach der Vergangenheit konfrontiert uns mit der Zukunft. Die Frage nach der Verantwortung der Älteren mit der unserer eigenen Verantwortung. Der letzte, "Zivilisationsbruch" läßt uns wie in einem

dunklen Spiegel die Möglichkeit eines weiteren erscheinen.

Vielleicht werden wir einmal selbst mit der Frage konfrontiert: was wir eigentlich gewußt, wozu wir geschwiegen, was wir dagegen getan haben. Die Zeichen stehen an der Wand. Die Krisen und Katastrophen einer sich aufspaltenden "Risikogesellschaft" vermitteln ein Gefühl der Ohnmacht.

In solchen Situationen ist es wichtig, einmal die richtigen Fragen aufzuwerfen, nicht vorschnell nach Antworten zu suchen.

So gibt es auch keine geschlossene "Philosophie" des RC's. Aber einen klaren Konsens, eine in drei Jahren demonstrierte Identität, vor allem im Herangehen an die Probleme.

Mit der Krise der politischen Kultur schlägt die Stunde kleiner, eigenständiger Initiativen. In den letzten drei Jahren hat sich der Club als Kristallisationspunkt einer kritischen Gegenöffentlichkeit etabliert, er ist ein unabhängiges Zentrum lebhafter, hitziger Debatten geworden, abend für abend.

Dabei geht es nicht um letzte Antworten. Diskussionen finden oft ihre Grenzen an Themen und Teilnehmern. Es geht vor allem um neue Zugänge, das war und ist uns besonders wichtig. So haben wir einen "hilflosen Antifaschismus", Verurteilungs- oder Solidariserungsrituale als Politikersatz möglichst vermieden. Punktuell geht es um effektive Interventionen in öffentliche Vorgänge, auf Dauer um Bewußtseinsbildung und Engagement in einem breiter werdenden Themenbereich. Nach wie vor haben wir eine Alarm- und Feuerwehrfunktion zu erfüllen, wenn es wieder einmal brennt. Dann muß Aufklärung in Aktion umschlagen, Protest in organisierte Bewegung. Einen kleinen Beitrag zu leisten, das dafür ein breiteres politisches Milieu entsteht, das ist der Sinn unserer Bemühungen.

Vom spontanen Protest zu einer gewissen Institutionalisierung mit "Club" und "Cafe-Hebenstreit", das von lateinamerikanischen Flüchtlingen geführt wird. Manche sagen, es ist ein Wunder, Böse Zungen behaupten, es sei vor allem ein medizinisch erstaunliches Phänomen. Jedenfalls ist es ein erfolgreiches demokratiepolitisches Experiment, mit quotiertem 16 er-Vorstand, recht bewegten Mitgliederversammlungen, einem zeitweise sehr beanspruchten Büro, das zu Institutionalisierung in Club und Cafe geführt hat - und zu Schulden.

Probleme haben wir daher auch: die materielle Basis ist äußerst prekär. Aktive Mitarbeit, materielle Hilfe und Ideen sind äußerst erwünscht.

#### Republikanischer Club in eigener Sache

- Wir danken allen Freunden des RC's für ihre finanzielle Unterstützung
  - Die finanzielle Lage ist aber immer noch äußerst prekär. Unsere Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden sind verhältnismäßig hoch, sie decken jedoch bei weitem nicht unsere Ausgaben. Da mit öffentlichen Subventionen nicht zu rechnen ist, sind wir nicht nur auf Ihre weiteren Zahlungen, sondern auch auf die Erweiterung unseres Unterstützerkreises angewiesen.
  - Der Mitgliedsbeitrag beträgt monatlich öS 100,- für Arbeitssuchende, Pensionisten, Studenten öS 20,-
  - Neubestellende ersuchen wir drei Mitgliedsbeiträge im voraus zu bezahlen. Damit erhalten Sie auf Wunsch unsere Mitgliedskarte zugesandt.
  - Unsere Kontonummer ZSPK 610 620 502
  - Die Geschäftsführung steht Ihnen täglich von 11-13 Uhr für Auskünfte, Anregungen, etc. gerne zur Verfügung.
- Adresse: Wien 1, Rlockhg 1, Tel. 0222/535 99 62 od 63

Mitteilungsblatt des Republikanischen Clubs – Neues Österreich, Jänner 1990: »Vom Protest zur Institution – über die Notwendigkeit einer politischen Streitkultur«, von Silvio Lehmann

# **Von Humanität – durch Nationalität – zur Bestialität**

(Franz Grillparzer)

**Kärnten kann nur frei sein, wenn es sowohl deutsch als auch  
slowenisch reden kann.**

**Kärnten kann nur ungeteilt sein, wenn es die slowenischen  
BürgerInnen als Teil der eigenen Kultur begreift.**

**Wir fordern nicht nur gleiche Rechte für alle, sondern  
ein Recht mehr für die Minderheit.**

Demokratie ist nicht nur Macht der Mehrheit.

•  
Die Stärke der Demokratie erweist sich in ihrem Umgang mit den  
Schwächsten.

•  
Kärnten geht alle ÖsterreicherInnen an.

•  
Minderheiten- und Ausländerfeindlichkeit gibt es nicht nur in Kärnten.

•  
Kärnten könnte ein multikulturelles Modell in Europa werden.

•  
Nationalismus führt immer wieder zu Gewalt und Krieg.

## **Gegen die Begrenztheit Kärntens.**

### **Veranstaltungshinweis:**

**Mittwoch, 10. Oktober 1990, 19.00 Uhr, ÖGB-Saal (Volkskeller),  
Bahnhofstraße 44, 9020 Klagenfurt**

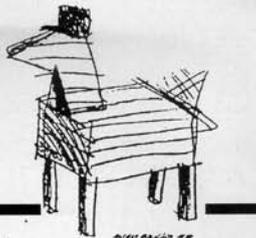
**Gegen den Mißbrauch des 10. Oktober • Keine Feierstunde (Programm u.a.:  
Prof.Dr. Erwin Ringel: Eine nichtgehaltene Rede des Landeshauptmannes).**

Imp.: MHV Republikanischer Club -Neues Österreich-  
Rockgasse 1, 1010 Wien, Tel. 0222/5359961  
Spenden an Zentralsparkasse Ktn. 610-620-502

Hersteller: Brücke 1010 Wien  
Herstellungsort: Wien

# BULLETIN

REPUBLIKANISCHER CLUB  
— NEUES ÖSTERREICH —



## Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

VÖLKISCHES BEGEHREN. Also schön – die Fremden sind unser Unglück. Wieder einmal. Es geht nicht um zwölf Punkte, oder ob die Regierungspolitik schon genug repressiv ist. Es geht um das Schüren von Fremdenhass, auf der Basis von Stimmungen, diffussem Unbehagen. Um das Füllen eines Sinnvakuums, eines gesellschaftlichen Defizits mit einem aggressiven Rechtspopulismus. Sachinformation, vernünftige Aufklärung tun not, werden aber an Grenzen stoßen. Der Rassismus als Politik der Diskriminierung zu Lasten des Beschuldigten und zum Vorteil des Anklägers birgt kein besonderes Geheimnis. Dagegen müssen die Grundwerte der Republik mit Überzeugung und Autorität vertreten werden. Sonst haben Menschenjäger Saison, herrscht latenter Bürgerkrieg. Es gibt keine Ausländerfrage. So wenig wie es zum Antisemitismus eine Judenfrage gab. Es gibt ein Problem mit Xenophobie, Rassismus, Antisemitismus, Rechtspopulismus. Da ist entgegen einer in der politischen Klasse weitverbreiteten Meinung wenig zu verstehen und zu erforschen, dafür aber zu bekämpfen, für Werte einzustehen. Populistischer Opportunismus macht sich nicht bezahlt. Im Hintergrund stehen aber unbewältigte Probleme der Gesellschaft, eher der erloschenen Seelen als der erschöpften materiellen Kräfte – die stehen im Übermaß zur Verfügung, wenn auch höchst ungleich verteilt, nach Disparitäten der Lebensbereiche, wie auch noch der klassischen Ungleichheit. Ein New Deal, ein neuer Sozialkontrakt ist angesagt, zwischen den Regierenden und der mehr und mehr populistisch grollenden Basis, aber nicht mit dem selbst ernannten Volkstribun und dem aufhetzenden Massenmedium. Grundwerte, Solidarität müssen vorgelebt und glaubhaft vertreten werden. Hinter dem Zurückweichen stehen schlechtes Gewissen und Doppelmoral, allerdings auch in liberalen Haltungen ohne soziale Dimension. Garantien müssen wieder gegeben werden auf das Wesentliche, nicht politisches Kleingeld zur Bestätigung des Wohlstands-Chauvinismus. Eine wohlhabende, recht tüchtige Gesellschaft, wie die österreichische, die bei weitem nicht so mies ist, wie ihre populistischen Verführer und Opportunisten, sollte in der Lage sein, ihre Probleme und Ziele frisch zu formulieren und entsprechende Vorgaben, aber auch Taten zu setzen. Kurz: Führung statt Verführung. Caritas, zu Allerseelen. Nach dem Grad der politischen Verwirrung zu urteilen, muß die Verbitterung schon sehr, sehr groß sein. Mit Haider eine Grundsatzdebatte zu führen, die zur Verbesserung der Flüchtlingssituation beitragen soll, ist politischer Wahnsinn. Aber einen Helmut Schüller so weit zu treiben, erst recht. Betroffenheit in der Regierung ist angebracht. Mit Haider die Regierung zum Offenbarungseid zwingen, ist eine Verzweiflungstat Schüllers. Der Weg zur Hölle, auch des Populismus, ist mit guten Absichten gepflastert. Hingegen kann sich die 'Koalition der Vernunft' nicht allein auf die rein formale Ausgrenzung des rechtsextremen Tribünen gründen. Vernunft braucht substantiellen Inhalt, einen neuen Konsens, der vor der Geschichte standhält.

Besser agieren als abregieren: Do. 12.17h, sonst jeweils 19h Mo. 23. Nov., Do. 26. Nov., Do. 3. Dez.

Der **Generalversammlung des RC** kommt in dieser Situation besondere Bedeutung zu, über die formale Tagesordnung – Berichte, deren Diskussion, Entlastung, Neuwahl des Vorstands – hinaus. Österreich steht vor einer entscheidenden Machtprobe, das ist wohl der Hauptpunkt. Für alle Mitglieder und solche die es ernsthaft werden wollen: und zwar Zahlende. Beiträge und Spenden sind derzeit besonders dringend.

**Fr. 4. Dez. 18h.** Bitte nach Möglichkeit um Anmeldung, kurzer Anruf genügt, Ende Nov. gibt es Unterlagen.

**Mit lieben Grüßen  
für den RC Silvio Lehmann**

Nummer 6  
November/Dezember 1992

### IMPRESSUM:

Bulletin des Republikanischen Clubs Neues Österreich, 1010 Wien, Rockgasse 1, Telefon 535 99 61 (Anrufbeantworter), 535 99 62 und 535 99 63 (FAX).

BÜROZEITEN - INFORMATION: Montag bis Donnerstag 16<sup>00</sup> bis 18<sup>00</sup> h.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt ÖS 100,- pro Monat (Arbeitssuchende, Pensionisten und Studenten ÖS 20,-).

Das Bulletin wird Mitgliedern kostenlos, bzw. auch Nichtmitgliedern gegen Einzahlung von ÖS 200,- pro Jahr (für Arbeitssuchende, Pensionisten und Studenten ÖS 100,-) zugesandt.

Kontonummer 610 620 502 bei Bank Austria. Herausgeber, Medieninhaber, Verleger: Republikanischer Club Neues Österreich.

Redaktion: Silvio LEHMANN,

Rockgasse 1, 1010 Wien.

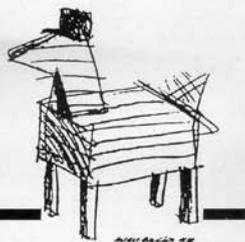
Satz und Layout: Michael BACULESCU, Wipplingerstraße 23, 1010 Wien.

Druck: Die Brücke, Wipplingerstraße 23, 1010 Wien.

Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt 1010 P.b.b.

# BULLETIN

REPUBLIKANISCHER CLUB  
— NEUES ÖSTERREICH —



## BEILAGE: »HAIDERS BEGEHREN SPEZIAL«

Argumente von Hans Henning Scharsach (»Haiders Kampf«)

### Editorial

Wir vom Republikanischen Club Neues Österreich haben **SOS-Mitmensch** mitgegründet. Nun versuchen wir, unseren Teil zu dieser großen Aktionsplattform beizutragen. Wir finden schon seit langem, daß in Österreich so etwas ähnliches wie "SOS-Racisme" in Frankreich auf die Beine zu stellen ist.

Österreich hatte in den letzten Jahren große Probleme mit seiner historischen Vergangenheit. Als "**Neues Österreich**" waren wir mit dem Holzpferd Alfred HRDLICKAs an vorderster Stelle präsent. Wir haben uns in unzähligen Diskussionen und Aktionen um ein korrektes Verhältnis zur Vergangenheit bemüht.

Jetzt ist der **Fremdenhaß** das "brennende" Problem, siehe Deutschland. Besonders verantwortungslos und "politische Brandstiftung" ist in dieser Situation das "völkische Begehren" HAIDERS: Ein Versuch, die ganze Republik vor sich her zu treiben, die Emotionen weiter anzuhetzen, der Wille zur illegitimen Macht, auch um den Preis von Destabilisierung und Gewalt.

Der Fremdenhaß steht in einer gewissen Analogie zum historischen Antisemitismus. Der Fremde wird als Sündenbock mißbraucht, zugleich als billige Arbeitskraft (auch als zahlender Kunde, Tourist) gebraucht. Dem vielbeschworenen "kleinen Mann" wird Fremdenfeindlichkeit als Heilmittel für Alltagsnöte, Ängste und Verwirrung offeriert, als Ersatz für fehlende gesellschaftliche Visionen, ernste Programme und sozial engagierte Reformen: Im Arbeits- und Wohnbereich, in der Schule, im Sozialen, im städtischen Leben usw. ... Das alte/neue Feindbild des gefährlichen Fremden gibt den Verwirrten Halt in einer unsicheren Zeit, wo vieles sich sehr rasch verändert hat - ein Kulturschock für viele.

Damit ist auch gesagt, wo die Hoffnung auf Therapie dieser grassierenden Epidemie liegt.

Das "**Lichtermeer**" ist ein erstes Zeichen. Das jeder ohne lange Erklärung versteht, der nach Deutschland schaut. Solche Zustände lehnt die überwältigende Mehrheit ab.

Dieses Zeichen kann kein soziales Engagement ersetzen. Aber es setzt ein Signal: Wir wollen eine **neue Politik**, die mehr soziales Engagement beweist, sich um realistische Visionen bemüht, eine neue Politik, die vernünftig ist, aber auch kühn genug, um den globalen Problemen zu entsprechen, Probleme in der Arbeit, beim Wohnen, in der Schule, im Sozialen, tatkräftig anpackt.

Eine Politik, die brachliegende materielle und seelische Kräfte dieses Landes mobilisiert, die nicht vor Wohlstandschauvinismus kapituliert, die mit gutem Beispiel vorangehen kann.

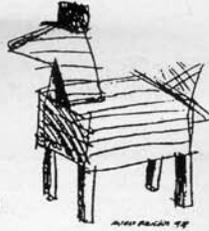
Eine neue Politik, die darauf verzichtet, selbst Sündenböcke zur eigenen Entlastung zu bemühen, eine neue Politik, die sich und uns alle wieder neu in Pflicht nimmt, die wieder Mut zur Gestaltung einer Gesellschaft hat, die ihre Grundwerte an Menschlichkeit und Gerechtigkeit ernst nimmt. Eine neue Politik, die sich und der Bevölkerung reinen Wein einschenkt, definiert was Sache ist und auch schwer lösbare Konflikte zur Kenntnis nimmt, ohne sie mit moralisierendem Kitsch zuzudecken oder mit dem Zynismus der Macht zu ignorieren. "Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar" (Ingeborg BACHMANN).

Das zu konkretisieren - in großen öffentlichen Debatten, in beispielgebenden Aktionen und Projekten - ist die Aufgabe der kommenden Monate. SOS-Mitmensch bietet dafür eine breite Plattform, Initiativen wie der RC-NÖ müssen an neuen Fragen und Positionen arbeiten, jenseits der üblichen Tabus. Für all das soll das Lichtermeer ein Startsignal sein. Wir haben mehr "Recht auf Heimat" als jene, die Österreich für eine "ideologische Mißgeburt" halten. Wir wollen uns eine gewisse Idee der Republik bewahren - die "gemeinsame Sache" vor Gemeinheit schützen. Und wir warnen jene, die mithetzen oder sich verführen lassen. Wehret den Anfängen - setzen wir einen neuen Beginn.

SL

# BULLETIN

REPUBLIKANISCHER CLUB  
— NEUES ÖSTERREICH —



## Liebe Freundinnen, liebe Freunde

Eine Reihe zeitgeistiger Beobachter der Innenpolitik haben das Phänomen Haider und Rechtspopulismus bereits mehrfach auf verhängnisvolle Weise unterschätzt. Mit voreiligem Frohlocken wird angesichts des fortschreitenden Zerfalls von traditionellen Großorganisationen (Parteien, Kammern, Gewerkschaften) vor lauter Selbsterliebtheit und Euphorie über den neu gewonnenen Individualismus übersehen, daß die meisten Menschen insbesondere während eines Prozesses der Internationalisierung von Industrie und Finanzmacht gut organisierter Countervailing Powers bedürfen (J.K. Galbraith, Strukturen gesellschaftlicher Gegenmacht, in seiner Kritik an der weitgehend unkontrollierten Gewalt des US-amerikanischen Kapitalismus).

Eine neue Synthese von Individualismus und freiwilliger Kollektivität ist schwer genug zu denken und realisieren. Verlust von politischer und sozialer Heimat bei großen Schichten von Arbeitern und Angestellten, kann bestürzend schnell von Berlusconi und Haider genützt werden. Die derzeitige und auf lange Zeit absehbare „Modernisierung“ von Wirtschaft und Gesellschaft ruft nicht nur bei den unmittelbaren Verlierern panikartige politische Reaktionen hervor. Wenn das Medium einem auch oft selbst zur message wird und hochkapitalistisch beschleunigte Obsoleszenz geradezu atemlos macht beim Eilen nach den neuesten Moden, kann der Blick für Wesentliches leicht verlorengehen. Euphorie ist keine sinnvolle Antwort auf Euphorobie. Die unendlich sichtbaren Hände der Oligopolen merkt man manchmal erst dann, wenn sie einen z.B. im Medienbereich selbst betreffen. Solange die „Verlierer der Modernisierung“ andere sind, erschüttert es kaum. Da die traditionellen Großorganisationen von „Arbeit und Wirtschaft“ derzeit in einem gewissen Ausmaß selbst blockiert in einem Münchhausendilemma stecken, stünde es einer vermeintlichen und zum Teil verblühenen „intellektuellen Avantgarde“ nicht schlecht an, sich mehr Gedanken über Strategien gegen den Neopopulismus zu machen und diese auch selbst zu betreiben. Unvermeidbare solidarische Neuverteilung von Arbeit, Zeit und Einkommen bedeutet auch, sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Blinder gesellschaftlicher Modernisierungseifer bei eigener Vorliebe für das „Alte und Schöne“ kann auf Dauer nicht gut zusammen gehen. Finanzspekulationen nur dann zu kritisieren, wenn Gewerkschaftsbanken daran beteiligt sind, ist Heuchelei, wenn nicht nach allgemeinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegen verselbständigte und desaströs wirkende Finanzströme gerufen wird. Die schwere Erschütterung des schwedischen Wohlfahrtsstaates vor drei Jahren wurde kaum durch den „überzogenen Sozialstaat“ verursacht – sondern durch das Platzen gigantischer Spekulationsblasen: so wurden mehrere hunderte Milliarden Schilling allein auf dem Stockholmer Finanzplatz auf Sand gesetzt, die von der schwedischen Regierung ausgeglichen werden mußten, um eine schwere Wirtschaftskrise zu vermeiden. Ähnliches geschah von Tokio über London bis New York. Gleichzeitig fehlen diese Ressourcen bei der Erneuerung der Wirtschaft und der Beseitigung von Elend und Armut. Über diese für den realer existierendem Kapitalismus blamablen Zusammenhänge zu berichten, scheint weder opportunn noch elegant zu sein. Rüstungs- und Drogenkapital sind kein Thema. Eine euro-porientierte, internationalisierte, offene „Arbeiterbewegung“ steht vor der schwierigen Aufgabe, nicht nur vielfältige innerstaatliche Gegensätze zu integrieren, sondern müßte z.B. die Interessen von Beschäftigten in Pharma- und Lebensmittelkonzernen mit denen der Produzenten sowie Konsumenten in allen Weltgegenden ausgleichen. Wenn Millionen Menschen gegen die unfaßbaren Praktiken der Saatgutmultis in Indien demonstrieren, so zeigt dies den dringenden Bedarf nach einer neu formulierten und vor allem praktizierten Solidarität im wohlverstandenen Eigeninteresse. Neue Marshallpläne zwischen Nord und Süd würden die wirksamste Maßnahme gegen Lohn- und Sozialdumping darstellen, da sie zur Anhebung der Importnachfrage gegenüber den Industriestaaten beitragen.

Energiesteuern, Formen der Arbeitszeiverkürzung mit sozial abgestuftem Lohnausgleich, ein verstärkter Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind sowohl ein Erfordernis der Modernisierung als auch ein Mittel zur Bekämpfung der wachsenden Arbeitslosigkeit. Die in den letzten Jahren ausgebauten Instrumente der Europäischen Union zur Dämpfung der negativen sozialen Folgen des Binnenmarktes sind gut geeignet zur Verknüpfung mit ähnlichen Instrumenten des regionalen und sozialen Ausgleichs in Österreich. Ein großer Teil der EU-Gegner übersieht diesen synergetischen Effekt einer künftigen EU-Mitgliedschaft. Die relativ wenig eingeschränkte Macht der großen Wirtschafts- und Finanzkomplexe in der EU bedarf einer entwickelten sozialen Gegenallianz. Die bloße Negation eines auch außerhalb der EU wirkenden Internationalisierungsvorgangs stellt noch keine adäquate Antwort dar. Gegner des EU-Beitritts als auch Befürworter verwenden wenig Energie für die Entwicklung von Strategien einer sozialen und ökologischen Gestaltung mit oder ohne EU-Beitritt.

**Liebe Grüße für den RC: Peter Kreisky (für die grausame Kürzung: SL)**

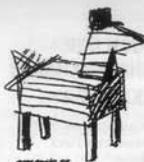
Nummer 3  
Mai 1994

IMPRESSUM: Bulletin des Republikanischen Clubs Neues Österreich, 1010 Wien, Rockhagasse 1, Telefon 535 99 61 (Anrufbeantworter) und 535 99 63 (FAX), BÜROZEITEN- INFORMATION: Montag bis Donnerstag 16 bis 18 h. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ÖS 100,- pro Monat (Arbeitssuchende, PensionistInnen und StudentInnen ÖS 20,-). Das Bulletin wird Mitgliedern kostenlos, bzw. auch Nichtmitgliedern gegen Einzahlung von ÖS 200,- pro Jahr (für Arbeitssuchende, PensionistInnen und Studierende ÖS 100,-) zugesandt.

Kontonummer 610 620 502 bei Bank Austria, Rockhagasse 1, Medieninhaber, Verleger: Republikanischer Club Neues Österreich. Redaktion: Silvio LEHMANN, Sibylle SUMMER Rockhagasse 1, 1010 Wien. Satz und Layout: Michael BAIGULESCU, Lange Gasse 65/17, 1080 Wien. Druck: Die Brücke, Wipplingerstr. 23, 1010 Wien.

Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt 1010 P.b.b.

Bulletin Nummer 3, Mai 1994: Editorial von Peter Kreisky



# Bulletin

Republikanischer Club Neues Österreich

Nummer 4  
Juni/Juli 1995

1010 Wien, Rochkgrasse 1,  
Telephon 535 99 61,  
Fax 535 99 63  
Montag - Donnerstag  
15 - 18 Uhr

## Erinnerung - und Verpflichtung

Verschiedene Gedenktage, Feiern, Symposien zu 50 Jahren II. Republik liegen hinter uns. Soweit ein Überblick noch möglich ist, sind sie soweit gut verlaufen. Das Fest der Freiheit am Heldenplatz, trotz strömenden Regens, eindrucksvolle Ansprachen, auch im Parlament, oder etwa zur Befreiung von Mauthausen. Erwartungsgemäß und rollenkonform trug so mancher das Seine dazu bei: unsägliche Ansprachen Haider, der Versuch die II. Republik in den USA als "totalitäre Entwicklungsdemokratie" in die selbe Liga wie etwa Nordkorea oder die VR China zu bringen. Die Kronen Zeitung nicht zu vergessen, deren Chef es für notwendig empfand, als Gegenstück zu "satanischer" Vergangenheitsmanipulation, also offenbar auch der offiziellen Veranstaltungen, die Leiden von Kriegsgefangenen in sowjetischen Lagern in sein Blatt zu rücken, mit Hilfe der ressentiment geladenen Erinnerungen eines alten Kämpfers.

Ein groß in Szene gesetztes Symposium, die Ringturmsprache Ende Mai, bot Denkwürdiges, aber auch Sonderbares. Trotz der Verwirrung, die bei manchen noch immer ausgelöst wird, siehe den Kommentar von Egon Matzner im Standard vom 30. 5., wird ein gewisser Bewußtseinsstand markiert. Neben der "Opfer-Rolle" als Gründungsmythos der II. Republik ist eine "Täter-Rolle", also eine gewisse Mitverantwortung, eine Aner-

kennung für verfolgte Opfer, aber auch für das überproportionale Verhändensein österreichischer NS - Täter erst in jüngster Zeit auch offiziell zugestanden worden. Was die relativ wenigen, die aktiven Widerstand geleistet oder Verfolgten geholfen haben, umso mehr ehrt. Entgegen der Meinungen so mancher z.B. des ÖVP - Clubobmanns Andreas Khol, der an einem wichtigen Parlamentstag mit den Beratungen über den NS - Opferfonds die Zeit fand, sich in ein Ö 1 Gespräch mit Rudolf Burger schalten zu lassen, um auf der Opferrolle Österreichs zu insistieren, ist damit und überhaupt seit der Waldheim - Affäre kein neuer Mythos einer "Verbrechermation" begründet worden. Aber die alten Tabus und Verdrängungen funktionieren eben nicht mehr, der alte staatstragende Mythos von Österreich als "erstem Opfer" der NS - Aggression, diese zentrale Lebenslüge der II. Republik ist in dieser Akzentuierung nicht mehr lebensfähig. Die Reste seiner Dekomposition werden allerdings gern als Humus für Ressentiments mißbraucht. Eigenartig, zumindest im Vergleich zu Deutschland ist die Vehemenz mit der populistische Politik und Medien, quer durch den Mangel an Haltung und Bewußtsein zur massenhaften Produktion von dumpfen Ressentiments nutzen. Dabei werden wie schon bei Waldheim ff. angebliche Pauschalverdammungen, die niemand erhoben hat zu-

rückgewiesen. Eine weitere unangenehme Erinnerung an die Waldheimkrise drängt sich auf, wenn dieser Tage soviel von Zeitgeschichte die Rede ist. Die eigentlich für die Bearbeitung solcher Probleme von der Gesellschaft unterhaltenen und beamteten Zeitgeschichtler glänzten während der Waldheim - Affäre eher durch Abwesenheit. Ziemlich einsame Ausnahmen, wie Gerhard Botz bestätigen diese Regel und sonst jüngere Historiker, die etwa seither bei der Klärung von Kriegsverbrechen der Deutschen Wehrmacht (Manoschek) oder bei der Erforschung der Eichmann - Männer (Safrian) internationale Anerkennung gefunden haben, oder Vertreter anderer historischer und sozialwissenschaftlicher Fächer, wie Pelinka, Talos, sowie Journalisten und Künstler, die sich zwei, drei Jahre lang intensiv im RC zusammen fanden.

Im Kontext von Aussagen von Burger, aber auch Mommens, Botz, Pelinka ergibt sich

**F**ür alle,  
die uns  
nicht kennen:  
der RC hat  
nichts mit den deutschen  
„Reps“ zu tun - im Zuge  
der Waldheim-Affäre ent-  
standen, arbeitet der RC  
gegen Antisemitismus,  
Verdrängung der Vergan-  
genheit, Rechtspopulis-  
mus und Fremdenhaß.



folgendes grobe Bild des "state of the nation". Österreich als Nation ist ein sehr junges Phänomen, wenn nach Helmut Plessner Deutschland eine verspätete Nation ist, dann ist es Österreich "zum Quadrat", dessen sog. Identität sich abgrenzend auf Deutschland bezieht. Ein ursprüngliches Ausschließungs - Trauma wurde von einem Anschluß - Trauma abgelöst. Die heiße Phase der Nationsbildung für Österreich mag jetzt abgeschlossen erscheinen, aber dieser Vorgang gründete sich auf eine selbstfantasierende Viktimisierungsideologie, als kleines, hilfloses, unschuldiges Opfer, als "Mischung aus Kellnerutenden und Kindchenschemata" (Burger). Das ist historisch weitgehend abgeklärt, aber in seiner Dekomposition äußert virulent.

Im Parlament wurde die Einrichtung eines NS - Opferfonds beschlossen, wofür auch die F stimmen konnten, Grüne und IKG (Paul Grosz), Experten und Betroffene haben gravierende Einwände. Die Opfer der NS Verfolgung finden sich als Bittsteller ohne klare Kriterien. Homosexuelle und Behinderte wurden aber überhaupt ausgeschlossen. Also gut gemeint, aber ein bißchen schäbig. So ist sie manchmal, die Republik.

LIEBE GRÜSSE SILVIO LEHMANN  
FÜR DEN RC

PS.: Ein heißer Herbst steht bevor. Wir bitten um Spenden auf unser Konto: Bank Austria 610 620 502

# Reden wir doch auch über Einnahme-Strukturmaßnahmen!

von Sibylle Summer

Durch die Sprengkraft, die die Budgetkonsolidierung in Sachen Koalition bewiesen hat, kommt dem Thema „Sparen“ eine übermäßig große, ja fast schon übertriebene Rolle zu. „Sparen“ dominiert seit Wochen die innenpolitische Berichterstattung und den öffentlichen Diskurs.

Ein Wettstreit der besseren Sparmeister ist ausgebrochen und es macht denn Anschein, als ob die gesamte politische Öffentlichkeit vom „Spar - Wahn“ befallen sei - anstelle sachlich die Ursachen für die zunehmenden Nettodefizite zu hinterfragen, wirtschaftspolitische Fehleinschätzungen der letzten Jahre zu analysieren, die einnahmeseitigen Gestaltungsmöglichkeiten der Steuerpolitik zu debattieren, die Sozialpolitik wieder von der Finanz- und Steuerpolitik zu trennen, das Kaputtsparen der Zukunft nicht ständig mit Strukturreformen zu verwechseln und die gesellschaftspolitischen Gefahren einer reaktionären, undifferenzierten Einsparungspolitik aufzuzeigen.

Der derzeitige Diskurs bringt jahrelange Versäumnisse und Defizite der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik recht anschaulich zum Ausdruck. Der rechtspopulistischen Trendwende wird seit einiger Zeit „widerstandslos“ der Boden aufbereitet. Allgemeine „Sozial-schmarotzer-Debatten“ anstelle zukunftsorientierter, emanzipatorischer Gegenkonzepte bieten rechtspopulistischen Demagogen Platz zur Entfaltung ihrer „Gruppenegoismen“ und bringen die Gesellschaftspolitik endgültig zum Kippen.

Auch wenn dieses „Predigen“ über die negativen Auswirkungen einen fast schon öden moralischen Charakter in sich birgt, kann es sinnvoll sein, Ursachen, Auswirkungen und den Stellenwert der Budgetkonsolidierungspolitik grundsätzlich und kontextbezogen zu analysieren, insbesondere die arbeits- und sozialpolitischen Auswirkungen und dadurch bedingte grundsätzliche gesellschaftspolitische Veränderungen.

Der neoliberalen Trendwende wird seit einiger Zeit Rechnung getragen - weg von der Beschäftigungs- und Verteilungspolitik, hin zu den wenig erfolgreichen Modellen der „supply side-economics“ (Unternehmer-Entlastungspolitik).

Neben grundsätzlichen Weichenstellungen, nämlich Umverteilung von unten nach oben, erfolgten die letzten Steuerreformen auf Grundlage etwas zu optimistisch angesetzter Wirtschaftsprognosen. Die Phantasie der Wirtschaftspolitik reicht nur für das Einfordern von ausbauseitigen Sparmaßnahmen.

Viel interessanter und effizienter hingegen wären einnahmeseitige Strukturreformen und eine zukunftsorientierte Steuerpolitik zu entwickeln, die den stark veränderten Realitäten in der Kapital- und Einkommensentwicklung gerecht werden. Weltweit, aber auch in Österreich sind die Nettoeinkommen aus dem sog. Finanzvermögen überdurchschnittlich gestiegen. Das österreichische Steuersystem begünstigt Einkommen aus Finanzkapital relativ zu den Einkommen aus beschäftigungswirksamen Realkapital besonders stark. Nach einer einfachen Rechnung von Stephan Schulmeister werden Einkünfte (in diesem Beispiel 1 Mill. ÖS) aus Zinserträgen in Österreich mit 22% besteuert, hingegen wird die selbe Höhe an Einkünften aus unternehmerischer Tätigkeit (durch eingesetztes Realkapital) mit ca. 38% besteuert. Diese großen Unterschiede sind im internationalen Vergleich nicht üblich und schaden der wachstums- und beschäftigungspolitischen Entwicklung sehr.

Der Wirtschaftswissenschaftler Franz Gall (AK Oberösterreich) etwa weist anhand der Steuerleistungen aus Kapitalerträgen und der Entwicklung der Einkommensteuer von Selbständigen nach, daß die österreichische Steuerpolitik den veränderten Kapitalertragsstrukturen nicht mehr gerecht wird. Auch andere WirtschaftswissenschaftlerInnen weisen seit Jahren auf die abnehmende fiskalische Ergiebigkeit unseres Steuersystems hin.

Daß ungenützte einnahmeseitige Potentiale vorhanden sind, zeigt die allgemeine Tendenz

der steuerlich immer weniger erfassten Einkommens- und Kapitalertragsentwicklungen. Durch zunehmende Ausnutzung von bilanziellen Gestaltungen und gesetzlichen Steuerumgebungsmöglichkeiten, aber auch durch schlechte Steuerhinterziehungen verringerte sich die Steuerquote der Gewinneinnahmen ab Anfang der 80 iger Jahre kontinuierlich. Eine Studie der AK Wien ergab, daß bereits 1986 weniger als 50% der volkswirtschaftlich ermittelten Gewinne steuerlich erfaßt wurden, wobei volkswirtschaftlich errechnete Gewinne nicht mit finanzrechtlichen gleichgesetzt werden können.

Neben den bilanztechnischen Möglichkeiten und den legalen Steuerumgebungsmöglichkeiten insbesondere für größere Unternehmen, ist der Anteil der Schattenwirtschaft („Schwarz-Geschäfte“) in Österreich nicht unbeachtlich. Die von der OECD entwickelte Methode zur Ermittlung der „off the books“-Geschäfte wurde 1985 von A. Franz für eine österreichische Erhebung der Schattenwirtschaft angewandt. Der Wirtschaftswissenschaftler Franz kommt unter Einbeziehung des „Pflüsches“ zu einem Anteil der Schattenwirtschaft am BIP von insgesamt 3,45%. Projiziert frau/man diesen Wert auf das Jahr 1994 ergibt sich ein Volumen von 76 Mrd. ÖS. Daraus läßt sich der Ausfall an Einkommen - Körperschaft und Umsatzsteuer von etwa 30 Mrd. ÖS schließen. (vgl. AK Wien, Studie von Kurt Kratena, 1994). Was Einzelpersonen und Kleinbetriebe durch schlechte Steuerhinterziehung an Abgabenzahlungsmöglichkeiten zu nützen versuchen, steht größeren Unternehmen durch Vielzahl Gestaltungsmöglichkeiten legal zur Verfügung.

In den negativen Auswirkungen der legalen Steuerumgebungsmöglichkeiten und in der sinkenden fiskalischen Ergiebigkeit unseres Steuersystems müßte ein wesentlicher Ansatzpunkt für eine reformierte Steuerpolitik liegen.

## Es geht um unsere Republik

von Doron Rabinovici

*Rede anlässlich der Mahn - Kundgebung am Stock im Eisenplatz, Okt. 1995, nach den jüngsten Briefbombenattentaten auf Maria Loley und Mahmoud Abou - Roumie.*

Mahmoud Abou - Roumie ist ein Arzt, beliebt. Er sagt: „Ich stehe Tag und Nacht im Dienst der Gemeinde, ich habe einen humanen Beruf, ich habe nie jemand etwas zu leide getan - und dann werde ich plötzlich Opfer von Haß und Terror. Das verstehe ich nicht.“

Da ist nichts zu verstehen, obgleich wir begreifen müssen: Dieser Terror ist nicht gegen einzelne gerichtet. Er soll die Hilfsbereitschaft, die Zivilcourage und die Menschlichkeit in diesem

Land abtöten. Der Terror des Populismus und der Terror der Bomben will diese Republik zersprengen. Jedes Bündnis, jede Koalitionsspekulation mit diesem Populismus - allein des Machtalküls wegen - ist ein Ausverkauf unserer Demokratie. Hier geht es nicht um Einzeltäter, sondern um ein Klima der Verfolgung und des Hasses. Maria Loley wurde bereits vor dem Attentat in Briefen bedroht. Nicht von den Attentätern, nein von andern. Ein Mann kündigte eine Explosion an, die während der Aussage von Helmut Zilk vor Gericht detonieren werde: Er leide, heißt es, unter einer Art Trinkpsychose und habe mit den Bomben „nichts zu tun“. Nun ja, Österreich mag ein

Bulletin Nummer 7a, Dezember 1995: »Reden wir doch auch über Einnahme-Strukturmaßnahmen!«, von Sibylle Summer

# Die Scheu vor der selbstbewußten und konfliktreichen Gesellschaft

von Martin SCHENK

(Psychologe und Vorstandsmitglied von SOS-Mitmensch)

Wir öffnen den Deckel der Kiste politischer Alltagstheorien und ziehen den intellektuell-liberalen Bestsellersatz heraus: Das ist die Bewegung der kleinen Leute, des Kleinbürgertums und der sozial Deklassierten, also zusammengefaßt: der armen Dummen oder der dummen Armen.

Was die rassistische Einstellung und Praxis betrifft, eines der bewegenden Herzstücke europäischen Rechtspopulismus, ist der Faktor Armut kaum aussagekräftig. Es ist gerade die aufgestiegene Mittelschicht, die sichtbare Armut befremdet, weil letzteres die Unsicherheit des erworbenen Standards beunruhigend ins Blickfeld rückt. Die sogenannten Modernisierungsverlierer neigen nicht mehr zu ausgrenzenden Maßnahmen gegen Menschen stüdländischer Herkunft als gesicherte Angestellte oder hohe Beamte. Sie sagen nur offen Ausländer raus!, so mancher Maturant hat gelernt, was moralisch erwünscht und intellektuell erlaubt ist. Entlang des Faktors Bildung läuft die Linie von offener zu verdeckter rassistischer Einstellung. Die völkische Koppelung von Menschen- und Bürgerrecht an die Kenntnis vom Grünen Veltliner oder Maria Theresias Kinder hat sich in die Mitte unserer Gesellschaft vorgearbeitet, abendländisches Elitebewußtsein trotz inmitten der Festung, sitzt im Schiff, wohnt im Haus, auf der Insel, WIR sind unser Körper, während draußen das Chaos herrscht, Fluten uns bedrohen, der Dschungel und die Wüste beginnt, Turbulenzen bemerkbar sind, Viren und Gift unsere Gesundheit gefährden.

Arm und dumm taugt noch nicht für eine profunde Analyse. In den mir-bekanntesten Populismus-Studien zeigt sich erst der Faktor Ohnmacht als durchgehend aussagekräftig für den Ruf nach einem starken Mann. Das Gefühl, das Steuerrad des eigenen Lebens nicht mehr in eigenen Händen zu halten; die Perspektive, keine Perspektive eigenen Handlungsspielraums zu erkennen, das macht unzufrieden. In rebellierender Selbstunterwerfung matschkert ein ganzes Land – nicht arm, nicht dumm, nur handlungsgehläht. Das Identitäts-Chamäleon Haider, vom Staatsmann zum Lederjackett-Freak in 5 Sekunden, hebt die Orientierungslosigkeit im Supermarkt der Männerbilder auf – mit ihm kauft man alle in einem Pack.

Die journalistischen Kämpfer gegen das Böse in Jörg schlagen ihm die Hintertür auf: Schöner sprechen, Herr Haider! Das Problem ist weniger Ihre Kritik als die Wortwahl, rüt ihm der Standard (Sommerinterview). Warum müssen Sie, wenn Sie in der Sache recht haben, dennoch so aggressiv sein? fragen quasi rhetorisch die Salzburger Nachrichten. Die inhaltliche Auseinandersetzung wird völlig geschenkt, der Wettstreit der Argumente der political correctness geopfert. Haben wir uns mit der völkischen Aussetzung der Menschenrechte abgefunden? Österreicher mit türkischem Reisepaß abschieben, weil sie arbeitslos gesetzt wurden, welche Wortwahl paßt dazu? Der kalte Paragraphentext am Ausweisungsbescheid wirkt im selben Maße wie die rassistische Hetze im Bierzelt. In der Sache haben beide unrecht, wenn wir davon ausgehen, daß der Mensch nicht durch Zugehörigkeit zu einer Kultur, sondern durch sein Mensch-Sein an sich fundamentale Rechte erwirbt.

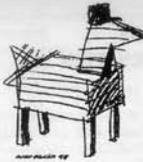
Mich selbst sorgt besonders die listige Umkehrung des Solidaritätsprinzips. Die behauptete Teilung des Landes in Schmarotzer und Anständige dreht die Verantwortung Privilegierter für Benachteiligte einfach um. Gleichzeitig fungiert der Solidaritätsbegriff als Ausschlußmittel gegen jene, die der Solidargemeinschaft nicht zugerechnet werden.

Die These vom bösen Wort, dem die böse Tat folgt, ist möglicherweise das Problem, das dessen Herolde zu bekämpfen vorgeben. Vielleicht kommt nach der bösen Tat das gute Wort: Mitten in der gefräßigen Wolfsgesellschaft Solidarität in aller Munde.

Zum Teufel mit Eurer political correctness! Menschenrechte oder Solidarität brauchen inhaltliche Schärfe und symbolische Zuspitzung; ab jetzt nicht so viel Lichter-mehr, sondern organisierte Widerstandsformen dort, wo Menschenrecht gebogen und sozial Benachteiligte übergangen werden.

Die Marktgesellschaft ist nicht ident mit der zivilen Gesellschaft – wie Claus Leggewie mißverständlich behauptet – vielmehr entstehen aus ihr Widerstandspunkte dort, wo herkömmlicher ökonomischer Begründungsdiskurs solidarischer Handeln als unvernünftig denunziert. Das soziale Netz, das Menschen auch untereinander knüpfen können, ersetzt den Sozialstaat nicht, es fordert ihn heraus.

Bulletin Nummer 1, Jänner 1996: »Die Scheu vor der selbstbewußten und konfliktreichen Gesellschaft«, von Martin Schenk



# Bulletin

Republikanischer Club Neues Österreich

Nummer 4  
April 1996

1010 Wien, Rockhagasse 1,  
Telephon: 535 99 61,  
Fax 535 99 63  
Montag - Donnerstag  
15 - 18 Uhr

## 1. Mai: Tag der Arbeit oder Tag der Arbeitslosigkeit?

*Kampf für Gerechtigkeit und Solidarität oder: Rückkehr zum Existenzkampf?*  
Von Silvio Lehmann und Peter Kreisky

In weiten Teilen Europas herrscht Massenarbeitslosigkeit. Zusätzlich verschärft durch überall im Gleichklang durchgeführte „Sparpakete“. Kompensierende Beschäftigungsmaßnahmen werden nicht europaweit akzeptiert. TEN, europäische Infrastruktur, Verkehrs- und Kommunikationsnetze, wie im Delors-Weißbuch. Arbeitslosigkeit entwickelt sich, wenn eine Gesellschaft ihre Zukunft verliert. Das Zieldefizit der Industriegesellschaften ist noch stärker als das Budgetdefizit, so z.B. der französische Ökonom Fitoussi. Dabei ist die historische Herausforderung klar: soziale und ökologische Sanierung der Strukturen, Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung, im globalen Maßstab. Diese Entwicklung greift mit rund 8% und bald 10% Arbeitslosigkeit (alter Rechnung) auch auf Österreich über. Ob das durch Beschäftigungsprogramme aufzufangen ist, für die wenig finanzieller Spielraum übrig ist, die vor allem auf Tiefbau (Bahn und Straße) und etwas Telekommunikation beruhen? Daher muß Arbeit vermehrt geteilt werden, als Defensivprogramm, wobei sich verschiedene Modelle in anderen Ländern seit Jahren bewährt haben: Formen des Arbeitsurlaubs,

die Stellvertretern (Wieder-) Eintritt ins Arbeitsleben ermöglichen (z.B. Dänemark), Formen der Teilzeitbeschäftigung (Niederlande), Modelle der Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Ausgleich, Flexibilisierung mit erhöhter Zeit-souveränität und fairer Verteilung der Rationalisierungsgewinne, all das und viel mehr steht auf der Tagesordnung, soll sich Langzeitarbeitslosigkeit nicht wie eine Seuche ausbreiten. Mc World und Mc Jobs: Die Budgetkonsolidierung wird als heimliche Gesellschaftspolitik mißbraucht, das „Diktat der leeren Kassen“ wird für Sozialabbau und Lohndruck eingesetzt, öffentliche Armut bei privatem Überfluß (3.800 Mrd ÖS liegen auf privaten Sparbüchern und Konten). Ein sonderbares Wirtschaftsmodell soll, geht es nach einigen Meinungsproduzenten, mit Berufung auf das angebliche Job-Wunder in den USA, durchgesetzt werden. Durch „downsizing“ auch gutgehender US-Unternehmen werden laufend Arbeiter, aber auch Angestellte und mittleres Management auf die Straße gesetzt, bzw. prekariert, auf pseudoselbständige Gelegenheitsarbeit verwiesen. Die dadurch gewonnenen Mittel werden in eine Art Hyper-Kon-

kurrenz investiert, mit einem neuen Technologieschub, vor allem Computer und Informatik. Führende Analytiker dieser Entwicklung wie J. Rifkin sind sich einig, daß mittelfristig mehr Jobs durch diese Informationsrevolution ver-rationalisiert werden. Kurzfristig wird dagegen propagandistisch das Jobwunder in Amerika bemüht. In den Clinton-Jahren seien über 8 Millionen Jobs neu entstanden, bei zugegebenem zaghaftem Wirtschaftswachstum. Mit dem angeblichen Erfolgsrezept flexible ist gleich prekäre, unsichere Arbeitsverträge, und niedrige Löhne, dabei sind angeblich nicht nur schlechte Mc Jobs herausgekommen. Aber selbst nach propagandistisch gefärbten Darstellungen der „Business Week“, die allgemein abgeschrieben werden, ergeben sich eher 2/3 Mc Jobs. Je gut ein Fünftel in inferioreren Jobs im Einzelhandel, sowie als Pfleger und neue Dienstboten im privaten Gesundheits- und Pflegebereich, ein Zehntel im Bau, z. T. für 4,25 \$ die Stunde, sowie ein stark wachsender Anteil bei Arbeitsleihfirmen. Qualifizierte Jobs finden sich eher in dem Fünftel der expandierenden US-Unterhaltungsindustrie mit ihrem globalen Export, sowie in dem Zehntel des Finanzsektors, also im Dienst von nicht nur produktiven Kreisläufen. Kräftig wachsen neue Informatik und eingeschränkte high - tec Bereiche... Also doch kein Job-Wunder, sondern müßiges Wachstum, aber ein gewaltiges soziales Experiment bei dem zusätzlich zur laufenden

Produktion von working poors auch breite Schichten des US Mittelstandes destabilisiert werden. Das hindert die selbsternannten Propheten der „Neuen Dienstleistungsgesellschaft“, die sich gern als neue Dienstleistungsgesellschaft darstellt in keiner Weise. Angesichts solcher Perspektiven hätte um jeden Millimeter Handlungsspielraum gekämpft werden müssen.

Deswegen ist das Sparpaket als Vorwand für eine verdeckte Gesellschaftspolitik, die nicht ausreichend konterkariert wurde, eine gefährliche, in wesentlichen Bereichen falsche gesellschaftliche Weichenstellung. Neben forciert Armut u.a. mit absehbaren Folgen für die Universitäten. Und apropos Lauschangriff und Rasterfahndung: auf dem Weg in die 2/3-Gesellschaft wird auch der schönste Polizeikonord nicht nützen.

PS.: Vorschau Juni: Mittwoch 5. Juni 19 Uhr Fragmentierte Gesellschafts- und Identitätsdiskurse, sowie verschiedene Versuche die Welt zusammenzuhalten. 4 Frauen (und eventuell ein Alibi - Mann) im Gespräch: Hazel Rosenstrauch („Die Grazie der Intellektuellen“), Lisa Marksteiner, Michaela Leutzendorff und Sonja Pantischer-Riekmann. Voraussichtlich Freitag, 14. Juni, ab 15 Uhr im Albert Schweizer Haus: SOS Mittmensch Arbeitsgipfel, mit: Emmerich Talos, Walter Wolf, Irmgard Schmiedleithner u.v.m.

Donnerstag, 20. Juni, 19 Uhr, Dr. Andreas Stanbacher: Erfahrungen in der Politik...

PPS: Nicht übersehen! Fr. 26. April: Italien mit Georg Scheuer, Mo. 29. April: Medien: Bronner, Thurnher, 30. April: feministische Kinderbücher. Erste österreichische Armutskonferenz, Dokumentation GS 120,- bei SOS Mittmensch, Tel. 58 60 132.

**F**ür alle, die uns nicht kennen: der RC hat nichts mit den deutschen „Reps“ zu tun – im Zuge der Waldheim-Affäre entstanden, arbeitet der RC gegen Antisemitismus, Verdrängung der Vergangenheit, Rechtspopulismus und Fremdenhaß.



Bulletin Nummer 4, April 1996: »1. Mai: Tag der Arbeit oder Tag der Arbeitslosigkeit«, von Silvio Lehmann und Peter Kreisky



# Bulletin

Republikanischer Club Neues Österreich

Nummer 5  
September 1999

1010 Wien, Rockgasse 1,  
Telephon 535 99 61,  
Fax 535 99 63

## Großkundgebung:

12. November 1999, Beginn: 16 Uhr Parlament,  
Abschlußkundgebung 18 Uhr Stephansplatz

## Keine Koalition mit dem Rassismus!

*Es ist eine Schwand.* An der Schwelle zum nächsten Jahrtausend, in einem prosperierenden Land, sind wir mit demagogischer Hetze konfrontiert, mit Fremdenhaß, mit der Verächtlichmachung sozial Schwacher und mit einem dubiosen Umgang mit der Nazivergangenheit. Ewiggestriges, Unaufgeklärtes blockiert schon zu lange unsere Zukunft. Die FPÖ wurde mit einem empörenden, rassistischen Wahlkampf zu einer gefährlichen Größe. Mit ihren Plakaten hat sie sich selbst ausgegrenzt. Ihre Regierungsbeteiligung, auch eine indirekte, kann deshalb nicht in Frage kommen. Es wurde und wird zugelassen, daß Ausländer als Sündenböcke für ungelöste gesellschaftliche Probleme mißbraucht werden.

*So kann es nicht weiter gehen.* Das politische Establishment darf nicht nur ängstlich um den eigenen Machterhalt besorgt bleiben - zu lange schon ging man opportunistisch auf Haiders Forderungen ein.

*Jetzt sind wir gefordert.* Ein entschiedener Neubeginn ist notwendig, eine breite Reformoffensive für die Verteidigung und den Ausbau der demokratischen Grund- und Menschenrechte, für die Wahrung des Rechtsstaates, für soziale Gerechtigkeit, Mindeststandards und emanzipatorische Gleichstellung. Statt Rechtsruck - Menschenrechtsruck.

Der extremistische Populismus Jörg Haider ist die falsche Antwort auf ein Bedürfnis nach Erneuerung. Dahinter steckt das autoritäre Projekt einer sogenannten „Dritten Republik“. Das bedeutet einen totalen Bruch mit dem demokratischen Grundkonsens. *Schluß mit der Verhinderung unseres Landes. Wir sind Österreich.*

### ErstunterzeichnerInnen:

Bruno Aigner, Hubert Aratyn, Christoph Badelt, Ruth Beckermann, Hermann Beil, Ernst Berger, Gerhard Brenner, Dotis Byer, Isolde Charin, Hubertus Czernin, Daniela Davidovits, Georg Dimitz, Milo Dor, Peter Dörre, Anneliese Erdengil - Brandstätter, Liora Eger, Marie Therese Escibano, Fraazobel, Karl Markus Gauß, Eva Geber, Rudi Gelbard, Elfriede Gerstl, Edgar Gögele, Frank Haider, Elfriede Hammerl, Karl Haas, Josef Haslinger, Lisi Hauser, Peter Henisch, Wolfgang Herzog, Avshalom Hodik, Friedrun Huemer, Erika Jakubovits, Elfriede Jelinek, Daniel Kehlmann, Volker Kies, Edith Kitzmantel, Birgit Kleinlechner, Radice Knapp, Peter Kreisler, Sandra Kreisler, Paul Kolm, Michael Kollmer, Ferdinand Lacina, Monika Langthaler, Anton Legerer, Silvio Lehmann, Annie Lenikh, Sigi Maron, Karl Merkatz, Robert Misik, Ariel Muzicant, Joanna Nitzenberg, Wolfgang Perntsch, Dozon Rabinovici, Harald Reitenberger, Wolfgang Riedl, Eva Rossmann, Lena Rothstein, Gerhard Ruis, Harald Queniller, Martin Schenk, Robert Schindl, Franz Schuh, Rudolph Scholten, Milli Segal, Gernot Sonneck, Willy Steinhilber, Nora Sternfeld, Sibylle Summer, Emmerich Talos, Peter Turnini, Marion Wisinger, Christa Zochling, u.v.m.



## Demonstration 12 Nov 99

Organisation:  
SOS Mitmensch, Republikanischer Club Neues Österreich, Forum gegen Antisemitismus, Israelitische Kulturgemeinde Wien, Gedenkdienst, ARCHE, Initiative „get to attack“, Hebenstreit, Frauenzeitschrift AUF, Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen, UFF, IG Autorinnen Autoren, u.v.m.

Unterstützungserklärungen retour an:  
Plattform „Demokratische Offensive“  
KONTONUMMER: BAWAG  
01910 666300, BZL: 14000, SOS Mitmensch:  
Fax: 524 99 00 9, Tel: 524 99 00, e-mail:  
sos-mitmensch@t0.orat, Zollergasse 15,  
1070 Wien

Republikanischer Club Neues Österreich,  
Fax: 535 99 63, Tel: 535 99 61, e-mail:  
RepiKlub@surfeu.at, Rockgasse 1, 1010

Für alle, die uns nicht kennen: der RC hat nichts mit den deutschen »Reps« zu tun – im Zuge der Waldheim-Affäre entstanden, arbeitet der RC gegen Antisemitismus, Verdrängung der Vergangenheit, Rechtspopulismus und Fremdenhaß.



Diese Aussendung stellt der RC auch »AUF – eine Frauenzeitschrift« zur Verfügung



# Bulletin

Republikanischer Club Neues Österreich

Nummer 1  
Februar 2000

1010 Wien, Ruckgasse 1.  
Telephon 535 99 61,  
Fax 526 81 28

Der Republikanische Club verfügt neuerdings über Email und Internet. Email: [RepiKlub@surfeu.at](mailto:RepiKlub@surfeu.at),  
Internet: <http://www.repclub.at>, Bitte dringend Daueraufträge: Konto Bank Austria 610 620 502

## Großkundgebung, Samstag 19. Februar 2000

*Nein zum Rassismus, Nein zum Rechtsextremismus. Für ein offenes, pluralistisches und soziales Österreich. Für ein Europa ohne Rassismus.*

**Sternförmiger Auftakt:** 15.30 Uhr Parlament (Soziales), Oper (Kultur), Uni (Bildung), Stock im Eisenplatz (Frauen, Integration)

**Abschlusskundgebung:** 18 Uhr Heldenplatz - Ballhausplatz, Demokratische Offensive

Nähere Infos: <http://www.sos-mitmensch.at>, <http://www.repclub.at>,

Ktonr.: BAWAG 14.000, 01910 666 300

### AUFRUF II

*Wir sind für ein Österreich, das produktiv in der EU mitarbeitet, das sein kreatives Potenzial in einer offenen, demokratischen Gesellschaft entfaltet, das auf Integration und nicht auf Spaltung und Diskriminierung setzt. Wir sind für ein Österreich, das den sozialen Zusammenhalt ausbaut und nicht abbaut, wo Fairness und Gerechtigkeit für Verteilung und Chancen maßgebend sind, für Junge, Frauen, Alte, für alle in Österreich lebenden Menschen.*

*Wir sind für ein Österreich, das nicht in die totale Isolation geführt wird, ein Österreich, bei dem nicht Zweifel an der Haltung zu Rassismus, Fremdenhaß und Antisemitismus auftauchen, und auch nicht Zweifel an der Haltung zum Nationalsozialismus.*

*Wir sind gegen notorische Brandstifter, aber auch gegen Biedermänner, die mit ihnen Kabinettpolitik und Sozialabbau betreiben wollen. Wir sind dagegen, dass das drittreichste Land der EU auf Kosten der Armen und Schwachen noch weiter „spart“, dass Gesundheit für die Kranken zu einer Frage des Geldes gemacht wird.*

*Die schwarz-blaue Regierungskoalition hat das Land in die schwerste Krise der 2. Republik gestürzt. Sie muss einem konstruktiven Neubeginn Platz machen.*

**Für ein Europa ohne Rassismus.**

**Nein zum Rassismus. Nein zum Rechtsextremismus. Für ein offenes,  
pluralistisches und soziales Österreich. Für ein Europa ohne Rassismus.**



Kopierrechte: „Demokratische Offensive“ 010166 82708 000 200 012 14 000

**Sa, 19. Feb. 2000**  
**Kundgebung, 18.00, Heldenplatz**

Info: 524 99 00, [www.sos-mitmensch.at](http://www.sos-mitmensch.at), Impressum: Demokratische Offensive, 1071 Wien, Postfach 220

Plakat, Februar 2000



# Bulletin

Nummer 4  
Juni 2000

1010 Wien, Ruckgasse 1  
Telefon 535 99 61

Fax 535 99 63

eMail: republik@wurfru.at  
Homepage: www.republ.at

Republikanischer Club Neues Österreich

## HEISSER HERBST

von Silvio LEHMANN

Das politische Klima wird vergiftet. Zunächst spielte die Regierung die Massnahmen der 14 EU Partner hinunter. Jetzt werden die Sanktionen, die vor allem symbolische sind, neben vereinzelten Aufrufen zum Tourismus – Boykott, zur „Causa Prima“ erklärt. Mit Sanktionslügen und „nationalem Schulterchluss“ nähert sich die Regierung Schlüssel, unter ständigem Druck aus Klagenfurt, einer Situation wie in Belgrad: Das bedrängte Vaterland und seine Verräter, die auch prompt bestraft werden sollen.

Jetzt ist die Maske gefallen, ein „Monitoring“, besonders der FPÖ, etwa bei kommenden Wahlkampagnen in der Steiermark und Wien, wäre der einzig denkbare Weg gewesen zu einer Sistierung der Massnahmen der EU – 14 zu kommen. Das wurde anfangs auch von der ÖVP gefordert. Von Schlüssel noch Ende April. Jetzt verstößt es gegen die „nationale Würde“. Ganz im Haider-Duktus werden die Zeichen auf Eskalation gestellt. Und auf Brüskierung jener in der EU, die der österr. Regierung eine Eisensbrücke bauen wollten.

Das kann all jenen, die dieser Regierung so bald wie möglich ein Ende setzen wollen, nur Recht sein. Zur Erinnerung: Natürlich gibt es Alternativen zu Schwarz Blau, eine Minderheitsregierung der ÖVP, toleriert von Rot-Grün. Oder eine Interimsregierung. Am Ende stehen unvermeidlich und angesichts der Situation durchaus zu wünschenden, vorgezogene Neuwahlen, die daher vor allem als permanentes Misstrauensvotum kräftig zu fordern sind.

Der demokratische Widerstand muss sich auch Sorgen machen angesichts der Schwächen der parlamentarischen Opposition. Die eigentliche Opposition, wenn auch in die falsche Richtung bleibt noch Haider.

Ein kühler Kopf in der Konfrontation mit Chauvinismus und Pseudopatriotismus ist

gefragt. Der Protest der Zivilgesellschaft, der 19.2. am Heldenplatz und der Protest der 14. EU Partner hat Haider zum – vorläufigen – Rückzug gezwungen. Und nicht Schlüssel. Trotz Absturz in den Umfragen zugunsten der ÖVP bleibt Haider wie sich zeigt der Spielmacher. Schlüssel pokert mit. Eine rabiate „Serbisierung“ des politischen Klimas ist daher unvermeidlich. Ein negativer Höhepunkt im Herbst kommt mit der national – plebiszitären Volksbefragung, sowie den Budgetskriechen im Dilemma zwischen ideologischen Wahlgewinnen und austrothatcherischem „Sparen“...

Es kommt sicher zu einer Kulminationskrise der Stimmungskalibration. Der Boykott der „Volksbefragung“ kann von vorneherein auf eine quantitative Mehrheit rechnen, die inhaltlich zu artikulieren ist und die einzige wahre Volksbefragung sind „Neuwahlen“. Kulminationskrise heisst, dass sich das Schüren der chauvinistischen Stimmung, langsam aber sicher gegen seine Urheber wendet. Vor allem, wenn diese sichtbar den von ihnen selbst verschärften Konflikt mit der EU verlieren, weil die sog. Sanktionen bleiben und das schwarz blaue Doppelspiel offenkundig wird. Konkurrenzkonflikte zwischen den schwarz blauen Lizitationspartnern sind unvermeidlich. Der Widerstand muss daher vom symbolischen Protest – wir gehen bis sie gehen – zum konzeptiven und Alternativen aufweisenden Gegenpol werden. In Konfrontation zu einer immer klarer werdenden, verschärften Durchsetzung eines eigenartigen Modells des Austrothatcherismus. Die gesellschaftspolitischen Konsequenzen sind in anderen europäischen Gesellschaften klar ablesbar: Soziale Spaltung, Armutsentwicklung, Polarisierung... Daher gibt es eine starke europäische Dimension für die Entwicklung eines modernen Gesell-

schaftsprojekts, jenseits neoliberaler Struktur- und Anpassung und jenseits eines faulen Gesellschaftskompromisses.

PS:

*Am 11.5. hat ein österreichisches Gericht in erster Instanz Prof. Anton Pelinka verurteilt: für die Aussage in einem ital. TV Interview, dass Haider den Nationalsozialismus verbarmlose. Das ist bei aller Anerkennung, dass die Unabhängigkeit der Gerichte ein hohes Gut bleibt, ein Anschlag auf die Gesetze von Logik und sprachlicher Verständigung, darüber hinaus ein Eingriff in die verfassungsgemäße garantierte Freiheit der Wissenschaft. Im Lichte dieses sonderbaren Urteils stellt sich die peinliche Frage, was man künftig zu jemand sagen soll, der KZs als „Straflager“ bezeichnet, und unverbesserliche Alt-SSler dazu beglückwünscht, dass sie ihren alten Auffassungen treu geblieben sind.*

### Presseerklärung des Republikanischen Club – Neues Österreich vom 5. 6. 2000

In verlässlicher Regelmäßigkeit tritt das zum Vorschein, was im Inneren verborgen liegt. Immer wieder rutscht es raus. Die Ungeheuerlichkeit liegt jedoch darin, dass es jedesmal ohne Konsequenzen passieren darf. Es ist in Österreich möglich geworden, dass ein NR Abgeordneter einer Regierungspartei sagen darf, die Entschädigungszahlungen an NS Opfer seien „Schutzgeldzahlungen“ an die USA. Es ist möglich geworden, dass ein Landesobmann einer Regierungspartei sich einen SS Leitspruch zu eigen machen darf...

In einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union wäre eigentlich ein Rücktritt der Betroffenen selbstverständlich.

Republikanischer Club –  
Neues Österreich



# FOTOS





»Art Factory Fischapark«, Anwesen von Kuno Knöbl, Foto Lucas Beck



Rom, Piazza Navona, bei Waldheims erstem Staatsbesuch im Vatikan, Foto Lukas Beck



Rom, Piazza Navona, Foto Lukas Beck



Veranstaltung am Graben in Wien 1986, Rosa Jochmann war eine der ersten Rednerinnen bei der Enthüllung des Pferdes. Foto Lukas Beck



Das Waldheim-Holzpfers wird zusammengebaut, Foto Lukas Beck



Silvio Lehmann, Erika Weinzierl in Aktion, Foto Lukas Beck



Elfriede Jelinek am 12. November 1999 am Stephansplatz bei der Großkundgebung der Demokratischen Offensive unter dem Motto »Keine Koalition mit dem Rassismus«.  
Foto Bruno Stubenrauch



Jack Lang (unter Mitterand Kulturminister in Frankreich) am 12. November 1999 bei der Großkundgebung der Demokratischen Offensive »Keine Koalition mit den Rassismus«.  
Foto Bruno Stubenrauch



Großkundgebung der Demokratischen Offensive »Keine Koalition mit dem Rassismus« am 19. Februar 2000, Heldenplatz. Foto Bruno Stubenrauch



Auftaktbühne am Stephansplatz für die Großkundgebung der Demokratischen Offensive  
»Keine Koalition mit dem Rassismus« am 19. Februar 2000



Auf dem Weg zum Heldenplatz, 19. Februar 2000. Foto Bruno Stubenrauch



Robert Misik, Großkundgebung »Keine Koalition mit dem Rassismus« der Demokratischen Offensive, Heldenplatz, 19. Februar 2000.



Martin Schenk, Emmerich Tálos am 19. Februar 2000 auf der Auftaktbühne vor dem Parlament. Foto Bruno Stubenrauch



Doron Rabinovici am 19. Februar 2000 am Heldenplatz.  
Foto Bruno Stubenrauch



Bernard-Henri Levy, Großkundgebung »Keine Koalition mit dem Rassismus« der  
Demokratischen Offensive, Heldenplatz, 19. Februar 2000, Foto Bruno Stubenrauch



Marlene Streeruwitz, Barbara Coudenhove-Kalergi, Astrid Zimmermann,  
Großkundgebung »Keine Koalition mit dem Rassismus«, Heldenplatz, 19. Februar 2000,  
Foto Bruno Stubenrauch



v.l.: Sibylle Summer, Michel Piccoli Luc Bondi, Michel Friedman, Jaques Ralite, Michel Cullin am 19. Februar 2000 im Burgtheater. Foto Anna Blau



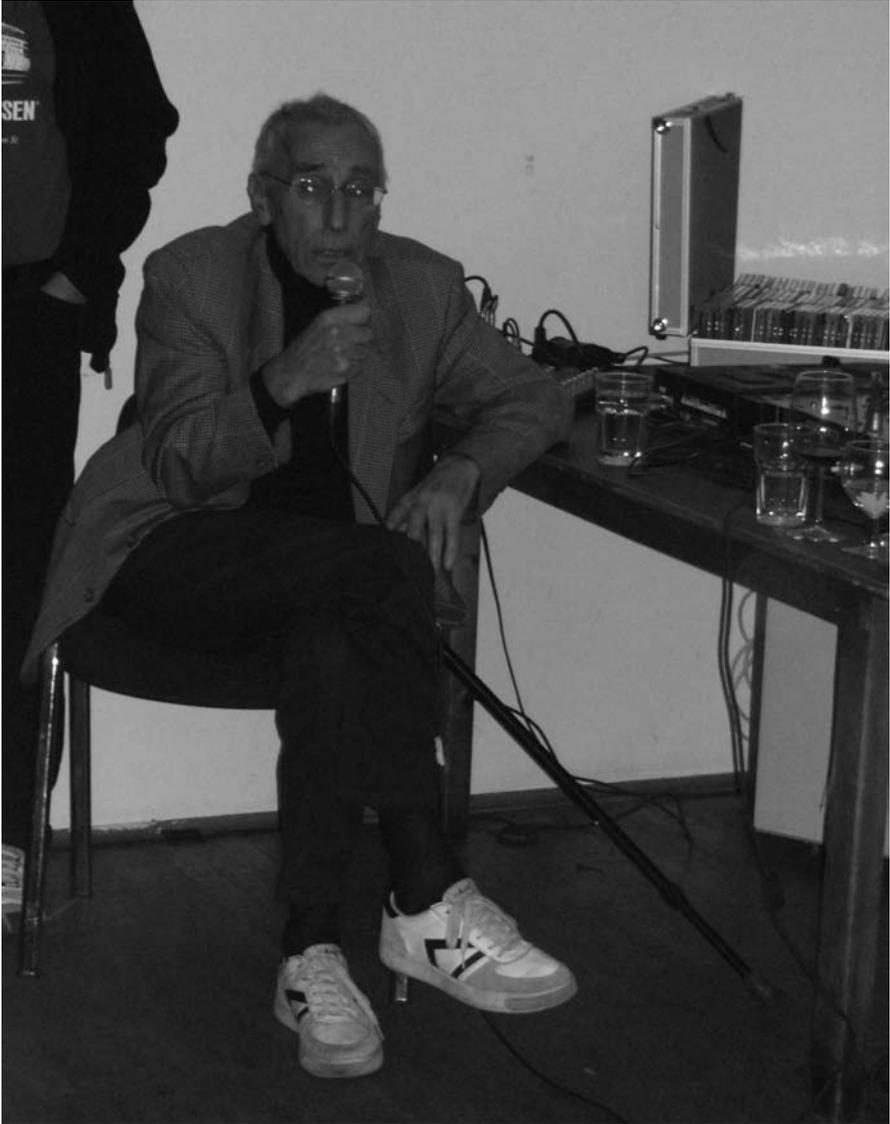
v.l.: Luc Bondy, Michel Friedman, Michel Piccoli auf der Bühne am Heldenplatz, 19. Februar 2000. Foto Bruno Stubenrauch



v.l.: Isolde Charim, Georg Hoffmann-Ostenhof, Eva Rossmann, Oliver Marchart, 27. Mai 2000, »Symposion unter freiem Himmel« der Demokratischen Offensive.



v.l.: Peter Huemer, Bernd Marin, Silvio Lehmann, Doron Rabinovici, Michael Kollmer u.a.,  
eines der legendären Feste im Republikanischen Club – Neues Österreich, 1990er Jahre,  
Foto Birgit Kleinlercher



Kuno Knöbl, Fest 20 Jahre Republikanischer Club – Neues Österreich, 2006, Foto Birgit Kleinlercher



Joanna Nittenberg, Barbara Prammer, Peter Kreisky, Fest 20 Jahre Republikanischer Club – Neues Österreich, 2006, Foto Birgit Kleinlercher



Sibylle Summer, Doron Rabinovici, Fest 20 Jahre Republikanischer Club – Neues Österreich, 2006, Foto Birgit Kleinlercher



Michael Kollmer, Peter Bettelheim, Fest 20 Jahre Republikanischer Club – Neues Österreich, 2006, Foto Birgit Kleinlercher



v.l.: Ferdinand Lacina, Rudolf Gelbard, Doron Rabinovici, Sibylle Summer bei der Verleihung des »Rudolf Gelbard-Preises für Aufklärung gegen Faschismus und Antisemitismus« am 3. Juli 2008 im Palais Epstein, Foto: Copyright Parlamentsdirektion/ Carina Ott



Podiumsdiskussion »Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte«  
am 11.11.2008 im Republikanischen Club, mit: Ari Rath, Gerhard Botz, Peter  
Kreisky. Foto Isabell Bickel



Podiumsdiskussion am 19.3.2009 im Republikanischen Club zur Asylpolitik in Kärnten, mit: Jacqueline Csuss, Philipp Sonderegger (SOS-Mitmensch), Elisabeth Steiner.  
Foto Isabell Bickel



Podiumsdiskussion »Wege aus der Krise« am 4.6.2009 im Republikanischen Club, mit:  
Helene Schubert, Kurt Rothschild. Foto Isabell Bickel



Präsentation der literarischen Bewegung »Tinternational Textunternehmen« am 3.12.2007 im Republikanischen Club, mit: Dorretta Carter, Sabine Scholl und Lydia Mischkulnig.  
Foto: Isabell Bickel





## Biografien

Brigitte Bailer-Galanda, geb. 1952 in Wien, Univ. Doz. für Zeitgeschichte. 1979 wissenschaftliche Mitarbeiterin, Dezember 2004 wissenschaftliche Leiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, 1998-2003 Stellvertretende Vorsitzende der Historikerkommission der Republik Österreich zur Erforschung von Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigung seit 1945. Arbeitsschwerpunkte: Widerstand und Verfolgung 1938-1945, Rechtsextremismus nach 1945 insbes. NS-Apologik und Holocaust-Leugnung, Umgang Österreichs mit den Opfern des Nationalsozialismus bzw. der NS-Vergangenheit.

Di Tutu Bukasa, Menschenrechtsaktivist, Vorstandsmitglied der Wiener Integrationskonferenz, Mitbegründer des Menschenrechtskomitees Seibane Wague, Chefredakteur der Straßenzeitung »Die Bunte«.

Isolde Charim geb. in Wien, Studium der Philosophie, langjährige Lehrtätigkeit an der Universität Wien, arbeitet als freie Publizistin im deutschsprachigen Raum.

Eva Dité, geboren in Wien, ist Schauspielerin, Kabarettistin, Regisseurin und Textautorin; Mitglied der IG Autorinnen Autoren; lebt in Wien.

Johanna Dohnal, Professorin, geb. 1939 in Wien. 1979 wurde sie unter Bundeskanzler Bruno Kreisky Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten im BKA. 1990 wurde sie als erste Frauenministerin Österreichs angelobt. Heute ist Johanna Dohnal Ehrenvorsitzende der SPÖ-Frauen.

Alexander Emanuely, geb. 1973, Schriftsteller und Essayist. Von 1999 bis 2005 war er Mitherausgeber der Zeitschrift ContextXXI. 2006 erschien sein Jugendroman Die Janitscharin. Derzeit arbeitet er an einem Roman über die Wiener Jakobiner. Seit 1992 im Republikanischen Club – Neues Österreich als Vorstandsmitglied aktiv.

Hagen Fleischer, Univ. Prof., geb. 1944 in Wien; Abendgymnasium, Studium (Geschichte, Publizistik) und Promotion in Berlin (Freie Universität). Griechenlandberichterstattung für verschiedene deutsche Zeitungen (mit Pseudonym während der Jahre der Militärdiktatur). Seit 1977 ständiger Wohnsitz in bzw. bei Athen, seit 1985 auch griechischer Staatsbürger. Seit 1979 Lehre an Universitäten Kreta bzw. Athen (Neuere und neueste Geschichte); ca. 100 wiss. Veröffentlichungen, insbesondere zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs und seiner Aufarbeitung sowie zur Geschichte Griechenlands im 20. Jahrhunderts.

Elfriede Jelinek, geb. 1946 in Mürzzuschlag (Steiermark), lebt als freie Schriftstellerin in Wien, München und Paris. G.-Büchner-Preis 1998, Nobelpreis für Literatur 2004.

Udo Jesionek, HonProf., von 1974 bis 1993 Präsident der Österreichischen Richtervereinigung, 1982 bis 2002 Präsident des Wiener Jugendgerichtshofes. 1978 Mitbegründer und Vizepräsident des Weissen Ringes, seit 1992 Präsident. 2008 wurde ihm das »Große Silberne Ehrenzeichen« für Verdienste um die Republik Österreich verliehen.

Robert Knight, Britischer Historiker, Department of Politics, International Relations and European Studies, University of Loughborough. 1987-89 Lehrbeauftragter an der Universität Wien, 1998-2003 Mitglied der österreichischen Historikerkommission.

Kuno Knöbl, geb. 1936, Kabarettist, Journalist, Buchautor. Unter anderem berichtete er als Sonderkorrespondent vor Ort über den Vietnamkrieg der USA, als Unterhaltungschef des ORF konzipierte er die Diskussionssendung Club 2 und leitete sie viele Jahre. 1974 leitete er eine Transpazifik-Expedition auf einer chinesischen Dschunke. Mitbegründer des Republikanischen Clubs – Neues Österreich.

Peter Kreisky, geb. 1944 in Stockholm, Schweden – Sohn eines Flüchtlings. Studium Jus, Ökonomie u. Politikwissenschaften. Ab 1973 Arbeiterkammer Wien. Seit 1986 Vorstandsmitglied im Republikanischer Club – Neues Österreich, Vorstandsmitglied im Bruno Kreisky-Forum. Jüngste Publikationen: Linkssozialismus und »Neue Linke«, in: Raimund Löw (Hg), Die Phantasie und die Macht, Wien 2007; Two »welfare states: Austria and Sweden Caught between Neo-liberalism (Conservatism) & Right- Wing Populism, in: Oliver Rathkolb (Hg), Sweden – Austria: Two Roads to Neutrality and a Modern Welfare State, Berlin 2008

Ferdinand Lacina, geb. 1942, Ökonom, Politiker. Arbeiterkammer Wien, ab 1980 Kabinettschef von Bundeskanzler Bruno Kreisky, 1982 bis 1984 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1984 bis 1986 Verkehrsminister, 1986 bis 1995 Finanzminister. 2007/08 Gastprofessor an der Universität Innsbruck

Brigitte Lehmann, Sozialwissenschaftlerin, Lehraufträge an der Universität Wien, Zeitschriftenredakteurin und Autorin. Jetzt wissenschaftliche Mitarbeiterin des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung und freiberufliche wissenschaftliche Tätigkeit. Käthe Leichter-Preis 2007. Vorstandsmitglied des Republikanischen Clubs – Neues Österreich.

Silvio Lehmann, geb. 1945 in Wien, Soziologe, vormaliger Sprecher des Republikanischen Clubs – Neues Österreich. An der Gründung und Entwicklung des Republikanischen Club seit 1986 maßgeblich beteiligt, auch an der Gründung der Menschenrechtsplattform SOS Mitmensch 1993.

Sophie Lillie, geb. 1970, ist Kunsthistorikerin in Wien. Ihr Buch Was einmal war: Handbuch der enteigneten Kunstsammlungen Wiens (Czernin Verlag) wurde 2003 mit dem Bruno Kreisky-Preis ausgezeichnet. 2006 erschien, gemeinsam mit Georg Gaugusch, die Monographie Portrait of Adele Bloch-Bauer (Neue Galerie New York).

Ariel Muzicant, geb. 1952, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Vorstandsmitglied des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes.

Doron Rabinovici, geb. 1961 in Tel Aviv, Schriftsteller, Essayist und Historiker. Lebt seit 1964 in Wien. Vorstandsmitglied und Sprecher des Republikanischen Clubs – Neues Österreich. Veröffentlichungen u.a.: Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat. Jüdischer Verlag in Suhrkamp 2001; Hg. gem. mit Ulrich Speck und Natan Sznaider, Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, edition suhrkamp 2004; Der ewige Widerstand. Über einen strittigen Begriff, Styria 2008.

Kurt W. Rothschild, geb. am 21. Oktober 1914 in Wien, studierte Jus an der Wiener Universität und Economics and Political Philosophy an der Universität Glasgow. Assistant Lecturer für Economics an der Glasgower Universität (1942-1947), Wissenschaftlicher Referent im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung

(1947-1966) und Professor für Volkswirtschaftstheorie und -politik an der Linzer Universität (1966-1985). Seit 1985 emeritiert und Konsulent im WIFO. Ehrendoktorate von Aachen, Augsburg, Bremen, Leicester und WU Wien.

Heide Schmidt, Leiterin des Instituts für eine offene Gesellschaft, das sie 2000 nach dem Ausscheiden aus dem Parlament, dem sie zwölf Jahre angehörte, gegründet hat. Im Parlament war sie 3. NR-Präsidentin, Klubvorsitzende und Vorsitzende des Kulturausschusses. Nach ihrem Bruch mit der FPÖ gründete sie im Februar 1993 das Liberale Forum und war bis 2000 dessen Sprecherin. Vor ihrer politischen Tätigkeit arbeitete sie im Bundesministerium für Unterricht und Kunst und in der Volksanwaltschaft.

Renata Schmidtkunz, geb. 1964, Studium der Evangelischen Theologie und der Publizistik. Seit Jänner 1990 als Redakteurin, Moderatorin und Filmemacherin beim ORF, Fernsehen und Hörfunk, 2001 Mitinitiatorin des Volksbegehrens »Sozialstaat Österreich«.

Mary Steinhauser, geb. 1938 in Wien, als Einjährige mit ihrer Familie auf der Flucht vor den Nazis nach Shanghai. Sie war sieben, als mit Ende des Krieges das Ghetto von Shanghai geöffnet wurde. Seit Mitte der 70er Jahre engagierte sie sich in der »Aktion kritischer Wähler«. Für ihr Engagement in der historischen Aufarbeitung der Shoa und im Dienst eines lebendigen Demokratiebewusstseins wurde ihr 2008 das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst verliehen.

Sibylle Summer, geb. 1966, Ökonomin, Vorstandsmitglied des Republikanischen Clubs – Neues Österreich, Vorstandsmitglied von SOS Mitmensch.

Heidemarie Uhl, geb. 1956, Historikerin der Kommission für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der Österr. Akademie der Wissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Gedächtnisforschung, Umgang mit NS-Vergangenheit, Theorie der Kulturwissenschaften, Kultur und Identität in Zentraleuropa um 1900.

Andreas Wabl, geb. 1951 in Graz, Lehrer, Politiker, Nebenerwerbslandwirt. Mitbegründer der Grünen. Von 1986 bis 1999 Abgeordneter der Grünen im Nationalrat, von 1988 bis 1990 Klubobmann. 2007 bis Ende 2008 der Klimaschutzbeauftragte der Regierung Gusenbauer.

Martin Wassermair, Historiker und Politikwissenschaftler; Vorstandsmitglied des Kulturrat Österreich, seit 2007 am World-Information Institute tätig; zahlreiche Publikationen und Vorträge zu Kultur- und Medienpolitik, Geschichts- und Identitätspolitik, Regionale Kulturentwicklung, Neue Medien und Informationsgesellschaft, zuletzt erschienen: Martin Wassermair, Katharina Wegan (Hrsg.): rebranding images. Ein streitbares Lesebuch zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich, Studienverlag (2006), Sigrid Rosenberger, Martin Wassermair (Hrsg.): Generation Sexkoffer. Jugend in den 80er Jahren zwischen politischem Klimawandel, Freizeit-Industrie und Popkultur, Löcker (2007); Konrad Becker, Martin Wassermair (Hrsg.): Kampfzonen in Kunst und Medien. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik, Löcker (2008); [www.wassermair.net](http://www.wassermair.net).

## LÖCKER VERLAG

Peter Altenberg  
ASHANTEE  
200 Seiten, gebunden mit SU  
ISBN 978-3-85409-460-9  
€ 19,80

Ingeborg Bachmann  
SCHREIBEN GEGEN DEN KRIEG – WRITING  
AGAINST WAR  
(Hg.) Hans Höller, Helga Pöcheim und Karl Ivan  
Solibakke  
Broschur 180 Seiten,  
ca. 30 s/w Abb.  
ISBN 978-3-85409-494-4  
€ 14,80

Brigitte Bailer  
WIEDERGUTMACHUNG – KEINTHEMA  
Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus.  
310 S., Broschur  
ISBN 978-3-85409-210-0  
€ 28,-

Konrad Becker,  
Martin Wassermair (Hg.)  
KAMPFZONEN IN KUNST UND MEDIEN  
Texte zur Zukunft der Kulturpolitik.  
242 S., Broschur.  
ISBN 978-3-85409-483-8  
€ 19,80

Konrad Becker,  
Martin Wassermair (Hg.)  
PHANTOM KULTURSTADT  
Texte zur Zukunft der Kulturpolitik II  
ca. 280 S., Broschur  
ISBN 978-3-85409-506-4  
€ 19,80

Ruth Beckermann  
DIE MAZZESINSEL  
Juden in der Wiener Leopoldstadt 1918-1938.  
142 S., geb. mit SU  
ISBN 978-3-85409-068-7  
€ 35,-

Ruth Beckermann  
UNZUGEHÖRIG  
Österreicher und Juden nach 1945.  
2. ergänzte Auflage. 140 S., Broschur.  
ISBN 978-3-85409-434-0  
€ 14,80

Beppo Beyerl  
ACHTUNG STAATSGRENZE  
Auf den Spuren des Eisernen Vorhanges  
206 S., Broschur  
ISBN 978-3-85409-522-4  
€ 19,80

Leo Bretholz, Michael Olesker  
FLUCHT IN DIE DUNKELHEIT  
265 S. m. zahlr. s/w Abbildungen.  
Hardcover m. SU  
ISBN 978-3-85409-425-8  
€ 24,80

Johanna Gehmacher,  
Natascha Vittorelli (Hg.)  
WIE FRAUENBEWEGUNG  
GESCHRIEBEN WIRD.  
Historiographie, Dokumentation, Stellungnahmen,  
Bibliographien.  
459 S., Broschur  
ISBN 978-3-85409-521-7  
€ 29,80

Konrad Hofer  
GESTRANDET  
Aus dem Alltag von AsylwerberInnen 204 S.,  
Broschur  
ISBN 978-3-85409-453-1  
€ 17,-

Martin Horváth u.a. (Hg.)  
JENSEITS DES SCHLUSSTRICHS  
Gedenkdienst im Diskurs über Österreichs  
nationalsozialistische Vergangenheit.  
336 S., Broschur  
ISBN 978-3-85409-367-1  
€ 25,-

Gerd Kaminski (Hg.):  
Jakob Rosenfeld  
ICH KANNTE SIE ALLE...  
Tagebücher aus China 1941–1949.  
230 S., mit zahlreichen Abb., Broschur  
ISBN 978-3-85409-363-3  
€ 22,-

Martina Krenn  
SCHMUTZ – SEX – DROGEN  
Jugend und das Populare 1955–1975  
257 S., Broschur  
ISBN 978-3-85409-498-2  
€ 24,80

Anton Kuh  
JUDEN UND DEUTSCHE  
Herausgegeben und kommentiert von Andreas  
Kilcher.  
205 Seiten, Hardcover  
ISBN 978-3-85409-369-5  
€ 19,80

Brigitte Lehmann (Hg.)  
DASS DIE FRAU ZUR FRAU  
ERZOGEN WIRD  
Frauenpolitik und Ständestaat.  
180 S., Broschur  
ISBN 978-3-85409-437-1  
€ 19,80

Heidi Niederkofler  
MEHRHEIT VERPFLICHTET  
Frauenorganisationen  
der politischen Parteien  
in Österreich in der  
Nachkriegszeit  
ca. 300 S., Broschur  
ISBN 978-3-85409-520-0  
€ 24,80

Helmuth A. Niederle (Hg.)  
DIE MAUERN DES SCHWEIGENS ÜBERWINDEN  
Anthologie verfolgter Autorinnen und Autoren  
194 S., Broschur  
ISBN 978-3-85409-524-8  
€ 19,80

Andrea Reiter  
AUF DASS SIE ENTSTEIGEN  
DER DUNKELHEIT  
Überlebensberichte  
ehemaliger KZ-Häftlinge.  
331 S. Hardcover  
ISBN 978-3-85409-246-9  
€ 26,-

Erich Ribolits  
BILDUNG OHNE WERT  
Wider die Humankapitalisierung des Menschen  
198 S., Broschur  
ISBN 978-3-85409-535-4  
€ 19,80

Walther Rode  
ÖSTERREICHS FRÖHLICHE AGONIE  
Werkausgabe Band 1.  
445 S., Ln. mit SU  
ISBN 978-3-85409-444-9  
€ 34,80

Walther Rode  
LESEBUCH FÜR ANGEKLAGTE  
Werkausgabe Band 2.  
500 S., Ln. mit SU  
ISBN 978-3-85409-445-6  
€ 34,80

Walther Rode  
PAMPHLET GEGEN HITLER  
Werkausgabe Band 3.  
361 S., Ln. mit SU  
ISBN 978-3-85409-446-3  
€ 34,80

Gerd Baumgartner  
BIOGRAPHIE WALTHER RODE  
Werkausgabe Band 4.  
417 S., Ln. mit SU  
ISBN 978-3-85409-447-0  
€ 34,80

Carl E. Schorske  
MIT GESCHICHTE DENKEN  
Übergänge in die Moderne.  
Aus d. Amerikanischen von  
Erik Michael Vogt.  
266 S., Broschur  
ISBN 978-3-85409-371-8  
€ 25,-

Georg Tidl, Streuzettel  
ILLEGALE PROPAGANDA  
IN ÖSTERREICH 1933–1938  
195 S., ca. 100 s/w Abb. Broschur  
ISBN 978-3-85409-420-3  
€ 19,80

Georg Tidl  
VON DER GESTAPO GEHETZT  
Auf der Flucht durch Norwegens Fjorde  
239 S., Broschur  
ISBN 978-3-85409-526-2  
€ 19,80

Regina Wonisch (Hg.)  
TSCHECHEN IN WIEN  
Zwischen nationaler Selbstbehauptung und  
Assimilation. ca. 200 S., Broschur  
ISBN 978-3-85409-485-2  
€ 19,80

